

Totalitarismus und Liberalismus

PROKLA-Redaktion

Editorial

Michael Heinrich

Kosovo 1999

Alex Demirovic

Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance

Dieter Plehwe, Bernhard Walpen

Wissenschaftliche und wissenschaftstheoretische Produktionsweisen im Neoliberalismus

Fritz Fiehler

Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung

Gert-Joachim Glaeßner

»Totalitarismus«-Reflexionen

Wilfried Spohn

Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus

Rudolf Walther

Das »Schwarzbuch des Kommunismus«

Wahid Wahdathagh

Die Herrschaft des politische Islam als eine Form des Totalitarismus



Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: Elmar Altvater, Heiner Ganßmann, Michael Heinrich (geschäftsführend), Volker Lorek, Birgit Mahnkopf (presserechtlich verantwortlich), Margit Mayer, Klaus Müller, Petra Schaper-Rinkel, Dorothea Schmidt

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System, das gesellschaftliche Naturverhältnis und die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (vgl. Kasten im Innern dieser Ausgabe) sind:

PROKLA 116 September 1999: Drogenkriminalität und gesellschaftliche Transformationsprozesse
PROKLA 117 Dezember 1999: Informalisierung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen
PROKLA 118 März 2000: Reregulierung der Weltwirtschaft

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten sich in einem Umfang von 15-25 Seiten (ca. 50.000 Zeichen) halten (amerikanische Zitierweise, Bibliographie am Ende des Texts). Wir bitten, die Manuskripte in zweifacher Ausfertigung und sämtliche Angebote stets auch auf Diskette einzusenden. Die Disketten sollten für IBM-kompatible PC's lesbar und mit Word oder Winword beschrieben sein. Bitte Rückporto beilegen.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 16.- im Einzelverkauf DM 20.- Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (64.- plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugeschickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin
Tel.: 030 / 395 66 22, Bürozeiten: Mi. 15-17 Uhr; e-mail: prokla@zedat.fu-berlin.de

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr. 26a, 48145 Münster,
Telefon 0251 / 608 60 80, FAX 0251 / 608 60 20, e-mail: dampfboot@login1.com,
Internet: <http://www.login1.com/dampfboot>

Copyright 1999 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten.
Druck und Bindung: Rosch Buch, Scheßlitz.

ISSN 0342-8176 ISBN 3-89691-315-8

Beilagehinweis: Der Gesamtauflage liegt ein Prospekt des omega verlags bei.

PROKLA 115

Totalitarismus und Liberalismus

Inhaltsverzeichnis

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial	176
<i>Michael Heinrich</i> : Kosovo 1999	186
<i>Alex Demirovic</i> : Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance	193
<i>Dieter Plehwe, Bernhard Walpen</i> : Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung	203
<i>Fritz Fiehler</i> : Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman	237
<i>Gert-Joachim Glaeßner</i> : »Totalitarismus« - Reflexionen zu einer wissenschaftlichen und politischen Debatte	255
<i>Wilfried Spohn</i> : Modernisierung und Totalismus. Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus in vergleichender Perspektive	277
<i>Rudolf Walther</i> : Das »Schwarzbuch des Kommunismus«	301
<i>Wahied Wahdathagh</i> : Die Herrschaft des politischen Islam als eine Form des Totalitarismus »Die Islamische Republik Iran«	317
<i>Summaries</i>	343
<i>Zu den AutorInnen</i>	344

Editorial: Totalitarismus und Liberalismus

I.

Der Rückblick auf das ablaufende Jahrhundert fordert zu übergreifenden Deutungen und globalen Begriffen heraus, die seine großen Konfliktformationen, seine katastrophischen Brüche und überraschenden Wendepunkte verständlich machen. Die vorherrschenden Interpretationslinien ranken sich um das Jahr 1989, in dem das Licht der liberalen Demokratie den Sieg über das totalitäre Reich des Bösen davongetragen zu haben schien. Die universelle Durchsetzung von politischer Freiheit auf der einen, marktwirtschaftlicher Rationalität auf der anderen Seite scheinen das Tor zu einer neuen Welt aufgestoßen zu haben, welche die religiösen, nationalistischen und ideologischen Konflikte hinter sich läßt und allenfalls noch einige Nachhutgefechte mit den letzten Vertretern einer untergehenden Epoche austrägt. Selbst die einzig noch herrschende kommunistische Partei von Bedeutung sah sich veranlaßt, das Privateigentum in der chinesischen Verfassung zu verankern. Insofern trifft es zu, daß die »Revolutionen von 1989« nichts Neues hervorgebracht, sondern in ungeahnter Weise die Gesellschaftsform affirmiert hat, welche der Sozialismus überwinden wollte.

Die großen Veränderungen des letzten Jahrzehnts haben zu einem gewissen Sprachverlust der Linken geführt. Die Auflösung des osteuropäischen »Real-

sozialismus« hat den Abschied von einem Vokabular beschleunigt, das politische Konstellationen in den Begriffen der Klassentheorie zu bestimmen und gesellschaftliche Veränderungen nach ihrem Fortschrittscharakter beurteilte. Vielen gilt »Sozialismus« nicht mehr als ein historisches Projekt, sondern bestenfalls als defensives Reformprogramm zur Zivilisierung einer entgrenzten Ökonomie und zur Versicherung gegen Marktrisiken. Dieser Begriffschwund wurde selten eindrucksvoller demonstriert, als in der »Entdeckung« des linken Theoretikers und Blair-Beraters Anthony Giddens, daß sich »die Kategorien Links und Rechts von den beiden Körperhälften herleiten« und daß Gleichheit ein relativer Begriff sei, dessen nähere Bestimmung man vielleicht besser Oxforder Moralphilosophen überlassen sollte (Anthony Giddens: Der dritte Weg, Ffm 1999, S.50ff).

Wenn man den politischen Bewegungen in Osteuropa einen Mangel an neuen Konzepten vorhielt, dann charakterisiert das aber auch die Begriffe, in die westliche Interpreten die abgeschlossene Geschichte der kommunistischen Systeme gießen. Der Zerfall des Ostblocks wird als Sieg einer Theorie präsentiert, die man seit Ende der 60er Jahre eher für eine dem Selbstverständnis des Westens dienliche Gegenideologie als für ein wissenschaftliches Konzept zu halten geneigt war: Das Ende des Kal-

ten Kriegs wird in den Begriffen des Kalten Kriegs selbst präsentiert. In der Politikwissenschaft und im Feuilleton wird die Totalitarismustheorie zum letzten Wort über den Kommunismus gekürt. Die Tatsache, daß der sowjetische Kommunismus seinen letzten und ernstgemeintesten Reformversuch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nicht überstand, wird als Beweis seiner Unfähigkeit zur evolutionären Selbsttransformation genommen. Die sich über ein Jahrzehnt hinziehenden postkommunistischen Krisen werden dem Erbe einer totalitär atomisierten Gesellschaft angelastet.

So ist es kein Zufall, daß in den Retrospektiven auf das Jahrhundert ein Begriffspaar prominent geworden ist, daß man eher den 50er Jahren zurechnen mochte, in denen mit der plakativen Alternative »Freiheit oder Sozialismus« bundesrepublikanische Wahlen gewonnen wurden (und an das in den 70ern nur noch erfolglos angeknüpft werden konnte). Nach dem Ableben des einzigen als Gesellschaftsform praktizierten Sozialismus – insofern war Breschnews Phrase des »realen Sozialismus« tatsächlich zutreffend – scheint der Liberalismus nicht einfach siegreich aus dem Kampf gesellschaftspolitischer Prinzipien hervorgegangen zu sein. Erst die mit der neoliberalen Revolution der frühen 80er Jahre einziehende außenpolitische Prinzipienfestigkeit habe die nötige Härte im Zweiten Kalten Krieg mit sich gebracht und die Sowjetunion in die Knie gezwungen. »The Hard-Liners Had it Right«, tönt Richard Pipes, der als Osteuropaberater der frühen Reagan-Administration die Totalitarismustheorie wiederbelebt hatte.¹

1 Richard Pipes: Misinterpreting the Cold War. The Hard-Liners Had It Right, *Foreign Affairs*, Januar/Februar 1995, 154ff.

Nicht von ungefähr also ist eine neuaugelegte Totalitarismustheorie dabei, die Perspektive auf die abgelaufene Geschichte des realen Sozialismus festzulegen und, wie die Veröffentlichung eines *Schwarzbuchs des Kommunismus* zeigt, die Gemüter zu erregen. Gerade weil Liberalismus und Totalitarismus in diesem Zusammenhang nicht als analytische Kategorien fungieren, sondern ein Assoziationsfeld belegen, das theoretische Ambitionen mit moralischen Urteilen und einer politischen Programmatik kombiniert, kann ihre Tragweite außerhalb der *politischen* Kontexte ihrer Verwendung nicht angemessen erfaßt werden.

Wie weit die politische Programmatik des Totalitarismusbegriffs reicht, haben nicht zuletzt die Diskussionen im Rahmen der bundesrepublikanischen Enquete-Kommission zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur« gezeigt. Wenn die Anstöße für ein wiederbelebtes Totalitarismuskonzept eher von Frankreich und den USA ausgingen, so war in der erweiterten Bundesrepublik mit besonderen Resonanzen zu rechnen. Zwei Diktaturen auf deutschem Boden scheinen Anlaß genug, trotz gewichtiger Unterschiede zwischen NS- und SED-Diktatur die Frage nach gemeinsamen Merkmalen totalitärer Herrschaftsformen aufzuwerfen. Als Lehre der deutschen Vergangenheitsbewältigung wird ein »antitotalitärer Konsens«² jenseits von rechts und links postuliert, von dessen Bindungskraft nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Demokra-

2 Jürgen Habermas 1995: Die Bedeutung der Aufarbeitung der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen für den Bestand der Demokratie in Deutschland und Europa, in Enquete-Kommission 1995, Bd. IX., 690.

tie abhängen. Insofern scheint für den alten Antikommunismus, der die westdeutsche Demokratie und das atlantische Bündnis vier Jahrzehnte zusammenhielt, ein aussichtsreicher Nachfolger benannt: »Der Totalitarismusbegriff (ist) auch für die Gegenwart durchaus brauchbar – und zwar nicht nur als erkenntnistheoretisches Instrument, sondern auch als kritischer Maßstab gegenüber 'totalitären Versuchungen', gegen die selbst eine stabile Demokratie nicht von vornherein gefeit ist.«³

II.

Mit dem nach 1989 ausgerufenen Sieg des freien Markts gilt die über Jahrzehnte ausgetragene Kontroverse zwischen spontaner Selbstorganisation und politischem Interventionismus, zwischen individueller Autonomie und kollektivem Interesse, zwischen Freiheit und Gleichheit als entschieden. Das Scheitern des Kommunismus wird als Beleg für das marktliberalistische Credo gelesen, daß jeder Versuch, durch politische Eingriffe in den Markt soziale Gerechtigkeit herzustellen, unweigerlich den Keim des Totalitarismus in sich trägt. Die Attraktivität des Marktliberalismus beruht dabei weniger auf rein ökonomischen Argumenten als auf der Versicherung, daß wirtschaftliche Freiheit zugleich die Grundlage aller anderen Freiheiten abgebe und daß gesichertes Privateigentum die Grundvoraussetzung einer »Verfassung der Freiheit« sei.

Mit diesen Überzeugungen im Rücken scheint der Liberalismus geradezu prognostische Fähigkeiten entwickelt zu

haben. Schon in den 20er und 30er Jahren hatten Ludwig von Mises und Friedrich Hayek eine effiziente Planwirtschaft als unerfüllbare Utopie dargestellt. Noch bevor Stalin 1928 über die Köpfe der innerparteilichen Opposition hinweg die Planwirtschaft zur Produktionsweise des sowjetischen Kommunismus erhob, hatte der Liberalismus bereits prinzipielle Zweifel an der ökonomischen Sinnhaftigkeit formuliert. Wie Mises kurz nach der bolschewistischen Machtübernahme voraus sagte, sind in Abwesenheit eines Kapitalmarkts die Kosten alternativer Investitionsentscheidungen nicht kalkulierbar, so daß die Abschaffung des Privateigentums unter diesen Voraussetzungen in organisierter Verantwortungslosigkeit und verzerrten Anreizen enden muß. Hayek sah die Funktionslogik der Planwirtschaft notwendigerweise in Freiheitsverlust umschlagen: Mangels dezentraler Informationen über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und die erforderlichen Proportionen zwischen Konsum und Investitionen könnten die Planziele nur durch politische Dekrete festgelegt werden, die jeden Entscheidungsspielraum und jede persönliche Verantwortung abschnürten: Die Planwirtschaft sei nicht nur ein Eingriff in die individuelle Auswahl wirtschaftlicher Güter, sondern ein Angriff auf die Freiheit der Individuen als solcher, der nur in moralischer Korruption, perversen Anreizen und verselbständigter Herrschaft enden könne. Der Glaube, wirtschaftliche Planung und Demokratie verknüpfen zu können, erschien Hayek als gefährliche Illusion. War Mises frühe Kritik an der Möglichkeit einer rationalen Wirtschaftsplanung noch ganz gegen die sich etablierende Sowjetunion gerichtet, so hatte Hayek bereits das neue Wort »Totalita-

³ Enquete-Kommission 1995: *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, Frankfurt/M., Bd. 1, 745.

rismus« für sich entdeckt, um die gemeinsamen Eigenschaften der »kollektivistischen Systeme« des italienischen Faschismus, des deutschen Nazismus und des russischen Kommunismus auf einen Nenner zu bringen: Trotz unterschiedlicher Ziele, auf die sie die gesamten gesellschaftlichen Ressourcen lenkten, würden sich die unterschiedlichen Spielarten des Kollektivismus in ihrer Feindseligkeit gegenüber den Grundsätzen des Liberalismus gleichen. Totalitäre Tendenzen wurden freilich auch in den westlichen Gesellschaften ausgemacht, deren Aufbauprogramme nach dem Zweiten Weltkrieg dirigistische Elemente und Ansätze zu international koordiniertem Handeln enthielten. Ein geplantes Wachstum, größere Verteilungsgerechtigkeit, die Expansion der sozialen Sicherung, ein keynesianisch legitimes *deficit spending* und korporatistische Arrangements erschienen als Schleichweg in den Sozialismus. Mises, Hayek und ihre Verbündeten sahen sich als einsame Rufer in einer kollektivistischen Wüste. Allerdings entwickelten sie eine langfristig angelegte Strategie. Wie *Dieter Plehwe* und *Bernhard Walpen* in ihrem Beitrag zeigen, formierte sich der Neoliberalismus durch Gründung der *Mont Pèlerin Gesellschaft* im Jahr 1947 nicht nur zu einem Marsch durch die Institutionen, sondern vor allem zur Gewinnung der ideologischen Hegemonie.

In den späten 70er und schließlich in den 80er Jahren konnte der Liberalismus dann die Erfolge dieser Bemühungen ernten: die »neoliberale Konterrevolution« (so der Titel von *PROKLA* 44, 1981) setzte ein. Das Scheitern des internationalen Keynesianismus wurde durch einen inflationären Verteilungskonflikt zwischen vermachteten Gruppen und dem Opportunismus einer »po-

litischen Klasse« erklärt, die sich durch überdimensionierte Ausgabenprogramme die Zustimmung der Wähler erkaufte. Der Wohlfahrtsstaat sei längst zur Beute der Mittelklassen, die Regierung zur Gefangenen wohlorganisierter Interessengruppen geworden: Der Kampf eines Steuern maximierenden Staats mit Transfers verlangenden Wählern und subventionsorientierten Unternehmern führe zu jener Überforderung des Sozialprodukts, die unweigerlich in Inflation bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit enden müßte. Die daraus resultierende Sozialstaatskritik erlangte im angelsächsischen Raum insbesondere durch die gleichermaßen populär wie programmatisch gehaltenen Schriften von *Rose* und *Milton Friedman* politische Durchschlagskraft (vergleiche dazu den Artikel von *Fritz Fiehler*).

Entscheidender als die theoretisch eher dürftigen Grundlagen dieser »Neuen Politischen Ökonomie« war die fundamental veränderte Sicht des Verhältnisses von Markt und Demokratie, die sie über ihre wirtschaftspolitischen Mißerfolge hinweg durchsetzte. Daß *Reagan* das größte Haushaltsdefizit in der Geschichte der USA hinterließ, daß *Thatcher* die britische Gesellschaft zutiefst polarisierte, tat der Botschaft von den Wunderwirkungen des Markts kaum Abbruch. In der Stilisierung des Markts zu einem universellen Verfahren lag denn auch die »Revolution«, die die politische Philosophie des klassischen Liberalismus auf ein Deregulierungsprogramm herunterschraubte. Nicht mehr die Ausweitung politischer Freiheit und individueller Autonomie, die Auflösung von Vorurteilen und religiösen Dogmen, die Konstitution einer Öffentlichkeit, die in freier Diskussion gemeinsame Interessen formuliert und den gesellschaftlichen Fortschritt durch sozia-

le Reformen forciert, stehen im Zentrum, sondern die Befreiung des Markts von sozialen Normierungen und seine Abschirmung gegen politische Interventionen. Wenn der klassische Liberalismus den Staat der Herrschaft der Gesetze unterordnete, so fordern die Neoliberalen die Unterordnung der Politik unter einen universalisierten Markt.

Die Umbesetzung vertrauter Begriffe, die in den Randbezirken der Wirtschafts- und Politikwissenschaft vorbereitet wurde, hat sich in den letzten Jahren zu einer Art öffentlicher Philosophie ausgeweitet. Die alte Lehrbuchmetapher, derzufolge Käufer mit ihren »Dollar-Stimmen« über den Wert von Waren und Dienstleistungen entscheiden, hat einer ungleich radikaleren Sicht Platz gemacht. Wähler werden von vornherein Konsumenten gleichgesetzt, während Parteien als »politische Unternehmer« gelten, die Bündel von Dienstleistungen und Steuern gegen Stimmen austauschen; der Staat betreibt öffentliche Unternehmen, deren Kosten er durch politische Unterstützung deckt; das politische System gleicht einem riesigen Markt, auf dem Nachfrage und Angebot von öffentlichen Gütern aufeinandertreffen.

Die Wirksamkeit dieser Sprachregelung hängt nicht von der theoretischen Haltbarkeit der vorausgesetzten Annahme ab, daß Gesellschaft lediglich eine Ansammlung nutzenmaximierender Individuen sei. Der missionarische Eifer des neuen Liberalismus zielt auf die Erzeugung praktischer Einstellungen, und genau hier dürften seine weitreichendsten Folgen liegen. Die liberalistische Optik führt dazu, die Welt nur unter den Gesichtspunkten von Anreizen und Sanktionen zu sehen und die Legitimität von Institutionen danach zu beurteilen, ob sie die an Märkten anfallenden

»Transaktionskosten« verringern oder erhöhen. Die antipolitische Rhetorik gegen den Staat legt die Richtung einer Reformpolitik von vornherein auf Markterweiterung fest. Zur Verkörperung des Allgemeinwohls hochgestuft, fungiert die idealisierte Funktionsweise des Markts schließlich als moralische Norm, welche die ungleichen Lebenschancen der Einzelnen »meritokratisch«, das heißt gemäß ihrem jeweiligen »Verdienst« legitimiert.

Dieser neue Liberalismus brachte auch einen scharfen Kurswechsel gegenüber der Sowjetunion mit sich, die in jeder Hinsicht als Gegenmodell zur freien Welt dargestellt wurde. Die innenpolitische Dimension des Zweiten Kalten Kriegs ließ sich unschwer daran ablesen, daß Ronald Reagan gegen Jimmy Carter mit der Unterstellung antrat, dessen Wahlversprechen einer gerechteren Verteilung von Wohlstand, Einkommen und Macht sei ein Codename für eine Planung und Konfiskation sowjetischen Stils. Margaret Thatcher gewann ihre erste Wahl mit der Versicherung, Großbritannien aus dem sozialistischen Würgegriff zu befreien. Vor allem aber war der Siegeszug des Neoliberalismus engste mit der Wiederbelebung des Totalitarismusbegriffs als außenpolitischer Doktrin des Westens verknüpft. Jane Kirkpatrick's berüchtigte Unterscheidung zwischen traditionellen Diktaturen und totalitären Regimen, dank derer sie zu Reagans Botschafterin bei der UNO avancierte, knüpfte in zweckmäßiger Weise an die klassische totalitarismustheoretische These der »Einzigartigkeit des Totalitarismus« an: Während traditionelle Autokraten die bestehende Sozialordnung und Vermögensverteilung respektierten, setzten totalitäre Regime ihre Utopien mit aller Macht gegen die Gesellschaft durch; während autoritäre

Regime wie etwa Chile durchaus evolutionsfähig seien, reagierten die totalitären Herrscher Osteuropas allenfalls auf extremen Druck. Richard Pipes empfahl zur Umsetzung dieser Unterscheidung ein wirtschafts- und rüstungspolitisches *roll back* des seinem Wesen nach expansionistischen Kommunismus – eine Linie, womit sich der US-amerikanische Rüstungskeynesianismus der 80er Jahre problemlos legitimieren konnte.

III.

Für die Linke war der Totalitarismusbegriff seit je eine problematische Kategorie und zugleich eine spezifische Herausforderung – was durch die Diskussion um das im letzten Jahr erschienene *Schwarzbuch des Kommunismus* nochmals vor Augen geführt wurde. Das Programm dieses Buchs, die Geschichte des Kommunismus als eine Geschichte des Terrors, der Unterdrückung und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu schreiben, hat Abwehrreaktionen hervorgerufen, die hinter diesem Versuch primär politische Absichten vermuten. Vor allem in Deutschland wurde seit langem befürchtet, die immer wieder angestellten Vergleiche zwischen Nazismus und Kommunismus könnten die Einzigartigkeit der deutschen Verbrechen relativieren. Nicht ohne Grund, denn in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft der 50er Jahre fungierte die Kritik am »totalitären Sowjetkommunismus« und an der DDR als bequeme Rückversicherung, den Weg in das richtige Lager absolviert zu haben. Ebenso wie die Verwendung war die Ablehnung des Totalitarismusbegriffs immer auch politisch motiviert. So vermutet etwa ein Minderheitenvotum zum Bericht der oben genannten Enquete-Kommission aus den Reihen der PDS, daß die

den Reihen der PDS, daß die Anwendung der »sogenannten Totalitarismusauffassung« auf den SED-Staat »in erster Linie auf eine völlig ungerechtfertigte Diskreditierung und Verunglimpfung des Systems und des Lebens in der DDR zielt.«⁴

Die Geschichte des Totalitarismusbegriffs ist freilich zu tief auch mit der linken Desillusionierungsgeschichte über die Entwicklung in der Sowjetunion verwoben, um ihn auf eine propagandistische Floskel reduzieren zu können. Es ist kaum von der Hand zu weisen, daß der deprimierende Ausgang des sowjetischen Experiments die Linke unter stärkeren Reflexions- und Revisionsdruck setzt als jene Kalten Krieger, die im »Ostblock« nie etwas anderes als das Böse schlechthin am Wirken sahen. Nach allen seit 1989 hinzugewonnenen Erkenntnissen bietet sich die Geschichte des sowjetischen Kommunismus noch weniger als ein Objekt an, an dem ein Stück linker Identität zu verteidigen wäre.

Dabei war bereits die Oktoberrevolution eine Machtergreifung *gegen* alle Annahmen der Marxschen Theorie und gegen die Hauptströmungen des russischen Marxismus. Schon vor 1917 hatten kritische Beobachter in Rußland und in Westeuropa die in der Leninschen Avantgarde-Partei angelegte Tendenz zu einer verselbständigten Herrschaft erkannt. Schon unmittelbar nach Formierung der Bolschewistischen Partei erahnten der russische Menschewist Pawel Axelrod wie auch Rosa Luxemburg die Umwandlung der spontanen Bewegung gegen den Zarismus in ein

4 Enquete-Kommission 1995: *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, Frankfurt/M, Bd. I, S. 708.

»gefügliches Werkzeug eines Komitees«. 1919 hatte Karl Kautsky die Unterordnung der emanzipatorischen Ziele unter den Primat des Machterhalts auch um den Preis einer Jakobinerherrschaft diagnostiziert und prognostiziert, daß Rußland ohne Demokratie zugrunde gehen werde. Diese Befürchtung wurde von Alfons Paquet, einem linken Beobachter der Moskauer Ereignisse vor Ort, durch die These bestätigt, daß der »revolutionäre Totalismus Lenins« auf die »planmäßige Vernichtung einer ganzen Gesellschaftsklasse« hinauslaufe. Im folgenden Jahr erkannte Otto Bauer, der führende Theoretiker des Austro-Marxismus, in der russischen Herrschaft nicht eine Umsetzung des Marxismus, sondern eine auf Terror setzende Despotie, die in Chaos und Hunger münden würde, wenn die politische Führung nicht zu einem Umbau des Systems bereit sei. Noch vor Ausschaltung der linken und der innerparteilichen Opposition, noch vor der Entmachtung der Gewerkschaften und der Niederschlagung des Kronstadter Aufstands, noch vor dem Aufstieg Stalins also war hinreichend Anlaß für prinzipielle Zweifel an den »Errungenschaften« des »Roten Oktober« gegeben. In den 20er Jahren aber konnte der repressive Pfad der frühen Sowjetunion noch als Übergangerscheinung unter dem Druck des Kriegskommunismus, als Reaktion auf innere und äußere Feinde gewertet werden. Das marktsozialistische Zwischenspiel der NEP und der durch Bucharin verkörperte moderate Kurs wurden als Zeichen der Wandlungsfähigkeit des Regimes gelesen. Hoffnungen auf weitergehende Liberalisierungen verfinsterten sich jedoch im Verlauf von Stalins »Zweiter sozialistischer Revolution«, die Ende der 20er Jahre neben der Planwirtschaft die Zwangskollektivie-

rung der Landwirtschaft durchsetzte. Die Tragik der verbliebenen innerkommunistischen Opposition gegen Stalin lag in ihrer blinden Loyalität gegenüber der Partei, die immer noch als Ausdruck des revolutionären Projekts aufgefaßt wurde, für das man auch zur Opferung des eigenen Lebens bereit war.

Außerhalb der Sowjetunion erzeugten die Ausschaltung Trotzki's, die Liquidierung trotzkistischer und anarchistischer Kämpfer im Spanischen Bürgerkrieg durch Stalins Geheimpolizei, die Moskauer Schauprozesse und vor allem der Hitler-Stalin-Pakt Wellen linker Abkehr vom Sowjetkommunismus – was im Moskauer Sprachgebrauch als Renegatentum in das Arsenal zu vernichtender Gegner aufgenommen wurden. In diesem Kontext wurde der Begriff des Totalitarismus, der in den frühen 20er Jahren zur Charakterisierung des faschistischen Italien eingeführt worden war, auch auf die stalinistische Sowjetunion angewandt. Trotzki selbst bezeichnete nun die sowjetische Herrschaftsstruktur als eine »totalitäre Diktatur«, in der Kunst und Justiz gleichgeschaltet seien. Während Trotzki die ökonomische Basis der Planwirtschaft immerhin noch für sozialistisch hielt, rückte Rudolf Hilferding die »totalitäre Staatswirtschaft« der Sowjetunion in die Nähe der deutschen und italienischen Kriegsökonomie.

In gewisser Weise wurde die linke Verwendung des Totalitarismusbegriffs durch den Verlauf des Zweiten Weltkriegs und durch die Nachkriegskonstellation zwischen den neu entstandenen Supermächten blockiert. Zum einen setzten die Opfer, welche die Sowjetunion als westlicher Bündnispartner erlitten hatte, sie deutlich genug vom besiegten Nationalsozialismus ab, der zudem den Holocaust als historisch singu-

läres Ereignis hervorgebracht hatte. Zum anderen machte die mit Verkündung der Truman-Doktrin einsetzende Funktionalisierung des Totalitarismusbegriffs als Legitimationsformel für die atomare Rüstung ihn vollends suspekt. Paradoxe Weise haben die in den 50er Jahren unternommenen Versuche, ihn zu einer Theorie auszuarbeiten (vgl. dazu den Beitrag von *Gert-Joachim Glaeßner*) hierzu nicht unerheblich beigetragen – insbesondere der unter der Hand in eine Gleichsetzung umschlagende Vergleich zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und die daran geknüpften pauschalisierenden Urteile über das »Wesen« des »Totalitarismus«.

Keine Schrift macht dies deutlicher als Hannah Arendts unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begonnenes und 1951 in den USA erschienenes Buch über *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*. Die Entstehungsgeschichte dieses Buchs war Anlaß zur polemischen Unterstellung, Arendt habe den Stalinismus erst nachträglich in ein ursprünglich dem antisemitischen Rassismus gewidmetes Buch eingeführt, um seine Veröffentlichungschancen zu erhöhen. Dies wird jedoch weder der hermeneutischen Leistung Arendts gerecht, die Eskalationslogik der nationalsozialistischen Ideologie zu vermitteln und mit ähnlichen Tendenzen im Stalinismus zu konfrontieren, noch der von ihr selbst empfundenen Tragik einer überverallgemeinerten Theorie. Arendt erschienen die Zustände in den nationalsozialistischen und stalinistischen Lagern, die sie als konsequenteste Institutionen totalitärer Herrschaft begriff, gleichermaßen als Realisierung eines absoluten Grauens, vor dem die politischen Differenzierungen zwischen links und rechts verblassen, und als »Maßstab eines notwendigen Kriegs«. Han-

nah Arendt selbst war allerdings bereit, die fatalen Implikationen ihrer Theorie zu erkennen und stellte die mit Erfindung der Wasserstoffbombe möglich gewordene totale Vernichtung auf eine Stufe mit den Vernichtungslagern. Nach Stalins Tod entdeckte sie Anzeichen einer Abschwächung der Sowjet-herrschaft zu einem autoritären Regime und wertete den Budapester Aufstand von 1956 als Zeichen eines möglichen internen Widerstands. Angesichts der politischen Instrumentalisierung der Totalitarismustheorie zur westlichen Militärdoktrin ging Arendt auf Distanz zum offiziellen Antikommunismus und empfahl einen möglichst sparsamen Gebrauch des Totalitarismusbegriffs.⁵

Tatsächlich verlor der Totalitarismusansatz in der wissenschaftlichen Literatur seit den 60er Jahren an Relevanz. Die Fixierung auf geheimpolizeilichen Terror, die universelle Überwachung und die Durchherrsung der osteuropäischen Gesellschaften durch die kommunistischen Parteien wick Fragen nach der Entwicklungsfähigkeit der entstalinisierten Sowjetunion. Nach Arendt verabschiedete sich mit Zbigniew Brzezinski ein zweiter Hauptvertreter von seinem Ansatz. Die Entspannungspolitik erlaubte eine auch entspanntere Sicht auf die osteuropäischen Verhältnisse – auf die Feinstruktur der Politikformulierung, die veränderte Sozialstruktur, das Alltagsleben und nicht zuletzt auf die Varietät der verschiedenen kommunistischen Gesellschaften. In der Erforschung des Nationalsozialismus spielte der Vergleich zum Sowjetkommunismus nur noch eine methodisch dosierte Rolle. Entwicklungsgeschicht-

5 Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, München 1993, 470 u. 486ff.

lich ging man von Extremvarianten von Modernisierungen von oben aus (siehe zur aktuellen Diskussion den Beitrag von *Willfried Spohn*). – Vor diesem Hintergrund war die Wiederbelebung des Totalitarismusbegriffs in den 80er Jahren weniger durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse bestimmt als durch die literarische Reflexion osteuropäischer Dissidenten und die Reflexe der französischen »Neuen Philosophen«, insbesondere aber durch die Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik, die im »kommunistischen Totalitarismus« wiederum einen unveröhnlichen, allein militärisch einzudämmenden Gegner ausmachte.

IV.

Worin also besteht die Aktualität der Totalitarismustheorie nach dem für die Anhänger des Ansatzes so unerwartet friedlichen Ende der Sowjetunion? Warum die aufgeregte Kontroverse um das *Schwarzbuch des Kommunismus* (siehe hierzu die Polemik von *Rudolf Walther*) so als hätte am Anfang der Neuen Linken vor mittlerweile 30 Jahren nicht eine überaus scharfe Leninismus- und Stalinismuskritik gestanden (vgl. etwa PROKLA 11/12, 1974 oder PROKLA 17/18; 1975). Wer machte sich 1981, 1986 oder 1989 noch Illusionen über die Verhältnisse im kommunistischen Europa und der DDR, die er sich Mitte der 90er Jahre von Francois Furet oder Stephane Courtois austreiben lassen müßte?

Sicherlich fällt der Rückblick auf die jetzt auch im Detail zugängliche Geschichte des Kommunismus erschreckender aus, als noch die entschiedenste Stalinismuskritik vermuten ließ. Nach allem, was heute über das Ausmaß und das Kalkül des »Roten Terrors« nach 1917 bekannt ist, sind die Trennungsli-

nien zwischen Lenin und Stalin weniger prinzipiell als in der Linken lange Zeit angenommen. Die sozial- und alltagsgeschichtliche Erschließung der frühen Sowjetzeit macht die Zerstörung von Gesellschaftlichkeit nicht verständlicher, sondern befremdlicher. Anders als in den akademischen und linken Debatten um die Prinzipien der Planwirtschaft erkennbar, war die Durchsetzung der Planwirtschaft aufs engste mit der Universalisierung des Terrors verwoben.⁶ Angesichts der offenliegenden Irrationalitäten, der Opfer- und der Verschwendungsbilanz des Stalinismus sind funktionalistische Betrachtungsweisen und indirekte Rechtfertigungen aus den »historischen Umständen« nicht mehr akzeptabel.

Allerdings ist nicht zu erkennen, daß diese Einsichten auf irgendeine Form von Totalitarismustheorie angewiesen wären. In den jüngeren Rekonstruktionen der sowjetischen und osteuropäischen Geschichte ist der Totalitarismus-Ansatz marginal geblieben. Nicht von ungefähr spielt er selbst in den materialen Beiträgen des *Schwarzbuchs* (etwa bei Nicolas Werth) keine Rolle. Bezeichnenderweise herrscht in der Literatur, die für die Aktualität des Ansatzes zu stehen scheint, eine historisierende, nämlich begriffs- und ideengeschichtliche Perspektive vor. Andererseits werden Elemente des Totalitarismusbegriffs, die auf diktaturübergreifende Herrschaftstechniken und Sprachregelungen anspielen, in Kontexten verwandt, die weder mit dem Nationalsozialismus noch dem Kommunismus zu

⁶ Siehe neben Nicolas Werths Beitrag zum *Schwarzbuch* insbesondere Robert Service: *A History of Twentieth-Century Russia*, Cambr./Mass. 1998 und Orlando Figes: *A People's Tragedy*, London 1996

tun haben (siehe dazu den Versuch von *Wahid Wahdathagh* den politischen Islam mit totalitarismustheoretischen Kategorien zu beschreiben).

Paradoxerweise werden die fatalen Irrtümer, zu denen ein politisch überfrachteter Totalitarismusbegriff einlädt, gerade nach dem Ende des Kommunismus sichtbar. Zu ihnen gehört zum einen das, was Eric Hobsbawm als vermeintliches Nullsummenspiel zwischen Totalitarismus und Liberalismus bezeichnet hat: Die binäre Sichtweise dieser Konstruktion hat die naive Vorstellung begünstigt, daß die Niederlage des Kommunismus umstandslos in einen prosperierenden Marktliberalismus übergehen würde, der sich seine zivile Gesellschaft selbst organisiert – ohne daß diese Ansicht durch die Opfer der nachkommunistischen Marktexperimente bislang entscheidend revidiert worden wäre. Zum anderen haben Arendts Warnun-

gen, daß die in ihrer Totalitarismustheorie angelegte Polarisierung zwischen Gutem und absolut Bösen ihrerseits zu totalisierenden Feindbildern herausfordert, wenig ausgerichtet. Ein aus jeglichem historischen Bezug herausgelöster Totalitarismusbegriff hat sich in eine frei flottierende Feindformel verwandelt. Ein zum soldatischen Bildungsgut herabgesunkener Totalitarismusbegriff dient dem Befehlsführer der NATO-Streitkräfte als Zielsuchgerät: Der beste Weg, Milosevic loszuwerden, sei es »die drei Pfeiler seiner totalitären Gesellschaft zu zerstören – die Armee, die Geheimpolizei und die Medien« (*Wall Street Journal Europe*, 27.4.99). Der Demonstrationseffekt überlegener Militärtechnik wiederum ist in intellektuelle Bereiche aufgestiegen, in denen sich der Soziologe Ulrich Beck zu einer Lobpreisung der »Vernunftbomben« auf Serbien hinreißen läßt.

Michael Heinrich

Kosovo 1999

54 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs befindet sich Deutschland wieder im Krieg; und dieser Krieg wird nicht von einer national-konservativen, sondern von einer rot-grünen Regierung geführt, die die konservative Vorherrschaft im September 1998 durch einen fast erdrutschartigen Wahlsieg beendete. Auch in anderen NATO-Ländern wie England, Frankreich, Italien oder den Niederlanden, sind es sogenannte Mitte-Links-Regierungen, die ihre Zustimmung zum Krieg gegeben haben. Was (West-)Deutschland angeht, so gehörte in den 80er Jahren ein großer Teil der rot-grünen Basis zur Friedensbewegung, die gegen die Stationierung neuer Raketen opponierte. Jetzt folgt eine Mehrheit der bündnisgrünen Parteimitglieder dem rot-grünen Regierungskurs, wie auf dem Sonderparteitag der Grünen im Mai in Bielefeld deutlich wurde. Daß Bomben aus humanitären Gründen geworfen werden, daß angeblich gar nichts anderes übrig bleibt, um die Rechte der Kosovo-Albaner zu schützen, scheint Teile der ehemaligen (West-)Friedensbewegung zu überzeugen – im Osten sind die Vorbehalte gegen den Bombenkrieg größer. Die Überzeugung von der moralischen Überlegenheit und politischen Richtigkeit des eigenen Tuns ist so groß, daß den Kritikern der Bombardierungen häufig unterstellt wird,

sie wollten überhaupt nichts gegen ethnische Vertreibung unternehmen oder stünden auf der Seite der »mörderischen Serben« und des »Monsters Milosevic«. Entweder am Elend von Hunderttausenden mitschuldig zu werden oder Bomben auf Belgrad werfen, das sei die Alternative. Dies zumindest suggeriert die große Mehrheit der zwar nicht gleichgeschalteten aber trotzdem weitgehend gleich berichtenden Medien. Und wenn sich dann doch einmal ein Artikel, der den NATO-Krieg grundsätzlich in Frage stellt, auf die »Meinungsseite« eines ansonsten durchaus kritischen und liberalen Blattes wie der *Berliner Zeitung* verirrt, dann wird sogar der nächtliche Druck gestoppt und der allzu kritische Artikel durch einen Beitrag über die Fusionspläne der Telekom ersetzt – »aus Aktualitätsgründen«.

I.

Auch wer es für legitim erachtet, Serbien zu bombardieren, um die Situation der Kosovo-Albaner zu verbessern, kann nicht übersehen, daß gerade dieses Ziel massiv verfehlt wurde. Den Kosovo-Albanern, die seit der Aufhebung des Autonomiestatuts vor zehn Jahren von der serbischen Zentralregierung zunehmend unterdrückt werden, geht es seit Beginn des Bombardements schlechter

denn je. Die Vertreibungen großen Stils setzten mit den Bombardements ein; sie zu verhindern, ist der NATO Kriegsmaschinerie gerade nicht gelungen. Im Gegenteil, sie wurden als Waffe benutzt, da gegen die Luftüberlegenheit der NATO-Jets nichts auszurichten war. Das ist zwar zynisch und menschenverachtend; es ist aber ein Kriegsmittel, das die Strategen in Brüssel, Washington oder auf der Hardthöhe in Bonn hätten einkalkulieren müssen. Es kann freilich sein, daß sie dies taten, und die Folgen kaltblütig in Kauf genommen haben.

Daß der militärische Erfolg der NATO-Angriffe die hochgesteckten Anfangserwartungen bisher nicht erfüllte, ist nicht überraschend, wenn man berücksichtigt, daß die jugoslawische Verteidigungsstrategie seit 50 Jahren darauf ausgerichtet ist, den Angriff eines militärisch und technologisch überlegenen Gegners (wobei in der Vergangenheit in erster Linie die Sowjetunion als Aggressor vermutet wurde) möglichst ins Leere laufen zu lassen, indem sowohl Kommando- als auch Versorgungsstrukturen der Armee weitgehend dezentralisiert wurden, so daß der Krieg nur durch verlustreiche Kämpfe auf dem Boden zu gewinnen ist.

Der geringe militärische Erfolg ließ die NATO dazu übergehen, auch zivile Ziele zu zerstören, von Donaubrücken (im Norden des Landes, weit weg vom Kosovo) über Zigarettenfabriken und Heizkraftwerke bis zu Fernsehsendern und Wasserwerken. Damit wird aber nicht nur die Infrastruktur sowohl Serbiens wie des Kosovo zerstört, mit der Bombardierung von Chemiefabriken und Raffinerien sowie der Verwendung uranhaltiger Geschosse sind langanhaltende Umweltschäden in der gesamten Region, radioaktiv verseuchte Gebiete und gesundheitliche Risiken für die Bevöl-

kerung programmiert – eine humanitäre Katastrophe als direkte Folge der NATO-Bombenpolitik. Durch den Einsatz von Bodentruppen könnte die NATO den Krieg wohl militärisch gewinnen, aber nur um den Preis einer großen Anzahl von Opfern nicht nur unter den eigenen und den gegnerischen Soldaten, sondern vor allem unter der Zivilbevölkerung.

Je offensichtlicher es wird, daß dieser Krieg den Menschen, denen er angeblich helfen sollte, nichts nutzt, sondern im Gegenteil ganze Gesellschaften traumatisiert, desto stärker verschieben sich die angebotenen Rechtfertigungen. Es könne doch nicht angehen, daß Milosevic triumphiert, daß ein Herrscher, der die Menschenrechte derart grob verletzt, ungeschoren davon kommen könne. Henry Kissinger hat dieser Logik Ausdruck verliehen: Die NATO-Strategie sei politisch verrückt, müsse aber nun bis zum Sieg fortgesetzt werden, um nicht das Gesicht zu verlieren. Ein Sieg soll diesem Krieg zur Legitimation verhelfen. Dabei geht es längst nicht mehr um Hilfe für die Kosovo-Albaner, sondern um ein Strafgericht. Die NATO-Jets sind in dieser Inszenierung der Clintons, Fischers, Blairs und Schröders die apokalyptischen Reiter, die gen Serbien ausgesendet werden.

II.

Daß die NATO diesen Krieg aus rein humanitären Gründen führe, ist schon deshalb wenig plausibel, weil die Diskriminierung der Kosovo-Albaner, die seit 1989 kontinuierlich zugenommen hat, bis 1998 von den NATO-Staaten eher heruntergespielt wurde – wollte man doch nicht allzu viele politische Flüchtlinge aufnehmen. Und es spricht nicht gerade für den hohen Stellenwert der vorgegebenen humanitären Ziele,

daß nicht die geringsten Ansätze eines Umdenkens zu bemerken sind, wenn offensichtlich wird, daß sie mit den angewandten Methoden nicht erreicht werden können.

Auch das andere Rechtfertigungsargument, daß man den Menschenrechten auch durch äußere Intervention Geltung verschaffen müsse, daß man Staaten und deren Regierungen für das Unrecht, das sie ihrer eigenen Bevölkerung zufügen, zur Rechenschaft ziehen sollte, ist nicht besonders schlüssig: Zur Durchsetzung von Rechtsverhältnissen gehört nämlich nicht nur, daß der Rechtsbrecher verfolgt und bestraft wird, sondern daß dies auch innerhalb eines rechtlichen Rahmens geschieht. Die bescheidenen Ansätze eines solchen Rahmens, die sich innerhalb der UNO finden, wurden aber von der NATO ganz bewußt umgangen. Stattdessen präsentiert sich die NATO (nur zur Erinnerung: es handelt sich dabei um ein Verteidigungsbündnis, das seine Mitgliedsstaaten gegen äußere Angriffe schützen soll) in einer Person als Ankläger, Richter und Urteilsvollstrecker. Der Cowboy, der den bösen Schurken endlich umlegt, mag zwar eine sympathische Figur aus diversen Western-Filmen sein, mit der Durchsetzung von Rechtsverhältnissen im internationalen System am Ende des 20. Jahrhunderts hat ein solches Vorgehen allerdings nichts zu tun.

Daß dieser Cowboy namens NATO nur ein (gerechtfertigter) Vorgriff auf eine Weltbürgergesellschaft sei, in der auch Regierungen von der internationalen Gemeinschaft für Menschenrechtsverletzungen an ihren Bürgern zur Rechenschaft gezogen werden, wie Jürgen Habermas in seinem *ZEIT*-Essay meinte (Bestialität und Humanität, *DIE ZEIT* Nr. 18, 29.5.1999), unterstellt in stu-

penden Naivität erstens, daß eine solche »Weltbürgergesellschaft« überhaupt angestrebt wird. Eine solche Unterstellung wird schon durch die langjährige Praxis der Krieg führenden Länder demontiert. In Lateinamerika und Asien wurden (und werden) von den USA brutale Diktaturen genauso unterstützt wie Regierungen, die Bürgerkriege gegen Teile des eigenen Volkes führen. Und das NATO-Mitglied Türkei, das am Angriff auf Serbien beteiligt ist, hält nicht nur halb Zypern besetzt und betreibt dort eine Politik der ethnischen Spaltung, es verweigert im eigenen Land den Kurden jede Autonomie. Die türkische Armee brennt seit mehr als einem Jahrzehnt ganze kurdische Dörfer nieder, vertreibt die Menschen aus der Region und foltert vermeintliche und tatsächliche Unterstützer der kurdischen Autonomiebestrebungen. Wer Mitglied der NATO ist, kann im eigenen Land offenbar ungestraft morden und vertreiben.

Von Habermas und vielen anderen wird dieser Einwand beiseite geschoben, indem einfach erklärt wird, daß man doch nicht an einer Stelle auf Hilfe verzichten könne, nur weil sie an anderer Stelle nicht möglich sei. Wieso es aber soviel schwieriger sein soll, Druck auf den NATO-Partner Türkei auszuüben, als Bomben auf Serbien zu werfen, dafür fehlt bislang jede Erklärung. Anstatt zumindest politischen Druck auszuüben, erhält die Türkei von NATO-Mitgliedern wie den USA und Deutschland großzügige Militär- und Finanzhilfe, die nicht zuletzt für den »schmutzigen Krieg« im eigenen Land benötigt wird. Humanität und Recht sind hier ganz offensichtlich anderen Interessen untergeordnet, so daß die Vermutung legitim ist, daß es auch im Fall Jugoslawien noch um mehr und anderes geht.

III.

Daß die öffentlich geäußerten Gründe für diesen Krieg auf schwachen Füßen stehen, scheint auch den Krieg führenden Politikern klar zu sein. Daher ist es kein Zufall, daß der Gegner zum absolut Bösen aufgebaut wird, gegen den jedes Mittel recht ist. Wie schon Saddam Hussein wird jetzt auch Milosevic zum neuen Hitler erklärt. Beide Diktatoren sind vom Westen, solange sie als regionale »Stabilitätsfaktoren« in der »neuen Weltordnung« galten, unterstützt worden; die repressive Politik wurde verharmlost. Das »Böse« hat man erst entdeckt, als man sie loswerden wollte. Im Fall Jugoslawien geht die Dämonisierung aber weit über Milosevic hinaus. Nicht nur in der Boulevardpresse erscheinen »die Serben« schon fast als ein einzig Volk von Mördern und Vergewaltigern, die ein neues »Auschwitz« hervorbringen. Daß die serbische Opposition gegen Milosevic in den letzten Jahren erheblich größer war, als sie es in Deutschland jemals gegen Hitler war, ist da nicht weiter wichtig. Nicht nur das Böse ist jetzt identifiziert und rechtfertigt jeden Kriegseinsatz; gerade für die deutschen Politiker kommt mit solchen Konstruktionen etwas Wichtiges hinzu: der Faschismus wird ein zweites Mal geschlagen und endlich stehen die Deutschen auf der richtigen Seite.

Daß die Unterdrückung der Kosovo-Albaner, ihre jetzt stattfindende Vertreibung, die Morde und Vergewaltigungen schlimmste Verbrechen sind, wird keineswegs verharmlost, wenn man gegen die Hitler- und Auschwitz Vergleiche der offiziellen Kriegspropaganda die Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus in Erinnerung ruft: die Nazis haben (mit Zustimmung und Unterstützung der Mehrheit der

»ganz normalen Deutschen«) Europa mit Krieg überzogen sowie einen bürokratisch geplanten und industriell ausgeführten Massenmord an Millionen von Juden und Zigtausenden von Roma und Sinti, Kommunisten, Schwulen und »lebensunwertem Leben« begangen.

Auch wenn nun allenthalben so getan wird: Milosevic ist nicht der urplötzlich aufgetauchte Schurke, der allein für alles Übel verantwortlich ist. Jugoslawien war auch schon vor 1989 ein fragiles Gebilde. Weniger wegen der vielen Nationalitäten, sondern vor allem wegen der enormen wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede, die es innerhalb dieses Staates gab: während sich Slowenien Hoffnung machen durfte, wirtschaftlich irgendwann einmal an den EU-Durchschnitt heran zu kommen, war der Süden Jugoslawiens eher mit einem Land der »Dritten Welt« vergleichbar. Bis in die Mitte der 80er Jahre ermöglichte nicht nur ein kompliziertes staatliches Institutionensystem einen gewissen Ausgleich der divergierenden Interessen, wichtig für den Zusammenhalt war auch der äußere Druck in Gestalt des Ost-West Gegensatzes, der es für alle Beteiligten deutlich machte, daß die internen Konflikte nicht eskalieren durften, sollte die relativ unabhängige und komfortable Mittelposition zwischen Ost und West – Neutralität, führendes Mitglied in der Blockfreien-Bewegung, Politik der »self-reliance« – nicht verloren gehen. Mit der Umwälzung der weltpolitischen Lage und den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten – die durch die Auflagen der Institutionen von Bretton Woods vergrößert wurden – veränderte sich die Situation aber grundlegend. Für die entwickelteren wirtschaftlichen Regionen erschien jetzt ein Ausscheiden aus dem gesamtjugoslawischen Staatsverband

sowohl politisch möglich als auch ökonomisch vorteilhaft zu sein. In diesem Prozeß wurden dann von allen Seiten die verschiedenen Nationalismen mobilisiert, die nicht nur brauchbare Feindbilder, sondern auch die Legitimation für die alleinige Nutzung vorhandener Ressourcen liefern.

Die zentrifugalen Kräfte wurden Anfang der 90er Jahre gerade vom Westen – und hier insbesondere vom neu vereinigten Deutschland – kräftig gefördert. Mit der frühzeitigen staatlichen Anerkennung von Kroatien und Slowenien, die in der EU 1991 vom deutschen Außenminister Genscher durchgesetzt wurde, brach die komplizierte Konstruktion Jugoslawiens schnell zusammen und die Konflikte, die heute durch den Einsatz von Bomben gelöst werden sollen, wurden kräftig angefacht: jede Minderheit, die sich von der »repressiven« Mehrheit lossagte und auf Selbstbestimmung pochte, verweigerte ihren eigenen Minderheiten genau diese Selbstbestimmung. Auf diese Gefahr hatte der damalige UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar in einem warnenden Brief an Genscher hingewiesen – erfolglos. Kroatien befreite sich von der serbischen Vorherrschaft und diskriminierte gleichzeitig die serbische Minderheit im eigenen Land. Serbien geißelt zwar die Unterdrückung der serbischen Minderheiten andernorts, geht aber genauso rücksichtslos gegen die ungarische und die albanische Minderheit im eigenen Land vor. Der Versuch, das zu erhalten, was es in Jugoslawien vor 1991 an Koexistenz der verschiedenen Ethnien und Religionen und der verschieden entwickelten Landesteile gab, wäre ein aufgeklärtes, demokratisches und europäisches politisches Projekt gewesen. Man hat es mit schmählicher Beteiligung der deutschen Au-

ßenpolitik sabotiert – und es dann isoliert in Bosnien-Herzegowina durchsetzen wollen. Dort, in einem »Staatswesen«, das noch niemals existierte, umgeben von einem kroatischen und einem serbischen Staat, hat es nicht funktionieren können.

Daß der Westen Anfang der 90er Jahre bei der Auflösung Jugoslawiens kräftig mitmischte, hatte vor allem mit geopolitischen Interessen zu tun: die weitere Entwicklung der Sowjetunion bzw. ihrer Nachfolgestaaten war unklar und die Entstehung eines neuen antiwestlichen Blockes sollte auf jeden Fall verhindert werden. Dieses Interesse spielt bis heute eine wichtige Rolle bei der NATO-Politik: zumindest außerhalb der GUS-Staaten wird von der NATO die Regelungskompetenz beansprucht. Das macht die neue NATO-Doktrin deutlich, die Interventionen außerhalb des ursprünglichen Bündnisgebietes und ohne Zustimmung der UNO vorsieht. Vor allem bei den europäischen NATO-Staaten dürfte noch ein weiteres, ganz eigenes Motiv von erheblicher Bedeutung sein: die Angst vor Flüchtlingsströmen, wie sie schon der Bürgerkrieg in Bosnien hervorgebracht hat.

Wer der NATO eine vorwiegend moralische Motivation unterstellt, wendet hier ein, daß diese Interessen wohl kaum einen derart kostspieligen und langwierigen Krieg erklären könnten (so auch Habermas in seinem oben erwähnten Artikel). Nun sieht es tatsächlich so aus, als ob die NATO diesen Krieg keineswegs langfristig geplant hätte. Daß die NATO-Strategen offenbar nur mit einem kurzen Krieg gerechnet haben, wird schon an der mangelnden medialen Kriegsvorbereitung deutlich: im Unterschied zum Golfkrieg von 1991 setzte die entsprechende Propagandaschlacht erst mit der militärischen

Auseinandersetzung ein und nicht schon Wochen vorher. In Rambouillet wurde allerdings auch deutlich, daß von Jugoslawien eine bedingungslose Kapitulation erwartet wurde, einschließlich der Zustimmung zur Stationierung einer de-facto Besatzungsgruppe nicht nur im Kosovo sondern im gesamten jugoslawischen Staatsgebiet, wie aus dem inzwischen auch hierzulande in der Presse bekannt gewordenen Annex B zum Vertragsentwurf hervorgeht. Die NATO glaubte offensichtlich, alle Bedingungen diktieren zu können, sofern sie nur glaubwürdig mit der Bombardierung droht und diese eventuell auch ein paar Tage durchführt. Nachdem sie den Krieg aber nun einmal begonnen hat, muß ihn die NATO auch weiterführen, will sie, wie die beteiligten Regierungen selbst betonen, ihre »Glaubwürdigkeit« – und das heißt: ihr zukünftiges Drohpotential gegenüber aufmüpfigen Potentaten oder Regierungen, die sich weigern, nach der NATO-Pfeife zu tanzen – nicht beschädigen. Daß sich dieser Krieg als länger und kostspieliger erweist, als ursprünglich erwartet wurde, ist kaum eine überzeugende Begründung dafür, daß er nicht mit Interessen zu tun hätte und nur aus rein moralischen Gründen geführt werde.

IV.

Mehrere Auswirkungen dieses Krieges zeichnen sich bereits ab. Rußland, das bisher immer noch als Supermacht behandelt wurde, obwohl es längst keine mehr ist, wurde jetzt unübersehbar zur Regionalmacht zurückgestuft, der allenfalls ein kleiner, regionaler Herrschaftsbereich zugebilligt wird. Außerhalb dieses Bereichs erklärt sich die NATO als allein zuständig, um das, was sie als Ordnung definiert, notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Allein

die NATO entscheidet (wie in der gerade beschlossenen neuen NATO-Doktrin unmißverständlich klargemacht wurde), ob sie bei diesem Prozeß die UNO (oder auch Rußland) mit einbezieht oder nicht. Die Ansätze einer »Partnerschaft für den Frieden« mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, die die NATO nach 1991 zunächst verfolgt hat, können getrost vergessen werden. Die NATO setzt jetzt auf Interessen- und Machtpolitik, ohne einen Ausgleich zu suchen. Die einen werden in die NATO als volle Mitglieder aufgenommen, die anderen bleiben draußen. Dies gilt insbesondere für Rußland.

Die absehbare Niederlage Jugoslawiens ermöglicht der NATO, die gesamte Südflanke Rußlands von Westeuropa über die Balkan-Staaten und die Türkei bis hin zum Kaukasus und zum Kaspischen Meer zu kontrollieren. Das rohstoffreiche Zentralasien gerät ins Visier. In dieses geo-strategische Bild paßt auch, daß die NATO-Länder USA und Großbritannien nicht nur Jugoslawien sondern ebenso den Irak fast tagtäglich bombardieren. Auch dort mußten schon Zigtausende die »Verteidigung der Menschenrechte« durch Bombardements und Embargopolitik mit ihrem Leben bezahlen.

Für Deutschland bedeutet die Teilnahme an diesem Krieg einen in seiner Tragweite kaum zu überschätzenden Einschnitt. Es wird mit einem grundlegenden (im Grundgesetz auch verfassungsrechtlich verankerten) Tabu gebrochen, an das sich alle politischen Kräfte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehalten haben; ein Tabu, das noch 1991 eine militärische Beteiligung am Krieg gegen den Irak nicht einmal zum Diskussionspunkt werden ließ: Deutschland darf sich an keinem Angriffskrieg beteiligen. Noch entschei-

dender als dieser Tabubruch ist der Sachverhalt, daß er unter einer rot-grünen Regierungskonstellation erfolgt. Zumindest Teile von SPD und Grünen sind die politischen Erben der Proteste gegen die Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren, gegen die Notstandsgesetze und den Vietnam-Krieg in den 60er Jahren und gegen die Nachrüstung in den 80er Jahren. Da der Krieg aber gerade von einer rot-grünen Regierung geführt wird, sind die politischen und gesellschaftlichen Räume, in denen sich eine Opposition zu diesem Krieg artikulieren kann, erheblich verkleinert. Damit ist es jetzt erstmals möglich gewor-

den, über die Parteigrenzen hinweg (die PDS spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle oder kann sogar noch als Alibi der möglichen Pluralität dienen) ein »nationales Interesse« zu definieren, das auch unter Einsatz militärischer Mittel verfolgt wird. Rotgrün hat die »unverkrampfte Normalität«, die sich der scheidende Bundespräsident Roman Herzog wünschte, durchgesetzt: Unbelastet von der faschistischen Vergangenheit ist Deutschland jetzt wieder eine ganz normale Großmacht, mit der in Zukunft auch militärisch zu rechnen sein wird – an der Seite der NATO-Partner, gegen den Rest der Welt.

Alex Demirovic

Balkankrieg, Postfordismus und Global Governance

Ich will nicht in den Krieg,
Ich bin nicht auf der Welt,
um arme Leute umzubringen.
Boris Vian

Niemand wird mit realistischen Gründen annehmen können, daß die Grünen mit ihrer Beteiligung an der Regierungsverantwortung auch unmittelbar die Kompetenz gehabt hätten, über die Bombardements der NATO in Jugoslawien zu entscheiden. Die Kräfteverhältnisse in der Bundesregierung und in der NATO ließen dies nicht zu. Daß sie sich diesen Machtverhältnissen allerdings nicht entgegengestellt, sondern sie selbst mitvollzogen haben, verändert tiefgreifend die politische Konstellation. Die politische Handlungsweise der rot-grünen Regierung berührt nämlich den grundsätzlicheren Gesichtspunkt der Möglichkeit zur Herstellung eines sozial-ökologischen New Deal.

In der Strukturkrise des Übergangs von der fordistischen zur postfordistischen Form der kapitalistischen Vergesellschaftung steht eine Regulationsform zur Disposition, die auf Massenproduktion, hohem und wachsendem Einsatz von Ressourcen mit weitläufigen Belastungen der Gesellschaft wie der Natur und zunehmender Bürokratisierung in den Unternehmen und in öffentlichen Einrichtungen mit von oben geplanten und kontrollierten Formen der rigiden Abpressung von Mehrarbeit beruhte. Im Anschluß an regulationstheoretische

Überlegungen bestand die Überzeugung, daß ein neues Muster der Reproduktion und Regulierung des Kapitalverhältnisses nicht einfach linear aus dem Bisherigen folgen würde, sondern sich aus den sozialen Kämpfen zwischen Kapitaleignern, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Parteien und vielfältigen Initiativen der Zivilgesellschaft gleichsam als ein Fundstück, als ein neuer Kompromiß herausbilden würde. Ein Kompromiß kann nur gelingen, wenn die unterschiedlichen Konfliktparteien um ihre eigenen und die Ziele der anderen wissen, ebenso aber auch wissen, daß sie jeweils ihre eigenen Positionen nicht als solche durchsetzen können. Dieser neue, sozial-ökologische New Deal würde zwar das Kapitalverhältnis selbst nicht beseitigen, aber doch wesentliche Strukturmomente verändern, nämlich die energetische Grundlage von fossilen und nuklearen auf erneuerbare Energieträger umstellen, den Ressourceneinsatz verringern, Bürokratisierung abbauen, das Warfare-Regime durch Abrüstung in ein ökologisches Welfare-Regime verändern und offenere und durchlässige Lebensformen begünstigen.

Die Grünen repräsentierten die zahlreichen und diversen Initiativen und Grup-

pen, die sich aus dem früheren, fordistischen Klassenkompromiß des nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat herauslösen wollten. Die Partei faßte diese teilweise sehr partikularen Interessen zusammen, verallgemeinerte sie und machte sie dadurch auch in der offiziellen Politik zu einem die politische Agenda bestimmenden Machtfaktor. Die Grünen stellten aufgrund dieser Entstehung und Funktion selbst einen Kompromiß dar, der nun von den Grünen in der Bundesregierung auf die Probe gestellt und mit der Entscheidung, die Bombardements der NATO zu unterstützen und die rot-grüne Koalition nicht zu verlassen, schließlich gebrochen wurde. Der Kompromiß umfaßte zahlreiche politische Issues, im Zusammenhang mit dem Balkankrieg sind insbesondere die drei folgenden von Bedeutung: a) die Ökologie; b) der Multikulturalismus; c) der Pazifismus. In allen drei Hinsichten handelt es sich um eine Art Hegemonie des grünen Projekts über die Linke, denn die Linke der siebziger Jahre wurde damit integriert, ohne daß ihre kapitalismuskritischen Ziele in diesen Begriffen einen angemessenen Ausdruck fanden. Zu a) Der Begriff der Ökologie hat eine biologistische Färbung und reduziert die Komplexität des gesellschaftlichen Naturverhältnisses auf bloße Fragen der natürlichen Umwelt. Die Atomenergie war ein Schlüsselthema der Umweltproblematik, die Konzentration darauf stellt aber gleichfalls eine Reduktion dar. Die gegenwärtigen Verhandlungen der Bundesregierung mit der Atomindustrie legen nahe, daß auch weiterhin lange Laufzeiten akzeptiert werden, gleichzeitig scheint die Bundesregierung bereit, weitere Kernkraftwerke in der Ukraine zu finanzieren. Zu b) Der

Multikulturalismus tendiert dazu, die Vielfalt sozialer Verhältnisse, die mit der Migration verbunden sind und die massive Repression und Ausbeutung umfassen, auf Fragen der bloß kulturellen Anerkennung von nationalen bzw. ethnischen Unterschieden zu reduzieren. Damit werden künstliche Kollektividentitäten kreiert, die die Grundlage für rassistische Affekte bilden. Zu c) Der generelle, im Prinzip vor allem gegen die NATO und den Warschauer Block und die atomare Bewaffnung gerichtete Pazifismus ließ völlig offen, wie mit anderen als exterministischen Kriegen umzugehen sei. Schon früh ließ sich bei manchen grünen Realpolitikern ein instrumenteller Menschenrechtsmoralismus beobachten, wenn sie von der CDU-FDP-Regierung forderten, die Sandinisten wegen ihrer Verletzungen der Rechte der nicaraguensischen Ostküsten-Indianer wirtschaftlich zu boykottieren, die Menschenrechtsverletzungen der Contra und der bürgerlichen Rechten in den zentral- und lateinamerikanischen Ländern aber gar nicht beachtet. Schon bald nach der Wende 1989, und verbunden mit den Diskussionen über den zweiten Golfkrieg 1991, wurde unter Grünen mit Erleichterung festgestellt, daß nun endlich der Krieg wieder ein politisches Instrument sei und nicht jedesmal mit der atomaren Vernichtung gerechnet werden müsse. Menschenrechtlicher, politischer Pazifismus scheint die Formel für diese Haltung zu sein, die beansprucht, gegen naive Pazifisten verantwortungsethisch die Bürde zu tragen, eine neue Form des Gewaltmonopols zu schaffen, das weltpolizeilich gegen die kleinen Diktatoren durchgesetzt werden muß und Menschenrechte und Frieden erzwingt. Der usurpatorische, antidemokratische

Charakter der Errichtung dieses Gewaltmonopols bleibt außer Betracht, vielmehr wird positiv noch unterstrichen, daß damit die universalistischen Normen des Westens durchgesetzt werden, wie sie von den USA beansprucht und vertreten werden. Die undemokratischen, rassistischen, gewaltsamen und ausbeuterischen sozialen Verhältnisse in den USA werden ebensowenig thematisiert wie die Bereitschaft der führenden kapitalistischen Staaten, die weltweiten, sich immer noch weiter vertiefenden wirtschaftlichen und politischen Asymmetrien zu erhalten. Die moralische Unentschiedenheit läßt sich für die gegenwärtige Kriegskampagne der NATO auch daran erkennen, daß die Türkei an der NATO-Kriegsführung mitwirkt, obwohl evident ist, daß sie selbst entschieden gegen die Prinzipien verstößt, auf denen die Operationen beruhen sollen: auf Zypern trennt türkisches Militär Griechen von Türken nach nationalistischen Gesichtspunkten; in der Türkei selbst wird den Kurden jedes Recht auf Autonomie verweigert. Der Balkankrieg vertieft die moralischen Dilemmata, vor die sich die Grünen und die Linke schon während des Golfkrieges gestellt sah. Denn anders als während des damaligen Krieges ist Deutschland unmittelbar als Kriegspartei beteiligt und wird von einer rot-grünen Koalition regiert; die Entscheidungen werden von sozialdemokratisch-grünen Regierungen getroffen und von einem NATO-Generalsekretär ausgeführt, der sich selbst einmal als Pazifist verstand. Zwar widersprechen die militärischen Operationen der NATO dem Grundgesetz, dem NATO-Vertrag und haben kein UN-Mandat – das auch seinerzeit stark umstritten war. Entscheidend für das moralische Dilemma

erscheint aber, daß dieses Mal nichts anderes als moralische Normen selbst zur Kriegsführung zu nötigen scheinen. Auf den ersten Blick sind keine geostrategischen Interessen im Spiel. Doch der Schein trügt.

Die gegenwärtige Kriegsführung steht in der Logik der deutschen Außenpolitik gegenüber Jugoslawien seit Beginn der neunziger Jahre. Während der serbische Nationalismus von deutscher Seite kritisiert und abgelehnt wurde, wurde der Nationalismus Kroatiens, wurden dessen Bestrebungen zur staatlichen Unabhängigkeit anerkannt. Damit wurde faktisch ein Regime unterstützt, das ständig Menschenrechte, zivile und politische Rechte verletzt, demokratische Freiheiten behindert und vor allem der Bereicherung weniger Familien und Warlords dient, die durch Nationalismus und Rassismus ihre Macht aus der früheren, staatssozialistischen Phase in kapitalistische Formen der Macht und des Reichtum zu konvertieren in der Lage waren. Die deutsche Außenpolitik ergriff im Namen von Demokratie und Selbstbestimmung faktisch Partei für einen Nationalismus gegen einen anderen Nationalismus und beteiligte sich damit an der Zerstörung des früheren Jugoslawien als der wahrscheinlich einzigen Form, die unterschiedlichen religiösen, regionalen und sogenannten ethnischen Widersprüche und Differenzen wenn nicht zu lösen, so doch auszubalancieren. Die demokratische Opposition, die sich in den früheren Teilrepubliken Kroatien, Bosnien und Serbien gebildet hatte, wurde nie ernsthaft unterstützt. Möglicherweise, weil sie vielfach eine Opposition war, die für die Erhaltung der Einheit des Landes und für eine Beseitigung der materiellen Privilegierung einzelner Volksgruppen

eintrat. Dies war das Naheliegende, denn für viele Jugoslawen waren die Bürgerkriegserfahrungen während des Zweiten Weltkriegs durch die Erfahrungen überlagert, daß die verschiedenen Volksgruppen seit Jahrzehnten zusammenlebten, sich räumlich, familiär, beruflich, im Militär, im Studium und in der Migration mischten. Es waren die politischen Eliten, die vom westlichen Ausland Unterstützung erfuhren, die allenfalls noch schwach vorhandenen ethnisch-religiösen Spaltungslinien zu intensivieren. Fragt man sich nach den Motiven, so kann vermutet werden, daß die deutsche Außenpolitik eine Zersplitterung begünstigte, um die Möglichkeit der Herausbildung einer starken politischen Kraft in Osteuropa zu verhindern und insbesondere den Einfluß Rußlands zu schwächen. Doch richtete sich diese Politik auch gegen einen Rest an moralischer Autorität Jugoslawiens, die sich daraus ergab, das es sich der Logik des Kalten Krieges entzogen und ein eigenes Modell der Arbeiterdemokratie zu realisieren versucht hatte, das lange Zeit nicht nur unter europäischen Linken auf Interesse stieß, sondern auch ein erhebliches Ansehen unter den Ländern des Südens genoß und das Land zu einem der führenden Repräsentanten der blockfreien Länder machte. Im Prozeß der Restrukturierung Europas als einem einheitlichen Block innerhalb des globalen Wettbewerbs besteht offensichtlich die Bestrebung zur Vereinheitlichung. Eigenständige Entwicklungspfade werden im europäischen Haus oder vor der Tür der Europäischen Union nicht geduldet. Milosevic ist das vom Prozeß der europäischen Integration erzeugte Monster. Er betreibt für Serbien, was bei Tudjman geduldet wurde. Die mehreren hunderttausend

serbischen Vertriebenen, die als Flüchtlinge in Jugoslawien leben, sind ebensowenig Gegenstand der menschenrechtlichen Sorge wie der Terror von kroatischen Banden gegen Muslime. Ebenso wenig wird bei der gegenwärtigen Kriegskampagne auf dem Balkan bedacht, welche Konsequenzen sich für die zehntausenden Albaner in Serbien ergeben, von denen viele mit Serben verheiratet und befreundet sind; ebensowenig werden die nachhaltigen destabilisierenden Folgen für Bosnien und Mazedonien und die dortigen Versuche gesehen, die nationalistische und rassistische Logik einzudämmen.

Für die rot-grüne Regierung hat dieser Hintergrund eine fatale Konsequenz. Denn indem sie vorgibt, die Rechte einer Volksgruppe, der Kosovaren zu schützen und der militärischen Option zustimmt, bekräftigt sie einmal mehr die Logik der ethnischen Trennung. Die militärische Aktion einer auswärtigen Macht in einem Bürgerkrieg zwischen der Zentralregierung und einer sezessionistischen Bewegung mußte zwangsläufig das befördern, was nun feststeht: daß nämlich Serben und Kosovaren sich als feindliche Völker wahrnehmen, die nicht mehr miteinander zusammenleben können. Die Förderung und Anerkennung der UCK durch die deutsche Außenpolitik (und durch den BND) stärkten diese Dynamik noch. Für die Konservativen und die Rechte in Europa – und dies läßt sich an einer Bundestagsrede des außenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Lammers ablesen – bestätigen die Vorgänge im Kosovo, daß multikulturelle politische Gebilde nicht lebensfähig sind, weil sie letztlich zum Bürgerkrieg führen werden. Dem Ziel, in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union den Rassismus und

ethnische Spaltungslinien abzubauen, wird mit der verfolgten Politik langfristig Schaden zugefügt.

Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte dafür, daß die Bundeswehr und die NATO von langer Hand eine Ausdehnung ihres Operationsgebietes und eine Erweiterung ihrer Aufgaben betreiben. Out-of-area-Einsätze humanitärer und friedenserhaltender Art waren die Vorbereitungen für friedenserzwingende Einsätze. Volker Rühle 1992: »Ich bleibe dabei, daß wir auf Kampfeinsätze im Augenblick weder materiell noch psychologisch vorbereitet sind. [...] Es geht auch nicht nur darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben [weltweiter Kampfeinsätze; AD] vorzubereiten. Bei Blauhelmeinsätzen ist das schon gelungen. [...] Auf Dauer ist eine Beschränkung auf Blauhelm-Einsätze nicht realistisch. [...] Das kann sich alles entwickeln.« (*Der Spiegel* 30/1992). Es handelt sich um eine langfristige Politik zur Neudefinition deutscher Sicherheitsinteressen, die im Zuge des Globalisierungsprozesses weltumspannend gedacht werden. Die neue Strategie zeichnet sich seit dem Balkankrieg und der 50 Jahr Feier der NATO deutlicher ab. Die NATO behält sich gegenüber den UN und dem Sicherheitsrat das Recht auf die Kriegsführung vor und nimmt damit die klassischen Rechte des staatlichen Souveräns wahr. Dies soll nur für den Ausnahmefall gelten, heißt es abschwächend. Faktisch begünstigt dies noch entschiedener die Souveränitätsrechte der NATO, denn über den Ausnahmefall entscheidet selbst wiederum niemand sonst als die Mitglieder der NATO und dort diejenigen, die mächtig sind und über den Militärapparat verfügen. Insofern es sich bei der NATO um

eine militärische Organisation handelt, wird der Ausnahmefall immer eher nach militärischen, weniger nach politischen Gesichtspunkten definiert, wie dies bei Entscheidungen der UNO zwangsläufig der Fall wäre. Weltweit wird den Regierungen gezeigt, daß die NATO beansprucht zu bestimmen, welche Umstände einen Staat zu einem Schurkenstaat machen und was ihm passieren wird. Daraus entsteht die Gefahr weiterer militärischer Eskalation. Denn autoritäre Regime werden auf ABC-Waffen zurückgreifen, um das Risiko der militärischen Intervention zu senken.

Der neuen Konzeption der NATO nach wird eine Sicherheitszone definiert, die Europa und den Raum des südlichen Mittelmeers umfaßt. Aber auch die kaukasischen und transkaukasischen Staaten – schon Kriegsziele der Wehrmacht – sind eingeschlossen. Gerade dort werden große und noch weitgehend unerschlossene Erdölvorkommen vermutet. Das unmittelbar von der NATO kontrollierte Gebiet wird auf diese Weise bis an die chinesische Grenze reichen. Sollte dieses Szenario zutreffen, dann schließt dies zweierlei ein. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an einer langfristig angelegten Strategie zur Sicherung fossiler Energie. Die Gefahr besteht, daß die Entwicklung eines nachhaltig-zukunftsfähigen Energieregimes hinausgeschoben wird. Eine Reihe von Ländern der OPEC wird marginalisiert; ebenso wird massiv in die klassische Einflußsphäre Rußlands eingegriffen. Eine neue Hochrüstungspolitik – wie sie jetzt schon von Scharping angedeutet wird – ist zu erwarten. Militärische Konflikte mit China oder Indien sind nicht auszuschließen. Diese langfristige Strategie

der NATO widerspricht den Zielen der Linken und der Grünen, soweit letztere dafür stehen, die Ziele der neuen sozialen Bewegungen in die Parlamente und Regierungen einzubringen.

Nicht, daß die Grünen an politischer Herrschaft partizipieren und Kompromiße eingehen, soll hier kritisiert werden. Zu kritisieren ist, daß sie durch ihr politisches Handeln gerade die Bedingungen für einen sozial-ökologischen Kompromiß verschlechtern, insofern sie zentrale Ziele aufgeben und einen Paradigmawechsel in der Form der Ausübung der politischen Herrschaft mittragen.

Politische Herrschaft wird nicht mehr nationalstaatlich oder imperial ausgeübt, sondern in dem weit verzweigten Netzwerk von Elementen eines internationalen Staates. Als Knotenpunkte in diesem Netzwerk lassen sich die Nationalstaaten, die UNO und der Sicherheitsrat, die UN-Unterorganisationen und die von der UN organisierte Konferenzen, die Weltbank und der Internationale Währungsfond, die EU mit ihren Apparaten, die NATO, internationale Regime, Gerichtshöfe usw. charakterisieren. Der Politikprozeß – ohnehin weitreichend dominiert von den global operierenden Unternehmen und den Akteuren auf den Finanzmärkten – verläuft wenig transparent, die Entscheidungsverfahren sind kaum formalisiert, so daß sich starke Interessengruppen oder Staaten und Staatengruppen durchsetzen können. In diesem Rahmen wurde das Konzept der global governance in die Diskussion gebracht, um die netzwerkartigen Politikverflechtungen gleichsam zu öffnen und der öffentlichen Diskussion und der Demokratisierung zugänglich zu machen. Als Mittel dazu werden allgemein seit der Welt-

umweltkonferenz in Rio die Entfaltung einer innerstaatlichen, internationalen und globalen Zivilgesellschaft ebenso wie die Menschenrechte betrachtet. Üblicherweise meint Zivilgesellschaft einen zivilen, friedlichen, deliberativen Entscheidungsfindungs- und Interessenausgleichsprozeß. Doch ist daran zu erinnern, daß schon Gramsci, auf den das Konzept der Zivilgesellschaft (*società civile*) zurückgeht, auf den aggressiven, durchaus militärischen Aspekt der Zivilgesellschaft hingewiesen hat, der den demokratischen ergänzt. Gramsci entwickelte den Begriff der Zivilgesellschaft, um eine neue Form bürgerlicher Herrschaft zu charakterisieren. Mit Zivilgesellschaft wollte er auf die vielfältigen privaten Initiativen hinweisen, mit denen das Bürgertum nach dem Ersten Weltkrieg in Italien, bedroht durch die Rätebewegung, für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft kämpfte (zum Beispiel durch Schaffung von bewaffneten Banden). Aus der internationalen Zivilgesellschaft entwickelt sich auch heute eine Initiative und Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt. Dies läßt sich an den vielfachen Plädoyers von Schriftstellern für die Bombardements der NATO feststellen. Dabei handelt es sich vordergründig nicht um militaristische Argumente. Allerdings wird dem moralischen Argument eine Bedeutung verliehen, die es plausibel erscheinen läßt, daß in seinem Namen getötet wird, während das im Namen von Interessen nicht als legitim gilt. So kann eine Abspaltung der materiellen Interessen der führenden NATO-Staaten von der von ihnen in Anspruch genommenen Moral vorgenommen werden. Die Hoffnung soll darin liegen, daß gleichsam hinter dem Rücken der Politiker und Militärs

der NATO, die alle den Krieg nicht wollen – eine Weisheit, die sich schon bei Clausewitz ausgeführt findet: der Krieg dient immer dem Frieden – sich die Vernunft durchsetzt und zu einem weiteren Verrechtlichungsschub beiträgt, mit dem die Gewalt auf einem höheren Niveau wieder zivilisiert wird. Die Bombardements seien allein dann moralisch gerechtfertigt, wenn sie eng mit dem Ziel der Weltbürgergesellschaft verbunden bleiben. Wie so oft heiligt auch hier der Zweck die Mittel – und wo gehobelt wird, fallen Späne. Aber ist es menschenrechtlich zu rechtfertigen, wenn den Vertriebenen und Flüchtlingen schließlich doch nicht geholfen wird und die serbische Bevölkerung aufs Schlimmste terrorisiert wird und ihre Lebensperspektiven verliert? Die Intellektuellen, die Akteure der Zivilgesellschaft, treten in ein neues Verhältnis zu Herrschaft und Macht ein und versuchen, die Entscheidungsträger dadurch zu lenken, daß sie ihnen die richtigen, menschenrechtlichen Formeln ansinnen. Auf diese Weise glauben sie, immer noch kritische Subjekte zu sein, die den politischen Prozeß auf Distanz abwägend zu beurteilen vermögen.

Doch die innere Zerrissenheit der Intellektuellen, gegen den interessen geleiteten, aber für den moralischen Krieg zu sein, trifft sich mit der zerrissenen Haltung der Politiker, die ihre Kriegsführungspolitik als Ergebnis eines moralischen Dilemmas präsentieren und damit eine neue Form der moderierenden Regierungskunst ausarbeiten: man will den Krieg nicht, aber man muß ihn führen, weil er das kleinere von zwei Übeln ist. Nüchtern und hart wird wie so oft eben für die Seite der Macht entschieden, die sich seit Jimmy Carter und der Trilateralen Kommission die

Form des Eintretens für die Menschenrechte gibt. In Deutschland führt die Inanspruchnahme der Menschenrechte zu einer Neubestimmung der internationalen Position und zu einer entschiedenen Moralisierung der Politik, die einhergeht mit einer Umschreibung der Geschichte. Auch wenn die für die Kriegsführung verantwortlichen Politiker schnell wieder davon abgekommen sind, die Situation im Kosovo mit den Deportationen während des Zweiten Weltkriegs und mit Auschwitz gleichzusetzen, so wird das Argument in einer schwächeren Version durchaus aufrechterhalten: Deutschland müsse die Freiheit, die es selbst erhalten habe, an andere weitergeben und dafür im Zweifelsfalle auch militärisch einstehen. Der deutsche Sonderweg – eine historisch immer fragwürdige Konstruktion – gilt nun als beendet. Dies ist gar nicht falsch. Ergab sich der deutsche Expansionismus aus der Konkurrenz zu den großen Kolonialmächten Frankreich und England, so hat Deutschland dazu gelernt und nimmt nun teil an einer neuen Form von Hegemonialpolitik, die sich weltweit Märkte, Arbeitskräfte und Ressourcen unterwirft. Indem innenpolitisch die Schwelle zur Kriegsführung gesenkt wird – was wahrscheinlich kaum eine andere als die rot-grüne Regierung moralisch so glaubwürdig bewirken kann –, wird das ökonomisch starke Deutschland quasi automatisch in kurzer Zeit neben und in Kooperation mit den USA zur zweitstärksten Militärmacht der Erde.

Die Formel, aus Auschwitz gelernt zu haben und nun anderen Völkern die Freiheit zu bringen, ist revisionistisch, denn am Ende gibt sie dem rassistischen Massenmord doch noch den guten Sinn, daß Deutschland die Rolle des

Mahners und Erziehers mit militärischen Mitteln einnehmen darf, weil es aus seiner Geschichte gelernt habe. Dies erlaubt schließlich die historische Verdrehung, daß sich Deutschland gerade gegenüber einem Land als Freiheitsverkünder aufspielt, das es schon einmal mit expansionistischen und rassistischen Motiven terrorisiert hat und dessen Bevölkerung den vielleicht entschiedensten Widerstand gegen die deutsche Besatzung leistete. Das Ziel der Wehrmacht war es, den Lebensraum im Osten von Juden und Slawen freizumachen. Der Antislawismus und der allgemeine Rassismus ist in der Bundesrepublik kaum einmal zum Gegenstand der sogenannten Aufarbeitung der Vergangenheit geworden.

In England knüpft New Labour zur Rechtfertigung des Krieges an den kolonialistischen Diskurs von der Bürde des weißen Mannes an. So wie damals Zivilisation werden heute Freiheit und Menschenrechte verbreitet. In Deutschland wird analog dazu die Formel verwendet, aus den eigenen Verbrechen gelernt zu haben. Die hegemoniale Anmaßung ist dieselbe. Denn weltweit soll den Menschen vorgeschrieben werden, wie sie freiheitlich zusammenleben sollen. Keine Zweifel, das Leben unter dem autoritär-nationalistischen Regime Milosevic' ist nicht frei. Aber auch die über den Militärapparat der NATO verfügenden Machtgruppen werden kaum zulassen, daß es zu selbstbestimmten Formen des Zusammenlebens kommt. Im Namen von Freiheit und Demokratie haben die USA Diktaturen wie die von Pinochet unterstützt, sie haben Pol Pot, die Taliban und Saddam Hussein finanziert und ausgerüstet; und sie verfechten eine weltweite Liberalisierung, die die Mehrheit der Menschen ihrer Freiheit

und ihrer Menschenrechte auf Ernährung, Bildung und Lebenschancen beraubt oder zu berauben droht. Jugoslawien zerstören, es neu aufbauen und seine Bevölkerung umerziehen – wenn es Daniel Goldhagen sagt, klingt es vielleicht nicht so wie bei Pol Pot, präsentiert aber das deutsche Modell auf absurde Weise erfolgreich, nämlich so, wie es die Rechte immer gesehen hat. Daß jedoch die innere Demokratisierung Deutschlands gegen den hinhaltenen Widerstand von in den antikomunistischen Konsens integrierten gesellschaftlichen Gruppen durchgesetzt werden mußte und nationalistische und rassistische Traditionen bis auf den heutigen Tag fortleben, die nicht zuletzt froh sind darüber, nun an der Seite der ehemaligen Feinde zu kämpfen, bleibt dabei außer acht.

Die Gefahr der von der rot-grünen Regierung verfolgten Kriegspolitik besteht darin, daß sie die Rationalitätsansprüche in der deutschen Gesellschaft deutlich senkt. Dies beginnt mit den Uneindeutigkeiten um die Verhandlungen in Rambouillet. Denn es drängt sich der Eindruck auf, daß hier die jugoslawische Regierung systematisch in die Situation gebracht wurde, ihre Unterschrift nicht geben zu können unter einen Vertrag, der faktisch zur Besetzung des Landes durch die NATO und einer Abtrennung des Kosovo geführt hätte. Die Begründungen der Bombardements erweisen sich als fadenscheinig, wenn behauptet wird, es gehe um den Schutz von Menschen und die Angriffe richteten sich gegen Milosevic und seinen Herrschaftsapparat – während doch gleichzeitig zahlreiche zivile Opfer zu beklagen sind, die Infrastruktur Jugoslawiens zerstört wird und erhebliche ökologische Verwüstungen in Kauf ge-

nommen werden. Es handelt sich um ein atavistisches, tribalistisches Kriegsmodell, die das ganze, völkisch aufgefasste Volk der »Serben« mit seinem Herrscher identifiziert und entsprechend straft. Durch die Zerstörung des Landes und der Menschen will man diesen treffen und zum Einlenken zwingen. Seine Souveränität bleibt gleichsam gewahrt, die Menschen hingegen werden traumatisiert und zerstört. Die Personalisierung und Ethnisierung des Feindbildes läßt die Ablehnung des Nationalismus durch serbische Oppositionelle ebensowenig mehr erkennen wie die Tatsache, daß es auch in Serbien einen Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten gibt. Die Zerstörung der Infrastruktur trifft die materiellen Lebensbedingungen von einfachen Menschen, von Arbeiterinnen, Kranken, Kindern.

Ein Moment der neuen Regierungskunst ist die Selbstpräsentation der Politiker, die sich in einer tragischen Situation sehen, Krieg führen zu müssen, um den Völkermord zu verhindern. Der Hintergrund der neuen sozialen Bewegungen und die Medien erzeugen den Effekt einer intimen Nähe zum Außenminister und den Appell: Stell' Dir vor, Du wärest an Joschkas Stelle – wie würdest denn Du handeln? Es wird eine Virtuosität der Rollenübernahme und des Perspektivenwechsels unterstellt und abgesehen von der Macht einer solchen politischen Position, die eben nicht von denen eingenommen werden könnte, die nicht so zu handeln bereit wären.

Auch die propagandistische Rhetorik und Manipulation verringert die Rationalität. In der Presse wird alles mögliche Kritische gesagt, aber gleichsam zusammenhang- und folgenlos. Die Re-

gierung handelt jenseits der Öffentlichkeit; nicht einmal, daß Krieg ist, nicht einmal, daß die NATO sich zukünftig das Recht auf Selbstmandatierung, also das *Ius belli*, vorbehält, mag sie zugeben. Während in den Analysen des Bundesverteidigungsministeriums nüchtern von serbischen Polizeiaktionen gegen UCK-Kämpfer gesprochen wird, stellt Minister Scharping dieselben Vorgänge der Presse als Massaker dar. Es ist eine Gewöhnung ans Unlogische: jede Untat der serbischen Polizei und des Militärs, die doch durch den Krieg eigentlich hätte verhindert werden sollen, wird zum Anlaß weiterer und noch schärferer Bombardements. Das Motiv der Bestrafung und Rache dominiert allmählich über die menschenrechtlichen Argumente: die Serben sollen spüren, was den Kosovaren angetan wird – so als seien serbische Menschen weniger schützenswert. Die rot-grüne Regierung verwendet das Instrument des Krieges eben nicht rational und realpolitisch, sondern moralisch und überläßt sich deswegen seiner Logik, die eben die ist, die Feindschaft zu intensivieren.

Die neue Regierungskunst zielt darauf, die deutsche Öffentlichkeit abzuschleifen und sie langfristig zu passivieren. Ähnlich wie in den USA wird es auch in Deutschland zu einer Professionalisierung des Krieges kommen; auch hier sprechen Soldaten mittlerweile davon, daß sie ihren Job gut erledigen. Das zivile und das militärische Leben werden parallel nebeneinander hergehen. Es wird nicht mehr der Krieg der großen Massen sein wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Der Krieg als normalisierter technischer Beruf kann tagtäglich, wie jetzt schon mit den Bombardements im Irak, ausgeübt werden.

Der Konflikt über den Balkankrieg ist letztlich ein Konflikt darüber, ob am Ende der Ritt auf dem Tiger NATO doch noch dem guten Zweck dient oder ob Anpassung und Unterwerfung droht, daß also den Kosovaren nicht geholfen ist, aber auch weiterreichende Ziele der Grünen und Linken Schaden genommen haben werden. Die Bilanz für die grünen und linken Kriegsbefürworter ist negativ. Die Grünen an der Regierung tragen nicht dazu dabei, die Arkana der Politik der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Die Manipulation der Öffentlichkeit wird im Gegenteil

verstärkt fortgesetzt. Die Ziele der Linken und der Grünen werden nicht mehr verfolgt. Die politische Rationalität wird geschwächt. Wie in der SPD, so zeigt der Vorgang, werden rationale politische Diskussionen um Programme und Ziele um des bloßen Machterhalts und der Staatsraison entwertet. Dies gilt einseitig als Fähigkeit, politisch zu handeln. Die Entwicklung läßt ein postfordistisches Herrschaftsprojekt erkennen, an dem die Grünen zwar beteiligt sind, jedoch um den Preis, nicht mehr für einen sozial-ökologischen Kompromiß einzutreten.

Dieter Plehwe, Bernhard Walpen

Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus

Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung

Der sogenannte Nobelpreis für Ökonomie wurde 1998 an den indischen »Sozialökonom« Amartya Sen vergeben, für viele Beobachter ein Zeichen für das Ende der marktradikalen Epoche des Neoliberalismus.¹ Ähnliche Hinweise auf ein Umdenken wissenschaftlicher, privatwirtschaftlicher und politischer Eliten werden aufgrund der Kritiken ausgemacht, die der Finanzspekulant George Soros oder Ökonomen wie Paul Krugman und Jagdish Bhagwati äußerten. Finanzminister verschiedener Länder und Vertreter von Großkonzernen diskutieren auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos über eine globale Regulierung der Finanzmärkte. Schließlich gelten die Wahlsiege der sozialdemokratischen Parteien in wichtigen EU-Ländern, insbesondere die Ablösung der konservativ-liberalen Regierungen in Deutschland und Großbritannien als Beweis für den Tod des Neoliberalismus.

Es wird auch historisch argumentiert. Mit Verweis auf den Ordoliberalismus, als dem eigentlichen Neoliberalismus, wird den KritikerInnen gesagt, daß die Ordoliberalen »zum Erhalt des Kapitalismus für *mehr* staatliche Eingriffe plädierten« (Sobich 1998, 13). Heuser (1998) präsentiert den Ordoliberalismus als einen eigenständigen und wichtigen Ansatz und glaubt, die deutschen »Sozialmarktwirtschaftler« Eucken und Müller-Armack den »Radikalmarktwirtschaftlern« von Hayek und Friedman entgegenstellen zu können. Süffisant weist indes der ehemalige Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Herbert Giersch² (1998), dem Ehepaar Lafontaine/Müller nach, daß sich deren Inanspruchnahme der Freiburger Schule für einen eu-

1 Mit der Verleihung des Preises an Sen sieht Strehle (1998) den »Neoliberalismus schon am Ende«. Auf Sen und diesen "Nobelpreis" werden wir noch zu sprechen kommen.

2 Der Mann muß es wissen: Giersch fungierte von 1986 bis 1988 als Präsident der Mont Pèlerin Gesellschaft, der sowohl Eucken und Müller-Armack als auch Hayek, Mises und Friedman angehör(t)en.

ropäischen Keynesianismus mit dem Denken und Wirken der besagten Ökonomen nicht verträglich (vgl. auch Habermann 1998).

Gleichzeitig ist im politischen Feld zu beobachten, daß die »New Labour« Regierungen der »neuen Mitte« von USA bis Deutschland zwar eine Kurskorrektur vornehmen, aber auch als Sachverwalter des thatcheristischen, reaganistischen und kohlistischen Erbes auftreten (Schönwälder/Unger/Wehr 1998). Es mehren sich die kritischen Stimmen, welche das Ende des Neoliberalismus proklamieren, und fordern, die Sozialdemokraten müssen mehr als nur kosmetische Korrekturen vornehmen (Hall 1999). Insbesondere die Analyse des britischen Historikers Eric Hobsbawm (1999) verortet das Ende des Neoliberalismus dabei nicht im intellektuellen und politischen Feld, sondern im globalen kapitalistischen System. Die krisenhafte Zuspitzung der Systemwidersprüche, welche der globale Marktradikalismus zeitweilig habe, markiere das Ende einer Epoche, was die britische Regierung, die sich weiterhin an die Eckdaten der thatcheristischen Umbaupolitik klammere, aber nicht wahrhaben wolle. Bislang ist die hegemoniale Kontinuität des Neoliberalismus, zumindest was das Denken über die gesellschaftlichen Konturen der Welt anbelangt, nicht ernsthaft gefährdet.

In unserem Beitrag sollen nicht die ökonomisch-politischen und sozialen Verhältnisse des Neoliberalismus als solche im Zentrum der Analyse stehen, sondern die Frage nach der Produktion und Stabilisierung von neoliberaler Hegemonie im gesellschaftlichen Diskurs. Dabei greifen wir die zunehmende Diskussion über die »Rolle der Ideen« in der Politik auf (z.B. Hall 1989), wobei unser Interesse vor allem dem inhaltlichen und organisatorischen Zusammenhang unabhängiger Wissenschaftler sowie den Produktionsbedingungen neoliberaler Ideen gilt.

Zunächst zeigen wir (unter Rückgriff auf gramscianische Konzepte) die Ursprünge des Neoliberalismus und beschäftigen uns mit Friedrich August von Hayeks Strategie zur Hegemoniegewinnung. Anschließend wenden wir uns verschiedenen, inzwischen wirkungsmächtigen neoliberalen Theorien bzw. Theorieelementen, ihren Urhebern sowie deren institutioneller Verankerung und Verknüpfung im Rahmen der neoliberalen Netzwerke um die Mont Pèlerin Society (im folgenden: MPS) zu. Zum Abschluß diskutieren wir die Verteidigungs- und Bewegungsphase des Neoliberalismus und fragen nach Lehren, die aus den Erfahrungen mit der neoliberalen Bewegung gezogen werden können.

Neoliberal erweiterter Staat und Hegemonie

Bei der Erklärung der inneren Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft stand für Antonio Gramsci in den 20er Jahren die Erweiterung des Staates in die Zivilgesellschaft im Vordergrund. Die Hegemonie der herrschenden Klasse

beruht nicht mehr nur auf unmittelbarer Gewalt, sondern auch auf mittelbaren Zwängen und der Zustimmung der Beherrschten in asymmetrischen Abhängigkeitsbeziehungen. Die durchaus widersprüchlichen Veränderungen der jüngeren Geschichte können im Anschluß an Gramscis Verständnis der erweiterten Vermachtung und herrschaftsmäßigen Durchformung der Zivilgesellschaft nicht einseitig als »Rückzug des Staates« gelesen werden. Vielmehr gilt es, die neoliberale Erweiterung der Staatlichkeit zu erklären. Hegemonie wird dabei »zu einer zentralen Kategorie der Analyse bürgerlicher Herrschaft. Dies nicht zuletzt deshalb, weil mit dem Begriff der Hegemonie nicht nur das Faktum der Herrschaft eingeschlossen wird, sondern auch dynamische Transformationen der kapitalistischen Gesellschaftsformationen analysiert werden können« (Röttger 1998, 136). Ausgehend von Gramscis Ansätzen³ werden wir im folgenden Elemente der historischen Entwicklung des Neoliberalismus am Beispiel einzelner organischer Intellektueller, internationaler Elitenetzwerke und Think Tanks aufzeigen. Anhand der neoliberalen Diskursnetzwerke kann Hegemonie als »...komplexe Struktur, die ständig erneuert, neu geschaffen und verteidigt werden muß« begriffen werden. Wir gehen davon aus, daß es dem Neoliberalismus gelungen ist, hegemonial zu werden und das bedeutet auch, daß er über eine »Kombination der Politiken« (Gonzales de Olarte 1998, 31-35) verfügt, die es ihm ermöglichen, flexibel auf unterschiedliche politische wie soziale Konstellationen einzugehen. Im weiteren zeichnet er sich auch dadurch aus, daß es ihm gelungen ist, Entwicklungen und Praxisformen, die unabhängig von ihm entstanden sind, aufzugreifen und in seinem Rahmen zu reartikulieren.⁴

Welche nach wie vor dominierende Macht die marktradikalen Netzwerke darstellen, läßt sich anhand der Entwicklung eines noch 50 Jahre nach seiner Gründung weithin unbekanntes »Expertennetzwerkes«, der Mont Pèlerin Society ermitteln, in welcher die marktradikalen und ordoliberalen Kräfte weltweit für die gemeinsame Sache wirken. Dieser in den USA eingetragene Verein wurde 1947 auf dem Mont Pèlerin in der Schweiz gegründet und operiert heute mit über 500 Mitgliedern und einem Netzwerk von mehr als 70 Denkfabriken auf der ganzen Welt.

3 Vgl. zur Hegemonietheorie bes. Buci-Glucksmann 1981, zum Stellenwert der Ökonomie bei Gramsci sowie seiner Arbeitsweise Krätke 1998 und Walpen 1998.

4 Unsere Arbeit beschäftigt sich nur mit einem Bereich der Hegemonie des Neoliberalismus. So behandeln wir die Auswirkungen im Alltagsleben, die Moralvorstellungen, Maßstäbe usw. nicht. Innerhalb der MPS wird ein weites Spektrum von Problemstellungen behandelt, die durch entsprechende Vermittlungen durch diverse Medien (von wissenschaftlicher Literatur, zu Radio und Fernsehen bis hin zu Ratgeberliteratur) Menschen unterschiedlicher Klassen erreicht: die Themen erstrecken sich z.B. von Fragen der Beziehung zwischen Liberalismus und Christentum, zur Produktionsweise der Inkas, zu Feminismus bis hin zur Bearbeitung von Gefühlen wie Neid.

Bei einer detaillierteren vor allem historischen, Analyse wird ersichtlich, daß der Neoliberalismus selbst kein Singular, sondern ein Plural ist, der über einer Basis gemeinsamer Grundbestandteile sehr vielfältige Ausprägungen kennt.⁵ Innerhalb der neoliberalen »Gouvernementalität« (Foucault) finden sich unterschiedliche Varianten, so u.a. die Freiburger Schule, die Chicagoer Schulen, Anarchokapitalismus, Libertarismus. Diese 'Pluralität' des Neoliberalismus ist keine Schwäche, sondern macht gerade unter hegemonietheoretischen Gesichtspunkten eine Stärke aus. Der heute existierende Neoliberalismus zeichnet sich durch eine relativ enge Verbindung zu akademischen Doktrinen und Lehren aus, reduziert sich jedoch nicht auf sie. Er bildet ein widersprüchliches Ensemble von wissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen, Theorien, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Politikformen, Konzernstrategien und Selbst-Praktiken⁶. Innerhalb der MPS finden sich nicht minder vielfältige, z.T. entgegengesetzte Formen neoliberaler Theorieentwürfe und von einzelnen, vor allem innerhalb von Institutionen und Think Tanks verfolgte Politiken. Basierend auf den von allen Mitgliedern geteilten Grundsätzen von »freiem Markt«, eingeschränktem und gleichwohl starkem Staat (bzw. »gemischtem« privat-staatlichem oder privatem Äquivalent), unangefochtenem Privateigentum an Produktionsmitteln und privatwirtschaftlichem Unternehmenswettbewerb entwickeln sich die unterschiedlichen Richtungen des Neoliberalismus.

Hayeks Auseinandersetzung mit Problemen der Hegemonie

Vor allem am Beispiel von Hayeks Artikel *The Intellectuals and Socialism* möchten wir seine Auseinandersetzung mit impliziten Fragestellungen zur Hegemonie erörtern, die unsres Wissens nach innerhalb der schier unüberschaubaren Hayek-Literatur bislang nicht behandelt worden ist.⁷ In dieser Problemstellung findet sich Hayeks »leit-motiv« (Gramsci). Zugleich findet an dieser Stelle auch der Bruch bei Hayek statt: Weg von einer mathematisierten Ökonomie, die Joan Robinson zurecht karikiert und der ansonsten äußerst distinguierte Piero Sraffa bissig zerpfückt haben, hin zu einer Sozialphilosophie und Sozialtheorie. Weil sich Hayeks Position, einen he-

5 Als diese Grundlage kann für den Neoliberalismus durchaus das »Statement of Aims« der MPS dienen, stimmten diesem Text von Linonel Robbins doch so unterschiedliche Personen wie Alexander Rüstow und Ludwig von Mises zu (vgl. Hartwell 1995, 41f u. 49f).

6 Diesen Begriff verwenden wir in Anlehnung an Foucault (1986, bes. 53-94). Es geht uns darum, die »Regierung der Individuen« (Lemke 1997, 239-256) in der »künstlich arrangierten Freiheit« (ebd., 242) des Neoliberalismus zu erfassen. Wichtige methodische und analytische Hinweise für eine Beschäftigung mit den Selbst-Praktiken finden sich in Gramscis »Amerikanismus und Fordismus« (vgl. Gramsci 1975, Heft 22). Gemeint sind mit diesem Begriff Praxisformen der Fitneß, der Diätetik, der Suche nach »Ganzheitlichkeit«, des unternehmerischen Verhaltens usw.

7 Das gilt auch für Chris M. Sciabarras Untersuchung »Marx, Hayek and Utopia« (1995).

gemonialen Ansatz zu verfolgen, in der MPS durchgesetzt hat, wenden wir uns ihm an zentraler Stelle zu.

Jedoch ist Hayek nicht jener singulär originäre Denker, als den ihn seine Jünger und Hagiographen gerne darstellen. Aufgrund der historischen Unkenntnis neoliberaler Ideologen wird die »Verdrängung«⁸ des US-Soziologen und -Journalisten Walter Lippmann, ebenfalls ein MPS-Mitglied, und anderer Intellektueller fortgesetzt. Die meisten Überlegungen und Problemstellungen finden sich schon bei ihm oder dem französischen Wissenschaftstheoretiker Louis Rougier.

Hayeks Vordenker

Walter Lippmann thematisierte als erster umfassend die problematische Situation, in der sich der Liberalismus in der Zwischenkriegszeit befand, in seinem stark beachteten Buch *The Good Society* (1937; französisch als *Cité Libre* 1938; deutsch *Die Gesellschaft freier Menschen* 1945). Aufgrund dieses Buches berief der französische Philosoph Louis Rougier 1938 eine Konferenz in Paris ein: Es handelte sich um das »Kolloquium Walter Lippmann«, das an der »rue Montpensier 2, im Institut International de Coopération Intellectuelle« (Brief Rougier an Rappard, 12.7.38) vom 26.-30. August abgehalten wurde. Von den 26 Teilnehmern wird man später 15 als MPS-Mitglieder wiederfinden.⁹ Bei diesem Treffen wurde der Neoliberalismus als Begriff wie als Konzept diskutiert und eingeführt (vgl. Walpen 1999), womit er nicht nur über ein genaues Geburtsdatum, sondern quasi auch über eine Adresse verfügt.

Sowohl in seinem Buch wie auch im Referat am Kolloquium nimmt Lippmann Motive und Strategien vorweg, die Hayek in *Der Weg zur Knechtschaft* und im Rahmen der MPS-Treffen aufgreifen und weiterentwickeln wird. Vorweggenommen wird nicht nur die marktradikale Totalitarismustheorie, die im Gegensatz zur dominanten Totalitarismustheorie auf der Opposition von Markt und Plan und nicht auf Elementen wie Demokratie

8 Die durchaus im psychoanalytischen Sinne, aber auch als Kampf um soziale wie symbolische Anerkennung im Sinne Bourdieus aufgefaßt werden kann. 1983 okkupiert Hayek den Gründungsakt der MPS: »the founding and the first conference of the Mont Pèlerin Society, which, I feel entitled to say, was my own idea« (1983, 192). Es ist im weiteren auffällig, daß Hayek Lippmann nicht in seinen provisorischen Mitgliedslisten für das erste Treffen der MPS anführt (vgl. BAR, J.I.149 | 1977/135 | 23; Briefe Hayek an Rappard, 23.11. u. 21.12.46). Als Grundlage dienen im folgenden die Archivmaterialien aus dem Nachlass von William E. Rappard, seines Zeichens Gründungsmitglied der MPS, im Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) in Bern.

9 Zu den Teilnehmern zählten u.a. Raymond Aron, Louis Baudin, Hayek, Ludwig von Mises, Michael Polanyi, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow sowie Lippmann selber. Rappard konnte aufgrund anderer Verpflichtungen nicht teilnehmen (BAR, Rappard an Rougier, 16.7.38), war aber in vorgängige Treffen einbezogen und über alles genauestens informiert (BAR, Briefe Rougier an Rappard, 30.1.39 u. 2.7.39).

bzw. Rechtsstaat beruht, sondern auch die hegemoniale Langzeitperspektive. Lippmann betont nicht nur die Bedeutung der Ideen, er erklärt auch explizit: »Es [die Durchsetzung der Idee der Freiheit] ist ein langwieriges Werk« (CWL, 23). Lippmann appelliert an die Geduld und fordert eine gründliche Arbeit. Diese erfordere von den Liberalen selbst eine Revision ihrer Philosophie. Vor diesem Hintergrund konnte das Wort Liberalismus nicht mehr beibehalten werden, denn es sei ein »alter Begriff« und man müsse »einen anderen wählen« (Baudin, in: CWL, 29). Die Einführung des Neoliberalismus war das Resultat eines z.T. heftigen Diskussionsprozesses und wurde gegen Begriffe wie z.B. »positiver Liberalismus« (Rougier, in: CWL, 18) durchgesetzt. Auf die Problematik der Terminologie kam auch Hayek kurz zu sprechen (CWL, 31). Auf dem Lippmann-Kolloquium war er jedoch, gemäß dem publizierten Bericht, mehr zuhörender Teilnehmer und in keiner zentralen Rolle.

Nachdem das »Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme«, ein konkretes Resultat des Kolloquiums, aufgrund des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs geschlossen werden mußte, geriet das Anliegen des Neoliberalismus für einige Jahre in Vergessenheit. Einzelne Intellektuelle trugen sich mit dem Gedanken einer Vereinigung der vereinzelt liberalen Denker und Unternehmer, darunter auch Hayek. Seine Vorstellung einer Acton-Tocqueville-Society von 1944 floß schließlich drei Jahre später in die MPS ein.

Hayeks Konzept

Fragestellungen zur Hegemonie thematisiert Hayek erstmals umfassend anläßlich seiner Beiträge an der MPS-Gründungstagung (vgl. Hayek 1947a u. 1947b). Dort greift er den sozialphilosophischen Schlußteil von Keynes' *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* auf, in dem dieser ausführt, daß die Praktiker »gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen« (Keynes 1936, 323; Hayek 1947b, 142f; vgl. Cockett 1995, 112f) seien.¹⁰ Dieser Teil hat Hayek zutiefst beeindruckt und zieht sich von da an als immer wieder aufgegriffener Faden durch sein Werk.¹¹ In seinem Artikel *The Intellectuals and Socialism* von 1949 findet

10 Diese Keynes-Stelle findet sich schon 1937 bei Lippmann (1945, 498, Anm. 27) zitiert und folgendermaßen eingeleitet: »Im Reich der Ideen wirkt sich der Wandel einer Theorie erst nach einiger Zeit in der Praxis aus und wenden die Praktiker einer Epoche, wie Keynes sagt, im allgemeinen die Theorien längst verstorbener Männer an.« (ebd., 91) Diese Passage wurde das Motto des Institute of Economic Affairs und ist an prominenter Stelle in deren Büro angeschlagen (vgl. Cockett 1995, 112f).

11 Der Faden wird in *The Constitution of Liberty* (1960, 112, 445, Anm. 14) aufgegriffen und diese Erkenntnis auf John Stuart Mill zurückgeführt. In *Law, Legislation and Liberty*, Bd. 1, nimmt er (1982, 69f; vgl. ebd., 161, Anm. 17) diesen Punkt erneut auf und fundiert ihn bei David Hume und Giuseppe Mazzini.

sich wohl die kompakteste Analyse zur Hegemonie. Ausgehend von der Problematik, weshalb die neoliberalen Intellektuellen keinen größeren Einfluß ausüben können, beschäftigt sich Hayek ausführlich mit Ideen, Intellektuellen, den Institutionen, die für die Verbreitung von Ideen eine zentrale Rolle einnehmen, und den spezifischen sozialen Kräfteverhältnissen. Bezug nehmend auf die historischen Entwicklungen in Deutschland, England und Frankreich, die »zum Sozialismus« (1949, 221) geführt hätten, stellt Hayek fest, daß es vor der Etablierung des Sozialismus als bestimmendem Einfluß auf die Politik eine Phase gegeben habe, »during which socialist ideals governed the thinking of the more active intellectuals.« (ebd.) Daraus folgert er:

»Experience suggests that once this phase has been reached it is merely a question of time until the views now held by the intellectuals become the governing force of politics. [...] What to the contemporary observer appears as the battle of conflicting interests has indeed often been decided long before in a clash of ideas to narrow circles.« (222)

Konsequenterweise wendet sich Hayek den Intellektuellen zu und entwickelt eine Intellektuellen-Theorie, die auf den ersten Blick an Gramsci erinnert. Intellektuelle Irrtümer können nach Hayek sozial äußerst einflußreich sein und er erklärt deren Entstehen dadurch, daß sie »irrtümliche Anwendungen neuer Generalisierungen sind, die ihren Wert in anderen Feldern bewiesen« (227) haben. Ideen bedürfen nach Hayek der institutionellen Vermittlung, um wirksam zu sein. Daher ist sein ständiges Bemühen um Organisations- und Institutionsgründungen (von der MPS bis zu verschiedenen Think Tanks) sowie das Herstellen von Kanälen zur medialen Einflußnahme die praktische Konsequenz aus seiner Analyse. Denn wenn es stimmt, daß die Intellektuellen vermittels von Institutionen, Netzwerken und Organisationen »das charakteristische Meinungsklima, die dominante *Weltanschauung* [i.O. dt.] einer Periode schaffen, die für die Aufnahme einiger Meinungen günstig und für andere ungünstig« (228) sind, muß versucht werden, dieses Klima zu verändern, um den Neoliberalismus als Weltanschauung durchzusetzen. Es war für Hayek seit 1944 evident, »that the most important change which extensive government control produces is a psychological change, an alteration in the character of the people. This is necessarily a slow affair, a process which extends not over a few years but perhaps over one or two generations« (Hayek 1956, 224; vgl. 1944, 214)¹²:

»In dieser langen Sicht müssen wir unsere Aufgabe betrachten. Wir müssen uns mit den Meinungen befassen, die sich verbreiten müssen, wenn eine freie Gesellschaft erhalten oder wiederhergestellt werden soll, nicht mit dem, was im Augenblick durchführbar scheint.« (1947b, 143)

12 Im Artikel von 1949 veranschlagt er den Prozeß der Durchsetzung von intellektuellen Moden und Schlagwörtern auf »zwei oder drei Generationen« (228). Neben Lippmann stellte sich auch Frank Chodorov auf eine Langzeitperspektive ein und meinte 1950, »it might take fifty years for the cause of triumph.« (Nash 1976, 30 u. 356, Anm. 148)

Damit das erreicht werden kann, stellt Hayek eine ganze Liste von Aktivitäten auf. Eines der wichtigsten Momente ist die Überwindung der eigenen Lähmung in der aktuellen Situation Ende der 40er- und Anfang der 50er-Jahre. Die damalige Dominanz von New Deal und Keynesianismus – für Hayek und seinesgleichen kurz: Sozialismus – ist zugleich ein Haupthindernis, weil es den liberalen Intellektuellen den Eindruck vermittelt, es sei nutzlos etwas dagegen zu unternehmen (vgl. 1949, 233). Wichtig ist zudem die »effektive Widerlegung« der Irrtümer und der falschen Anwendungen neuer Verallgemeinerungen, wozu ein »intellektueller Fortschritt« (227) erforderlich sei. Eine »Quelle der Stärke« (232) für den Sozialismus bestehe im »utopischen Denken«, das er auch für den Neoliberalismus einfordert, denn: »What we lack is a liberal Utopia« (237). Dadurch könnte ein erneuerter Liberalismus eine Attraktionskraft entfalten und »allgemeine Unterstützung erlangen« (Hayek, 13.2.47, zit. bei Cockett 1995, 104; vgl. Hartwell 1995, 32). Entscheidend in einer bestehenden Hegemonie ist es für Intellektuelle, sich nicht durch die Forderungen »to be 'practical', 'sensible', and 'realistic'« (233)¹³ imponieren zu lassen. Um dieses langfristige Ziel zu erreichen, ist es notwendig, sich nicht in die tagespolitischen Querelen und Problemlösungen einzulassen. Das sollen die Intellektuellen den Politikern überlassen. (237) Ein weiterer entscheidender Punkt, ist, um in Gramscis Worten zu sprechen, der Aspekt der Erziehung der Kapitalisten selbst. Es bedarf der mühevollen Überzeugungsarbeit für das weitgesteckte Ziel der Durchsetzung eines neoliberalen Regimes, weil die meisten Unternehmer kurzfristig denken und planen (235; vgl. Cockett 1995, 117). Um Masseneinfluß zu gewinnen ist es schließlich notwendig

»to develop an easily understood economic interpretation of the preconditions of liberty, which would require the establishment of institutions geared to that segment of the middle class that I then called, part maliciously and part facetiously, the 'secondhand dealers of ideas', a group of decisive importance because it determines what the masses think. I convinced [...] Anthony Fisher of the need to establish such an institution, which led to the founding of the Institute of Economic Affairs in London. (1983, 193; vgl. Cockett 1995, Kap. 4)¹⁴

Hayek bezieht auch die »materielle [...] Struktur der Ideologie« (Gramsci 1991ff, Heft 3, § 49, 374) in seine Überlegungen mit ein, die es benötigt, damit Ideen allererst verbreitet werden und Wirkungen zeitigen können.

Der Zugriff auf die Intellektuellenfrage und der Versuch der Hegemoniegewinnung sind bei Hayek durchgehend herrschaftsförmig angeordnet. Das

13 Schon 1944 weist Hayek darauf hin, daß ein politischer Lehrer »must not allow himself to be influenced by considerations of what is now possible.« Denn was nach dem aktuellen Stand der Meinung als unpraktikabel erscheint, kann eines Tages dem »decent people« (1944, 214) als wünschenswert erscheinen.

14 »Fisher was quite clear about the aims and rationale of the IEA from the beginning, wanting to follow Hayek's path of long-term intellectual persuasion, rather than more immediate political work« (Cockett 1995, 130).

zeigt sich schon bei seinem Begriff der »second-hand dealers in ideas«, dem die »original thinkers« (Hayek 1949, 222) korrespondieren, wobei Hayek selbst in seinem Funktionsschema zu letzteren zu zählen ist. Die Mehrheiten (die »Volksklassen«) sieht Hayek letztendlich als eine manipulierbare Masse, denen er die Eliten bzw. Intellektuellen entgegensetzt. Das Problem besteht für ihn darin, daß die falschen Intellektuellen – die sozialistischen – die Massen beeinflussen. Zu Beginn seines Artikels versucht er den Sozialismus genau auf dieser Anordnung zu desartikulieren: »Socialism has *never and nowhere* been *at first* a working class movement. [...] It is a construction of theorists [...] and it required long efforts by the intellectuals before the working classes could be persuaded to adopt it as their program« (ebd., 221; Hervh. von uns). Die »Massen« sind, was Hayek bei seiner notorischen und recht undifferenzierten Kritik an Konstruktionen und Konstruktivismus übersieht, selber ein Konstrukt, das innerhalb des Neoliberalismus seit Ortega y Gasset's *Der Aufstand der Massen* eine prominente Rollen spielt. Durchweg finden sie sich in Hayeks Artikel in einer passiven oder ungunstigen Rolle; sie sind letztlich eine beliebig manipulierbare Größe, die die Negativfolie zu den als aktiv begriffenen Intellektuellen/Eliten bildet.¹⁵ Der Diskurs über die Massen ist von einem ständigen 'Rumoren' begleitet. Für die herrschenden Klassen und ihre Intellektuellen stellen sie eine Bedrohung dar, weil befürchtet wird, daß von ihnen eine Revolution ausgehen und die kapitalistischen Sonderinteressen und Besitzstände gefährden könnte.

Systematische Produktion von neoliberalen Wissen – und Prestige

In vielen Diskussionen erscheinen die Beiträge von einzelnen Wissenschaftlern des neoliberalen Netzwerkes als isolierte Produkte unabhängiger Gelehrter. Bei näherem Hinsehen wird auch der neoliberale Diskurs zu dem, was jede Wissenschaft ist: ein Kommunikationsprozeß mit Öffnungs- und Schließungsaspekten. Insgesamt sieben Mitglieder der MPS erhielten seit 1974 den sogenannten »Nobelpreis der Ökonomie«, der seit 1968 von der schwedischen Reichsbank in Anlehnung an die naturwissenschaftlichen Nobelpreise vergeben wird. Das hat generell zur Etablierung der Ökonomie als »exakte Wissenschaft« beigetragen und bestimmte Arbeiten erheblich aufgewertet (vgl. Stone 1996, 157, Plehwe/Walpen 1998b)¹⁶. Die glückli-

15 Diese Art von Diskurs hat schon Marx scharf kritisiert, wenn er schreibt, es gäbe »auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andren faulenzende, ihr alles und mehr verjubilende Lumpen.« (MEW 23, 741)

16 In seiner Preisrede von 1976 artikuliert Friedman die Ökonomie als eine »exakte Wissenschaft« wie Physik, Chemie und Medizin. Dabei unterstellt er sowohl den Natur- wie den Sozialwissenschaften die gleiche Methode: »In both social and natural sciences, the body of positive knowledge grows by the failure of a tentative hypothesis to predict phenom-

chen Empfänger des Preises aus dem MPS-Netzwerk sind Hayek (1974), Milton Friedman (1976), George J. Stigler (1982), James M. Buchanan (1986), Maurice Allais (1988), Ronald H. Coase (1991) sowie Gary S. Becker (1992). Das ist kein Zufall: Der langjährige Vorsitzende des Preiskomitees, Erik Lundberg, war Mitglied der MPS (Mitgliederliste MPS). Sein Nachfolger, Assar Lindbeck, ist zugleich ein ausgewiesener Experte der Ökonomie der »Neuen Linken« (vgl. Lindbeck 1971) und ein orthodoxerer Marktradikaler als sein Amtsvorgänger. Zwar blieb die zunehmend einseitige Auswahl der wissenschaftlichen Adeligung der Zunft nicht verborgen¹⁷, aber der systematische Zusammenhang im Rahmen der organisierten Diskurskoalitionen und »epistemological communities« (vgl. Singer 1993, Haas 1992) wurde bislang kaum beachtet, geschweige denn systematisch untersucht. Die Preisträger arbeiteten individuell und gemeinsam an verschiedenen wissenschaftlichen Themen, aber auch u.a. im Rahmen der MPS und der Think Tank-Netzwerke an einem gemeinsamen Projekt. Im folgenden werden wir anhand einiger Beiträge der Preisträger wirkungsmächtige Elemente neoliberaler Theorie skizzieren.

Geld: Milton Friedmans monetaristische Lehren sind weithin bekannt und haben maßgeblich zur wissenschaftlichen Legitimation des Primats monetärer Stabilität und zur staatlichen Inflationsbekämpfung als primäres Ziel der Geldpolitik (beinahe) um jeden Preis beigetragen. Es handelt sich selbstredend um ein Kernelement der neoliberalen Konstellation seit 1971, welche aktuell zwar umstritten ist, aber bislang kaum in Gefahr gerät. Der Brite A.A. Walters, ebenfalls MPS-Mitglied, ist neben Friedman einer der führenden Köpfe des Monetarismus. Er schrieb 1969 für für das Institute of Economic Affairs die erste Publikation, die sich für die monetaristische Idee stark machte (*Money in Boom and Slump*, Hobart Paper 44).

Wettbewerb: Ein maßgeblicher Beitrag des »original thinker« Hayek (1968) findet sich in seinem kleinen Aufsatz *Wettbewerb als Entdeckungs-*

ena the hypothesis professes to explain; by the patching up of that hypothesis until someone suggests a new hypothesis that more elegantly or simply embodies the troublesome phenomena, and so on ad infinitum.« (Friedman 1976, 348; vgl. Buchanan 1977) Kernelement dieser Methode ist der Falsifikationismus, wie er von Popper 1934 in seiner *Logik der Forschung* entwickelt wurde. Den bis 1976 erreichten Stand der wissenschaftstheoretischen Diskussion, nimmt Friedman nicht zur Kenntnis.

17 Wolfgang Zank (1993) hat die Preisvergabepraxis ausführlich kritisiert. Umgekehrt werden die Intellektuellen der MPS nicht müde, die Bedeutung des »Nobelpreises« für die Aufwertung ihrer Arbeit zu unterstreichen. »A main reason for the heightened profile of the Society was the awarding of the Nobel prize in economics to seven of its members« (Hartwell 1995, 160). Wie in einem Rondo weist der Leiter des Wirtschaftsressorts der NZZ, Gerhard Schwarz (MPS-Mitglied), in beinahe jedem Artikel über die MPS auf die Nobelpreise hin (vgl. z.B. Schwarz 1997).

verfahren.¹⁸ Hayek erklärt die bis in die 60er Jahre vorherrschende neoklassische Ideenwelt vom »vollkommenen Wettbewerb«, dessen Modellkonstruktion die Idee vollständiger Information aller MarktteilnehmerInnen und andere unwahrscheinliche Voraussetzungen zugrunde liegen, als uninteressant und nutzlos. Er begründet demgegenüber die Überlegenheit des Wettbewerbes als Instrument zur Beschaffung von Informationen, welche über den Preismechanismus angezeigt werden. Sein Interesse richtet sich mithin weder auf Gleichgewichtsbedingungen in der Ökonomie, noch auf die Erforschung von Ursachen für Ungleichgewichte, die es in einer *interventionsfreien* Ökonomie definitionsgemäß nicht geben kann. Zwar seien die Kosten des Wettbewerbsverfahrens beträchtlich, aber ein ideales Verfahren gebe es nicht (ebd., 11) und empirisch nachweisbar sei die Überlegenheit jener Gesellschaften, welche sich des Wettbewerbes bedienen (ebd., 4).

Hayek legte mit diesem Wettbewerbsverständnis, dem eine ausgearbeitete Theorie über die Verteilung von Informationen in der Gesellschaft zugrunde liegt (Hayek 1946)¹⁹, eine wichtige Basis für die Unterminierung der Vorstellung makroökonomischer Steuerung aus mikroökonomischer Perspektive. Der Makroökonomie spricht er aufgrund zu hoch aggregierter Daten schlicht den Platz im Theoriegebäude der Ökonomie ab (Hayek 1968, 6; vgl. Hayek 1983b). Das Verständnis optimalen Wirtschaftens in interventionsfreien Marktzusammenhängen legt eine spezifische Bestimmung der Aufgaben des Staates nahe: Ausschliesslich die ordnungspolitische Sicherung »selbstregulierender« privater Interaktionen ist akzeptabel. Dazu gehört für Hayek im übrigen durchaus die karitative Versorgung der Armen durch den Staat, wenn die private Zuwendung nicht ausreicht. Ein staatlich gelenkter »Kampf gegen die Armut« liegt indes außerhalb seiner Konzeption. Für den Zusammenschluß von Lohnabhängigen in Gewerkschaften und einer daraus resultierende Einschränkung der Preismechanismen ist kein Raum.²⁰

18 Hayek hat mehrmals in koketter Weise behauptet, eine Entdeckung und zwei Erfindungen in seinem Leben gemacht zu haben. Als seine Entdeckung bezeichnet er »die Erkenntnis, daß das Preissystem ein System von Signalen ist, das den Menschen in die Lage versetzt, sich an Ereignisse und Umstände anzupassen, von denen er nichts weiß« (Hayek 1980, 38). Interdiskursiv (vgl. Pêcheux 1982, 116-119) ist der sozialdarwinistische Diskurs von Herbert Spencer in diese Äußerung eingewoben (»anpassen«). Was Marx als Fetischismus kritisiert hat, wird von Hayek nach einem Dreivierteljahrhundert als Erkenntnis und gleichsam als evolutionäre Errungenschaft gefeiert.

19 Die Wissensproblematik verfolgt Hayek kontinuierlich in seinem späteren Werk. Besonders einflußreich wurden die Arbeiten von Michael Polanyi (bes. 1958), ebenfalls ein Gründungsmitglied der MPS und Bruder von Karl Polanyi (vgl. Sciabarra 1995, 44f).

20 Hayek (1968) ist im Vergleich zu späteren Deregulierungskonzepten ein extrem massvoller Vorschlag: er sah die Einrichtung von Lohnfonds vor, in welche alle Beschäftigte einen Teil ihres Einkommens einzahlen müssen, um am Ende eines Jahres gemäss der Ren-

Zu den prominenten Zielen des Gründungsmitgliedes der MPS gehörte daher nicht zufällig der kompromißlose Kampf gegen die Gewerkschaften. Hayek verknüpfte die Hoffnung auf die Wiedergeburt eines radikalisierten Liberalismus direkt mit der Frage der Gewerkschaftsmacht:

»Wenn daher irgend eine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muß die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz als auch tatsächlich, entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.« (Hayek 1947b, 154)

Die Zerschlagung der Gewerkschaftsmacht stellt den »in vieler Hinsicht kritischsten, schwierigsten und heikelsten Teil unserer Aufgabe« (ebd., 153) dar, vor allem, weil es darum geht, »ein geeignetes Programm der Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik aufzustellen«. Die Eindämmung der Gewerkschaften wird zur Schlüssel- und Schicksalsfrage des Neoliberalismus à la MPS. Informationen sind Preise, welche nur die Besitzer der Produktionsmittel bzw. die einzelnen Träger der Arbeitskraft setzen (sollen).

Unternehmen und Selbstregulierung: Selbstredend ist die Reformulierung der Ökonomie aus mikroökonomischer (Unternehmens-) Perspektive (und eine entsprechend angestrebte Reorganisation staatlicher Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung) ein weiteres Kernmerkmal neoliberaler Hegemonie. Ronald Coase, der mittlerweile berühmte Transaktionskostentheoretiker und Kritiker der Wohlfahrtsökonomie, trug seinerseits zum come back der Betriebswirtschaft bei, indem er der (für die neoliberale Konterrevolution) wichtigsten Einheit kapitalistischen Wirtschaftens, dem Unternehmen, ein vertragstheoretisches Leben einhauchte. Coase wurde 1948 auf der zweiten Liste vorgeschlagener Mitglieder der MPS berücksichtigt und gehörte der Verbindung seit Gründung an.

Er versteht eine Firma so, daß die Arbeitnehmer als »principals« dem Unternehmer als »agent« Entscheidungsgewalt übertragen. Hierarchische Großorganisationen, welche in der Modellwelt der liberalen Makroökonomie keinen Platz hatten, wurden fortan etabliert und sorgten für eine praxisrelevantere Sicht der Wirtschaftswelt, die gleichzeitig in der Lage war, den Monopolängsten, die von heterodoxen ÖkonomInnen (wie z.B. Joan Robinson) geschürt wurden, etwas entgegenzusetzen.

1937 vertrat Coase in *The Nature of the Firm*« den Gedanken, daß Unternehmen entstehen, weil es vorteilhafter ist, Teile des Marktprozesses in die Organisationsstruktur eines Unternehmens zu integrieren (Internalisierung). Der Vorteil besteht in der Senkung der Transaktionskosten (Kosten der Informationsbeschaffung, Verhandlungsführung etc.). Damit gelang Coase

tabilität von Branchen umzuverteilen. Allerdings befürchtete Hayek nicht zu Unrecht, dass die Gewerkschaften einen solchen »merkwürdigen Vorschlag« ablehnen würden (Hayek 1968, 20).

gleichzeitig die Verankerung des Einzelunternehmens in der makroökonomischen Theoriewelt, ein neuer Zugang zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Einzelunternehmen und die Hinwendung zu den Kosten im Wirtschafts- (und Politik-) Geschehen, die vorher weitgehend unberücksichtigt blieben. (Coase 1990, 33f.)

Im Unterschied zu älteren Angriffen gegen die Konzernbildung, die insbesondere auf aus Marktmacht resultierenden Verzerrungen der Marktprozesse gerichtet waren, begründete Coase die Vorzüge der von privatwirtschaftlichen Akteuren vorgenommenen Ausschaltung von Marktmechanismen. Allerdings gibt es auch aus seiner organisationstheoretischen Sicht eine Grenze der vorteilhaften Konzernbildung, wenn die firmeninternen Transaktionskosten größer werden als die marktvermittelten (Hoffmann 1993, 106). Dieser Einsicht wird in jüngster Zeit durch die ausufernden Diskussionen über Unternehmensnetzwerke anstelle von Hierarchien zunehmend Rechnung getragen.

Es ist schnell einsichtig, daß der Bürokratie- und Verwaltungsaufwand bei der Riesenorganisation Staat in höherem Maße Bedeutung erlangt. Gerade die Betrachtung von häufig nicht untersuchten Organisationskosten stellte ein für die Neue Rechte interessantes Reservoir von Argumenten für »Deregulierung« und Privatisierung bereit und leitete den Forschungszweig des »neuen Institutionalismus der Ökonomie« ein.

1960 fuhr Coase in seinem Aufsatz »The Problem of Social Cost« ein schweres Geschloß gegen die wohlfahrtsökonomische Begründung der Notwendigkeit staatlichen Handelns zum Ausgleich von sogenannten »negativen externen Effekten« auf. Die externen Effekte können in der neoklassischen Ideenwelt marktwirtschaftliche Prozesse stark beeinträchtigen oder gar unterbinden, weil Kosten entstehen, die keinen MarktteilnehmerInnen zugeschrieben werden können. Daher wurde zur Eindämmung negativer Auswirkungen von monopolistischen Strukturen, zur Vermeidung bzw. Linderung externer Effekte (z.B. Umweltverschmutzung, Lärm etc.) sowie für die Bereitstellung kollektiver bzw. öffentlicher und meritorischer Güter staatliches Handeln als legitim erachtet. Coase hingegen argumentierte, daß zwischen Unternehmen dann alle externen Effekte ohne zusätzlichen Handlungsbedarf internalisiert werden, wenn sie ihren Gewinn maximieren können. Falls keine Interessengleichheit vorliegt, können externe Effekte durch vertragliche Vereinbarungen zwischen den Unternehmen internalisiert werden; eine externe Einmischung des Staates wäre somit auch dann nicht erforderlich. Nur wenn die privaten Vertragsrechte eingeschränkt werden, kann in diesem Gedankenspiel keine privatwirtschaftliche Lösung erfolgen. (Coase 1990, 95f.) Bestand schon die Wohlfahrtsökonomie auf dem Prinzip des Marktes, das lediglich hier und dort korrigiert werden muß, etablierte Coase in bezug auf die fordistisch erweiterten staat-

lichen Interventionsgebiete das Prinzip des Primats der privatwirtschaftlichen Lösung konstatiertes Probleme neu. Ganz aktuell wird Coase von Vertretern der Industrieverbände auf europäischer Ebene ins Feld geführt, um drohende steuerliche Belastungen des Verkehrs zu bekämpfen. Argumente der EU-Kommission (1998), welche auf wohlfahrtsökonomische Überlegungen rekurrieren, werden mit dem Hinweis »erledigt«, daß der »Nobelpreisträger« Coase den Ansatz Pigous bereits 1960 widerlegt habe (Deutsche Verkehrszeitung, 23.2.99, 2).

Deregulierung: Der zentrale Angriff auf das wohlfahrtsökonomische Staatsverständnis vor der neoliberalen Revision wurde indes nicht von Coase geführt, sondern von anderen Mitgliedern des MPS-Kreises. Der Chicago-Ökonom George J. Stigler wendete das Grundkonzept der Public Choice Lehre, wonach die Politik nur ein anderer Markt sei, auf die Regulierung wettbewerbsrechtlicher Ausnahmereiche (regulated industries) an. Sein für die Entwicklung des neoliberalen Deregulierungsdiskurses zentraler Beitrag widmete sich der ökonomischen Erforschung besonderer staatlicher Aufsichtsbehörden, die sogenannten »independent regulatory commissions«, welche in den USA als funktionales Äquivalent zum Staatsbesitz im Infrastrukturbereich (Telekommunikation, Energieversorgung, Verkehr etc.) fungierten. Stigler entwickelte gemeinsam mit einigen Kollegen (u.a. dem MPS-Mitglied Richard A. Posner) das »capture«-Theorem, wonach staatliche Behörden von speziellen Interessengruppen, z.B. Industriegruppen, die sie eigentlich regulieren sollen, »erobert« werden. Es handelt sich mithin um die Zuspitzung der von Anthony Downs 1968 aufgestellten ökonomischen Theorie der Politik (vgl. Bartholomé 1989, 115)²¹, wobei Stiglers Beitrag eine theoretische Verallgemeinerung von zuvor in einigen empirischen Untersuchungen gewonnenen Beobachtungen darstellt (ebd., 112). 1971 veröffentlichte er den Aufsatz *The Theory of Economic Regulation*, dessen zentrale Aussagen in den Auseinandersetzungen um die Liberalisierung des Luftverkehrs etc. permanent angeführt wurden (vgl. Derthick/Quirk 1985). Er war ebenfalls ein Gründungsmitglied der Mont Pèlerin Gesellschaft und war von 1976 bis 1978 ihr Präsident (Hartwell 1995, 78). Sein Versuch, die besondere staatliche Regulierung durch die Existenz eines »politischen Marktes« zu erklären, markiert das Ausgreifen der marktradikalen Methodik auf gesellschaftliche Gebiete, die bislang von anderen Wissenschaftszweigen (mit anderen Methoden) bearbeitet wurden. Stigler ist zusammen mit Gary Becker und Milton Friedman der prominenteste Vertreter der Chicago-Schule. Letzterer gab 1972 in einem Interview an, es seien insbesondere Stiglers Untersuchungen

21 Downs Ansatz geht auf Schumpeters (1993, ursprünglich 1942) Werk *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* zurück.

gewesen, die ihn gegenüber Staatsinterventionen so skeptisch haben werden lassen (Nash 1976, 429).

Staat und Wohlfahrt: Bekannt ist die generalisierende Konzeption vom Staat als Marktplatz durch die Beiträge der MPS-Mitglieder James M. Buchanan und Gordon Tullock, welche schließlich das Patent auf das Public Choice Label anmelden konnten. Gemäß diesem Ansatz wird der Bereich der Politik radikal ökonomisiert. PolitikerInnen werden als nutzenmaximierende Akteure aufgefaßt, die sich nach Stimmen- und Wahlmotiven verhalten. Politische Parteien sind in erster Linie »vote seeking«-orientiert und entwickeln ihre Programme entsprechend der auf dem »politischen Markt« zu erwartenden Stimmengewinne. Einen zentralen Untersuchungsgegenstand bilden die kollektiven Entscheidungsfindungen. Die bisherigen Politikkonzeptionen, so die Kritik von Buchanan und Tullock, zeichnen sich durch einen Mangel an marktförmiger Regulation des politischen Entscheidungsprozesses aus. Ziel des Public Choice-Ansatzes ist es demgegenüber, den Marktmechanismus konstitutiv in die Politik zu integrieren, weil dadurch eine »effizientere Allokation« der individuellen Präferenzen allererst gewährleistet werden kann (vgl. Buchanan 1979). Generell abgelehnt werden im Rahmen dieser Theorie redistributive Staatsfunktionen. Die Public Choice Theorie erblickt zwei besorgniserregende Gestalten: »The Leviathan [frei übersetzt: der Interventionsstaat, DP/BW] that we observe today simply cannot be ignored« (ebd., 178). Innerhalb Leviathans erscheint zudem das »specter of the free rider« (Buchanan 1963, 32). Daraus bezieht die positive (analytische) Public Choice-Schule eine klare Schlagseite und erklärt sich explizit als »normative« (Buchanan 1979, 179): »we can summarize public choice as a theory of 'governmental failure'« (ebd., 178). Die MPS-Mitglieder Buchanan, Tullock und Coase mußten übrigens allesamt 1964 die Universität Virginia verlassen, weil sie neben ihrer theoretischen Arbeit aktive politische Unterstützung für den republikanischen Rechtsaußen Barry Goldwater leisteten und damals auch wissenschaftlich deutlich außerhalb des »mainstreams« lagen (Cushman 1994, 43)

Wohlfahrtsökonomie? Social Choice als Normative Public Choice Theorie: Eingangs wurde die Verleihung des »Nobelpreises« an Amartya Sen als vermeintliches Zeichen des Endes neoliberaler Hegemonie zitiert. An dieser Stelle sind dazu einige relativierende Worte erforderlich, weil sowohl linke als auch neoliberale Beobachter für Irritation sorgen. Rudolf Hickel lobt die Preisverleiher für ihre kluge Entscheidung, weil Sen »theoretisch konsistente Modelle über den Zusammenhang zwischen individuellen Entscheidungen und gesellschaftlichen Herausforderungen einerseits und praxisbezogene Analyse zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut andererseits« leiste (FR, 15.10.1998). Gebhard Kirchgässner (1998) plaziert den

»moderne[n] Vertreter der Moralphilosophie« in der NZZ hingegen kurzerhand hauptsächlich in der Philosophie – und nicht in der Ökonomie.

Warum aber fungiert Sen mit dem marktradikalen MPS-Mitglied und ehemaligen Präsidenten der MPS (1990-92; Hartwell 1995, 78) Gary Becker, gemeinsam als Herausgeber von *Public Choice*? Diese Zeitschrift wird vom rechtsliberalen Think Tank Cato Institute herausgegeben, welches der bekannte Bürokratiekritiker William Niskanen leitet. Cato ist als führende Kraft im Kampf gegen die Idee eines prozeßpolitisch intervenierenden Sozialstaates fest im Kreise des Marktradikalismus etabliert²² (vgl. Stone 1996, 157).

Sicher ist Sen ein einflußreicher Kritiker allzu simpler Varianten des Rational Choice Denkens. Sein Aufsatz »Rational Fools« (1977) war maßgeblich an der Renovierung des Nutzenmaximierungsparadigmas des homo oeconomicus in Richtung »eingeschränkter« Rationalitätsannahmen der Handlungstheorie beteiligt (vgl. zum Thema »bounded rationality« Williamson 1985). Keineswegs aber ist der für soziale Fragen sensible »Social Choice«-Denker außerhalb des neoliberalen Denkbauwerks zu verorten. Zwischen Public Choice und Social Choice Ansätzen entwickelte sich vielmehr ein eigenständiges Auseinandersetzungsfeld ökonomischer Analyse, welches fest auf dem Boden der ökonomischen Konstitution des »freien Marktes« steht.²³ Dennis C. Mueller (1995) klärt die Problematik in seiner Einführung in das Public Choice Denken auf, indem er Sens Ansatz als einen Teil, nämlich als *normative* Public Choice Theorie berücksichtigt. Sens einflußreiche Analyse des »liberalen Paradoxes« zeigt – ganz im Einklang mit den Überlegungen der *positiven* Public Choice Richtung – die Unvereinbarkeit wohlfahrtsoptimierender Staatstätigkeit mit dem »Pareto-Optimum«, allerdings ohne deshalb in der Politikberatung auf sozialstaatliche Korrekturvorschläge gänzlich zu verzichten.

Die neoliberale Kontinuität liegt bei den geteilten handlungstheoretischen Grundannahmen (insbesondere der methodologische Individualismus anstelle gruppensoziologischer Analyse geschweige denn Klassentheorie und die ahistorische Modellkonstruktion von Entscheidungsprozessen) beider Strömungen des Public Choice Denkens. Ferner ist schon die Pareto-Rezeption identisch (ökonomistisch) verkürzt.²⁴ Daß Sen Kriterien für den Kampf gegen Armut entwickelt, heißt längst nicht, daß er für eine Politik

22 Das libertäre Institut wurde 1977 gegründet und akzeptiert keine Mittel seitens staatlicher Zuwendungsgeber, um »unabhängig« zu bleiben. Finanziert werden die ca. 40 MitarbeiterInnen komplett aus Mitteln von Unternehmen und Stiftungen.

23 Vgl. das »ausgewogene Ergebnis« bei der Analyse der Beiträge von Social und Public Choice zur ökonomischen Theoriebildung, zu welchem Sen (1995) gelangt.

24 Maurizio Bach hat in einem Vortrag in Berlin darauf hingewiesen, daß die übliche Lesart des Pareto-Optimums von Pareto selbst im *Traité* als begrenzt anwendbar diskutiert wird. (Vgl. Pareto 1917, §§ 2128, 2129).

eines aktiven Staates zu vereinnahmen wäre: »Ich war immer ein *Skeptiker*, wenn es um *staatlichen Interventionismus* ging« (zit. Nach NZZ, Nr. 10, 14.1.99, 25). Wenn Rudolf Hickel also die konsequente Arbeit an konsistenten Modellen individueller Präferenzen einerseits und den praxisbezogenen Kampf gegen Armut des Preisträgers andererseits lobt, so redet er zumindest einer Trennung von Theorie und Praxis das Wort, welche den akuten Eindruck einer sozialstaatlichen »Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum« (Eicker-Wolf u.a. 1996) perpetuiert.²⁵

Allerdings bezeichnet die Preisvergabe an Sen offenkundige Konflikte im Rahmen der neoliberalen Konstellation und eine gewisse Flexibilität im neoliberalen Dispositiv: zu massiv wurde der sogenannte Nobelpreis in der jüngeren Vergangenheit für die Selektion der Preisträger und ihrer Botschaften kritisiert. Die Maschinerie zur Produktion von Renommee geriet ins Stottern. Insbesondere nachdem die letztjährigen Preisträger, Robert C. Merton und Myron S. Scholes, den riesigen Hedge-Fund Long Term Capital Management (LTCM) in den Sand gesetzt hatten²⁶, signalisiert die Vergabe des Preises an Sen die Setzung einer neuen Priorität: Soziale Integration und »Wohlfahrtsökonomie« (Aiolfi 1998) sind kein Randthema mehr, sondern ein zentrales (Stabilitäts- und damit »Standort«-) Anliegen. Die Signifikanz des Nobelpreises für Sen liegt mithin darin, daß weder der rechte Liberalismus noch die zur »neuen Mitte« gewendete Sozialdemokratie ohne eine globale Verwaltung der neuen Armut auskommt.

Die Menschmaschine (homo oeconomicus): Die definitive Radikalisierung innerhalb der neoliberalen Konzeptionen leistet Gary Becker mit seiner Humankapitaltheorie. Wichtige Vorarbeiten in der Transformation der Ökonomie zur Generalwissenschaft leistete die Public Choice-Schule (vgl. Buchanan 1972; Tullock 1972).²⁷ Die Humankapitaltheorie bescheidet sich nicht mehr mit einem wie auch immer eingegrenzten ökonomischen Bereich innerhalb einer Gesellschaft, sondern dekliniert diese theoretisch in allen Bereichen ökonomisch durch:

25 Zu den positiven Beiträgen von Sen gehört sicher die Feststellung, daß verschiedene Individuen unterschiedliche Leistungen empfangen müssen, um nur die gleiche Unterstützung zu erfahren, etwa der größere Bedarf von Frauen gegenüber Männern, wenn solche gruppensoziologischen Zusammenfassungen statthaft sind. Eine solche Feststellung müßte u.E. weniger zur Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen, vielmehr zu einer Forderung nach spezifisch erweiterter Sozialpolitik führen.

26 Die damit bewirkte Katastrophe konnte nur durch den angeblich ohnmächtigen Staat abgewendet werden, wobei die U.S.-Bundesregierung einmal mehr das altbekannte Muster der Sozialisierung von privatwirtschaftlichen Verlusten bestätigte, während privatisiert wird, was privaten Gewinn verspricht.

27 Die Generalperspektive ist der Public Choice-Theorie seit ihren Anfängen eingeschrieben: »I am stating that economist should be 'market economists', but only because I think they should concentrate on market or exchange institutions, again recalling that these are to be conceived in the widest possible sense.« (Buchanan 1963, 36)

»In der Tat bin ich zu der Auffassung gekommen, daß der ökonomische Ansatz so umfassend ist, daß er auf alles menschliche Verhalten anwendbar ist, sei es nun Verhalten, das monetär meßbar ist oder unterstellte 'Schatten'-Preise hat, seien es wiederkehrende oder seltene Entscheidungen, handle es sich um emotionale oder nüchterne Ziele, reiche oder arme Menschen, Männer oder Frauen, Erwachsene oder Kinder, kluge oder dumme Menschen, Patienten oder Therapeuten, Geschäftsleute oder Politiker, Lehrer oder Schüler.« (Becker 1982, 7)

Zum Kern seines ökonomistischen Ansatzes erklärt Becker den *homo oeconomicus*, dessen simplizistisches Kosten-Nutzen-Denken verallgemeinert wird und sich auf alle Bereiche menschlichen Verhaltens erstreckt:

»Die Annahme des nutzenmaximierenden Verhaltens, des Marktgleichgewichts und der Präferenzstabilität – strikt und ohne Einschränkung angewandt – machen zusammen den Kern des ökonomischen Ansatzes aus, so wie ich ihn sehe.« (Ebd., 4)

Der dabei erhobene Anspruch, alle Bereiche der Gesellschaft und des menschlichen Handelns mit einem einzigen »wissenschaftlichen« Ansatz zu erklären, versteht sich selbst als *ökonomischer Imperialismus*.²⁸ In dem Band *Economic Imperialism* der beiden MPS-Mitglieder Gerard Radnitzky und Peter Bernholz (1987) wird dieser Ansatz nicht nur auf Wissenschaftstheorie, Moral und Recht, sondern auch auf naturwissenschaftliche Fächer wie Biologie und Physik angewandt: Außerhalb der marktradikalen Ökonomie kein Heil. An diesem Punkt wird die messianische Dimension der Radikalisierung des Marktansatzes überdeutlich. Der vom Neoliberalismus unermüdlich seit dem Entstehungsjahr 1938 gepredigte und massenwirksam verbreitete »Totalitarismus«, der durch zentrale Planung und Sozialstaat drohe, ist nun transformiert in den »Totalitarismus« des Marktes.²⁹ Geblendet von ihren manichäisch strukturierten Diskursen, waren die Theoretiker des Neoliberalismus blind gegenüber dem Utopismus, der der radikalen Marktkonzeption inhärent ist. Die Marktkonzeption ist nun vollends radikalisiert und bildet »eine Art permanentes ökonomisches Tribunal« (Foucault, Vorlesung vom 21.3.79, zit. in Lemke 1997, 249).³⁰ Die wissenschaftliche (und konzeptive) Arbeit der MPS-Intellektuellen kann ebensowenig wie die Beiträge anderer führender neoliberaler Intellektueller und für die Politik der »Neuen Rechten« (Collard 1968) wichtiger

28 Der Begriff »ökonomischer Imperialismus« wurde zunächst von Kenneth E. Boulding anlässlich seiner Jahresansprache als Präsident der »American Economic Association« am 29.12.1968 zur Kritik genau dieser Versuche der Vereinnahmung der anderen Sozialwissenschaften verwendet: »In der Tat ist die ökonomische Theorie der Demokratie, wie sie von Anthony Downs und anderen entwickelt wurde, ein sehr gutes Beispiel dafür, was ich manchmal als »ökonomischen Imperialismus« bezeichnet habe, als einen Versuch der Ökonomie, alle anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu vereinnahmen« (Boulding 1968, 118). Diesen Begriff nimmt Tullock 1972 auf und wendet ihn positiv um.

29 Zur grundsätzlichen Kritik der Totalitarismus'theorie' vgl. Roth 1999, 10-12 u. 51-66. Roth weist dort nach, daß sich die Vertreter dieser Doktrin immer stärker der Methoden bedienen, die sie in ihrer manichäischen Grundstruktur den Gegnern vorwerfen.

30 Vgl. Altvaters (1981, 16f) »Entkolonialisierung« des ökonomischen Imperialismus anhand der Darlegungen zum Bildungssystem.

WissenschaftlerInnen als Ideologie eingestuft und ad acta gelegt werden. Die einzelnen Wissenschaftler forschen auch und vielleicht gerade als Mitglieder neoliberaler Netzwerke ernsthaft und selbstmotiviert. Das Beispiel Stigler: 1991, ein Jahr bevor er in Chicago starb, überraschte er die verblüfften republikanischen Politiker bei einer Einladung ins Weiße Haus mit der Aussage, er halte die Angebotsökonomie für »faulen Zauber«. Einer der prominentesten Ökonomen, der viele Jahre gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft argumentiert hatte, ließ laut und deutlich vernehmen, er sei kein »Reaganomics-Mann« (*Der Spiegel*, 9.12.1991).

Individuelle Unabhängigkeit und wissenschaftliche 'Redlichkeit' (im Rahmen von mehr oder weniger »offenen« Denkschulen) ist indes keineswegs unvereinbar mit gemeinsamer Arbeit an hegemonialen Projekten. Vielmehr erhöhen Arbeitsteiligkeit und indirekte (Ver-)Bindungen zu materiellen und organisierten Interessen die Effektivität, wenn die Vernetzungen funktionieren. Daß bei vielen dieser »konzeptiven« Intellektuellen auch die subjektive Motivation über die eigenständige Wissensproduktion hinausging, wurde bereits anhand des Wirkens Lippmanns und von Hayeks deutlich und soll im folgenden kursorisch ausgeführt werden.

Die strategische Entwicklung der neoliberalen Netzwerke

Bereits mehrfach haben wir auf verschiedene Phasen im Zuge der neoliberalen Hegemonieentfaltung verwiesen: Grob kann der Verlauf in die Verteidigungsphase (nach der großen Depression seit Ende der 20er Jahre) bis zur Bewegungsphase der 60er und 70er Jahre und schließlich des »Stellungskrieges« (Gramsci) im Rahmen der neoliberalen Konstellation (seit den 80er Jahren) unterschieden werden.

Verteidigung und Konsolidierung:

Sammlung »unterlegener Truppen« und »Saving the books«

Gegen die Etablierung des New Deal in den USA unter Präsident Roosevelt wendet sich Walter Lippmann schon in den 30er-Jahren mit aller Vehemenz. In einer demagogischen Weise zählt er den New Deal in einer Reihe mit Faschismus und Kommunismus auf (vgl. Lippmann 1945, 66-88, hier: 69; van der Pijl 1998, 129). Als »go-between« (Cox) bzw. »intellektueller Kurier« (van der Pijl) war Lippmann in den US-amerikanischen und britischen Roundtable-Organisationen des Großkapitals aktiv und politisch mit dem Wirtschaftsimperium J.P. Morgans eng verbunden (van der Pijl 1998, 113). Diese Zusammenhänge vermögen die enorme Energie gegen »den Staatsinterventionismus« des »ersten« neoliberalen Intellektuellen zu erhellen.

Der Morgan Trust war von der staatlichen Interventions- und Regulie-

rungspolitik des New Deals an zentraler Stelle negativ betroffen. Nach der Begrenzung der ökonomischen Macht des Rockefeller Imperiums durch die Regierung Theodore Roosevelts (die »Progressive Era« am Anfang des Jahrhunderts), beendeten gesetzliche Maßnahmen der Regierung Franklin D. Roosevelt die Kontrolle der Kapitalmärkte, der Eisenbahn-, Elektrizitäts- und Telekommunikationswirtschaft durch das Haus Morgan (vgl. Davis 1986, 23; Keller 1981, 85).

Der Kampf um die Erneuerung des Liberalismus war von Anfang an transnational. Abgesehen von der angelsächsischen Brückenfunktion pflegte Lippmann bereits früh einen Austausch mit William E. Rappard – der selber seit Anfang des 20. Jh. über engste Beziehungen zu den einflußreichen Kräften der US-Universitäten, -Diplomatie, -Politik, -Stiftungen sowie -Wirtschaft verfügt – und damit auch zum »Institut Universitaire de Hautes Études Internationales« (IUHEI) in Genf.³¹ Das IUHEI wurde über etwa zwei Jahrzehnte von der Rockefeller Foundation finanziell getragen. Es bot in den 30er- und 40er-Jahren einer Vielzahl der späteren Neoliberalen Dozentenstellen, Forschungsaufträge oder Vorlesungsmöglichkeiten. Von jenen, die davon profitierten seien nur Luigi Einaudi, F.A. von Hayek, Michel A. Heilperin, Hans Kelsen, Fritz Machlup, Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke erwähnt.³²

Ähnlich wie Lippmann ist Rappard (vgl. zur Person Busino 1990 u. Monnier 1995) ein früher Kritiker des »étatisme (governmentalism)«, wie es Carl J. Friedrich, der spätere und prominente Totalitarismustheoretiker, in einer Rezension von dessen Hauptwerk *L'individu et l'état* (1936) für die *American Historical Review* (April 1938, 616)³³ betont. Friedrich, Professor in Cambridge, Mass., stellt Rappards Werk in den Kontext des New Deal: »That a similar development [daß die individuellen Rechte beinahe verschwunden sind] has been taking place in the United States is evident to all at the present time« (ebd.). Die Verflechtung der Marktradikalen erstrecken sich auch nach Paris, wo Rougier und Jacques Rueff den Neoliberalismus institutionell durch das »Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme« (CIRL) aufbauen und vermittels der *Les éditions Médicis*³⁴ diesen publizistisch stärken möchten. Das CIRL ist von Anfang an international angelegt und Lippmann, Hayek sowie Röpke sollten die US-amerikanische, englische resp. schweizerische Sektion organisieren

31 Vgl. die Korrespondenz Rappard-Lippmann (BAr, J.I.149 | 1977/135 | 31). Von Rappards zahlreichen Vernetzungen seien nur die »Liberale Internationale« und der Rotary Club erwähnt.

32 Außer Kelsen sind alle MPS-Mitglieder und alle außer Einaudi, Kelsen und Machlup sind Teilnehmer am Lippmann-Kolloquium.

33 Vgl. Beilage im Brief Friedrich an Rappard vom 24.6.38 (BAr, J.I.149 | 1977/135 | 20).

34 Brief Rougier an Rappard vom 7.9.37 (BAr, J.I.149 | 1977/135 | 42).

(vgl. CWL, 110). Schließlich seien noch die Beziehungen nach London, vor allem zur London School of Economics (LSE) und zur Londoner City erwähnt, die vor allem durch Lionel Robbins und Hayek gepflegt werden. (Polanyi-Levitt/Mandel 1989) Für das zweite Treffen der MPS erklärte sich die Bank of England bereit, die Ausgaben der britischen Teilnehmer zu übernehmen (Suenson-Taylor an Rappard, 16.3.49)³⁵.

Bis 1939 hatte sich schon ein gut organisiertes Netzwerk entwickelt, das sich gegen die Ausweitung sozialstaatlicher Entwicklung zur Wehr zu setzen beginnt. Unterbrochen werden diese Aktivitäten durch den Zweiten Weltkrieg. Doch kurz nach dessen Ende setzen schon die ersten Institutions- und Verlagsgründungen ein, die sich der Unterstützung marktradikaler Konzepte verschrieben haben. Im März 1946 wird von Leonard E. Read (Gründungsmitglied der MPS), der damals schon auf »a long career as an evangelist for classical liberalism« (Nash 1976, 22) zurückblicken konnte, und anderen³⁶ die »Foundation for Economic Education« (FEE) in Irvington-on-Hudson (New York) gegründet, dessen Stab u.a. Ludwig von Mises angehört und zu dessen frühen Unterstützern auch Hayek zählt. Margit von Mises (1981, 141) schildert in z.T. blumigen Worten den Gründungszusammenhang der FEE. Eine ganz entscheidende Rolle spielt in der neoliberalen Startphase der Volker Fund, der die finanziellen Mittel aufbrachte, damit die Langzeitprojekte überhaupt durchgeführt werden konnten. Eine entscheidende Rolle spielte beim Volker Fund Harold Luhnnow (MPS-Mitglied seit 1947). »Luhnnow became President of the William Volker Fund in 1944 and was thus able to channel funds to the cause of liberalism« (Stone 1996, 138).³⁷ Der Volker Fund beendet seine Aktivitäten 1961 und F.A. Harper (MPS-Mitglied), der im Stab der FEE und des Volker Funds ist, etabliert als Nachfolgeinstitution das »Institute for Human Studies« (IHS) (vgl. Stone 1996, 138).

In den 40er und 50er Jahren erfolgt auch die Gründung von Zeitschriften, die sich dem Neoliberalismus verschrieben haben: *The Freeman* (1950), herausgegeben von John Chamberlain (MPS) und Henry Hazlitt, und *Faith and Freedom* (1950). Beiträge zu *The Freeman* liefern u.a. Hayek, Mises

35 BAr J.I.149 | 1977/135 | 48.

36 Das sind Donaldson Brown, Vizevorsitzender der General Motors Corp., Prof. Fred Rogers Fairchild von der Yale University, David M. Goodrich, Vorsitzender der B. F. Goodrich Company, Henry Hazlitt (ebenfalls Gründungsmitglied der MPS) von der *New York Times* (später: *Newsweek*), Claude Robinson, Präsident der Opinion Research Corp., und Prof. Leo Wolman von der Columbia University (vgl. Nash 1976, 354, Anm. 111).

37 Der Volker Fund wurde 1932 gegründet. William Volker ist der Onkel von Luhnnow. Als er 1944 Präsident wurde, war er schon durch das liberale Denken Loren Millers beeinflusst. »Miller incidentally was intimately acquainted with such important business intellectuals as Jasper Crane of DuPont, B. E. Hutchinson of Chrysler, Henry Weaver of GE, Pierre Goodrich [MPS-Mitglied], the Indianapolis businessman and creator in 1960 of Liberty Fund, and Richard Earhart, founder of the Earhart Foundation.« (Blundell 1990)

und Röpke, zu *Faith and Freedom* Hazlitt, Mises und Read (Nash 1976, 27f) In diesem Umfeld der verschiedenen neoliberalen Interessenorganisationen und Medienprodukten ist die MPS anzusiedeln. Dabei nehmen Hayek, Hazlitt, Mises, Read, Röpke u.a. die Rolle von »go-betweens« ein, die für die Zirkulation ihrer Ideen sorgen und das »Agenda-Setting« aktiv betreiben.

Die MPS spielt dabei eine zentrale Rolle. Wilhelm Röpke bezeichnete sie 1947 in einem Brief an Alexander Rüstow »als eine Art internationale fünfte Kolonne« (Röpke 1976, 97), von der man noch nicht sagen könne, was sie leisten werde. In dieser Organisation laufen die intellektuellen, organistorischen und finanziellen Fäden zusammen. Milton Friedman hebt hervor, daß die MPS ein »Treffpunkt zahlenmäßig unterlegener Truppen« (Nash 1976, 26) gewesen sei. In der Verteidigungsphase bestand die wichtigste Leistung in eben dieser Zusammenführung, in der »Rettung der Bücher« und in der Anleitung eines »revival in learning«, so die Zusammenfassung des Haushistorikers Hartwell (1995, 203). Die vom internationalen Mainstream deutlich abweichende Etablierung des Ordoliberalismus in der Bundesrepublik Deutschland (Allen 1989; Nicholls 1994) verschaffte den seinerzeit »unterlegenen Truppen« eine deutliche Verstärkung ihrer Basis.³⁸ Wenn heute die »Soziale Marktwirtschaft« Ludwig Erhards explizit als Alternative zum Neoliberalismus ins Feld geführt wird, kann ein Studium der Geschichte des Neoliberalismus vor Verwirrungen bewahren. Gerhard Schwarz hat zu Recht daran erinnert, daß »Soziale Marktwirtschaft ... für ihn [Erhard] eine Verkaufsformel [war], die zum Ausdruck bringen sollte, daß die Marktwirtschaft sozial ist« (NZZ 1./2.1997, 21).³⁹ *Emanzipatorische bzw. egalitäre Ideen* jedenfalls haben andere historische Wurzeln.

38 Umgekehrt wurden vom Nazismus kompromittierte deutsche Ökonomen durch das Forum der MPS international respektabel. Vgl. zu den Kontinuitätslinien des Rechtsliberalismus und zur Rolle Ludwig Erhards Haselbach 1991, Gerlach 1997, Plehwe 1998 und Roth 1995/1998.

39 Auch Radika Desai (1994, 51) geht Legenden auf den Leim, wenn sie beim Gebrauch des Konzeptes »Soziale Marktwirtschaft« einen weitreichenden Unterschied der britischen Neuen Rechten zum Verständnis von Müller-Armack und Erhard zu sehen glaubt; bei den Tories, welche das Konzept in den 70er Jahren im Kampf gegen die Labour Party übernahmen (vgl. Cockett 1995, 208, 252/3), sei es ein rein taktischer Einsatz des Wortes. Ihr Fokus auf die MPS hätte eigentlich dafür sorgen müssen, die enge Verbindung zwischen den MPS-Mitgliedern Erhard, Müller-Armack und den britischen konzeptiven Intellektuellen zu sehen. Laut Michael Novak, Direktor des American Enterprise Institutes, hat Erhard den Begriff »soziale Marktwirtschaft« vor allem aus taktischen Gründen gewählt. Auf die Einwendung von Hayeks, daß es ein Fehler sei, dem Begriff Marktwirtschaft sozial beizufügen, habe er seinerzeit geantwortet: »Erhard gab ihm Recht, fügte aber hinzu, daß die Deutschen den freien Markt ohne das Wort 'sozial' nicht annehmen würden« (Novak 1996). Besonders perfide wird die Geschichte der vermeintlich antifaschistischen Erregenschaft dieser »Sozialen Marktwirtschaft«, indem Milton Friedman dem chilenischen Diktator Pinochet neben dem Kampf gegen die Inflation eine »gesunde soziale Marktwirtschaft« anempfiehlt, die mit Hilfe einer »Schocktherapie« eingeführt werden

Ausdifferenzierung der neoliberalen Aggregate: Die Bewegungsphase

Nachdem sich das neoliberale Kernnetz unter Leitung von Hayek, Albert Hunold, Röpke u.a. konsolidiert hatte, gab es rasch Konflikte über die strategische Ausrichtung. Gegenüber einer direkten Indienstnahme der »internationalen Akademie« MPS für (tages-)politische Zwecke (zu dieser Linie zählten u.a. Hunold), setzte sich eine Gruppe von MPS-Mitgliedern um Hayek mit der Auffassung durch, daß die konzeptiv-intellektuelle Arbeit von der politischen Intervention getrennt werden müßte, um politisch effektiver zu sein. Nachhaltiger politischer Erfolg stellt sich in Hayeks Sicht zufolge nur ein, wenn dafür eine intellektuelle Grundlage in der Gesellschaft (vermittelt über WissenschaftlerInnen, LehrerInnen, JournalistInnen, etc.) geschaffen wurde.

Die strategische Trennung der konzeptiv-intellektuellen und distributiv-kommunikativen Funktionsbereiche des Netzwerkes in Großbritannien wurde bereits oben anhand der Gründung des Institute of Economic Affairs mit Mitteln des bereits 1947 zur MPS gestoßenen, neureichen Unternehmers Antony G. A. Fisher angedeutet. Dieses Institut wurde als »research and educational trust« konzipiert (zit. in Cockett 1995, 132) Der »modus operandi« des Instituts, so Cockett, basierte »on Hayek's original guiding principle, that they had to fight and win the intellectual battle over the course of twenty or more years without regard to the short-term political situation. [...] as Antony Fisher had written in 1956, the IEA knew 'the truth', their task was to evangelize« (Cockett 1995, 139). Die Arbeit richtete sich dementsprechend vor allem an Studierende und junge Intellektuelle im Wissenschaftssystem. Der Erfolg beliebter (linker) Universitätslehrer wie Harold Laski (vgl. Dahrendorf 1995, 223f.) stand diesbezüglich Pate. Wenn junge Leute die richtigen Ideen erhalten, so Fishers Raisonement, dann würden sie diese immer behalten und weiterverbreiten. »In particular, those carrying on intellectual work must have a considerable impact through newspapers, television, radio and so on, on the thinking of the average individual. Socialism was spread in this way and it is time to reverse the process« (Fisher, Brief an Smedley [1956], zit. in Cockett 1995, 131).

In einem Vortrag rekapitulierte der IEA-Präsident John Blundell (1990) die Erfolgsgeschichte der MPS- und Think Tank-Netzwerke bei einer Veranstaltung der U.S.-amerikanischen Heritage Foundation. Heritage (als Propagandaapparat der Reaganomics in den USA) und das Center for Policy Studies in Großbritannien (Mitarbeiterin: Margaret Thatcher) wurden etwas später als die »sekundärwissenschaftlichen« Institute zu noch stärker tages-

soll (vgl. Friedman/Friedman 1998, 591-594, Appendix A: Briefwechsel Friedman/Pinochet).

und parteipolitisch ausgerichteten Interventionszwecken gegründet. Bei aller Ausdifferenzierung der verschiedenen Apparate des Neoliberalismus müssen insbesondere die personellen und organisatorischen Verflechtungen beachtet werden, um keine falschen Trennungen zwischen Produktion, Verbreitung und Anwendung von Ideen bzw. zwischen »Wissenschaft«, »Propaganda« und Politik zu ziehen. Der aktuelle Präsident der Heritage Foundation, Ed Feulner, war seit 1979 Schatzmeister der MPS und fungierte in den 90er-Jahren als MPS-Präsident. Aktuell ist er »Senior Vice President«.⁴⁰ Die verschiedenen Teile der neoliberalen Netze schlossen die Kreise: Think Tanks organisierten Konferenzen, auf welchen die MPS-Wissenschaftler ihre Ergebnisse vortrugen, und anschließend publizierten sie leicht konsumierbare Kurzfassungen der Arbeiten. Im dritten Schützengraben wurden (und werden) schließlich politische Schlußfolgerungen abgeleitet, um eine entsprechende Programmatik zu erarbeiten. Aber auch die Gelehrten beteiligten sich mitunter direkt an der Umsetzung:

»Public choice can claim to have contributed hugely to what can be the basis for such discourse and discussion. But there is also room for, indeed a necessity for, some intellectual entrepreneurship, some normative advocacy, in getting the dialogue going. The 'science' does not create its own consequences. [...] We should care, and we should think about, what the fiscal constitution for political democracy should look like, what sort of institutions should be most efficient in the workings of democratic politics. But we must do more than analyze what is. If we do not go beyond this, if we do not begin to suggest explicitly what 'ought to be' in terms of these basic constitutional reforms of process, we can scarcely complain when we observe the continued drift into constitutional chaos.« (Buchanan 1977, 181f)⁴¹

Blundell erinnert an die zentralen wissenschaftlichen Beiträge von Hayeks und an die ersten intellektuellen Unternehmer des Neoliberalismus in USA und Großbritannien. Das zentrale Merkmal der Bewegungphase ist, von der Gründung der politiknäheren Institute einmal abgesehen, die rasche nationale und internationale Ausdehnung der Zirkulationsapparate unter Leitung der Atlas Foundation und des Institute for Humane Studies.⁴² Alleine 30 Institute werden in Lateinamerika gezählt. 1987 fusionierte Atlas mit dem Institute for Humane Studies der US-amerikanischen Kollegen. Die

40 Diese Angaben entstammen Hartwell (1995, 78) sowie der homepage der Heritage Foundation: <http://www.heritage.org/staff>.

41 Damit Wissenschaft Konsequenzen zeitigt, vermittelt Buchanan seine Dienste an Think Tanks und Stiftungen. Dabei sind seine Verbindungen schier unübersehbar. Einige davon sind Legion de la Libertad (Instituto Cultural Ludwig von Mises, Mexico), American Economic Association, Royal Economic Society, 1963 Mitbegründer Public Choice Society, Cato Institute, Liberty Park Foundation, Reason Foundation, Carl Menger Institute, David Hume Institute, Pacific Research Institute for Public Policy, Mises Fellowship Advisory Committee, Center for Libertarian Studies, Fraser Institute, Hoover Institution, Foundation for Research in Economics and Education, IEA, RAND Corp. (1954-56) und Instituto de Estudos Empresariais, Porto Alegre, Brasilien.

42 In Deutschland wurde der analog arbeitende Kronberger Kreis vergleichsweise spät (1994) in eine Stiftung umgewandelt. Vgl. zum Kronberger Kreis Schui u.a. (1997, 239f.), zu den MPS-Verbindungen Plehwe 1994.

»neoliberale Internationale« hat eine gemeinsame Adresse und übernimmt nach wie vor die Koordination verschiedenster Aktivitäten.⁴³

Ferner war für die Bewegungsphase entscheidend, daß die Mittel für die rasche Vermehrung und Expansion der Institute aufgebracht wurden. Die meisten dem Netzwerk zugehörigen Einrichtungen sind sehr stolz darauf, über eine vom Staat unabhängige Finanzierungsgrundlage zu verfügen und daher »unabhängig« zu sein. Sämtliche Institute finanzieren sich indes mit (Spenden-) Mitteln meist großer Unternehmen bzw. konzerneigener Stiftungen.

Im Laufe der 70er Jahre und vor dem Hintergrund der Krise des Fordismus, aktivierten neoliberale und neokonservative Intellektuelle⁴⁴ – mit Irving Kristol an prominenter Stelle – im *Public Interest* und im *Wall Street Journal* die Konzernwelt. Um der Marktlogik wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, so Kristol, müsse die Wirtschaft eine eigene »Neue Klasse« schaffen: eine Klasse aus Gelehrten, deren Karriereaussichten nicht vom Staat oder den Universitäten, sondern von der Wirtschaft abhängen sollten. Man bekomme, was man kaufe (vgl. Easterbrook 1986, 30). Die vom Staat unabhängigen Quellen waren in der Bewegungsphase von zentraler Bedeutung, weil es in vielen Ländern bis zur Phase neoliberaler Hegemonie dauern sollte, bis neoliberale WissenschaftlerInnen und »Second Hand Dealers« sich ohne besondere Zuwendung zu reproduzieren vermochten. Heute ist es tatsächlich unverständlich, warum »key world class scholars [...] like Hayek, Ludwig von Mises, and Aaron Director« keine Stelle an US-amerikanischen Universitäten finden konnten (Blundell 1990).

Der neoliberale Stellungskrieg

Die Offiziellen der marktradikalen Apparate (z.B. Blundell 1990) stimmen mit Susan George darin überein, es sei der Fehler der Fabianer in Großbritannien gewesen, in der Nachkriegszeit das intellektuelle Feld zugunsten der Tagespolitik zu vernachlässigen. Erst in den 80er Jahren wurden in den USA mit dem Economic Policy Institute und in Großbritannien mit dem Institute for Public Policy Research Anstrengungen unternommen, die Vor-

43 Neben dem harten Kern der privaten neoliberalen Internationale gibt es klare Verbindungen zur parteipolitischen Internationale der Liberalen. Die von der Friedrich-Naumann-Stiftung (Steuergelder!) in Lateinamerika herausgegebene Zeitschrift »Perfiles Liberales« publiziert regelmäßig Beiträge von Mitgliedern des MPS-Netzwerkes sowie von Angestellten der marktradikalen Think Tanks. Die Verbindungen zwischen der Naumann-Stiftung, der liberalen Internationale und dem MPS-Netzwerk sind bislang kaum beachtet worden. Parteipolitisch stellt es sich für viele Liberale als Problem dar, daß bei MPS-Treffen die Randfraktionen des Rechtsliberalismus (z.B. Haider, Brunner, etc.) auftreten.

44 Wilhelm Röpke war in der Phase seiner MPS-Präsidentschaft führend daran beteiligt, die verfeindeten Geschwister der liberalen und der christlichen Rechten in den USA zu versöhnen (Nash 1976, 182).

herrschaft der neoliberalen Netze zu bremsen. Das Jahr 1989 führte mit dem »Fall der Mauer« unterdessen zu einer weiteren (geographischen) Ausdehnung (vgl. Stone 1996, 178f.) und zum erneuten intellektuellen Aufschwung des Neoliberalismus, der erhebliche praktische Konsequenzen hatte, wie etwa die in verschiedenen Ländern angewandte ökonomische »Schocktherapie« (vgl. Anderson 1998). Es dominieren Globalisierung und Standortkonkurrenz, monetäre Stabilität, privatwirtschaftliche Kriterien als politisch zentrale Orientierungen und die Zurückdrängung sozialstaatlicher Redistribution, Wettbewerbsstaat (kompetitiver statt fiskalischer Föderalismus etwa in Deutschland) und maximal »kompetitiver Korporatismus« (Rhodes 1998) in Bündnissen (auf betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Ebene) – mit Ideen jenseits des neoliberalen Grundkonsenses ist derzeit kein Staat zu machen.

In Anlehnung an Horkheimer/Adornos *Dialektik der Aufklärung* (1987, 231f) wäre vom neoliberalen Ticket zu sprechen. Der Neoliberalismus tritt, bei allen internen Differenzierungen, »en bloc« auf, das heißt z.B.: Wer sich für den deutschen Ordoliberalismus als vermeintlich sozialstaatsfreundlichere Variante entscheidet, wählt zugleich den ganzen Neoliberalismus. Oder um es am Beispiel vom Wettlauf zwischen Hase und Igel zu sagen: Der Wettlauf mit dem neoliberalen Igel ist stets verloren. In den Blick muß die ganze Anordnung genommen werden. Das Zusammenspiel von marktradikalen Utopisten, pragmatischen Intellektuellen und Politikern erweist sich als sehr erfolgreich. Gerade weil es innerhalb der MPS und der Think Tanks unterschiedliche intellektuelle und pragmatische Positionen gibt, ist überhaupt die Möglichkeit gegeben, hegemonial zu wirken.

Die neoliberale Hegemonie ist bislang stabil. Die akuten Krisenprozesse sind im besten Falle geeignet, Risse im Gebälk der hegemonialen Konstellation zu zeigen. Hinsichtlich der Interpretation haben die rechtsliberalen Wissensnetzwerke ihre Aufgabe vollbracht. Nicht in dem Sinne, daß die Auffassung der marktradikalen Wissenschaft und Publizistik überall vollends geteilt würde, sondern weil die Kriterien des Marktradikalismus zu einem nicht mehr aus den Debatten zu verbannenden Referenzpunkt gesellschaftlicher Diskussionen geworden sind. Der bis in die 70er Jahre existierende Gegenpol emanzipatorischer Projekte ist demgegenüber beinahe zur Unkenntlichkeit verkümmert. Der neoliberale »Stellungskrieg« ist schon deshalb nicht besonders intensiv und die rechtsliberalen Netzwerke geben sich moderat. Blundell (1990) fordert die erneute Identifizierung und Mobilisierung junger Manager für die Sache der Freiheit, die verstärkte Förderung der Wissenschaftsdisziplinen Geschichte und Moralphilosophie, aber auch die gezielte Ausdehnung auf die Literatur, die Identifikation zentraler Themen des nächsten Jahrhunderts und den erneuten Aufbau von kommunikativen Kapazitäten.

Für diejenigen, die nicht von der Absolutheit des Marktes überzeugt sind, stellen sich ganz andere Aufgaben. Bereits die theoretischen, personellen und organisatorischen, nationalen und transnationalen Verbindungen des Neoliberalismus stellen ein weites Forschungsgebiet dar, dessen Erschließung die Kapazitäten einzelner ForscherInnen überfordert. In jüngster Zeit ist zwar ein zunehmendes Interesse an der Rolle und der Erklärungskraft von (neoliberalen) Ideen im politischen Prozeß zu beobachten. Die Analyse der historischen Durchsetzung und der anhaltenden Wirkungsmacht neoliberaler Hegemonie, die die Diskurse stets im Zusammenhang von Interesse und Organisation diskutieren muß, steht aber noch aus. Im Zweifelsfall braucht der Neoliberalismus keine wirklichen Gegner, um sich in Hegemoniekrisen neu zu erfinden. Eine radikal emanzipatorische Alternative muß als Minimalprogramm, um Hayek zu zitieren, Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Utopie entwickeln. Sie darf ihre alternativen Entwürfe ebensowenig wie der Neoliberalismus durch Forderungen nach »Praktikabilität, Sensibilität und Realismus« unterdrücken lassen. Hätten sich die neoliberalen Vordenker zu Beginn ihres aufhaltsamen Aufstiegs zur Macht auf den Pragmatismus berufen, den sie heutzutage überall predigen, wären sie im pragmatischen Rahmen der neoklassischen Synthese stecken geblieben. Ohne Utopie und Antizipation bleiben soziale Initiativen in den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen befangen. Ohne »Interdiskurs« gibt es zwar viel linke Expertise, die aber verzettelt bleibt.⁴⁵

Die Linke muß der ahistorischen und atomistischen Vorstellungswelt des methodologischen Individualismus und seiner Modellkonstruktionen analytisch entgegentreten. Das wichtigste, was linke Intellektuelle zu tun hätten, ist »to expose with greater clarity the constructed (some would say rigged) nature of 'free markets' (via state-corporate alliances), and so resist unwittingly echoing the New Right's [vor allem neoliberalen] conception of them as 'natural immutable forces'« (Harris 1999, 15). Die von neoliberaler Seite vorgetragene (Sozial-) Staatskritik erfordert seitens einer neosozialistischen Alternative eine ernsthafte Analyse des Staates in allen Bereichen. Ein Festhalten am Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat ohne neue Konzepte für den Staat im engeren Sinne und die »Zivilgesellschaft« (Gramsci) beharrt auf dem verlorenen Posten der fordistisch-keynesianischen Staatskonzeption.⁴⁶

45 Perry Anderson (1998, 40) destilliert anhand des Erfolges des Neoliberalismus drei Lektionen für die Linke: Sie dürfe keine Angst davor haben, gegen den politischen Strom zu schwimmen, die Ideen nicht aufgeben und die Prinzipien nicht aufweichen sowie keine etablierte Institution als unveränderbar hinnehmen. Im Anschluß an Hayek wäre zu ergänzen, daß die eigenen Institutionen gezielt aufzubauen sind.

46 »Mehr denn je zuvor leben die Menschen heute im Schatten des Staates. Was sie als einzelne oder in Gruppen erreichen wollen, hängt heute hauptsächlich von der Sanktionierung und Unterstützung des Staates ab. [...] Menschen wetteifern um die Zuwendung des Staates oder um seine Kontrolle«. Was sich wie ein neoliberaler Generalangriff auf den

Einer konsequenten Kritik ist der neoliberale Utopismus zu unterziehen, der sich kontinuierlich jeglicher sozialen Verantwortung mit Verweis auf den Markt und die ihn störenden Elemente (Wohlfahrtsstaat, Sozialismus, gesetzliche Regelungen im Arbeitsbereich usw.) entzieht. Diese Verantwortungslosigkeit basiert auf der neoliberalen Konstruktion der Intellektuellen und ihren Aufgaben als Experten und Spezialisten, die lediglich die richtigen 'Gesetze' und Instrumentarien anwenden, um die von ihnen verheißenen Ziele zu erreichen.⁴⁷ Daß sie dabei nicht davor zurückschrecken, ganze Nationen als »Versuchslabors« der Schocktherapien (von Chile bis Rußland) zu nutzen, um Theorien unabhängig von den realen Bedürfnissen der Mehrheit zu testen, gehört zu dem, was sie Sozialismus und Kommunismus vorgehalten haben (vgl. Haug 1999, 182). Die neoliberale Formel für Demokratie besagt, daß sie nur geduldet ist, wenn sie die »Marktwirtschaft« nicht stört (vgl. Plehwe/Walpen 1998a, 378). Über diese Bedingung wachen wiederum die marktradikalen Intellektuellen und Eliten, die mit dem Verweis auf ihre quasi naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und Einsichten, jeglichen Einwand mit ernster Miene zurückweisen.

Im weiteren ist insbesondere der Gleichheitsgrundsatz als Prinzip ideeller und materieller Solidarität neu zu fundieren und zu etablieren, um der rechtsliberalen Einhegung des Freiheitsbegriffes (Privateigentum und Kontrakt) zu begegnen. Zur Erinnerung an die neoliberale Agenda der Vergangenheit (und bei Bedarf Zukunft): Friedrich August von Hayek äußerte sich folgendermaßen über das chilenische Regime General Pinochets:

»Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt: nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere individuelle Leben zu opfern zugunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderen Lebens. Die einzig gültigen moralischen Maßstäbe für die 'Kalkulation des Lebens' können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag.« (Interview mit von Hayek in: *El Mercurio* [Santiago de Chile], 19.4.1981; anlässlich der in diesem Jahr in Chile stattfindenden, regionalen MPS-Tagung)

Eine Destabilisierung der neoliberalen Machtzusammenhänge muß die De-konstruktion von »Wettbewerbsstaaten« auf allen Ebenen (regional, national, supranational) der Politik und anderen »Wettbewerbseinheiten« (z.B. »Profit Center«, Betriebe, Unternehmen, Netzwerke) erreichen. Wenn Herrschaftsapparate zunehmend transnational basiert sind, so darf sich auch die Gegenmacht nicht von der Aufgabe schrecken lassen, grenzüberschreitende Organisationen aufzubauen, soziale Verhältnisse neu zu gestalten. Insbesondere die Fortdauer ebenso fiktiver wie realer betrieblicher und na-

Staat liest, ist eine linke Staatskritik von 1969 (Miliband 1975, 9). Ohne sich auf die eigene Staatskritik zu besinnen, dürften es linke Ansätze schwer haben, wirkliche Alternativen zu entwickeln.

47 Dafür bieten die »Memoiren« der Friedmans ein ergiebiges Studienobjekt (vgl. Friedman/Friedman 1998).

tionaler »Gemeinschaften« kann sich als schwerwiegendste Spaltungslinie der Beherrschten und damit als erste Voraussetzung und feste Grundlage neoliberaler Hegemonie erweisen.

Abkürzungen

BAR	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
CIRL	Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme, Paris
CWL	Compte-rendu des séances du Colloque Walter Lippmann (Literaturverzeichnis)
FEE	Foundation for Economic Education, Irvington-on-Hudson, NY
IEA	Institute of Economic Affairs, London
IHS	Institute for Humane Studies
IUHEI	Institut Universitaire de Hautes Études Internationales, Genf

Literatur

- Aiolfi, Sergio (1998): Wirtschaftsnobelpreis an indischen Forscher. Ehrung Amartya Sens für Beiträge zur Wohlfahrtsökonomie, in: *NZZ*, Nr. 239, 15.10., 21
- Allen, Christopher S. (1989): The Underdevelopment of Keynesianism in the Federal Republic of Germany, in: *Hall*, 263-290
- Altwater, Elmar (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution, in: *Prokla*, 11. Jg., Nr. 44, 5-23
- Anderson, Perry (1998): Jenseits des Neoliberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke, in: *MOMA*, H. 2/3, 33-42
- Bartholomé, Burkhard (1989): *Die Entstaatlichungs- bzw. Deregulierungskontroverse als Reflex konkurrierender wirtschaftstheoretischer Ansätze*. Eine kritische Bestandsaufnahme. Idstein
- Becker, Gary S. (1982): *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*. Tübingen
- Blundell, John (1990): Waging the War of Ideas: Why There Are No Shortcuts. (<http://www.atlas-fdn.org/idea-war.htm>)
- Boulding, Kenneth E. (1968): Ökonomie als eine Moralwissenschaft, in: Winfried Vogt (Hg.), Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie. Frankfurt/M 1973, 103-125
- Buchanan, James M. (1963): What Should Economists Do?, in: *Buchanan 1979*, 17-37
- (1972): Toward Analysis of Closed Behavioral Systems, in: *Buchanan/Tollison 1972*, 11-23
- (1977): Notes on the History and Direction of Public Choice, in: *Buchanan 1979*, 175-182
- (1979): *What Should Economists Do?* Indianapolis
- Buchanan, James M. u. Robert D. Tollison (Hg.) (1972): *Theory of Public Choice*. Political Applications of Economics. Ann Arbor
- Buci-Glucksmann, Christine (1981): *Gramsci und der Staat*. Für eine materialistische Theorie der Philosophie. Köln
- Busino, Giovanni (1990): William Rappard, le libéralisme »nouveau« et les origines de la »Mont-Pèlerin Society«, in: *Revue européenne des sciences sociales*, 28. Jg., Nr. 88, 205-216
- Coase, Ronald H. (1990): *The Firm, the Market, and the Law*. Chicago/London
- Cockett, Richard (1995): *Thinking the Unthinkable*. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983. London (überarb. Aufl.)
- Collard, David (1968): *The New Right: A Critique*. London (= Fabian Tract 387)
- Compte-rendu des séances du Colloque Walter Lippmann*. 26-30 août 1938. Paris 1939 (= Travaux du Centre International d'Études pour la Rénovation du Libéralisme. Cahier No. 1; zit. CWL)
- Cushman, Reid (1994): Rational Fears, in: *Lingua Franca*, 42-54
- Dahrendorf, Ralf (1995): *LSE. A History of the London School of Economics and Political Science 1895-1995*, Oxford

- Davis, Mike (1986): *Phoenix im Sturzflug*. Berlin
- Derthick, Martha u. Paul J. Quirk (1985): *The Politics of Deregulation*. Washington, D.C.
- Desai, Radhika (1994): Second-Hand Dealers in Ideas: Think-Tanks and Thatcherite Hegemony, in: *New Left Review*, Nr. 203, 27-64
- Easterbrook, Gregg (1986): Think Tanks: Die neue Industrie. Ideas move nations. Die US-Rechte und ihre Denkfabriken, 29-33 in: *Forum Wissenschaft* 4 (Original unter dem Titel: Ideas Move Nations, in: *Atlantic Monthly* 1/1986, 66-88)
- Eicker-Wolf, Kai; Käpernick, Ralf; Niechoj, Torsten; Reiner, Sabine; Weiß, Jens (Hg.) (1996): *Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum? Zur Pathologie der Politischen Ökonomie*. Marburg
- EU-Kommission (1998): *Faire und effiziente Preise im Verkehr*. Brüssel
- Foucault, Michel (1986): *Sexualität und Wahrheit*, Bd. 3: Die Sorge um sich. Frankfurt/M
- Friedman, Milton (1970): *The Counter-Revolution in Monetary Theory*. London (= IEA Occasional Paper no. 33)
- (1976): Inflation and Unemployment, in: ders., *The Essence of Friedman* (hgg. v. Kurt R. Leube). Stanford 1987, 347-369
- Friedman, Milton u. Rose D. Friedman (1998): *Two Lucky People*. Memoirs. Chicago-London
- George, Susan (1997): How to Win the War of Ideas. Lessons from the Gramscian Right, in: *Dissent* (Summer), 47-53
- Gerlach, Christian (1997): Ludwig Erhard und die »Wirtschaft des neuen deutschen Ostrausens«. Ein Gutachten aus dem Jahr 1941 und Erhards Beraterstätigkeit bei der deutschen Annexionspolitik 1938-1943, in: Matthias Hamann u. Hans Asbek (Hg.): *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik* 13: Halbierte Vernunft und totale Medizin. Zu Grundlagen, Realgeschichte und Fortwirkungen der Psychiatrie im Nationalsozialismus. Berlin-Göttingen, 241-276
- Gonzales de Olarte, Efraín (1998): *El neoliberalismo a la peruana*. Economía política del ajuste estructural, 1990-1997. Lima
- Gramsci, Antonio (1975): *Quaderni del carcere*. Edizione critica dell'Istituto Gramsci. A cura di Valentino Gerratana. 4 Bde. Torino
- (1991ff): *Gefängnishefte*. Kritische Gesamtausgabe. Hgg. v. Klaus Bochmann u.a. Bde. 1-8. Hamburg-Berlin
- Haas, Peter (1992): Introduction: epistemic communities and international policy coordination, in: *International Organization* 46. Jg. Nr. 1, 1-36
- Habermann, Gerd (1998): Oskar Lafontaine – der konservative Sozialist, in: *NZZ*, Nr. 192, 21.8., 69
- Hall, Peter (1989): Conclusion: The Politics of Keynesian Ideas, in: *Hall* 1989, 361-392
- (Hg.) (1989): *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*, Princeton
- Hall, Stuart (1999): Bewegung ohne Ziel, in: *Sozialismus* 1/99 (Supplement), 22-40
- Harris, Michael (1999): Core Values of the New Right, in: *ECPR News*, 10. Jg., Nr. 2, 14f
- Hartwell, R. Max (1995): *A History of the Mont Pelerin Society*. Indianapolis
- Haselbach, Dieter (1991): *Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft*, Baden-Baden
- Haug, Wolfgang Fritz (1999): *Politisch richtig oder Richtig politisch*. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Hamburg
- Hayek, Friedrich August von (1944): Historians and the Future of Europe, in: *Hayek* 1992, 201-215
- (1946): Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft, in: *Hayek* 1952, 103-121
- (1947a): Opening Address to a Conference at Mont Pèlerin, in: *Hayek* 1992, 237-248
- (1947b): »Freie Wirtschaft« und Wettbewerbsordnung, in: *Hayek* 1952, 141-155
- (1949): The Intellectuals and Socialism, in: ders., *The Collected Works of F. A. Hayek*, vol. X: Socialism and War. Essays, Documents, Reviews. Hgg. v. Bruce Caldwell. London 1997, 221-237
- (1952): *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. Erlenbach-Zürich
- (1956): *The Road to Serfdom* after Twelve Years, in: ders., *Studies in Philosophy, Politics and Economics*. London 1967, 216-228

- (1960): *The Constitution of Liberty*. London
- (1968): *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*. Kiel
- (1978): Internationaler Rufmord. Eine persönliche Stellungnahme, in: *Politische Studien*. Sonderheft, Nr. 1, 44f
- (1980): Dankadresse, in: Erich Hoppmann (Hg.), *Friedrich A. von Hayek – Vorträge und Ansprachen auf der Festveranstaltung der Freiburger Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zum 80. Geburtstag von Friedrich A. von Hayek*. Baden-Baden, 37-42
- (1982): *Law, Legislation and Liberty*. A new statement of the liberal principles of justice and political economy. Vol. 1: Rules and Order; Vol. 2: The Mirage of Social Justice; Vol. 3: The Political Order of a Free People. London
- (1983a): The Rediscovery of Freedom: Personal Recollections, in: *Hayek 1992*, 185-195
- (1983b): Coping with Ignorance, in: ders., *Knowledge, Evolution and Society*. London, 17-27
- (1992): *The Collected Works of F. A. Hayek*, vol. IV: The Fortunes of Liberalism. Essays on Austrian Economics and the Ideal of Freedom. Hgg. v. Peter G. Klein. London
- Heuser, Uwe Jean (1998): Mißbrauch eines Etiketts, in: *Die Zeit*, Nr. 50, 3.12., 24
- Hirschfeld, Uwe (Hg.) (1998): *Gramsci-Perspektiven*. Berlin-Hamburg
- Hirschman, Albert O. (1989): How the Keynesian Revolution was exported from the United States, and other Comments, in: *Hall 1989*, 347-360
- Hobsbawm, Eric (1999): Der Tod des Neoliberalismus, in: *Sozialismus 1/99* (Supplement), 7-21
- Hoffmann, Andreas (1993): Der Preis des Marktes, in: *Zeitpunkte 3*
- Horkheimer, Max u. Theodor W. Adorno (1947): Dialektik der Aufklärung, in: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Bd. 5: ›Dialektik der Aufklärung‹ und Schriften 1940-1950. Hgg. v. Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt/M 1987, 13-290
- Johnson, Harry G. (1971): The Keynesian Revolution and the Monetarist Counter-Revolution, in: *American Economic Association*, 1-14 (= Richard T. Ely Lecture)
- Keller, Morton (1981): The Pluralist State: American Economic Regulation In Comparative Perspective, 1900-1930, in: McCraw, Thomas K. (Hg.): *Regulation in Perspective*. Boston, 56-94
- Keynes, John Maynard (1936): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Berlin
- Kirchgässer, Gebhard (1998): Ein moderner Vertreter der Moralphilosophie. Zur Verleihung des Wirtschafts-Nobelpreises an Amartya Sen, in: *NZZ*, Nr. 241, 17./18.10., 23
- Krätke, Michael R. (1998): Antonio Gramscis Beiträge zu einer kritischen Ökonomie, in: *Hirschfeld 1998*, 53-93
- Lemke, Thomas (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft*. Foucaults Analyse der modernen Gouvernamentalität. Berlin-Hamburg
- Lindbeck, Assar (1971): *The Political Economy of the New Left*. An Outsider's View. New York, Evanston, San Francisco
- Lippmann, Walter (1945): *Die Gesellschaft freier Menschen*. Bern (engl. Orig.: *The Good Society*, 1937)
- Lowi, Theodore (1992): 'The State in Political Science: How we Become what we study', in: *American Political Science Review*, 86. Jg., Nr. 1, 1-7
- March, James G. u. Johan P. Olsen (1989): *Rediscovering Institutions*. New York/Toronto
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Erster Band, MEW 23.
- Miliband, Ralph (1975): *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*. Eine Analyse des westlichen Machtssystems. Frankfurt/M
- Mises, Margit von (1981): *Ludwig von Mises*. Der Mensch und sein Werk. München
- MPS-Mitgliederliste (o.J.): *Mitgliederliste der Mont Pèlerin Gesellschaft* (ca. Mitte der 70er Jahre)
- Monnier, Victor (1995): *William E. Rappard*. Défenseur des libertés, serviteur de son pays et de la communauté internationale. Genf-Basel
- Mueller, Dennis C. (1995): *Public Choice II*. Cambridge
- Nash, George H. (1976): *The Conservative Intellectual Movement in America*. Since 1945. New York
- Nicholls, Anthony J. (1994): *Freedom with Responsibility*. The Social Market Economy. Ox-

- ford
- Novak, Michael (1996): *Die Ethik des modernen Kapitalismus*. Eine Gegenüberstellung von Sozialer Marktwirtschaft und Demokratischem Kapitalismus. Msk. (Konferenz des DIHT, BKU, ASU und BDA)
- Pareto, Vilfredo (1917): *Traité de sociologie générale*, 2 Bde. Lausanne-Paris
- van der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations*. London-New York
- Plehwe, Dieter (1994): Markt-Wissenschaft. Entstehung und Wirkung der »Deregulierungswissenschaft«, in: *Forum Wissenschaft*, 11. Jg., H. 1, 11-14
- (1997): *Deregulierung und transnationale Integration der Transportwirtschaft in Nordamerika* (Inauguraldissertation an der Philipps-Universität Marburg; Msk.)
- (1998): Ludwig Erhards D-Mark, in: LAKS Hessen e.V. (Hg.): *Fünfzig Jahre Deutsche Mark*. Berlin, 16-27.
- Plehwe, Dieter u. Bernhard Walpen (1998a): Ein »Art von internationaler fünfter Kolonne des Liberalismus«. Die Bedeutung der Mont-Pèlerin-Society für den marktradikalen Neoliberalismus, in: *Stötzel* 1998, 367-380
- (1998b): Marktradikale think tanks und Stiftungen. International organisierte und institutionalisierte Diskursagglomeration als Kräfteaggregat der neuen Rechten, in: *Forum Wissenschaft*, 15. Jg., H. 1, VI-IX
- Polanyi, Michael (1958): *Personal Knowledge*. Towards a Post-Critical Philosophy. London
- Polanyi-Levitt, Kari u. Marguerite Mendell (1989): The Origins of Market Fetishism, in: *Monthly Review*, 41. Jg., H. 2, 11-32
- Radnitzky, Gerard u. Peter Bernholz (Hg.) (1987): *Economic Imperialism*. The Economic Approach Applied Outside the Field of Economics. New York
- Rappard, William E. (1936): *L'individu et l'état dans l'évolution constitutionnelle de la Suisse*. Zürich
- Rhodes, Martin (1998): *Globalization, / Markets and Welfare States: A Future of »Competitive Corporatism«?* 178-203 in: Rhodes, M.; Mény, Y. (Hg.): *The Future of European Welfare: A new social contract?* London
- Röpke, Wilhelm (1976): *Briefe. 1934-1966*. Der innere Kompaß. Erlenbach-Zürich
- Röttger, Bernd (1998): Gramsci und die Kritik des hegemonialen Neoliberalismus, in: Hirschfeld (1999), 134-155
- Roth, Karl Heinz (1995): Das Ende eines Mythos. Ludwig Ehrhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945). 1. Teil: 1939 bis 1943, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 10. Jg., H. 4, 53-93
- (1998): Das Ende eines Mythos. Ludwig Ehrhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945). 2. Teil: 1943 bis 1945, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 13. Jg., H. 1, 92-123
- Roth, Karl Heinz (1999): *Geschichtsrevisionismus*. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie. Hamburg
- Schönwälder, Karin; Frank Unger u. Andreas Wehr (1998): *New Democrats, New Labour, Neue Sozialdemokraten*. Berlin
- Schui, Herbert u.a. (1997): *Wollt ihr den totalen Markt?* Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München
- Schumpeter, Joseph A. (1993): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen-Basel (7., erweiterte Aufl.)
- Schwarz, Gerhard (1997): »Jede Generation muß sich ihre Freiheit verdienen«. Mont Pèlerin – 50 Jahre danach, in: NZZ, Nr. 101, 3./4.5., 29
- Sciabarra, Chris Matthew (1995): *Marx, Hayek, and Utopia*. New York
- Sen, Amartya (1977): Rational Fools: A Critique of the Behavioral Foundations of Economic Theory, in: *Philosophy and Public Affairs*, 6. Jg., 317-344
- Sen, Amartya (1995): Rationality and Social Choice, in: *The American Economic Review*, 85. Jg., Nr. 1, 1-24
- Singer, Otto (1993): Policy Communities und Diskurs-Koalitionen: Experten und Expertise in der Wirtschaftspolitik, in: *PVS-Sonderheft* 24, 149-74

- Sobich, Frank-Oliver (1998): Neoliberalismus? Zur Kritik einer falschen Kritik, in: *alaska*, Nr. 222, 13-17
- Stigler, George J. (1971): The Theory of Economic Regulation, in: *The Bell Journal of Economics and Management Science*, 2. Jg., Nr. 1, 3-21
- Stone, Diane (1996): *Capturing the Political Imagination*. Think Tanks and the Policy Process. London-Portland, OR
- Stötzel, Regina (Hg.) (1998): *Ungleichheit als Projekt*. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus. Marburg
- Strehle, Res (1998): Zwischen Milton Friedman und Mutter Teresa. Nach zwei Jahrzehnten ist der Neoliberalismus schon am Ende, in: *Die Weltwoche*, Nr. 43, 22.10., 42-45
- Tullock, Gordon (1972): Economic Imperialism, in: *Buchanan/Tollison*, 317-329
- Walpen, Bernhard (1998): Zur Bedeutung André Philips für Gramsci oder: Gott stellt als fordisierter Arbeiter die Tugenden serienmäßig her, in: *Hirschfeld* 1998, 13-22
- (1999): *Zur Genealogie des Neoliberalismus* (Msk.)
- Williamson, Oliver E. (1985): *The Economic Institutions of Capitalism*. New York
- Zank, Wolfgang (1993): Wie von unsichtbarer Hand, in: *Die Zeit*, Nr. 50, 10.12., 38

Fritz Fiehler

Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman¹

Mit dem Wohlfahrtsstaat verbinden Liberale nicht nur Eingriffe in die Verteilung mit weitreichenden Konsequenzen für die Erwerbsorientierung und Ersparnisbildung. Sie machen die Umverteilung auch für Komplikationen in Recht und Politik verantwortlich. So ziehen Staatseingriffe zahlreiche Regelungen nach sich, die wiederum zu Umgehungen einladen. Insbesondere befürchten Liberale, daß der Wohlfahrtsstaat Sonderinteressen, Bürokratie und politische Anmaßung («eisernes Dreieck») befördert. Allerdings schließen diese Befürchtungen auch die Erwartung wirtschaftlicher Anpassungskrisen ein. Geld- und kreditpolitische Sünden, so die liberale Überzeugung, müssen den Zorn der Märkte auf sich ziehen.

Gerade die Wohlfahrtsbürokratie bestätigt Liberale in ihrem Argwohn gegen den Staat. Sobald Behörden darüber entscheiden, ob und wie einem Antragsteller zu helfen ist, müssen sie sich in seine privaten Angelegenheiten einmischen. Jedoch bleibt es nicht dabei, denn für die Unterstützung wird das Geld Dritter verwendet. Ferner muß der Staat, indem er soziale Verantwortung übernimmt, Budgets verwalten und Dienstleistungen erbringen. Aus all dem sehen Liberale einen Rechtfertigungsbedarf erwachsen, dem es letztlich an Maßstäben ermangeln muß. Wo der Staat sich in die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte verwickeln läßt, geben Liberale zu bedenken, kann er schnell zur Beute von Sonderinteressen werden. Dagegen lege der Anspruch des Rechtsstaates nahe, sich nicht auf konkrete Fälle einzulassen und sich allein auf allgemeine Regelungen zu beschränken. Nach liberaler Überzeugung muß die Bevormundung des Individuums durch den Staat auf das Unabdingbare beschränkt werden. Bei einer gesetzlichen Rentenversicherung beispielsweise sehen Liberale die Folgen nicht

1 Dieser Artikel entstammt einem Kapitel meiner Dissertation *Geld und Vermögen bei Milton Friedman*. Für Kritik und Anregung habe ich Stephan Krüger, Sebastian Herkommer und Klaus Peter Kisker zu danken. Die Arbeit wird im Herbst unter dem Titel *Gesellschaft der Vermögensbesitzer* in Hamburg erscheinen.

nur bei den Staatsfinanzen und der Sparneigung; es würden auch Versorgungsklassen geschaffen, deren politische Stimme fortan keine Regierung mehr unberücksichtigt lassen könnte. Demnach greift der Wohlfahrtsstaat in das soziale Gefüge und die politische Willensbildung ein. Er wird zur Quelle totalitärer Tendenzen. Entsprechend vermögen Liberale auch zwischen Otto von Bismarck und William Henry Beveridge keinen Unterschied zu erblicken:

»Beide verkünden, daß sie das Wohlergehen der breiten Öffentlichkeit fördern wollen. Beide betonen, daß sie wissen, was im 'öffentlichen Interesse' liegt, und daß sie das besser durchsetzen können als der normale Mensch. Beide bekennen sich also zu einer paternalistischen Philosophie« (Friedman 1983: 112)

Sofern staatliche Bevormundung in der Sozialpolitik nicht bestritten werden kann, wirft die liberale Gleichsetzung von Bismarck und Beveridge zumindest die Frage auf, ob ihr Paternalismus tatsächlich jeglicher Geschichte entbehrt? An diesem Zipfel der skizzierten liberalen Sozialstaatskritik möchte ich ziehen, wobei ich mich auf vier Aspekte beschränke. (I) Unverkennbar schwebt Liberalen ein bestimmtes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft vor, das sie durch den Wohlfahrtsstaat gestört sehen. (II) Damit scheint eine Vorstellung von Individualisierung verbunden zu sein, die zwischen marktwirtschaftlicher Verteilung und politischer Umverteilung einen scharfen Schnitt macht. (III) Stutzig macht dabei, warum die stillschweigende Umverteilung durch Familienväter Liberalen weniger Sorgen bereitet, denn die durch Politiker geregelte. Insofern kommt den Wandlungen von Familie, Markt und Wohlfahrt entscheidende Bedeutung zu. (IV) Für diese Wandlungen schlägt die Chicagoer Schule eine dem Markt nachempfundene Betrachtung vor.

Für diese Untersuchung beziehe ich mich auf die von Rose und Milton Friedman herausgegebenen Programmschriften. Ihre Kritik des Staatsinterventionismus machte die Philosophie des freien Marktes populär. 1963 unterstützten sie die Präsidentschaftskandidatur Barry Goldwaters mit *Capitalism and Freedom*. In *Free to Choose* sprachen sie sich 1980 für Ronald Reagan aus. Mit diesen Schriften versuchten sie den mittleren Westen und die Vorstädte gegen Sozialhilfe und Inflation zu gewinnen. Und mit *Tyranny of the Status Quo* unterstützten sie 1983 Reagans Wiederwahl.² In diesen Essays sehe ich nicht nur eine radikale Kritik des Wohlfahrtsstaats enthalten, sondern auch eine mit der Entwicklung der Vermögenmärkte verbundene Hoffnung. Das qualifiziert sie nicht per se zu einer monetaristischen Kritik. Die Geldpolitik kann nur in einem übertragenen Sinn als Schule machendes Beispiel begriffen werden. Vielmehr ist ihren Plädoyers

2 In diesem Artikel beziehe ich mich auf die deutschen Übersetzungen (Friedman 1976; Friedman, M. & R. 1983; Friedman, M. & R.1985) Im folgenden zitiert als 'Kapitalismus', 'Chancen' und 'Tyrannei'.

für Bildungsgutscheine oder negative Einkommenssteuer Aufmerksamkeit zu schenken, die vermögentheoretischer Logik nachempfunden sind.

I.

Zu den entscheidenden Beweggründen des Liberalismus gehört die Forderung nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Dazu paßt die Idealisierung der Marktwirtschaft, die Gleichsetzung aller Staatseingriffe und die Ausklammerung aller Bereiche jenseits von Staat und Gesellschaft. Es sei ein ausgesprochen scharfer Schnitt, hebt Pierre Bourdieu hervor, der zwischen Sozialem und Politischem gemacht werde. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint das liberale Gesellschaftsbild als eine negative Staatsphilosophie. Dem Staat kommen wesentliche Aufgaben zu, deren Erfüllung allerdings beständige Selbstbeschränkung verlangt. Entsprechend hat Keynes der Freihandelstheorie den Charakter distinkter Ökonomie abgesprochen. »Der Ausdruck *laissez-faire* findet sich weder bei Adam Smith noch bei Ricardo oder Malthus.« (Keynes 1985: 102) Umgekehrt scheinen sich Liberale gerade durch ihre Forderung nach der Priorität des Ökonomischen auszuzeichnen. Mehr noch: Sie sind fest entschlossen, jeden gesellschaftlichen Bereich ökonomisch zu betrachten. Allein die Emanzipation des »homo oeconomicus« scheint zu versprechen, die Ambivalenz moderner Gesellschaften unter Kontrolle zu halten. Wenden wir uns zunächst der Argumentation bei Milton und Rose Friedman zu, um dann zu einem Verständnis liberaler und neoliberaler Intentionen zu gelangen.

1963 mischen sich Milton und Rose Friedman erstmals in die politische Auseinandersetzung ein. Da sie mit John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson eine Neuauflage des New Deal verbinden, ergreifen sie Partei für den Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater. In *Capitalism and Freedom* wenden sie sich gegen den fiskalpolitischen Versuch, systematisch auf Wachstum und Verteilung Einfluß zu nehmen. Schon die Verzögerung von Wirkungen konfrontiere die ursprünglichen Absichten mit einer möglicherweise veränderten Lage. Viel versprechen sie sich dagegen von der Geldpolitik. Auf die Kritik des Zentralbankwesens folgt in dieser Programmschrift die der Bildungspolitik, während die sozialpolitische Auseinandersetzung noch auf einen der hinteren Plätze verwiesen ist. *Capitalism and Freedom* folgt dem Beispiel Hayeks, der 1945 mit seiner Schrift *The Road to Serfdom* in den britischen Wahlkampf eingegriffen hatte. Darin nahm Hayek den Faden der Totalitarismuskritik auf.

»Die verschiedenen Spielarten des Kollektivismus... unterscheiden sich voneinander durch das Ziel..., aber sie haben das miteinander gemeinsam, daß sie im Gegensatz zum Liberalismus und Individualismus die Gesellschaft als Ganzes... für jenes einzige Ziel organisieren und keine autonomen Sphären anerkennen wollen, in den die Wünsche der Individuen ausschlaggebend sind.« (Hayek 1971: 82)

Für die beiden Friedmans gibt sich die 'mixed economy' der Illusion hin, bei Ausweitung politischer Freiheiten Einschränkungen der wirtschaftlichen hinnehmen zu können. Tatsächlich setze Demokratie aber freie Märkte voraus. Staatseingriffe müßten daher über kurz oder lang auch zu Beschränkungen individueller Freiheiten führen. Umgekehrt würde eine freie Marktwirtschaft auf Dauer autoritären Regimen die Grundlage nehmen. »Die Geschichte lehrt jedoch, daß der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit ist. Eine hinreichende Bedingung ist er freilich nicht.« (Kapitalismus, 30) Der Markt erfülle eine Doppelfunktion: Einerseits Sorge er für wirtschaftlichen Ausgleich und andererseits mache er zwischen Geschäft und Politik einen Unterschied. Dabei wird die Existenz von Krisen, die dem System der Märkte inhärent sind, keineswegs bestritten. Den Friedmans geht es allein um den Zweifel an einer kompensatorischen Rolle des Staates, mit der von seiner Eigenlogik abgesehen würde. Jedoch bleiben sie nicht bei dieser Entgegensetzung von Politik und Markt stehen. Sie reichen auch eine Bewertung nach. Während die Wirtschaft auf der freiwilligen Kooperation der Individuen beruhe, nötige die Politik zum Konformismus. »Jede Erweiterung des Problembereiches, die eine ausdrückliche Einigung verlangt, belastet die empfindlichen Fäden, durch die das Gesellschaftssystem zusammengehalten wird.« (Kapitalismus, 46) Liberale Ideale sind freie Diskussion und freiwillige Zusammenarbeit. In der politischen Willensbildung sei das Individuum aber auf Parteibildung mit allem Drum und Dran angewiesen. Insbesondere könne das damit verbundene Majoritätsprinzip zur »Tyrannei der Mehrheit« führen. Bereits John Stuart Mill hatte geschrieben:

»So genügt es nicht, sich gegen die Tyrannei der Machthaber zu schützen, man muß sich auch schützen vor der Tyrannei der herrschenden Meinung und des herrschenden Gefühls, vor der Absicht der Gesellschaft, durch andere Mittel als bürgerliche Strafen ihre eigenen Ideen und Praktiken denjenigen als Verhaltensregel aufzuzwingen, die davon abweichen.« (Mill 1991: 11)

Zunächst entspricht *Capitalism and Freedom* liberaler Tradition. Im Kampf gegen den Absolutismus groß geworden, verdiente sich der Liberalismus seine ersten Sporen, indem er sich für Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie Gewerbefreiheit einsetzte. Jedoch fanden sich die Liberalen von vornherein in einer komplizierten Gemengelage wieder, wie die Kontroversen über Kornzölle, Währung und Armenhilfe zeigen. »Während sich einerseits die Märkte über den ganzen Erdball ausbreiteten... wurde andererseits ein ganzes Geflecht von Maßnahmen... zu dem Zweck zusammengefaßt, den Marktmechanismus in bezug auf Arbeit, Boden und Geld einzuschränken.« (Polanyi 1990: 112) Über diese geschichtliche Sozialisation schreibt Marx, daß die Konkurrenz dabei nur als »Aufhebung von Absperrung, Prohibition, oder Protektion« (Marx 1974: 542f) begriffen worden sei. Die Konkurrenz selbst sei unbegriffen geblieben und das Ver-

hältnis der Kapitale untereinander werde mit dem der Individuen verwechselt. Weiter sei die Konkurrenz als die »absolute Form der freien Individualität« (ebd.) genommen worden. Insofern sind Regelungen zwischen Staat und Gesellschaft, Gewerbefreiheit und Armengesetzgebung der liberalen Grundstruktur durchaus eingeschrieben. Marx entwickelt wie sich der Gegensatz von Staat und Gesellschaft dem Schein der Konkurrenz verdankt, und wie er den Blick auf die Warenzirkulation als dem »wahren Eden der Menschenrechte« lenkt. Käufer und Verkäufer lassen sich von ihrem freien Willen leiten. Die Friedmans sprechen von der »freiwilligen Zusammenarbeit«. Die Warenbesitzer tauschen Äquivalente. Die Friedmans betonen die Chancen der Gleichheit. Und in Verträgen erkennen sich die Geldbesitzer als Inhaber von Rechten und Eigentum an. »Die bürgerlichen Verhältnisse an sich selbst betrachtet,« befindet Marx über diese ökonomistische Apologetik, »d. h. nach Abzug der Staatseinflüsse, werden in der Tat immer die harmonischen Gesetze der bürgerlichen Ökonomie bestätigen« (Marx 1974: 845).³

Was die Welt im Innersten zusammen zu halten scheint, bringt Probleme mit sich. Erstens müssen auch die entwickelteren Verhältnisse der Marktwirtschaft über diesen Kamm geschoren werden. Die Markttheoretiker müssen behaupten, »daß alle ökonomischen Verhältnisse nur andre und andre Namen für immer dieselben Verhältnisse des einfachen Austauschs, Warenaustauschs, und der ihnen entsprechenden Bestimmungen des Eigentums, Freiheit und Gleichheit sind« (Marx 1974: 917). Dabei erweisen sich Boden, Geld und Arbeit als ausgesprochen spröde gegenüber den schlichten Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Zweitens drängt die liberale Dichotomie den Ökonomen eine Schwarz-Weiß-Malerei auf. »Der Staat ist keineswegs die einzige Ursache von Zwang oder sozialem Druck in der Gesellschaft,« wendet Mancur Olson ein. »Es wird eine Kartellbildung auf vielen Märkten geben, selbst wenn die Regierung nicht dabei hilft« (Olson 1991: 233f). Mit der Versachlichung gesellschaftlicher Verhältnisse kann sich der Liberalismus Herrschaft nur als persönliche vorstellen kann:

»Der Markt sichert die wirtschaftliche Freiheit. Aber diese Eigenschaft führt zugleich weit über den Bereich des rein Wirtschaftlichen hinaus. Politische Freiheit bedeutet, daß es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem anderen geben darf. Die fundamentale Bedrohung der Freiheit kommt gerade durch die Macht, Zwang ausüben zu können, sei es durch einen

3 »Die Ansichten der Freihandelsbewegung beruhen auf einem theoretischen Irrtum, dessen praktischer Ursprung unklar zu bestimmen ist. Vom Unterschied zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ausgehend, wird die methodische Unterscheidung zu einer organischen gemacht und als solche dargestellt. So wird behauptet, daß die ökonomische Tätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zukomme und der Staat in ihre Reglementierung nicht eingreifen dürfe. Aber da in der Wirklichkeit bürgerliche Gesellschaft und Staat identisch sind, muß man feststellen, daß auch der Freihandel eine auf dem Wege des Gesetzes und des Zwanges eingeführte und aufrechterhaltene staatliche 'Reglementierung' ist.« (Gramsci 1967: 310)

Monarchen, einen Diktator, eine Oligarchie oder eine momentane demokratische Majorität.« (Kapitalismus, 36f)

Natürlich macht eine solche Auffassung die Gleichsetzung notorisch geldhungriger Fürsten mit den Chefs sozialistischer Planungsbehörden möglich. Obgleich das Majoritätsprinzip in der Gestalt von Nachfrage- und Angebotsaggregaten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse in globaler Dimension realisiert, will Liberalen die »Tyrannei der Mehrheit« allein als politisches Phänomen erscheinen. So vermag sich die Herrschaft in der Marktwirtschaft hinter der Tarnkappe des Tauscherts zu verstecken, während sie in Politik und Kultur als schillerndes Wesen umher geistert. Entsprechend haben die Kritiker des Totalitarismus auch mit dem Problem zu tun, einerseits die Kultur der Massengesellschaft als Taube auf dem Dach für alles verantwortlich zu machen, jedoch andererseits allein den Spatz der Beschreibungen etatistischer Auswüchse in der Hand zu haben.

In *Capitalism and Freedom* reflektiert sich auch die Spaltung des Liberalismus. Schließlich halten die Liberalen Prinzipien hoch, die nicht nur verwirklicht sind, sondern deren Überlebtheit auch schon konkrete Formen angenommen hat. Unter unseren Gesichtspunkten (wir sehen hier vom geläufigen Verweis auf die Vermachtung der Märkte ab) sind drei Veränderungen hervorzuheben. Das betrifft erstens die Komplikationen in der Beziehung zwischen Leistung und Einkommen. Das Marktgeschehen dürfe nicht als bloße Leistungsbewertung mißverstanden werden, kritisiert Hayek. Tauglicher sei die Vorstellung von einem Spiel, das Glück und Geschicklichkeit aberlange. Zweitens löst sich der für den klassischen Liberalen konstitutive Zusammenhang von Bodenbesitz, Erwerb und politischen Rechten auf. So beklagt Edmund Burke den Verlust politischer Vorrechte für das Grundeigentum. Lord Acton warnt um die Jahrhundertwende vor der Verallgemeinerung politischer Rechte. Diese Entwicklungen kulminieren drittens im Wohlfahrtsstaat, der weitreichend auf Einkommen, Konsum und Mentalitäten Einfluß nimmt. Bei den Friedmans führt das nun zu folgendem Urteil:

»Der Liberale des 19. Jahrhunderts betrachtete die Ausdehnung der Freiheit als den effektivsten Weg, um den sozialen Staat und die Gleichheit zu erreichen. Der Liberale des 20. Jahrhunderts betrachtete die allgemeine Wohlfahrt und die Gleichheit als Voraussetzung oder als Alternativen zur Freiheit. Im Namen der Wohlfahrt und der Gleichheit begann der Liberale des 20. Jahrhunderts die Wiederbelebung der Politik eben jenes Staatsinterventionismus und Paternalismus zu betreiben, gegen die der klassische Liberale gekämpft hatte.« (Kapitalismus, 24)

Für die angesprochene Entwicklung machen sie den Gesinnungswandel der Intellektuellen verantwortlich. Diese seien in den zwanziger und dreißiger Jahren überwiegend zu der Überzeugung gelangt, daß es sich beim Kapitalismus um ein defektes System handele. Die intellektuellen Hoffnungen hätten sich auf die großen Umwälzungen in Politik, Wissenschaft und

Technik gerichtet.⁴ Von einer Erhöhung der bewußten Kontrolle politischer Instanzen gegenüber den wirtschaftlichen Angelegenheiten habe man sich eine gerechtere Welt versprochen. Dagegen zeichne sich für die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts eine gewisse Ernüchterung ab, glauben Milton und Rose Friedman. Nicht von ungefähr sprechen sie sich für eine Privatisierung des Bildungswesens aus, die durch Ausgabe von Bildungsgutscheinen an Eltern und Studierende unterstützt werden könne. Ob die zum Ausdruck gebrachten Zweifel in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Demokratie den kollektivistischen Trend unterbrechen können, vermögen sie zu diesem Zeitpunkt nicht zu entscheiden: »Die Befürworter eingeschränkter Regierungskontrolle und der freien Wirtschaft sind immer noch in der Defensiv-ve« (Kapitalismus, 252).

Den Individualismus hält Hayek in erster Linie für eine Theorie der Gesellschaft. Diese Theorie richte sich nicht auf das isolierte oder für sich abgeschlossene Individuum. Vielmehr zeichne sie sich durch die Maxime aus, daß allein das Verständnis individueller Handlungen zum Begreifen sozialer Erscheinungen führe (vgl. Hayek 1952: 15).⁵ Unter individuellen Handlungen verstehen Hayek und seine Anhänger Handlungen, die durch die Logik des Marktes bestimmt werden. Diese halten sie für maßgeblich, weil sie sich durch ihre Geschlossenheit von Erwartung, Handlung und Orientierung auszeichnen. Doch läßt sich diese Verbindung von individueller Verantwortlichkeit und sozialem Geschehen in der Politik gerade nicht feststellen:

»Seit die Bolschewiken ihren Versuch, das sozialistische Gesellschaftsideal mit einem Schlag in Rußland zu verwirklichen, aufgegeben haben und an die Stelle ihrer ursprünglichen Politik die 'neue Wirtschaftspolitik', die 'Nep' haben treten lassen, ist in der ganzen Welt nur noch ein System praktischer Wirtschaftspolitik am Werke: das System des Interventionismus.« (Mises 1995: 249)

Das schrieb Ludwig von Mises 1926. Die Anhänger des freien Marktes müßten sich auf den Interventionismus »für die nächsten Jahrzehnte und vielleicht auch ein Menschenalter« einstellen. Dabei habe die Nationalökonomie gezeigt, »daß alle derartige Eingriffe in das Getriebe des Marktes niemals den Erfolg erzielen können, den die Obrigkeit mit ihnen zu erreichen beabsichtigt« (ebd.: 250). Ursprünglich seien sich darin der klassische Liberalismus mit dem marxistischen Sozialismus einig gewesen. Nach liberaler Überzeugung entbehrt dieser Interventionismus nicht nur eigener Maßstäbe für sein Tun, sondern er stört auch die vorhandenen. Davon zeugen die Fälle der durch staatliche Maßnahmen aufgefangenen Bankenkri-

4 »Whilst accepting many of the same beliefs and principles as its nineteenth century counterpart, neo-liberal philosophy and theory has rejected Enlightenment assumptions about science, reason and progress.« (O'Brien/Penna 1998: 103)

5 Gegen diese Vorstellung hielt Marcuse fest: »Durch die Privatisierung der Ratio wird der vernunftgemäße Aufbau der Gesellschaft um sein zielgebendes Ende gebracht...« (Marcuse 1979: 21)

sen, die das Problem des »moral hazard« besonders deutlich werden lassen. Das unterstreicht Marx, wenn er diesbezüglich notiert: »Alle Maßstäbe, alle mehr oder minder innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise noch berechtigten Explikationsgründe verschwinden hier« (Marx 1968: 455) Insofern stellt das liberale Gesellschaftsbild ein Geflecht dar, worin sich der Gegensatz von Staat und Gesellschaft, die Reduktion der Märkte auf die einfache Zirkulation und der Warenbesitzer als die 'absolute Form freier Individualität' gegenseitig bedingen. Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist diese Konstruktion allerdings ein Gegenstand laufender Umdeutung (vgl. dazu Kondylis 1991).

II.

Tatsächlich kommt dem Wohlfahrtsstaat ein entscheidender Einfluß auf diesen Prozeß liberaler Umdeutung zu. Seine Einrichtungen wirken sich weitreichend auf den Reproduktionsprozeß, die Zusammensetzung der Gesellschaften und ihre politische Willensbildung aus. Der Wohlfahrtsstaat befördert die Individualisierung. Allerdings verwickelt er sich damit auch, darauf macht Thomas H. Marshall (1992) aufmerksam, in die Stratifizierung der Haushalte und Individuen. Nichtsdestoweniger bleiben soziale Umverteilung und soziale Dienstleistungen an die Distributionsverhältnisse gebunden. Insbesondere die klassenanalytisch vergleichenden Studien von Gösta Esping-Andersen (1990) haben gezeigt, daß sich die jeweiligen Wohlfahrtsregime – er unterscheidet zwischen liberalen, sozialdemokratischen und korporativistischen Regimen – völlig unterschiedlich auf Erwerbsquoten, Geschlechterbeziehungen und Familienformen auswirken. Die entscheidende und für Liberale beunruhigende Wirkung des Wohlfahrtsstaats besteht darin, daß er ganze Rubriken (Alte, Jugendliche) alimentiert. Bei solchen Betrachtungen ist aber zu berücksichtigen, daß man sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bewegt, daß man es mit der wirklichen Konstitution einer Gesellschaft zu tun hat und sich daher jenseits der Reduktionen befindet, welche die politische Ökonomie üblicherweise benutzt (Herkommer u.a. 1984: 140f). Bleiben diese Voraussetzungen unberücksichtigt, dann stellt sich schnell die Vorstellung ein, man habe es mit einem unvermittelten Gegensatz von freier Individualität und seelenloser Bürokratie zu tun, wie gleich noch deutlich werden wird.

Mit *Free to Choose* ergreifen Milton und Rose Friedman für Margaret Thatcher und Ronald Reagan Partei. Ihre Intervention hat Mediengeschichte gemacht. In einer zehnteiligen Fernsehserie attackieren sie die Staatseinmischung, wobei sie sich auf den Wohlfahrtsstaat konzentrieren. Während *Capitalism and Freedom* der Organisation einer Minderheit gegolten hatte, nimmt *Free to Choose* an der neokonservativen Mehrheitsbildung

teil. Dafür hatte die kalifornische Steuerrevolte das Signal gegeben. 1980 schreiben Milton und Rose Friedman:

»Glücklicherweise wendet sich das Blatt. In den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in den Staaten Westeuropas und in vielen anderen Staaten rund um die Welt, wächst das Bewußtsein, wie gefährlich große Staatsbürokratien sind, und wächst die Unzufriedenheit mit den Praktiken, die sie verfolgen... Und wir haben die Chance, diesem Sinneswandel ein wenig nachzuhelfen mit der Tendenz, sich wieder mehr auf sich selbst und auf die freiwillige Kooperation zu verlassen, anstatt auf das andere Extrem, den totalen Kollektivismus, zuzusteuern.« (Chancen, 19)

Damit gelang der neoliberalen Gegenrevolution, was der sozialistischen mißgönnt war: Der politische Funke sprang von der chilenischen Peripherie auf das angelsächsische Zentrum über!

Free to Choose ist ein klassisches Dokument liberaler Sozialstaatskritik. Die Krise des Systems wird als Gelegenheit für eine radikale Abrechnung benutzt. Mit den Einrichtungen, erklären Milton und Rose Friedman, könne niemand zufrieden sein.

»Die Bürger, die Zahlungen erhalten, beklagen sich, daß die Summen nicht ausreichen, um ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten, und diejenigen Bürger, die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung leisten müssen, beklagen sich, daß ihnen die Belastung zu hoch sei. Die Arbeitgeber beschwerten sich, daß die Differenz, die durch diese Steuer zwischen den Kosten, die der Arbeitgeber zu übernehmen hat, und dem Nettogewinn des Arbeitnehmers so groß ist, daß dadurch Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Die Steuerzahler beklagen sich, daß die nicht gedeckten Verpflichtungen des Sozialversicherungssystems viele Milliarden betragen und daß nicht einmal die gegenwärtig so hohen Steuern diese Verpflichtungen auf Dauer decken können. All diese Klagen bestehen zurecht.« (Chancen, 117)

Dabei ist den beiden Friedmans nicht entgangen, daß diese Konstruktion ursprünglich mit Beschäftigungspolitik und einer Rahmenplanung einhergehen sollte. Insofern handelt es sich beim Wohlfahrtsstaat um ein Rumpfprojekt, das in den siebziger Jahren die volle Härte einer wirtschaftlichen Kehrtwende erfährt. Im Kern behaupten die Sozialstaatskritiker, daß aus dem einen Problem des Einkommensverlustes das zweite der Abhängigkeit von einer Behörde gemacht wird. Zu den eindrucksvollsten Beispielen ihrer Argumentation zählt der Bankrott der Stadt New York. Danach habe sich die Metropole in ihrem sozialpolitischen Engagement verausgabt. Mitte der siebziger Jahre verfielen die Kurse ihrer Anleihen und die Banken verweigerten weitere Kredite resp. Emissionen von Anleihen. Damit war die Weltmetropole pleite und eine Kommission von Bankiers entmündigte sie finanzpolitisch. Was könnte überzeugender die These belegen, daß Staatseingriffe nicht nur Märkte stören, sondern auch die politische Demokratie untergraben!

In ihrer Sozialstaatskritik gehen die beiden Friedmans die gesamte Palette sozialpolitischer Programme durch, jedoch stehen die Sozialversicherungen im Zentrum. Dabei lebt ihre Kritik von Erscheinungen widersinniger Umverteilung.

»Es ist wahr, daß dieses Wohlfahrtsprogramm für Personen mit niedrigerem Einkommen bestimmt ist. Aber diese Wirkung wird durch die Gegenwirkung umgekehrt. Kinder aus armen Familien neigen dazu, in relativ jungen Jahren mit dem Arbeiten anzufangen und Lohnsteuer zu zahlen. Kinder aus Familien mit höheren Einkommen beginnen damit viel später. Andererseits haben Bürger mit niedrigerem Einkommen im allgemeinen eine kürzere Lebensspanne als Leute mit höherem Einkommen. Das Endresultat ist, daß die Armen häufig längere Zeit und über mehr Jahre hinweg Steuern zahlen und über kürzere Zeitspanne Unterstützung erhalten als die Reichen – und das geschieht im Namen der Hilfe für die Armen!« (Chancen, 121)

In den Augen der Kritiker untergräbt der Sozialstaat Erwerbsorientierung und Sparneigung; die sozialen Dienstleistungen befestigen das 'eiserne Dreieck' von Politik, Bürokratie und Sonderinteressen. Und die Kritiker sind vom verschwenderischen Umgang mit Steuermitteln durch die Wohlfahrtsbürokratie überzeugt. Damit sind wir beim Kern liberaler Wohlfahrtskritik angelangt: In einer kapitalistischen Gesellschaft muß sich jede politische Umverteilung als Fremdkörper erweisen. Diese Überzeugung veranschaulichen Milton und Rose Friedman mit den von ihnen unterschiedenen vier Arten der Geldausgabe: Die selbstverständlichste Form sei die Verwendung selbst verdienten Geldes für eigene Zwecke (Variante 1). Hier könne man von der rationellsten Verwendung ausgehen. Dagegen sind Geschenke, die aus der eigenen Tasche bestritten werden, nicht immer von Erfolg gekrönt (Variante 2). Über die zur Großzügigkeit neigenden Spesenabrechnungen muß nicht lange diskutiert werden, wo für eigene Zwecke über fremdes Geld disponiert wird (Variante 3). Bei wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen, handelt es sich schließlich um die Verwendung nicht selbst verdienten Geldes für die Bedürfnisse anderer Menschen (Variante 4).

»Bei all diesen Programmen werden einige Leute in die Lage versetzt, entscheiden zu müssen, was gut für andere ist. Die Folge ist, daß in einer Gruppe das Gefühl der Allmacht erweckt wird. In der anderen Gruppe wird das Gefühl einer fast kindlichen Abhängigkeit entwickelt... Zu der sinnlosen Geldverschwendung, zu dem Unvermögen, die gesteckten Ziele zu erreichen, kommt noch als Endergebnis die Zerrüttung des Moralempfindens, das eine anständige Gesellschaft zusammenhält.« (Chancen, 134)

Grundlage liberaler Sozialstaatskritik ist das Gesetz des Marktes. Was Preise, Verteilung und die Verwendung von Ressourcen bestimmt, liegt natürlich auch dem Erwerb zugrunde. Wenngleich die Beziehung zwischen Leistung und Einkommen komplizierter ist, als von den Ökonomen unterstellt, kann das auf selbst verdientem Geld beruhende Selbstbewußtsein nicht in Abrede gestellt werden, und davon werden dann auch individuelle Erwartungen und Handlungen bestimmt. Insofern regelt dieser Mechanismus nicht nur den sozialen Verkehr, er motiviert auch. Darauf beziehen sich die Friedmans, wenn sie auf den Zusammenhang von Leistung, Einkommen und Verbrauch verweisen. Und daraus schöpfen sie ihre Überzeugung, wenn sie Verteilung und Umverteilung als Gegensatz herausstellen. Ihre Logik läßt allein die über den Markt vermittelte Aneignung zu, und in dieser Logik sehen sie sich durch das verletzte Selbstgefühl Erwerbsloser

bestätigt.⁶ Worauf läuft das Argument von der mit dieser Gesellschaft unverträglichen Umverteilung hinaus? Entweder muß auf Umverteilung vollständig verzichtet werden. Das würde aber die Gesellschaft selbst in Frage stellen, da sie mit Kindern, Alten und Kranken immer mehr Konsumenten haben wird als Produzenten. Oder man kommt auf die stillschweigende Umverteilung durch Familien, Gemeinden und Barmherzigkeit zurück. Das würde jedoch die Frage aufwerfen, warum sich dieser ursprüngliche Paternalismus besser mit liberalen Prinzipien vertragen soll als seine späteren Formen. Darauf antworten die beiden Kritiker:

»Der Unterschied zwischen der Sozialversicherung und früheren Einrichtungen ist der, daß die Sozialversicherung erzwungen und unpersönlich ist und daß die früheren Methoden freiwillig und individuell waren... Die früheren Umverteilungen stärkten die Familienzusammengehörigkeit, die erzwungenen Umverteilungen schwächen sie.« (Chancen, 121)

Beide Methoden sind paternalistisch, und doch sind beide grundverschieden! In dieser Verlegenheit entscheiden sich die Kritiker des Etatismus für eine staatliche Lösung: Mit einer »negativen Einkommenssteuer« erhalten die Armen ein Existenzminimum. Die Gründe ihrer Einkommensverluste bleiben Privatsache. Dazu lassen sich soziale Dienstleistungen privatisieren und die gesamte Wohlfahrtsbürokratie kann auf einige Abteilungen der Finanzämter reduziert werden.

Mit dem Wohlfahrtsstaat verbinden Liberale Befürchtungen und Hoffnungen. Dabei beziehen sich die Befürchtungen auf die sozialpolitisch bedingten Veränderungen der Gesellschaft. Die Umverteilung hat nicht nur neue Klassen geschaffen, sondern auch in die bisherige Verteilung eingegriffen. Während den Haushalten bisher eine Revenue und die durch Eigenarbeit geschaffenen Güter (Kleingärten, Unterstützung durch Verwandte etc.) zufließen, beziehen sie heute überwiegend Einkünfte unterschiedlicher Art. Die gesellschaftliche Grundstruktur tritt hinter eine Pluralität von Einkommen zurück (vgl. Bischoff 1982). Neben den Komplikationen zwischen Leistung und Einkommen haben sich die Spannungen zwischen Erwerbsorientierung und Umverteilung verstärkt. Daher machen Liberale den

6 Vergleiche dazu bereits Hegel: »Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt, es wären in anderem öffentlichem Eigentum (reichen Hospitälern, Stiftungen, Klöstern) die direkten Mittel vorhanden, die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und das Gefühl ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre; oder sie würde durch Arbeit (durch Gelegenheit dazu) vermittelt, so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beide Weisen sich nur vergrößert. Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.« (Hegel 1982: 390)

Wohlfahrtsstaat für hartnäckig verteidigte Besitzstände, niedrige Sparquoten und unbefriedigende Wachstumsraten verantwortlich. Mit dem dadurch bedingten Mangel an Erwerbsorientierung muß der Etatismus ein Übergewicht erhalten. Zugleich ist der Staat geschwächt worden, weil er sich in die Verteilungskonflikte hat verstricken lassen. Nach liberaler Logik fällt die Forderung nach einem sich selbst beschränkenden Staat zusammen mit der nach seiner Stärkung. Soweit die apokalyptische Seite liberaler Wohlfahrtskritik! Dagegen scheinen die sozialpolitischen Fonds Anlaß für liberale Hoffnungen zu sein. Diese Fonds wollen den Ökonomen als sterilisiertes Kapital erscheinen. Der Wohlfahrtskapitalismus hat zu einer Entwicklungsstufe geführt, die Neuvermessungen zwischen privater und öffentlicher Vermögensbildung möglich machen. Damit enthält die Kritik auch eine prophetische Seite. Von dieser Warte aus kommt der künftigen Altersversorgung strategische Bedeutung zu.

III.

Spätestens mit der Krise der Altersversorgung hat die Debatte einen Punkt erreicht, mit dem sich Fragen nach der »wirklichen Constitution der Gesellschaft« (Marx)⁷ einstellen. Wo bislang Wirtschaft und Politik auch über den gesellschaftlichen Rest entschieden, taucht dieser plötzlich als vorgegebene Größe auf. Seine künftigen Ansprüche müssen mit dem gegenwärtigen Beschäftigungsvolumen in Einklang gebracht werden. Solange mit Kindern, Alten und Kranken die Hälfte der Bevölkerung als familiäres Anhängsel der funktionellen Klassen betrachtet werden konnte, war es auch möglich Familie, Geschlechterbeziehungen und Lebensverläufe auszublenden. Dies ändert sich mit dem Sozialstaat; nun stellt sich die Frage nach der Gesellschaft als Ganzer.

Bei den sozialen Veränderungen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts haben wir es schematisch mit drei miteinander verflochtenen Tendenzen zu tun. Dabei handelt es sich erstens um die klassische Polarisierung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Bis in die sechziger Jahre nimmt die Zahl der Lohnarbeiter zu. Im gleichen Zeitraum vermindert sich die Zahl der Selbständigen, wozu die Auflösung des traditionellen Kleineigentums erheblich beiträgt. Rainer Lepsius spricht von der 'Arbeitnehmergesellschaft', »deren Konsumkraft die Binnenkonjunktur wesentlich bestimmt, deren Wahlver-

7 »...wirkliche Constitution der Gesellschaft, die keineswegs bloß aus den Klassen der Arbeiter und industriellen Capitalisten besteht; wo also Consumenten und Producenten nicht identisch, die erstere Categorie (deren Revenue zum Theil secundäre, vom Profit und Salar abgeleitete, keine primitiven sind) der Consumenten viel weiter ist als die zweite, und daher die Art, wie sie ihre Revenue spendet, und der Umfang der letzteren sehr grosse Modificationen im ökonomischen Haushalt, und speziell im Circulations und Reproductionsproceß des Capitals hervorbringt.« (Marx 1978: 1114)

halten die Basis des Parteiensystems bildet, und deren sozialmoralische Leitbilder die 'Normalmoral' der Gesellschaft darstellen« (Lepsius 1979: 173). Gleichzeitig setzt zweitens die Differenzierung innerhalb der Lohn- und Gehaltsabhängigen ein. Die Zahl der Angestellten und Beamten beginnt die der Arbeiter zu übertreffen. Zu dieser Entwicklung tragen die auslaufende Prosperität, der wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiß und die beginnende Abnahme des Sektors produktiver Arbeit bei. Daneben beginnt drittens der Sozialstaat an Umfang zu gewinnen. Neben den bisherigen Hauptklassen entstehen weitere Rubriken, wie die Pluralität der Einkommen beweisen. Für die liberalen Kritiker heißt das: Den wenigen Selbständigen steht nicht nur eine Mehrheit von abhängig Beschäftigten gegenüber, sondern beide Klassen werden zur Minderheit gegenüber den Nichterwerbstätigen. Die liberale Kampagne gegen den Wohlfahrtsstaat fällt mit dem Übergewicht der Nichterwerbstätigen zusammen. Die liberal-konservative Synthese zielt auf eine gesellschaftliche Mitte, deren Einkommenslage sie zugleich umkrempeln will.

Für die neuen Rubriken schlägt Lepsius vor, die von Max Weber getroffene Unterscheidung in »Besitzklassen« und »Erwerbsklassen« durch die Kategorie der »Versorgungsklassen« zu ergänzen (vgl. Lepsius 1979: 179). Damit will Lepsius die Unterschiede beim Bezug von Transfereinkommen und sozialen Dienstleistungen zum Kriterium machen. Demnach ist der Wohlfahrtsstaat mehr als nur eine Instanz der Umverteilung.⁸ Damit wird auch der liberale Alptraum deutlich, der sich insbesondere an der Krise der Altersversorgung zeigen läßt: Wie soll gegen die Interessen der »Versorgungsklassen«, deren Gewicht mittlerweile auf ein knappes Drittel der Wählerstimmen zu veranschlagen ist und auf deren Mehrheit sich das bürgerliche Lager bisher zu stützen gewohnt war, das System umgebaut werden?

IV.

Milton und Rose Friedmans politische Geschichte endet in den achtziger Jahren. Genauer gesagt: Sie endet noch in den ersten Regierungsjahren von Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Die Gegenrevolution siegt, aber sie erschöpft sich in den Mühen der Ebenen. Während die Friedmans in *Capitalism and Freedom* eine Synthese zwischen Liberalismus und Konservatismus entwickelt haben, konnte in *Free to Choose* an seiner politischen

8 Müssen für die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates unterschiedliche Einkommensarten der Haushalte, Geschlechterbeziehungen, Generationen, die Verteilung 'kulturellen Kapitals' und damit auch der Wandel paternalistischer Strukturen in Rechnung gestellt werden, kann erlassen werden, warum Differenzierungen der Klassenanalysen bislang stecken geblieben sind.

Formierung gearbeitet werden. Sobald sich allerdings die erste Phase dieser Synthese bilanzieren ließ, mußten sie bereits an ihrer Korrektur arbeiten. Sie schreiben:

»Ronald Reagan hat wie Margaret Thatcher eine zweite Chance erhalten, tiefgreifende Veränderungen durchzuführen. Er wäre gut beraten, wenn er über den unserer Meinung größten Fehler seiner ersten Amtsperiode nachdenken würde: sein Versäumnis, die erste kurze Zeitspanne voll auszunützen, in der die Tyrannei des Status Quo außer Kraft gesetzt war.« (Tyrannei, 20)

Zwar seien entscheidende Vorstöße für die Befreiung der Märkte und die Begrenzung staatlicher Verantwortung gelungen, dennoch habe sich das »Eiserne Dreieck« schon wieder konsolidiert. Mit *Tyranny of the Status Quo* unterstützen die Friedmans 1983 die Wiederwahl Reagans. Jedoch blieb das medienpolitische Echo ebenso hinter ihren Erwartungen zurück, wie ihr auf Korrektur bedachter Einfluß im Weißen Haus. Eine Programmschrift der Enttäuschung? Was die Wirtschaftskrise an Merkwürdigkeiten im Hintergrund bot und was mit der Umgruppierung der Republikanischen Partei begonnen hatte, schlug sich vordergründig – folgen wir den Erinnerungen der Friedmans – in der Ambivalenz zwischen Präsident Ronald Reagan und Vizepräsident George Bush nieder. Wurde die Gegenrevolution verraten?

In *Tyranny of the Status Quo* konzentrieren sich Milton und Rose Friedman auf die budgetpolitischen Probleme. Dabei grenzen sie sich zunächst gegen die herkömmliche Kritik ab. Von »ausufernden Verteidigungsausgaben« wollen sie nichts wissen, weil diese zuvor über mehrere Jahre rückläufig gewesen seien. Auch das Heulen und Zähneklappern über die öffentliche Verschuldung kann sie nicht beeindrucken. Unter Berücksichtigung der Inflation habe sich die Verschuldung sogar verringert. »Wie ist dieses Paradox zu erklären?« fragen die beiden Kritiker der Geldpolitik. »Obwohl es jedes Jahr zu Defiziten kommt, geht die Verschuldung sowohl real als auch als Anteil des nationalen Einkommens zurück« (Tyrannei, 46). Die Antwort ist für sie klar, denn die Schulden würden mit »immer billigeren Dollars« zurückgezahlt. Ebenso wenig halten sie – im Jahr 1983 – den Vorwurf der »Umverteilung von oben nach unten« für zutreffend. »Die Zuwendungen an die Armen sind nicht beschnitten worden. In dieser Beziehung zumindest trifft der Vorwurf, Präsident Reagan habe das Sicherheitsnetz für die Armen zerstört, nicht zu. Die Wohlfahrt für die mittleren und oberen Einkommensschichten ist deutlich angehoben worden« (Tyrannei, 51). Zwar sei die Regierung in der Föderalisierung einen Schritt weiter gekommen, aber die durch Washington bestimmten Sozialprogramme hätten jedem Angriff widerstanden. Damit können sich Milton und Rose Friedman dem für sie zentralen Problem der Staatsausweitung und ihrer möglichen Überwindung zuwenden. Seit den dreißiger Jahren haben die Staatsausga-

ben sichtlich zugenommen. Ursache sei eine ‚grundlegende Änderung der öffentlichen Meinung gewesen.⁹

»Die große Depression brachte Arbeitslosigkeit, Schlangen vor den Bäckereien, und vor allem Pleiten. Dies führte dazu, daß man allgemein das Vertrauen in das bestehende Wirtschaftssystem verlor, und das wiederum brachte die Allgemeinheit dazu, sich den Intellektuellen anzuschließen und der Regierung eine größere Rolle zuzuweisen. Das Ergebnis war der New Deal.« (Tyrannei: 59)

Entscheidend seien hier zwei Faktoren gewesen, nämlich die Entstehung des Wohlfahrtsstaats und die Verschiebung der öffentlichen Macht zugunsten Washingtons. Obgleich der wohlfahrtspolitischen Veränderung der Verteilungsverhältnisse die größere Bedeutung zukommt, halten sich die beiden Sozialstaatskritiker an das »eisernen Dreieck«, das die Zentralisierung der Macht betreibe. Brechen muß sich die Logik des New Deals einerseits an der Enttäuschung über nicht realisierte Ziele und andererseits an wachsender Steuerlast. Diese Situation halten Liberale in den siebziger Jahren für gekommen. Dennoch: Obwohl sich eine große Mehrheit davon überzeugt habe, daß die Regierung zuviel Geld ausbebe, daß der Haushalt ausgeglichen sein müsse und daß das Steuerrecht der Vereinfachung bedürfe, konnten sich – so Milton und Rose Friedman – Regierungen diesem Mehrheitswillen immer wieder entziehen. Die beiden Chicagoer machen dafür drei Gründe aus, nämlich erstens die Inkonsequenz der Interessensvertretung. Zwar würde etwas allgemein gefordert, doch bestehe man bei sich selbst auf Ausnahmen. Zweitens lasse die Finanzpolitik Umgehungen zu, die sich erst später in verlorener Preisstabilität und geschwächtem Erwerbssinn auswirken würden. Und drittens existiere ein ernster Defekt der Haushaltspolitik, »denn jede Maßnahme wird einzeln geprüft, und der fertige Haushaltsentwurf ist die Summe der Kosten für diese Einzelentwürfe oder geplanten Maßnahmen, die von keiner vorher festgesetzten Höchstgrenze beschränkt wird« (Tyrannei, 83). Dabei streifen die Friedmans einen Umstand, der die Staatstätigkeit an die kapitalistische Akkumulation bindet.

»Eine Regierung kann die Ausgaben recht genau kontrollieren, aber bei den Einnahmen ist eine Kontrolle in diesem Ausmaß nicht möglich, weil sie weit mehr von den wirtschaftlichen Bedingungen abhängig sind.« (Tyrannei, 89)

An dieser Stelle schließt sich der liberale Kreis. Langfristig vermag sich das System der Märkte zwar gegen die Politik durchzusetzen, in der kurzen Frist bleibt sich die Politik aber selbst überlassen – und das ist kostspielig genug.

»Regierungsbürokraten mögen ebenso scharfsichtig, klug und innovativ in ihren Entscheidungen sein wie Privatunternehmer die zu entscheiden haben, welche neuen Projekte ange-

9 »Die öffentliche Meinung, was immer sie sein mag, ist sehr mächtig. Sie kann Regierungen stürzen, sogar nicht-demokratische Regierungen. Der Liberalismus muß eine solche Macht mit Argwohn betrachten.« (Popper 1997: 174)

gangen werden sollen, aber es gibt für sie keinen Mechanismus, mit dem erfolglose Experimente praktisch automatisch abgeschlossen werden; sie neigen vielmehr dazu, zu expandieren, um kleine Fehlschläge in großen Unternehmungen zu begraben, die dann ihrerseits eines Tages ebenfalls fehlschlagen werden.« (Tyrannei, 76)

Wie ist dieser fehlerhafte Kreislauf zu durchbrechen? Sicherlich nicht durch Warten auf die richtige Politik. Im Gegenteil: Nach liberaler Überzeugung ist es besser, sich auf die Schwächen der Politik einzurichten. »Wie können wir politische Institutionen so organisieren,« fragt Karl Popper, »daß es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist, allzugroßen Schaden anzurichten?« (Popper 1992: 145) Die Herrschaft der Mehrheit sei nicht vortrefflich, sondern allein als Alternative zur Tyrannei zu begreifen. Das verlangt eine Politik prophylaktischer Schadensbegrenzung. In diesem Sinne sprechen sich Milton und Rose Friedman für drei Vorschläge aus. Zunächst für eine verfassungsmäßige Pflicht zum Haushaltsausgleich und zur Begrenzung der Staatsausgaben. Defizite und Ausgabenenerweiterungen sollen erschwert werden, das »deficit spending« würde für verfassungswidrig erklärt. Entsprechende Vorstöße sind mit dem »Contract with America« und mit »Maastricht« bereits unternommen worden. Dahinter steht der liberale Traum einer automatischen Austeritätspolitik. Der zweite Vorschlag faßt gezielte Vetorechte für den Präsidenten ins Auge. »Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft sind die einzigen Ämter der Bundesregierung, die vom Volk als ganzes gewählt werden. Sie sind die einzigen, die einen politischen Anreiz dazu haben, für das Interesse der Gesamtheit einzutreten, und nicht nur für einzelne Teile des Landes« (Tyrannei, 96). Die gestärkte Autorität des Präsidenten soll die Mehrheitsbildung disziplinieren. In *Capitalism and Freedom* waren die Maßnahmen der Regierung aus paternalistischen Gründen problematisiert worden. Sie seien eine Quelle des Kollektivismus. »Aber es ist sinnlos,« heißt es für den Real-Liberalismus, »vortäuschen zu wollen, die Probleme seien einfacher zu lösen, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Die Notwendigkeit eines gewissen Maßes an Paternalismus ist nicht zu leugnen« (Kapitalismus, 59). Schließlich sind Milton und Rose Friedman für die Ersetzung der progressiven Einkommenssteuer durch eine Pauschalsteuer. Auch dafür hatten sie sich bereits schon in *Capitalism and Freedom* ausgesprochen. Ihrer Ansicht nach ist der Ausgleich sozialer Ungleichheiten Angelegenheit des Marktes:

»Ein Großteil der tatsächlichen Ungleichheit rührt von Unvollkommenheiten des Marktes her. Viele von diesen beruhen wiederum auf staatlichen Maßnahmen oder könnten durch derartige Maßnahmen behoben werden.« (Kapitalismus, 226)

Die politisch-ökonomischen Essays von Milton und Rose Friedman gehen vom Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft aus und erklären die Gesetze des Marktes zur idealen Verkehrsform. Während sie diese Form einerseits gegen den Wohlfahrtsstaat ausspielen, müssen sie andererseits in-

direkt die dauerhafte Existenz gesellschaftlicher Bereiche jenseits von Staat und Markt einräumen. Die liberale Sozialstaatskritik reagiert damit auf die Ausdifferenzierung zur 'societa politica' und zur 'societa civile'. Zur Disziplinierung des »eisernen Dreiecks« von wohlfahrtstaatlicher Bürokratie, Politik und Sonderinteressen, aber auch dieser gesellschaftlichen Bereiche insgesamt schlagen sie Anreizsysteme vor. Diese unterstellen blühende Vermögensmärkte und einen sich selbst beschränkenden Staat. Ihre Erinnerungen beschließen Milton und Rose Friedman mit den Sätzen:

»Judged by practice, we have been, despite some successes, mostly on the losing side. Judged by ideas, we have been on the winning side. The public in the United States has increasingly recognized that government is not the universal cure for all ills, that government measures taken with good intentions and for good purposes often, if not typically, go astray and do harm instead of good. The growth of government has come to a halt, and seems on the verge of declining as a fraction of the economy. We are in the mainstream of thought, not, as we were fifty years ago, members of a derided minority.« (Friedman 1998, 588f)

Diese zum Mainstream gewordenen Ideen zielen auf rationale Handlungen der Vermögensbesitzer, deren Ergebnis sich gleichwohl jedem rationalen Nachvollzug entzieht. Beispielhaft für das ganze Konzept ist zweifellos die Geldpolitik. Mit einer Regelbindung für den Geldmengenwuchs läßt sich die Notenbank gleichsam an einen Mast fesseln, nachdem den Rudern zuvor die Ohren verstopft worden sind. Damit sind keine situativen Eingriffe mehr möglich. Gleichwohl stellt sich die Statistik der Geldaggregate den Gesängen der Sirenen. Das ist, wenn man so will, eine »Politik des Odysseus«. Insofern geben die Forderungen nach Bildungsgutscheinen, negativer Einkommenssteuer und automatischem Haushaltsausgleich die Staffette einer *ökonomistischen Gesellschaftsauffassung* weiter, die von der »Theorie der rationalen Erwartung«, dem »economic approach« oder der neuen Institutionenlehre dankbar aufgenommen worden ist.

Literatur

- Arendt, Hannah (1998): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München, Piper
- Bischoff, Joachim u.a. (1982): *Jenseits der Klassen*, Hamburg, VSA
- Bourdieu, Pierre (1997): *Der Tote packt den Lebenden*, Hamburg, VSA
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge, Polity Press
- Fiehler, Fritz (1999): *Geld und Vermögen bei Milton Friedman*, im Erscheinen
- Friedman, Milton (1976): *Kapitalismus und Freiheit*, München, dtv
- Friedman, Milton & Rose (1983): *Chancen, die meine*, Frankfurt am Main, Ullstein
- (1985): *Tyrannie des Status Quo*, Langen-Müller / Herbig
- (1998): *Two Lucky People*, Chicago, University of Chicago Press
- Gramsci, Antonio (1968): *Philosophie der Praxis*, Frankfurt am Main, S. Fischer
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1982): *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Hayek, Friedrich A. (1952): *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Erlenbach-Zürich, Eugen Rentsch
- (1971): *Der Weg in die Knechtschaft*, München, Moderne Industrie

- Herkommer, Sebastian u.a. (1984): *Alltag Bewußtsein Klassen*, Hamburg, VSA
- Keynes, John Maynard (1985): Das Ende des Laissez-Faire, in: Mattfeld, Harald (1985), *Keynes – Kommentierte Werkauswahl*, Hamburg, VSA
- Kondylis, Panajotis (1991): *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensweise*, Weinheim, VCH
- Lepsius, M. Rainer (1979): Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.) (1979): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen*, Frankfurt am Main, Campus
- Marx, Karl (1968): *Das Kapital*, Bd.3, MEW 25, Berlin, Dietz
- (1974): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin, Dietz
- (1978): *Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861 – 1863)*, Teil 3, MEGA II. Abteilung, Band 3.3, Berlin, Dietz
- Marcuse, Herbert (1979): Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung (1934), in: ders., *Schriften* 3, Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Mill, John Stuart (1991): *Über die Freiheit*, Leipzig, Gustav Kiepenheuer
- Mises, Ludwig von (1995): Interventionismus, in: Leube, Kurt R. (Hrsg.) (1995), *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie*, Texte-Band 1, Wien, Manz
- Polanyi, Karl (1990): *The Great Transformation*, Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Popper, Karl R (1992): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 2 Bände, Tübingen, Mohr
- (1997): *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, München, Piper
- Olson, Mancur (1991): *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, Tübingen, Mohr
- O'Brien, Martin; Penna, Sue (1998): *Theorising Welfare, Enlightenment and Modern Society*, London, Sage

Gert-Joachim Glaeßner

»Totalitarismus« – Reflexionen zu einer wissenschaftlichen und politischen Debatte

1989 schien das Ende des »Zeitalters der Extreme« (Hobsbawm 1994) zu markieren, und viele Beobachter sahen in der »dritten Welle der Demokratisierung« (Huntington 1991) Anzeichen für einen endgültigen Sieg der Demokratie, wenn nicht gar ein »Ende der Geschichte«. Verwundert rieben sich viele Zeitgenossen die Augen und fragten sich angesichts des kläglichen Endes des Kommunismus, warum man sich so sehr vor ihm gefürchtet oder warum viele ihn so sehr bewundert und unterstützt hatten.

Nach dem gewaltsamen Ende des Nationalsozialismus und Faschismus 1945 erschien die Bipolarität der Welt ein unabwendbares und nicht veränderbares Schicksal der modernen Staatenwelt mit tiefgreifenden Konsequenzen für das innere Gefüge und das Selbstverständnis der Staaten und politischen Systeme. Alternativen, die sich als »Dritte Wege« zwischen Kapitalismus und Sowjetsozialismus, liberaler Demokratie und Diktatur des Proletariats zu behaupten versuchten, hatten kaum eine Chance. Die liberalen Demokratien, die erst nach dem Ersten Weltkrieg mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts, der Parteiendemokratie und einer sich entwickelnden politischen Öffentlichkeit die von ihnen postulierten normativen Standards auch faktisch erreichten, sahen sich nicht nur durch die Kräfte des *ancien regime*, sondern auch durch zwei historisch neue Massenbewegungen in die Zange genommen: Den Kommunismus der Bolschewiki mit seiner Strategie der Weltrevolution, gesteuert von der Komintern, und den faschistischen Bewegungen. Beiden »politischen Mythologien« (Furet 1998: 13) wohnte eine heute kaum noch verstehbare und nachvollziehbare Kraft inne. François Furet hat von einer »magischen Aura« gesprochen, die beide Bewegungen umgeben und die revolutionären Leidenschaften der Massen geschürt habe.

Eine praktisch geltend gemachte, teleologisch ausgerichtete Ideologie und Terror gegenüber denen, die sich ihren Glaubenssätzen nicht anschlossen oder sie offen bekämpften, konstituierten, wie Hannah Arendt im letzten Kapitel ihrer Studie über die *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*

schrieb, eine neue Herrschaftsform, die mit den Kategorien der klassischen, auf Aristoteles zurückgehenden Typologien politischer Herrschaft nicht mehr hinreichend zu analysieren sei. Diese neuartigen politischen Bewegungen und die von ihnen gegründeten Herrschaftsordnungen hatten mit einer wesentlich größeren Radikalität als frühere autoritäre Regime die Verbindungen zur liberalen Tradition politischen Denkens zu zerschlagen versucht. Gemeinsam war ihnen eine auf der Nutzung der modernen technischen Mittel und der Massenmobilisierung basierende Herrschspraxis, die dann auch in der ersten Phase der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und dem Faschismus bzw. Nationalsozialismus im Vordergrund stand. Dies unterschied die neuen Diktaturen des 20. Jahrhunderts von früheren Vorläufern und seien sie, wie z. B. die »Schreckensherrschaft« der Jakobiner, auch noch so radikal gewesen. Die Wissenschaft hatte es also seit dem Aufkommen der großen Massenbewegungen unseres Jahrhunderts mit einem historisch neuartigen Phänomen zu tun: mit dem »Totalitarismus«.

Im Rückblick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts erscheinen der Bolschewismus Stalinscher Prägung und der Nationalsozialismus als die beiden fundamentalen Herausforderungen für eine auf der Idee der unveräußerlichen Menschenrechte gründende freiheitliche Gesellschaft. Als unveröhnliche Gegner der Demokratie waren die faschistischen und bolschewistischen Bewegungen und Regime vergleichbar, als Machtordnungen hatten sie viele Ähnlichkeiten. Selbst ihre Ideologien hatten, bei allen fundamentalen Unterschieden und Traditionsbezügen, ihren Absolutheitsanspruch gemein. Der Kommunismus jedoch zielte auf eine völlige Umwälzung der alten *politischen und sozialen* Ordnung, während der Faschismus und der Nationalsozialismus auf die totale Zerstörung der *politischen* Ordnung aus waren. Die Singularität des in dieser Hinsicht unvergleichbaren Nationalsozialismus besteht in der ideologisch begründeten Absicht und der unter Nutzung moderner Organisation und Technik realisierten physischen Vernichtung der »jüdischen Rasse« und anderer als »minderwertig« angesehener Bevölkerungsgruppen.

Viele Diskussionen in den letzten Jahren haben deutlich werden lassen, daß der Begriff »Totalitarismus« zu einem Catchword geworden ist, das für ein bestimmtes allgemeines und diffuses Bild, nicht aber für eine theoretisch und politisch anspruchsvolle Reflektion dieses Jahrhundertphänomens steht. Daher möchte ich im folgenden auf die ideengeschichtlichen und politisch-theoretischen Grundlagen der Totalitarismustheorie eingehen, ihre Leistungen und Grenzen reflektieren und schließlich in aller Kürze ihre Brauchbarkeit für eine empirische Analyse kommunistischer Systeme wie dem der DDR diskutieren.

1. Entwicklungslinien des Totalitarismusbegriffs

Mit dem Ende des Kommunismus haben die Schriften der Sozialphilosophin Hannah Arendt nach Jahrzehnten der Vergessenheit neue Aufmerksamkeit gefunden. Auch wenn man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß viele, die sich auf sie berufen, ihr Hauptwerk über die *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* allenfalls oberflächlich zur Kenntnis genommen haben, wird sie immer wieder als »Kronzeugin« für die totalitäre Natur des Sozialismus sowjetischen Typs herangezogen. Festzuhalten ist, daß sich die geschichtsphilosophisch begründete Erklärung der eschatologischen Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts bei Arendt nicht ohne weiteres für eine empirische Analyse der Systeme sowjetischen Typs anwenden ließ. Dies war auch der Grund dafür, daß in der Verwendung totalitarismustheoretischer Ansätze meist auf normativ und institutionentheoretisch argumentierende Typologien zurückgegriffen wurde, wie sie von Carl Joachim Friedrich, Raymond Aron und anderen vorgelegt worden sind (Aron 1970; Friedrich 1957; zur Entwicklung der Totalitarismustheorie vgl. Glaeßner 1982 u. 1995).

Totalitarismus war für Hannah Arendt eine Herrschaftsform, die mittels permanenten Terrors in Bewegung gehalten wird und die auf den Terror angewiesen ist. Der Terror stelle nicht, wie in früheren Tyrannen, Mittel zu einem Zweck dar, sondern finde in sich selbst Genüge und entziehe sich daher allen rationalisierbaren sozialen und ökonomischen Kriterien.

»Das Wesen totalitärer Herrschaft ... ist der Terror, der aber nicht willkürlich und nicht nach den Regeln des Machthungers eines einzelnen (wie in der Tyrannis), sondern in Übereinstimmung mit außermenschlichen Prozessen und ihren natürlichen oder geschichtlichen Gesetzen vollzogen wird. Als solcher ersetzt er den Zaun des Gesetzes, in dessen Umhegung Menschen in Freiheit sich bewegen können, durch ein eisernes Band, das die Menschen so stabilisiert, daß jede freie, unvorhersehbare Handlung ausgeschlossen wird. Terror in diesem Sinne ist gleichsam das 'Gesetz', das nicht mehr übertreten werden kann. ... Der Terror ist nicht ein Mittel zu einem Zweck, sondern die ständig benötigte Exekution der Gesetze natürlicher oder geschichtlicher Prozesse.« (Arendt 1986: 711)

Die gemeinsame erbitterte Gegnerschaft gegenüber den Ideen der individuellen Menschen- und Bürgerrechte und der modernen Demokratie, die Mittel des Kampfes um die Macht und der nach der Machtübernahme ins Werk gesetzte Massenterror drängten schon früh die Frage nach Gemeinsamkeiten von Nazismus und Kommunismus auf. Waren sie vorübergehend oder dauerhaft? War der eine Totalitarismus die Reaktion auf den anderen, wie nicht nur Ernst Nolte gemutmaßt hat? Vor allem aber galt es eine Antwort auf die Frage zu finden, ob es einen wertneutralen Zugang zum Verständnis des Totalitarismus überhaupt geben könne. Muß nicht, so fragt Pierre Hassner, ein Nicht-Ideologe zu einem Ideologen werden, um das andere, fremde System überhaupt begreifen zu können? Besteht möglicherweise der einzige Weg, den Totalitarismus zu begreifen darin, anti-totalitär zu

sein, und kann man dies sein, ohne eine »anti-ideologische Ideologie« zu kreieren, gleichsam einen »anti-totalitären Totalitarismus« (Hassner 1985: 17)?

Dies waren die Fragen, die die »Renegaten« des Kommunismus wie Franz Borkenau, Arthur Koestler und George Orwell, die Intellektuelle und Schriftsteller wie Albert Camus oder Ignazio Silone und Sozialwissenschaftler wie Raymond Aron und Richard Löwenthal schon in den Jahren nach den Moskauer Prozessen der 30er Jahre bewegt haben. Ihre Antworten fielen höchst unterschiedlich aus. Dies sind auch die Fragen, die nach dem Ende des Kommunismus erneut so kontrovers diskutiert werden, als ginge es immer noch darum, die säkulare Herausforderung der Demokratie hier und jetzt geistig zu bekämpfen.

Totalitarismustheoretische Konzepte waren das wissenschaftliche Pendant einer politischen Auseinandersetzung, die bis in die Zeit des I. Weltkrieges zurück reicht, die die Zwischenkriegszeit, die Zeit des II. Weltkrieges, die Nachkriegszeit und die Jahre bis 1989, das heißt die längste Zeit unseres Jahrhunderts bestimmt hat. Der Totalitarismus erfüllte für die durch die Herausforderungen der faschistischen, des nationalsozialistischen und des stalinistischen Systems um ihr Selbstverständnis und die angemessene »Gegenideologie« ringenden westlichen Demokratien in den 30er, 40er und besonders in den 50er Jahren eine willkommene Integrationsfunktion. Der Begriff des Totalitarismus lieferte den an Systematisierung und begrifflicher Abstraktion interessierten Vertretern der Sozialwissenschaften eine *prima vista* bündige Erklärung für ein Phänomen, das 1938 Paul Valéry zu dem zynisch-resignierenden Ausspruch veranlaßt hatte, es sei bemerkenswert, »daß die Diktatur jetzt so ansteckend sei wie einst die Freiheit« (Hildebrandt 1968: 397)

Es hat allerdings nie die *eine* Totalitarismustheorie gegeben. Sowohl die wissenschaftstheoretischen als auch die politisch-weltanschaulichen Positionen der »Totalitarismustheoretiker« waren höchst verschieden, oft konträr. In einem wesentlichen Punkt aber gab es Übereinstimmung: Der Totalitarismus wurde als eine »moderne« Variante der Diktatur begriffen, die durch politische Radikalität, umfassenden Regelungsanspruch, ideologischen Wahrheitsanspruch und Unversöhnlichkeit sowie durch die technische Verfeinerung des Herrschaftsinstrumentariums von traditionellen Autokratien zu unterscheiden sei und eine neue Variante der Typologie der Herrschaftsformen darstelle. Diesen Aspekt haben vor allem Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski, später in ähnlicher Weise Raymond Aron und Peter Graf Kielmansegg unterstrichen. Diese Modelle hoben bestimmte Strukturmerkmale wie ein Einparteiensystem, ein Informationsmonopol oder die Rolle der Geheimpolizei hervor, die in ihrer Kombination typischerweise totalitäre von autoritären Systemen unterschieden. Da

die genannten Elemente aus der Analyse des Nationalsozialismus und des Stalinismus gewonnen waren und wesentlich auf die Statik dieser Herrschaftsform abhoben, erschienen sie der Mehrzahl der Kommunismusexperten nicht mehr zur Analyse post-stalinistischer Systeme geeignet, die sich in vielerlei Hinsicht veränderten und bestimmte als konstitutiv angenommene Elemente des Totalitarismus, wie den Massenterror, abstreifen. Ähnliche Vorbehalte mußten gegen Modelle geltend gemacht werden, die eher die dynamischen Aspekte des Totalitarismus in den Mittelpunkt stellten. Auch sie hatten die totalitären Diktaturen der 30er und 40er Jahre im Blick. Bei Sigmund Neumann waren es der Allmachtsanspruch und die Maßlosigkeit in bezug auf die Zeit und den Wirkungsgrad der Herrschaft (»Tausendjähriges Reich« und kommunistische Zukunftsgesellschaft), die den Totalitarismus nicht nur zu einer permanenten Herausforderung für die Demokratie, sondern auch zu einer Spielart der Diktatur machten, die darauf angelegt sei, ihre Schöpfer zu überleben. Anders als die tradierten persönlichen Autokratien sei der Totalitarismus auf Dauer gestellt und müsse daher den Anspruch erheben, alle Bereiche des menschlichen Lebens seiner Herrschaft und Kontrolle zu unterwerfen (Neumann 1965: 3). Die modernen Diktaturen seien darauf angewiesen, die Gesellschaft als im Kriegszustand befindlich zu verstehen, da nur so ihr »Kampfgeist« aufrechterhalten werden könne. Totalitäre Herrschaft sei nur als »permanente Revolution«, als permanenter Ausnahmezustand vorstellbar, sie durchdringe als totale Revolution alle Bereiche und Handlungen des politischen Organismus (Neumann 1965: XV).

Den von Neumann konstatierten Allmachtsanspruch führte Hannah Arendt auf ideologische Grundannahmen dieser Bewegungen zurück, die Vorstellung nämlich, sich im Einklang mit den Gesetzen der Natur (Rassenlehre) oder der Geschichte (Marxismus-Leninismus) zu befinden. Die Verachtung der totalitären Machthaber speise sich aus dem Anspruch, einzig berufene Interpreten dieser Gesetze zu sein. Der explizit formulierte Alleinvertretungsanspruch einer politischen Führungsgruppe, an Stelle der Bürger zu bestimmen, was das allgemeine Wohl sei, weil man das ideologische Instrumentarium zu besitzen meint, um diese Definition des Gemeinwohls verbindlich vornehmen zu können, bedeutet die dauerhafte, nicht nur temporäre Ausschaltung der Bürger aus dem politischen Prozeß. Aus diesem ideologischen Anspruch, den Hannah Arendt als vermeintliches Wissen um die Gesetze der Natur oder der Geschichte beschrieben hat, erwächst der Wille, nicht nur die politische, sondern auch die soziale Sphäre umfassend zu regulieren und zu kontrollieren, d. h. gleichzuschalten.

Totalitarismus ist eine Erscheinung des modernen Massenzeitalters, die aus der Entfremdung der Menschen von ihren natürlichen und sozialen Lebensbedingungen erwächst. Die totalitäre Versuchung besteht im Verspre-

chen, diese Entfremdung zu überwinden, sei es in der Volksgemeinschaft, dem »estato corporativo« oder der kommunistischen Gesellschaft. Gemeinsam waren dem Totalitarismus der 30er und 40er Jahre historisch neue Herrschaftsformen und -techniken, die das bis dahin gekannte Maß an Brutalität und herrschaftstechnischer Perfektion, aber auch die Zweck-Mittel-Relationen »klassischer« Diktaturen sprengten. Das historisch Neuartige an diesen Herrschaftssystemen führte Carl Joachim Friedrich zu der Auffassung, »daß die totalitäre Diktatur historisch einzigartig und sui generis ist und daß aufgrund der uns jetzt vorliegenden Tatbestände behauptet werden kann, daß die faschistischen und kommunistischen totalitären Diktaturen in ihren wesentlichen Zügen gleich sind, d. h., daß sie sich untereinander mehr ähneln als anderen Systemen staatlicher Ordnung, einschließlich älterer Formen der Autokratie« (Friedrich 1957: 15).

Die These, daß der Totalitarismus eine politische Ordnung sui generis sei und daß totalitäre Systeme sich wesentlich gleich sind, hatte Friedrich bereits auf der Totalitarismuskonferenz von 1953 vorgetragen. Dort argumentierte er eher »statisch« und verquickte zudem die Analyse bestehender »bolschewistischer« mit der bereits untergegangener faschistischer Systeme, eine Vorgehensweise, die es erschwerte, Entwicklungen der noch bestehenden »totalitären« Ordnungen zu bewerten. Später hat Friedrich die These, daß faschistische und kommunistische totalitäre Diktaturen in wesentlichen Zügen gleich seien, mehrfach modifiziert und abgewandelt. In der zweiten revidierten Auflage von *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* heißt es nur noch, daß sie sich im Grunde ähnlich seien, an anderer Stelle ist davon die Rede, daß sie »im Grunde gleich«, aber nicht »völlig gleich« seien (Friedrich 1966: 46).

Andererseits wies Friedrich auf signifikante Unterschiede zwischen faschistischen und kommunistischen Diktaturen hin. In *Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung* (englisch: *Man and His Government*) von 1963 konstatierte er einen »scharfen Gegensatz zum faschistischen Totalitarismus«, als er dem kommunistischen Totalitarismus konzedierte, daß er »gegenüber kulturellen Verschiedenheiten« eine »erhebliche Toleranz gezeigt« habe. Dies bedeutete allerdings keine Annäherung an demokratische Vorstellungen von politischem Pluralismus, sondern sei »die Konsequenz aus der Abwertung kultureller Werte. Die herrschende materialistische Ideologie ist der Grund für die vergleichsweise erhebliche Indifferenz gegenüber allen kulturellen Traditionen« (Friedrich 1970).

Normativer Ausgangspunkt der Totalitarismusanalyse war der Widerstand gegen den Faschismus bzw. Nationalsozialismus und den Leninismus bzw. Stalinismus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Schreckensherrschaft des Stalinismus der 30er Jahre, die nach 1945 wieder aufzuleben schienen und zudem nach Mittel-Osteuropa exportiert worden war, konnten

nur als fundamentaler Angriff auf die grundlegenden Ideen der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit begriffen werden. Die Gefährdung der Demokratie und der totale Zugriff auf das persönliche Leben der Menschen durch einen neuen Typus der Diktatur stellten die Herausforderung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dar. Vom Bestreben geleitet, die Kontrolle über die Massen zu erlangen und zu erhalten, d. h. »mittels Zwangsorganisationen, die von einer monopolistischen Staatspartei manipuliert werden«, haben diese Diktaturen alle Lebensbereiche durchdrungen – insofern waren sie ein »totalitäres«, nämlich allumfassendes Gegenbild zu pluralistischen Gesellschaften (Fraenkel 1991: 297 ff.).¹ Intentionalität, Technizität und ideologische Fundierung sind die wesentlichen Elemente, die totalitären Regimen als Gegenpole zum europäischen liberalen und demokratischen Denken zugeschrieben werden, wobei gelegentlich als viertes Element der Aspekt der Historizität ins Spiel kommt.

2. Totalitarismus, Kommunismus und Terror

Eine zentrale Rolle in allen Totalitarismustheorien aber spielt der Massenterror als unverzichtbares Element totalitärer Herrschaft. Während bei Friedrich zivilisationskritische Töne anklangen, die den Terror als eine Art Zwischenstadium zur Forcierung einer formierten Massengesellschaft totalitären Zuschnitts erscheinen lassen, argumentierte Hannah Arendt geschichtsphilosophisch. Terror als Wesensmerkmal totalitärer Herrschaft sei das Ergebnis eines Selbstverständnisses der Machthaber, die von sich behaupten, das »Gesetz der Geschichte« oder das »Recht durch Natur« zu exekutieren, und die deshalb glauben, auf das positive Recht, das ja »immer nur konkrete Ausgestaltung einer höheren Autorität zu sein behauptet«, verzichten zu können.

»Dem Glauben der Nazis an Rassegesetze lag die Darwinsche Vorstellung vom Menschen als einem eigentlich zufälligen Resultat einer Naturentwicklung zugrunde, die nicht notwendig

1 An diese Überlegungen knüpfte Karl Dietrich Bracher in den 80er Jahren an. »Wie immer verfassungs- und ideologietheoretisch der Begriff des Totalitarismus gefaßt werden mag, gemeinsam war den großen antiliberalen Ideologien das Streben nach Monokratie oder Oligarchie im Namen der Volksherrschaft und die Vernichtung der Opposition. Willkür und Gewalt werden, wo nicht überhaupt als unumgänglich im Geschichtsprozeß angesehen, mit dem höheren Recht der Revolution oder des neuen Gemeinschafts- und Herrschaftsprinzips sanktioniert. Dazu kommt der Anspruch, den unumgänglichen Gesellschaftswandel durch Organisation, Mobilisierung, Erfassung der gesamten Bevölkerung planvoll zu gestalten und die modernen technischen Mittel, die den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ein so viel wirksames Instrumentarium der Kontrolle und des Zwangs verfügbar machten, voll einzusetzen: neben Bürokratie und Polizei die weitverzweigten Organisationen der Partei, aber auch der Justiz und des Bildungswesens. Wieweit dies gelingt und zur Realität wird, ist eine andere Frage. Aber *intentionell und potentiell* ermöglicht der technische Fortschritt solchen Diktaturen - und ihren Gesellschafts- und Herrschaftsideologien - über den politischen Bereich hinaus den Anspruch auf monokratische Erfassung der gesamten Gesellschaft.« (Hervorh. GJG; Bracher 1985: 164)

mit dem Menschen an ihr Ende gekommen zu sein braucht. Dem Glauben der Bolschewisten an Geschichtsgesetze liegt Marx' Vorstellung von der menschlichen Gesellschaft als dem Resultat eines gigantischen Geschichtsprozesses zugrunde, der mit immer vergrößerter Geschwindigkeit seinem Ende entgegenrast und sich selbst als Geschichte aus der Welt schafft. ... Auffallend ist, daß – so verschieden diese beiden Ideologien voneinander sind, so großartig erfüllt mit den besten abendländischen Traditionen der dialektische Materialismus, so kläglich-vulgär, wiewohl auf einem echten Erfahrungselement basierend, der Rassismus – in beiden Konzeptionen das Bewegungsgesetz sich gleich äußert: Es läuft in jedem Falle auf ein Gesetz der Ausscheidung von 'Schädlichem' oder Überflüssigem zugunsten des reibungslosen Ablaufs einer Bewegung hinaus, aus der schließlich gleich dem Phönix aus der Asche eine Art Menschheit erstehen soll. Würde das Bewegungsgesetz in positives Recht übersetzt, so könnte sein Gebot nur heißen: Du sollst töten! Die Ideologien ziehen diese Schlußfolgerung nicht, weil sie noch damit rechnen, daß der Prozeß irgendwann einmal an sein Ende kommen wird, etwa wenn die klassenlose Gesellschaft auf der ganzen Erde verwirklicht oder die Herrenrasse über die ganze Welt zur Herrschaft gekommen ist.« (Arendt 1986: 707f)

Der Glaube an Gesetzmäßigkeiten führt nach Auffassung Arendts aber keineswegs zu einer abwartenden Haltung der Bewegungen. Sie warten nicht darauf, daß sich diese Gesetzmäßigkeiten »von selbst« durchsetzen, sie setzen vielmehr alles daran, diesen Prozeß durch das Instrument des Terrors zu beschleunigen:

»Das eiserne Band des Terrors konstituiert den totalitären politischen Körper und macht ihn zu einem unvergleichlichen Instrument, die Bewegung des Natur- oder Geschichtsprozesses zu beschleunigen. ... Die an sich notwendig ablaufenden Prozesse will der Terror auf eine Geschwindigkeit ... bringen, die sie ohne die Mithilfe der zu einem Menschen organisierten Menschheit nie erreichen könnten. Praktisch heißt dies, daß Terror die Todesurteile, welche die Natur angeblich über 'minderwertige Rassen' und 'lebensunfähige Individuen' oder die Geschichte über 'absterbende Klassen' und 'dekadente Völker' gesprochen hat, auf der Stelle vollstreckt, ohne den langsameren und unsicheren Vernichtungsprozeß von Natur oder Geschichte selbst abzuwarten.« (Arendt 1986: 714)

Diese Beschleunigung des Entwicklungsprozesses mit Hilfe des Terrors steht für Arendt in einem bemerkenswerten Widerspruch von Bewegung und Bewegungsziel, denn diese Form der Bewegung ist ihrer Theorie zufolge nicht zielgerichtet. Sie ist vielmehr Bewegung um der Bewegung willen. Sie ist notwendig, um zu verhindern, daß ein Ziel erreicht wird, welches die totalitäre Herrschaft selbst überflüssig machen würde. Bewegung erfordere das Handeln vieler. Nicht so im Totalitarismus. Er kenne kein eigentliches Prinzip des Handelns, da der Mensch nur Material der über ihn waltenden Prozesse, der Gesetze von Natur und Geschichte sei, die die totalitäre Bewegung zu verwirklichen vorgebe. Das Verlangen nach Handeln werde ersetzt durch ideologische Präparierung.

Die wesensmäßigen Gemeinsamkeiten von Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus lagen für Hannah Arendt also tiefer. Terror statt Geltung des positiven Rechts ist für sie mehr als eine »Zweckmäßigkeit«, die unter gewandelten Bedingungen auch abgeschafft werden kann, er ist der notwendige Ausdruck einer Natur- oder Geschichtsphilosophie, die, wenn sie sich politisch formiert, zwangsläufig zu totalitären Formen Zuflucht nehmen muß. Solange totalitäre Bewegungen nicht an der Macht

sind, seien sie nicht genötigt, den »Beweis« für die Richtigkeit ihrer als gesichert ausgegebenen Voraussagen anzutreten. Sie könnten und müßten sich damit begnügen, mit Hilfe der Propaganda jene »Emanzipation des Denkens von erfahrener und erfahrbare Wirklichkeit« zustande zu bringen, die sie, einmal an der Macht, mit Hilfe des Terrors durchsetzen. Die geistige Manipulation der Menschen besorge die Ideologie, die ein geschlossenes System der Erklärung jener »objektiven« Gesetzmäßigkeiten sei, der Herrscher und Beherrschte, Vollstrecker und Opfer unterworfen sind. Obwohl nur diejenigen Ideologien als totalitär erscheinen, die – wie der »Rassismus« und »Kommunismus« – von totalitären Bewegungen voll entwickelt worden seien, meint Hannah Arendt, daß alle Ideologien »totalitäre Elemente« enthalten und daß dieses »eigentliche Wesen aller Ideologien«, das in ihrem Anspruch wurzele, Gesamtdeutungen von Natur- und Gesellschaftsprozessen vorzunehmen, in dem Augenblick sichtbar werde, wenn sie vom totalen Herrschaftsapparat genutzt werden (Arendt 1986: 740ff).

Auch bei dem neben Hannah Arendt wohl einflußreichsten Totalitarismustheoretiker Carl Joachim Friedrich ist der Terror konstitutives Element jeder totalitären Herrschaft. Allerdings wird seine zentrale Bedeutung anders, nämlich institutionentheoretisch begründet. In seinem Referat auf der Totalitarismus-Tagung 1953 hatte Friedrich von einem System terroristischer Polizeikontrolle gesprochen, es aber abgelehnt, die Existenz einer terroristischen Geheimpolizei, die der Armee den Rang abläuft, als konstitutives Merkmal jedes totalitären Systems zu kennzeichnen. Ob die Geheimpolizei überhaupt eine alles dominierende Stellung erringen werde, sei völlig offen. In der englischen zweiten Auflage des Buches 1965, das von Friedrich und Brzezinski gemeinsam verfaßt wurde, war ganz allgemein von einem »Terrorssystem auf physischer und psychischer Grundlage« die Rede. In der deutschen Fassung seines Buches hatte Friedrich 1957, trotz der sich bereits zu dieser Zeit deutlich abzeichnenden Abkehr von den terroristischen Methoden stalinistischer Herrschaftsausübung, das Anwachsen des Terrors als konstitutives Element totalitärer Machtausübung gekennzeichnet:

»Der Totalitäre ist überzeugt, daß die Massen auf seiner Seite sind oder es jedenfalls sein sollten. In jedem Fall müssen sie gegen den Feind verteidigt werden, der sich bemüht, die Indoktrination hintanzuhalten, der selbst auf den Sturz des totalitären Systems sinnt. Dieser Kampf gegen die Feinde des Volkes dauert ununterbrochen an und ist ... um so intensiver, je gefestigter und sicherer das totalitäre Regime dasteht, denn es kann sich nun größere Gewalttätigkeiten erlauben, und die anfängliche Geduld und Vorsicht weichen dem ungezügelten Terror.« (Friedrich 1957: 57)

Während Friedrich, ähnlich wie Arendt, ursprünglich von einer permanenten Verschärfung des Terrors ausging, sah er in späteren Veröffentlichungen nicht nur eine Relativierung des Terrors, sondern sogar Ansätze einer Konsensbildung in »totalitären« Gesellschaften.

»Ein derartiger Konsensus schafft eine Basis, auf der andersartige Verfahren möglich werden, als sie gegenüber einer in breitem Ausmaß feindselig eingestellten Bevölkerung angewandt werden müssen. Solche Verfahren waren der Kern dessen, was man Chruschtschows Populärismus genannt hat, durch den er vor allem die niederen Kader und die breite Masse der Parteimitglieder aktiviert und die Beteiligung der Bevölkerung angesprochen hat.« (Friedrich 1966: 50f)

Es sei das Wesen totalitärer Herrschaft, so argumentierte Friedrich, ähnlich wie Hannah Arendt, daß sie es unternehme, »alle ihr unterworfenen Personen zu atomisieren, d. h. in Massenmenschen zu verwandeln.« Diese Art entpersönlichter Homunculus sei allerdings »auch sonst im Verlauf der Industrialisierung und Massenproduktion« eine verbreitete Erscheinung. Als solcher werde er zum »wichtigsten Vorkämpfer totalitärer Bewegungen« (Friedrich 1970: 480).

3. Totalitarismus und Post-Stalinismus

Systeme, die mit einem totalitären *Anspruch* angetreten sind, waren vielfältigen Veränderungstendenzen und -notwendigkeiten unterworfen, über deren Zielrichtung nur schwer zuverlässige Aussagen möglich waren. Geschlossene Modelle, die die Unveränderbarkeit totalitärer Systeme unterstellten, erwiesen sich nach dem Ende des Stalinismus für eine empirische Analyse sich offenkundig verändernder politischer und gesellschaftlicher Ordnungen als nur noch bedingt brauchbar. Offene Modelle, wie sie u.a. von Leonard Shapiro (1969) oder Juan Linz (1975) entwickelt worden sind, oder Versuche wie die von Peter-Christian Ludz (1970), genauer zwischen Autoritarismus und Totalitarismus zu unterscheiden und den Totalitarismusbegriff offener zu formulieren, boten hingegen die Chance, ihn aus seinem politischen Kontext und seiner Verankerung in der Lehre der Herrschaftsformen zu befreien.

Daß diese Chance nicht ergriffen wurde, hing m. E. mit zwei Faktoren zusammen. Zum einen war der Begriff theoriegeschichtlich »besetzt«. Sowohl die statischen Modellbildungen in der Tradition Friedrichs als auch die dynamischen Vorstellungen des Totalitarismus in der Nachfolge von Hannah Arendt waren zu sehr in der Tradition der Typologie der Herrschaftsformen verwurzelt, als daß sie für eine politisch-soziologische Analyse sich verändernder und wandelnder politischer und sozialer Systeme brauchbar gewesen wären. Zum anderen war der Begriff politisch aufgeladen – und ist es immer noch –, was dazu führte, daß seine Verwendung mehr auf die politische Signalwirkung als auf seine empirische Leistungsfähigkeit abzielte.

Diese Einschränkungen bedeuten jedoch keineswegs, daß auf einen *Vergleich* von Diktaturen aus politischen Gründen verzichtet werden kann und soll. Er muß sich nur vor vordergründigen *Gleichsetzungen* hüten, die zwar

möglicherweise politische Vorteile, aber analytisch nur Nachteile einbringen. Bei einer vergleichenden Analyse kommunistischer mit anderen Diktaturen in diesem Jahrhundert erscheinen, nicht erst in der Retrospektive, folgende Aspekte von Bedeutung:

Erstens überstieg die Dauer der Herrschaft der marxistisch-leninistischen Partei, wenn man von Spanien und Portugal absieht, erheblich diejenige anderer Diktaturen. In der Tat haben sie, wie dies Hannah Arendt als typisch für totalitäre Systeme beschrieb, ihre Gründer überlebt und unterschieden sich hierin von faschistischen Bewegungen und vom Nationalsozialismus.

Zweitens unterschied sich der Kommunismus durch die Radikalität seines Bruchs mit der vorausgegangenen »bürgerlichen« Gesellschaft deutlich von anderen diktatorischen Systemen. Alle vorherigen Revolutionen, auch die etwa gleichzeitig mit dem Kommunismus sich etablierenden faschistischen Bewegungen, ließen die alte Eigentums- und Sozialordnung – trotz partieller Veränderungen und korporatistischer Bestrebungen der politischen Führer – weitgehend unangetastet. Insofern waren »Brücken« zur alten Gesellschaft nicht völlig abgebrochen, und es konnte nach dem Ende der Diktatur leichter an deren soziale Muster und Wertorientierung angeknüpft werden – seien es Traditionen der bürgerlichen Gesellschaft, Elemente der ökonomischen oder Verwaltungskultur oder des religiösen Lebens. Der Bruch der kommunistischen Systeme mit diesen Traditionsbeständen war radikaler und dauerhafter als vermutet und stellt eines der wesentlichen Hindernisse für eine schnelle Transition zu Demokratie und Marktwirtschaft in den postkommunistischen Ländern dar (vgl. hierzu Glaeßner 1994).

Im Gefolge der Machtübernahme der kommunistischen Parteien kam es *drittens* zu einer völligen Umwälzung der Sozialstrukturen. Es wurden nicht nur die politischen und anderen Führungsschichten ausgetauscht, sondern ganze Bevölkerungsgruppen sozial, nicht unbedingt physisch, eliminiert und neue soziale Schichten künstlich geschaffen. Elemente der alten bürgerlichen Gesellschaft blieben allenfalls in Nischen erhalten.

Viertens verhinderte die Zerschlagung der alten sozialen Strukturen und ihre Ersetzung durch eine parteizentralistische Kommando- und nivellierte Sozialstruktur über Jahrzehnte hinweg jede Form einer auch nur rudimentären interessen geleiteten Politik sozialer Gruppierungen und hinterließ nach dem Sturz der kommunistischen Partei ein Vakuum.

Fünftens ist das Paradox zu konstatieren, daß die staatlicher Legitimitätsbeschaffung dienenden sozialstaatlichen Vorstellungen und die Verfestigung egalitärer Ansprüche als wohl einzige Elemente der Ideologie des Marxismus-Leninismus im allgemeinen Wertehaushalt dieser Gesellschaften Wurzeln geschlagen hatten. Angesichts der offenkundigen Ungleichheiten

in der Sphäre der Macht konnten sie auch als intrasystemares oppositionelles Potential genutzt werden. Nach dem Sturz der kommunistischen Regierungen stellen egalitäre und fürsorgestaatliche Vorstellungen ein erhebliches Resistenzpotential gegenüber einer rein marktwirtschaftlichen und einem allein liberalen Verständnis demokratischer Entwicklung dar.

Und schließlich ist *sechstens* ein Aspekt des Herrschaftssystems zu erwähnen, der von entscheidender Bedeutung ist: das Fehlen bzw. die Deformation positiven Rechts als normativer Rahmen für das gesellschaftliche Leben während der Diktatur und für die Herausbildung von Werthaltungen, die die Chancen einer Demokratisierung nach der Diktatur wesentlich beeinflussen.

4. Zwischenresümee – Grenzen der Totalitarismustheorie

Resümierend läßt sich festhalten, daß die Modellbildungen der Totalitarismustheoretiker zwei Grundpositionen aufweisen: eine eher statische Form, die die Strukturen des Totalitarismus betont, und eine dynamische Sichtweise, die seine Entstehung und Entwicklung in den Mittelpunkt stellt. Eine eindeutige Zuordnung der Autoren zu einer dieser Positionen ist allerdings in der Praxis oft nur schwer möglich. So stützt Franz Neumann seine Aussagen zwar primär auf strukturelle Aspekte (Polizeistaat, Machtkonzentration, monopolistische Staatspartei), ihn interessieren aber vor allem die sozialen Ziele, denen diese Apparaturen ebenso dienen wie der Terror, den sie entfalten. Diese Ziele sind aber nach seiner Auffassung nur zu erkennen, wenn auch das Wirtschaftssystem, die Klassenverhältnisse und die Persönlichkeitsstrukturen in diesen Systemen untersucht werden (Neumann 1977).

Die unterschiedliche Zielorientierung verbietet auch einen einfachen Vergleich von Faschismus und Kommunismus. Statische und dynamische Elemente sind auch bei Sigmund Neumann und Raymond Aron nachweisbar. Selbst im statischen Modell Friedrichs finden sich – zumal durch den Zwang, es an neue Entwicklungen anzupassen – dynamische Elemente, z.B. die These vom Anwachsen des Terrors als konstitutives Kennzeichen totalitärer Herrschaftsausübung.

Die ersten allgemeinen Entwürfe eines Totalitarismusmodells waren dennoch, vergleicht man sie mit den späteren Modifikationen, relativ »eindeutig«. Totalitarismus, bezogen auf »bolschewistische« Regime, war ein allgemeines Modell des Stalinismus. Die Notwendigkeit, dieses Modell zu verändern – das zeigen die Darstellungen von Friedrich und Aron in unterschiedlicher Weise – ergaben sich erst durch den Prozeß der »Entstalinisierung« in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, der sowohl bestimmte strukturelle Annahmen als auch die Vorstellungen über die

Richtung dynamischer Prozesse in Frage stellte. Mit den vorgegebenen Antworten des Totalitarismus waren diese Entwicklungen nicht ohne weiteres zu erklären.

Doch wäre es falsch, die Problematik des Totalitarismuskonzepts allein in seiner mangelnden Fähigkeit zu sehen, neue Erscheinungen und Veränderungen zu erklären. Seine entscheidende Problematik liegt in der Identifikation verschiedener *idealtypisch* gemeinter aber vielfach *realtypisch* dargestellter Systemtypen (Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus). Ihre einzige Gemeinsamkeit – und die ist von erheblicher *politischer* Bedeutung, ist ihre grundsätzlich feindliche Haltung gegenüber der liberalen Demokratie.

Sieht man von der Möglichkeit einer »totalitären Demokratie« ab (Talmon 1961), verbanden sich »identifizierender« Totalitarismusbegriff und »typologische Entgegensetzung« von Totalitarismus, westlicher Demokratie und »Christlichem Abendland«. In der ökonomischen Diskussion fand dies eine besondere Ausprägung in der Dichotomisierung von »totalitärer Planwirtschaft« bzw. »Zentralverwaltungswirtschaft« und freier bzw. sozialer Marktwirtschaft (Kosta 1974; Lane 1976; Pleyer 1969; Thalheim 1965). Zu einem untrennbaren Geflecht verschiedener Argumentationslinien und -ebenen verwoben, wurden dabei sowohl die Spezifika der verschiedenen Totalitarismen weitgehend vernachlässigt als auch – und dies ist nicht minder bedeutsam – die *besonderen Bedingungen* und Ausprägungen innerhalb einzelner Formen des Totalitarismus. Die Vorstellung des totalitären Kommunismus, der in seinem Wesen mit Hilfe eines idealtypischen Modells erfaßt werden sollte, erschwerte nicht nur die Analyse der historischen Entwicklungen und Veränderungen des sowjetischen Systems, sondern eignete sich auch nur mit erheblichen Einschränkungen für die Untersuchung der nach 1945 entstandenen politischen und gesellschaftlichen Systeme in Osteuropa und der DDR, die sich zwar am Vorbild der Sowjetunion orientierten, zugleich aber einer Vielzahl von besonderen Bedingungen unterworfen waren, die von den dargestellten allgemeinen Modellen nicht erfaßt wurden.

Die Möglichkeit einer »Modernisierung« und »Rationalisierung« oder gar eine »Liberalisierung« wurde diesen Systemen im allgemeinen abgesprochen. Nur wenige Totalitarismustheoretiker haben, wie Zbigniew Brzezinski, auf die Möglichkeit hingewiesen, daß sich der Totalitarismus mit spezifisch rationalen Formen politischen und gesellschaftlichen Handelns verbinden könne, ohne daß daraus die Chance einer Demokratisierung erwüchse (vgl. Brzezinski 1962). Durch ihre Fixierung auf Herrschaftsstrukturen und Ideologie hatten die meisten Totalitarismusmodelle ein erkennbares handlungstheoretisches Defizit. Soziales und politisches Handeln unter völlig veränderten Systembedingungen geriet selten in den Blick.

Szenarien möglicher Krisenentwicklungen waren selten. Die einzige Ausnahme machte m. W. Zbigniew Brzezinski. Er hat in einem Buch, das 1989 unter dem Titel *The Grand Failure* erschien, die Krise des Kommunismus eindrucksvoll beschrieben und erste Gedanken über mögliche Entwicklungsstränge »postkommunistischer« Systeme angestellt, ohne jedoch ihren kurz bevorstehenden Zusammenbruch zu ahnen – »the book that foretold the collapse of communism in Eastern Europe and Russia«, als das dieses Buch angekündigt wurde, ist es trotz der brillanten Analyse jedoch nicht.

Allerdings hat Brzezinski die Erwartung geäußert, daß das 21. Jahrhundert nicht vom Kommunismus, sondern von der Demokratie geprägt sein werde. Ob dies als Prognose über den Kollaps des Sowjetimperiums und des von ihm geprägten Systemverbunds anzusehen ist oder eher als eine normative Aussage über einen wünschenswerten zukünftigen Zustand mag dahingestellt bleiben. Brzezinski beantwortete die Frage, was denn aus der von ihm so scharf wie nur von wenigen anderen analysierten Krise des Kommunismus folge, mit zwei grundlegenden, langfristige Alternativen für kommunistische Regime: entweder sie verwandeln sich in eine pluralistische Gesellschaft, oder sie stagnieren innerhalb des gegebenen institutionellen Arrangements und halten ihre Macht durch eine Koalition von Militär und Polizei aufrecht, die anstelle der tradierten Ideologie den Nationalismus als Legitimationsersatz aktiviert. Das erste Szenario hielt Brzezinski für wenig wahrscheinlich. Vieles spreche für einen Übergang vom kommunistischen Totalitarismus zum kommunistischen Autoritarismus und – da dieser sich wesentlich nationalistischer Parolen bediene – zu einem »post-kommunistischen Autoritarismus«. Brzezinski ließ die Frage offen, ob sich die Entwicklung evolutionär oder auf dem Wege eines gewaltsamen Aufbegehrens vollziehen werde.

An vielen Beispielen läßt sich nachweisen, daß oft gerade Totalitarismustheoretiker aus den Grundannahmen ihrer theoretischen Einsichten in das Wesen kommunistischer Systeme geschlossen haben, daß in totalitären Systemen weder eine grundlegende Reform (und hier lag der Dissens zu den verbreiteten Erwartungen der Vertreter des Modernisierungsansatzes) noch ein revolutionärer Umschwung wahrscheinlich seien (Kirkpatrick 1979). Angesichts dieser machtpolitischen Konstellation konnte sich die Kommunismusforschung insgesamt in der Sicherheit wiegen, daß ihr Gegenstand stabil und nur in Grenzen veränderungsfähig sei, weil ein Systembruch nur um den Preis eines Krieges, den vermutlich niemand überleben würde, denkbar erschien. Die in Jahrzehnten entwickelten Sichtweisen, Einschätzungen und Methoden schienen zwar unzulänglich, aber doch brauchbar und hatten von daher Bestand.

Erste Anzeichen eines fundamentalen Wandlungsprozesses konnten noch übersehen oder als Randerscheinung vernachlässigt werden. Aber auch

nach den radikalen Reformversuchen von Michail Gorbatschow überwog die Einschätzung, daß all dies bestenfalls zu einer lange überfälligen Systemreform führen werde. Völlig außerhalb der Vorstellungskraft aber blieb ein möglicher Kollaps des Kommunismus.

5. War die DDR totalitär?

Jedes politische System, ob demokratisch oder autoritär, muß auf die eine oder andere Weise versuchen, die Bindeglieder zwischen politischem System und Gesellschaft institutionell zu verankern und funktionsfähig zu gestalten. Die Inhaber der obersten Macht in autoritären Systemen sind aber bestrebt, diesen Vermittlungsprozeß unter politischer Kontrolle zu halten. Mit Hilfe von »Zwangsorganisationen, die von einer monopolistischen Staatspartei manipuliert werden«, versuchen die modernen Autokratien ihn »auf allen Lebensgebieten, d.h. aber totalitär zu kontrollieren und zu dirigieren« (Fraenkel 1991: 299). Dieser Regelungsanspruch ist zunächst einmal intentional. Auch wenn er als totalitärer Anspruch formuliert wird, konstituiert er noch nicht unbedingt eine totalitäre Wirklichkeit.

Die Entwicklung des politischen Systems der DDR bietet hierfür ein interessantes Exempel. Wesentliches Kennzeichen der politischen Entwicklung in der DDR war der erstaunliche Tatbestand, daß sich die ideologischen Grundlagen des politischen Systems seit dem Ende der 40er Jahre bis zu ihrem Ende im Kern nicht verändert haben. Der Führungsanspruch der SED und die Ideologie des Marxismus-Leninismus sind nie in Frage gestellt worden.

Auf der anderen Seite entfernte sich das politische System schrittweise von der stalinistischen Herrschaft des Terrors, die in der DDR nie so ausgeprägt war wie etwa in der Sowjetunion. Strukturreformen wurden begonnen und wieder verworfen – und am Ende mehr unfreiwillig als bewußt geplant Freiräume für »alternatives« Leben zugelassen. Zugleich aber wurde an den Dogmen des Marxismus-Leninismus festgehalten und allen Vorstellungen von einer Pluralisierung und teilweisen demokratischen Öffnung des Systems eine klare Absage erteilt. Es blieb der totalitäre Anspruch der Partei herrschaft. Es blieb bei der Ablehnung der liberalen Demokratie und rechtsstaatlicher Normen und Verfahren.

Die Etablierung des Sozialismus in der Sowjetischen Besatzungszone und den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern nach 1945 war, von Jugoslawien abgesehen, nicht das Ergebnis einer innergesellschaftlichen Transformation kapitalistischer Produktionsverhältnisse, sondern Fernwirkung der in Jalta beschlossenen Aufteilung Europas in Einflußzonen der Großmächte, zu denen in der Folge des II. Weltkrieges auch die Sowjetunion gestoßen war. Der Sozialismus, der im objektivistisch-deterministischen

Geschichtsverständnis des Marxismus-Leninismus notwendiges Ergebnis eines historischen Prozesses, nämlich die positive Aufhebung des Kapitalismus und kurze Übergangsphase zum Kommunismus sein sollte, etablierte sich nach 1945 als auf Dauer angelegtes Herrschaftssystem und Antipode zum fortbestehenden Kapitalismus, der anders als erwartet, keine Neigung zeigte unterzugehen. Die Stalinsche Reduktion der Wirklichkeit auf die weltweite Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus konnte »Dritte Wege« weder denken noch zulassen. Drei Aspekte prägten diesen Sozialismus sowjetischen Typs, der mit dem demokratischen Sozialismus westeuropäischer Prägung nur noch den Namen gemeinsam hatte:

Erstens: In den industriell wenig oder nicht entwickelten Ländern (Rußland/Sowjetunion, China, Korea, Jugoslawien, Albanien, Rumänien, Bulgarien, später in Kuba und Vietnam) etablierte sich dieser Sozialismus als *Modernisierungssystem*. Er setzte sich das Ziel, die Industrialisierung eines zurückgebliebenen Landes durch eine gewaltige, von der kommunistischen Partei initiierte und gelenkte Anstrengung in kurzer Zeit nachzuholen. Dies forderte ungeheure menschliche und soziale Opfer. Die kommunistische Partei konnte dabei kaum auf die Unterstützung einer Bevölkerung rechnen, die durch diesen Prozeß sozial und kulturell entwurzelt wurde.

Zweitens: In den Ländern Mittel- und Osteuropas (mit der Ausnahme Jugoslawiens) präsentierte sich der Sozialismus als *Okkupationsregime*. Das ökonomische und politische System der Sowjetunion wurde – mit geringfügigen Abwandlungen – sowohl auf »moderne« Länder wie die DDR oder die Tschechoslowakei als auch auf noch nicht voll entwickelte Gesellschaften wie Bulgarien oder Rumänien übertragen, ohne die völlig verschiedenen sozial-ökonomischen, kulturellen und historischen Voraussetzungen in Rechnung zu stellen. Auf der Ebene zwischenstaatlicher Beziehungen wurde das Verhältnis der Vorkriegs-KPs zur KPdSU und zur III. Internationale reproduziert. Die Sowjetunion war die politische, ökonomische, militärische und ideologische Führungsmacht.

Drittens: Ob es sich um industriell entwickelte oder zurückgebliebene Länder handelte, die marxistisch-leninistische Transformationsvorstellung bot für die unterschiedlichen Gesellschaften nur eine Strategie an: die *bürokratisch-zentralistische Regulierung* aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen durch die marxistisch-leninistische Partei, die sich selbst als Avantgarde begriff.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der historischen Legitimation der Systeme des »realen Sozialismus«. Sie waren entstanden und übten ihre Herrschaft aus, weil sie ein politisches Ziel zu verwirklichen trachteten. Insoweit waren sie Zielkulturen (»goal cultures«). Es ging ihnen um die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, in der die Herr-

schaft von Menschen über Menschen abgeschafft und eine neue politische und gesellschaftliche Kultur verwirklicht werde. Die kommunistischen Parteien repräsentierten Bewegungen, welche die politische und gesellschaftliche Kultur transformieren wollten (»culture transforming movements«).

In ihrer eigenen Vorstellung war Politik ein Prozeß, in dem die Ziele und der Wille der herrschenden Klasse, des Proletariats, auf die gesamte Gesellschaft übertragen werden sollte. Politische Prinzipien und Entscheidungen wurden nicht als das Ergebnis eines konfliktreichen Austrags und Ausgleichs unterschiedlicher Interessen, sondern als Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse verstanden. Diese monistische Vorstellung von Politik beruhte auf der ideologisch präformierten Prämisse, daß der Marxismus-Leninismus mit seiner exklusiven Einsicht in die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft in der Lage sei, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte zu erkennen und daraus die »richtigen« Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Verwirklichung des gesellschaftspolitischen Ziels, unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus und schließlich die kommunistische Gesellschaft zu verwirklichen, bedurfte nach Auffassung der SED einer starken, einheitlichen Führung und einer nach einheitlichen Prinzipien gestalteten Politik. Dieser allumfassende Führungsanspruch der Partei fand seinen Niederschlag in einer hyperzentralisierten Struktur des politischen Systems. Politik, Wirtschaft und Verwaltung waren ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Vollzüge einem einheitsstiftenden Prinzip unterworfen – dem »demokratischen Zentralismus«. Mit seiner Hilfe setzten die Parteiführungen ihren Willen innerhalb der kommunistischen Parteien selbst und gegenüber der Gesamtgesellschaft durch.

Der demokratische Zentralismus, im zaristischen Rußland von den in der Illegalität operierenden Bolschewiki entwickelt und von Lenin in seiner Schrift *Was tun?* aus dem Jahre 1902 theoretisch begründet, war in der Zwischenkriegszeit zum herrschenden Organisationsprinzip der Parteien der Kommunistischen Internationale geworden und wurde nach dem II. Weltkrieg in den sozialistischen Ländern von einem innerparteilichen zu einem Strukturprinzip der gesamten Gesellschaft erhoben. Der demokratische Zentralismus schuf eine dichotomische Struktur der Gesellschaft. Die Partei stand als führende Kraft den Bürgern gegenüber, von denen erwartet wurde, die von der Partei formulierten Ziele zu ihren eigenen zu machen. Er stellte zudem ein hierarchisches Verhältnis zwischen der Partei (bzw. dem Parteiapparat) und den übrigen »gesellschaftlichen Organisationen« her. Verbände und Vereinigungen, die das Alltagsleben der Menschen mitgestalteten, waren keine eigenständigen Organisationen, die wie in einer pluralistischen Gesellschaft dem Willen ihrer Mitglieder Gehör verschaffen

und ihre Interessen gegenüber der Politik vertreten sollten, sondern hatten als »Transmissionsriemen« den Willen der Partei in allen Bereiche der Gesellschaft umzusetzen – sei es in der Arbeitswelt, im Bildungswesen, der Wissenschaft oder Kultur.

Ein ebenso instrumentelles Verständnis hatte die SED auch von den Aufgaben und Funktionen des Staates. Er sollte nicht mehr, aber auch nicht weniger sein, als das »Hauptinstrument« der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, mit dessen Hilfe sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele zu verwirklichen gedachte. Politik war im Verständnis des SED Staatspolitik. Das war nicht selbstverständlich angesichts einer Theorie, die sich auf Marx und Engels berief, deren Vision es gewesen ist, den Staat als Unterdrückungsinstrument abzuschaffen, nicht aber einer neuen, mit allen Machtmitteln ausgestatteten und demokratisch nicht legitimierten und kontrollierten Führung zu überlassen. Der Marxismus-Leninismus beschrieb diesen neuen Typus von Staat als »Diktatur des Proletariats« – Vorbild war die Sowjetunion.

Im politischen Verständnis der SED sollte der Staat die Gesellschaft organisatorisch, die Partei sie politisch-ideologisch zusammenhalten. Der Staat mußte parteilicher Staat sein und sich in allen seinen Handlungen vom Willen und den Absichten der Partei leiten lassen. Dies bedeutete, daß die SED durch organisatorische Vorkehrungen dafür zu sorgen hatte, daß staatliche Institutionen kein »Eigenleben« entwickeln konnten. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus und die Prinzipien der Kaderpolitik garantierten, daß die »staatlichen Organe« vollständig von der SED abhängig waren und die Weisungen der Partei ausführten.

Zwar gab es auch im politischen System der DDR eine funktionale Aufgabenverteilung zwischen Partei, Exekutive, Legislative und Judikative, zwischen staatlichen Institutionen und »gesellschaftlichen Organisationen« sowie hierarchisch gestaffelte Kompetenzzuweisungen an die regionalen Untergliederungen (Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden). Allerdings wurde die Prärogative der Partei und ihr prinzipielles Recht, jederzeit in staatliche Angelegenheiten und die Belange der Gesellschaft einzugreifen, niemals ernsthaft in Frage gestellt. Das Organisationsgefüge des »realen Sozialismus«, das alle gesellschaftlichen Bereiche umspannte, war Ausdruck einer mechanistischen Konzeption von Politik. Trotz aller Versuche, sich am Muster moderner Organisationsvorstellungen zu orientieren, blieb die marxistisch-leninistische Organisationslehre stets ihrer Herkunft aus geheimbündlerischen Vereinigungen verhaftet und hatte Mühe, sich nach rationalen Kriterien zu organisieren (Ludz 1970: 25ff).

Durch die Vereinigung von staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und staatlicher Bürokratie entstand eine Herrschaftsstruktur, die grundsätzlich keine konkurrierenden Ziele kannte (Hegedüs 1981: 77). Jahrzehnt-

telang wurde der extreme Zentralismus und der Mangel an Demokratie damit gerechtfertigt, daß nur so eine ökonomisch leistungsfähige und sozial gerechte sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden könne. In den 70er und 80er Jahren wurde offenkundig, daß die realsozialistischen Systeme immer weniger in der Lage waren, diese Ziele zu verwirklichen und die notwendigen Modernisierungsprozesse voranzutreiben.

Zwischen dem umfassenden Führungsanspruch der Partei auf der einen und den Anforderungen einer komplexen industriell entwickelten Gesellschaft auf der anderen Seite, die ohne eine strukturelle Differenzierung, die Berücksichtigung von Rationalitäts- und Effektivitätskriterien in der zentral gelenkten und geplanten Wirtschaft und ohne eine minimale Beteiligung der Bürger an den gesellschaftlichen Prozessen nicht auskommen konnte, gab es eine unüberwindbare Kluft. Der Kern und die eigentliche Ursache aller politischen und sozialen Krisen in den Ländern Osteuropas und der DDR war die Tatsache, daß die Sowjetunion auf Grund der nach 1945 entstandenen militärischen und geopolitischen Konstellation die Chance erhielt, ihren neuen Satelliten (oder Verbündeten) ein politisches, soziales und wirtschaftliches System überzustülpen, das für ganz andere sozial-ökonomische Ziele (die der Modernisierung und Industrialisierung eines zurückgebliebenen Landes) und eine ganz andere politische Kultur gedacht war. Die industriell entwickelten Staaten, insbesondere die DDR und die Tschechoslowakei standen also von Beginn vor dem Problem, daß ihnen politische und ökonomische Strukturen oktroyiert wurden, die für ein Land konzipiert waren, in dem es galt, die Industrialisierung unter »sozialistischen« Vorzeichen nachzuholen. Es war das Modell eines Modernisierungssystems mit totalitärem Anspruch, das zum Vorbild der sozialistischen Umgestaltung in der SBZ/DDR wurde. Für ein industriell entwickeltes, wenngleich durch den Krieg zerstörtes Land, bedeutete dies einen historischen Rückschritt mit weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Die Frage, ob die DDR »totalitär« war, läßt sich nicht isoliert beantworten. Als Teil eines Systemsverbunds, dessen Grundstrukturen durch die Sowjetunion in der Zeit des Stalinismus oktroyiert worden waren und die im Verlauf der Jahrzehnte keine grundlegende Reform erfahren haben – alle diesbezüglichen Ansätze, vor allem in den frühen 60er Jahren, wurden nach kurzer Experimentierzeit aus Furcht vor der Gefährdung der »führenden Rolle der Partei« zurückgenommen oder verwässert –, war sie eine Herrschaftsordnung, in der eine Partei, mit dem Verweis auf ihre historische Mission und die objektive Erkenntnis der »historischen Gesetzmäßigkeiten« den Anspruch erhob, alle Bereiche der Gesellschaft nach ihrem Willen zu gestalten. *Insofern*, aber auch nur *insofern*, war die DDR totalitär.

Ein »intentionaler Totalitarismus« ist aber keineswegs mit einem praktisch

realisierten Totalitarismus gleichzusetzen. Allenfalls in den Anfangsjahren der SBZ/DDR waren die Strukturelemente ausgeprägt und die politische Führung willens und fähig, ihren Anspruch mit allen Machtmitteln, d.h. auch mit Terror durchzusetzen. Mit der »Veralltäglicdung« der Revolution, der Verfestigung der neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und mit der Dauer der Herrschaft der marxistisch-leninistischen Partei schlifften sich die totalitären Elemente der Herrschaftsordnung ab – obwohl sie bis zum Ende des Systems, wie die vielfältigen, 1989 nicht realisierten »Notstandspläne« zeigen, als Drohkulisse für politische und gesellschaftliche Krisenzeiten erhalten blieben.

Literatur

- Arendt, Hannah (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München: Piper.
- Aron, Raymond (1970): *Demokratie und Totalitarismus*, Hamburg: Christian Wegner Verlag.
- Bracher, Karl Dietrich (1985): *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, München: dtv.
- Brzezinski, Zbigniew (1962): *Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt*, Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch.
- (1989): *The Grand Failure. The Birth and Death of Communism in the Twentieth Century*, New York: Collier Books (2. Aufl. 1990)
- Fraenkel, Ernst (1991): *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Friedrich, Carl Joachim unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski (1957): *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Friedrich, Carl Joachim (1970): *Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung. Eine empirische Theorie*, Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag (engl.: *Man and His Government. An Empirical Theory of Politics*, New York: McGraw-Hill 1963).
- Furet, Francois (1995): *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München: Piper.
- Glaeßner, Gert-Joachim (1982): *Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1994): *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1995): *Kommunismus – Totalitarismus – Demokratie. Studien zu einer säkularen Auseinandersetzung*, Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Hassner, Pierre (1985): *Communist Totalitarianism: The Transatlantic Vagaries of a Concept*
- Hegedüs, András (1981): *Sozialismus und Bürokratie*, Reinbek: Rowohlt.
- Hildebrand, Klaus (1968): Stufen der Totalitarismusforschung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 9. Jg./1968, Nr. 3, S. 397-422.
- Hobsbawm, Eric (1994): *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991*. London: Michael Joseph.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Kirkpatrick, Jeane (1979): Dictators and Double Standards, in: *Commentary*, Vol. 68 (November 1979), S. 34-45.
- Kosta, Jiří (1974): *Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lane, David (1976): *The Socialist Industrial State. Towards a Political Sociology of State Socialism*, London: Allen & Unwin.
- Linz, Juan J. (1975): Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: Greenstein, Fred I./Nelson W. Polsby (Eds.): *Handbook of Political Science, Bd. 3: Macropolitical Theory*, Reading,

- Mass.: Addison-Wesley, S. 175-411.
- Löwenthal, Richard (1964): *World Communism: The Desintegration of a Secular Faith*, New York/Oxford: Oxford University Press.
- Ludz, Peter Christian (1970): *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, 3. Aufl., Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neumann, Franz Leopold (1977): *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M.: EVA.
- Neumann, Sigmund (1965): *Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of International Civil War*, London: Pall Mall Press.
- Pleyer, Klemens/Joachim Lieser (1969): *Zentralplanung und Recht*, Stuttgart: Fischer.
- Shapiro, Leonard (1969): The Concept of Totalitarianism, in: *Survey. A Journal of Soviet and East European Studies*, No. 73 (Autumn 1969), S. 93-115.
- Talmon, Jacob Leib (1961): *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thalheim, Carl C. (1965): *Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung*, Berlin: Duncker & Humblodt.

Willfried Spohn

Modernisierung und Totalismus Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus in vergleichender Perspektive

Der Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems in Mittel- und Osteuropa bedeutete nicht nur einen tiefgreifenden Epochenumbuch in der europäischen Zivilisation, sondern forderte zugleich die herrschenden Paradigmata in den Sozialwissenschaften heraus, die diesen fundamentalen Umbruch so nicht erwartet und prognostiziert hatten. Auf der einen Seite fanden methodologische Diskussionen statt, die angesichts der Existenz einiger weniger Partialdiagnosen prinzipielle Zweifel an der Prognostizierbarkeit gesamtgesellschaftlichen Wandels erhoben. Auf der anderen Seite standen Versuche, die makroanalytischen Paradigmata selbst einer kritischen Revision zu unterziehen. Vor diesem Hintergrund erfolgte vor allem eine Renaissance der Modernisierungstheorie, die als Rahmentheorie für die Analyse westlicher Gesellschaften durch die marxistische und postmodernistische Kritik an den Rand gedrängt worden war, nun aber für die Transformationsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften das angemessenste Analyseinstrumentarium bereitzustellen schien (Grancelli 1995; Müller 1998a). Gleichzeitig erfolgte aber auch eine Renaissance der Totalitarismustheorie, die am striktesten von der prinzipiellen Unreformiertheit des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems ausgegangen und so einer Diagnose seines Zusammenbruchs am nächsten gekommen war (Jesse 1996; Müller 1998b). Allerdings stehen beide: Modernisierungs- wie Totalitarismustheorie in einem deutlichen inneren Spannungsverhältnis und Gegensatz zueinander.

Die Renaissance der Modernisierungstheorie erfolgte vor allem im Blick auf die sozialen Transformationsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, die nun nach den "fehlgeleiteten" sowjetkommunistischen Modernisierungsexperimenten sich endgültig in Richtung auf eine westliche Modernisierung zu entwickeln schienen. Damit gewann die Anwendung der Modernisierungstheorie auf diese nachholenden Modernisierungsprozesse eine hohe Plausibilität. Doch hatte die Modernisierungs-

theorie schon zuvor in der sozialwissenschaftlichen Sowjetforschung eine dominante Rolle gespielt. Dort wurde allerdings auf ihrer Grundlage die tendenzielle Konvergenz des post-stalinistischen Sowjetkommunismus mit den westlichen Industriegesellschaften angenommen und damit sein Zusammenbruch für unwahrscheinlich gehalten (Bence, Lipset 1995; Malia 1995). Schien so die Modernisierungstheorie für die Analyse der postkommunistischen Gesellschaften am geeignetsten, schien sie gleichzeitig als Analyseinstrumentarium für die Entwicklung der sowjetkommunistischen Gesellschaften eher diskreditiert. So gewann die Totalitarismustheorie wieder an Attraktivität, die von der strukturellen Instabilität des Sowjetkommunismus ausgegangen war.

Die reaktualisierte Totalitarismustheorie richtete sich allerdings nicht nur gegen die etablierte sozialwissenschaftliche Sowjetforschung, sondern erneuerte zugleich den Vergleich zwischen dem sowjetkommunistischen und dem nationalsozialistischen Regime als Varianten totalitärer Herrschaft. Auf dieser Grundlage erfolgte deshalb auch eine Renaissance der vergleichenden Totalitarismus- oder Diktaturforschung (Jesse 1998, Kershaw, Lewin 1997). Dies reaktualisierte aber nicht nur die Kontroverse zwischen Totalitarismus- und Faschismustheorie, sondern auch auf diesem Feld das Verhältnis von Modernisierungs- und Totalitarismustheorie. Auch im Falle des NS-Regimes hatte die Totalitarismustheorie die Grundstrukturen des totalitären Systems ins Zentrum der Analyse gerückt, während die modernisierungstheoretisch und marxistisch orientierten sozialwissenschaftlichen Analysen den Schwerpunkt eher auf die sozioökonomischen und politisch-institutionellen Voraussetzungen und Funktionsweisen des Faschismus legten (Prinz, Zitelmann 1994). Dabei mußte vor allem im Vereinigten Deutschland der reaktualisierte Vergleich zwischen Nationalsozialismus und DDR-Kommunismus eine besondere Brisanz erhalten (Courtois, u.a. 1998; Mecklenburg, Wippermann 1998).

Der rahmentheoretische Gegensatz zwischen Modernisierungs- und Totalitarismustheorie ist somit sowohl für die Analyse des Sowjetkommunismus als auch für den Vergleich von Nationalsozialismus und DDR-Kommunismus grundlegend. Im Kern behauptet die Totalitarismustheorie die Zentralität einer totalitären Grundstruktur für die Erklärung beider Systeme, während die modernisierungstheoretischen Ansätze die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Regimeformen im Kontext spezifischer Modernisierungswege für entscheidend hält. Diesen rahmentheoretischen Gegensatz zwischen Modernisierungs- und Totalitarismustheorie, der sich zudem häufig mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Positionen verknüpft, halte ich für problematisch. Eine Auflösung dieses theoretischen Gegensatzes ist nur möglich, wenn die »totalistischen« Grundlagen der Modernität selbst in die Modernisierungstheorie mit aufge-

nommen und dann auch als Komponente von historischen Modernisierungswegen analytisch mit berücksichtigt werden (Eisenstadt 1998). Ich möchte eine solche rahmentheoretische Rekonzeptualisierung der Modernisierungstheorie zunächst im Rückgriff auf Eisenstadts zivilisationstheoretischen Ansatz vorschlagen (I). Auf dieser Grundlage sollen dann einerseits die nationalsozialistische Herrschaftsordnung und der DDR-Kommunismus im Kontext des deutschen Modernisierungswegs (II) und andererseits die sowjetkommunistische Herrschaftsordnung im Rahmen des russisch/sowjetischen Modernisierungswegs (III) in Umrissen analysiert werden. Der abschließende Vergleich faßt noch einmal vor dem Hintergrund der Totalitarismustheorie die Konsequenzen der jeweils unterschiedlichen Modernisierungswege in Deutschland und Rußland bzw. der Sowjetunion für die unterschiedlichen Ausprägungen und Entwicklungsdynamiken der beiden totalitären Herrschaftsordnungen zusammen (IV).

I. Modernisierung, Modernität und Totalismus

Das klassische Modernisierungsparadigma – wie es sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in der amerikanischen Soziologie entwickelte und darüber die europäische und internationale Soziologie beeinflusste – beanspruchte im Kern, die allgemeinen Strukturmerkmale moderner Gesellschaften und damit die Entwicklungsrichtung zu formulieren, auf die sich traditionelle Gesellschaften hin entwickeln (Berger 1996, Müller, Schmid 1995, Zapf 1969). Ihre theoretisch konziseste Gestalt fand sie in der strukturfunktionalistischen Theorie Talcott Parsons' (Parsons 1977), fungierte aber zugleich in unterschiedlichen Versionen als Rahmentheorie der Modernisierungsforschung, die die weltweit einsetzenden Modernisierungsprozesse international und historisch vergleichend untersuchte. Der Kern der Modernisierungstheorie besteht dabei in der Annahme eines multidimensionalen Bündels progressierender Prozesse sozialen Wandels, die traditionelle Gesellschaften in Richtung auf den modernen Gesellschaftstypus radikal verändern. Das Zentrum des Modernisierungsvorgangs bildet der Prozeß der strukturellen und funktionalen Differenzierung, durch den die gesellschaftlichen Teilbereiche wie Ökonomie, Politik, Recht und Religion eine relative Autonomie gegenüber den traditionell integrierten Gesellschaften gewinnen und durch die in diesen Teilbereichen stattfindenden Modernisierungsprozesse generiert wird. Diese bestehen vor allem in der Entwicklung von Konkurrenzwirtschaft und Industrialisierung; in der Entstehung von marktvermittelten, offenen Sozialstrukturen; in der Formierung von demokratischen Nationalstaaten; und in der Bildung einer säkularen Kultur.

Dieses klassische Modernisierungsparadigma setzte explizit oder implizit die westliche, die westeuropäische oder US-amerikanische Gesellschaft

sowohl als normatives Modell, als auch als evolutionären Zielpunkt aller anderen, sich entwickelnden nicht-westlichen Gesellschaften voraus. Insbesondere in seinen ursprünglich systemfunktionalistischen Formulierungen verband es sich deshalb auch mit einer teleologischen Evolutionstheorie. Der multidimensionale Modernisierungsprozeß wurde häufig als ein zielgerichteter, unilinear, irreversibler, systemischer und tendenziell globaler Entwicklungsprozeß angenommen. Dies unterstellte vor allem die progressive Auflösung vormoderner Traditionen durch Modernisierungsprozesse in einem gegebenen nationalstaatlichen Rahmen. In den entwickelteren Fassungen der Modernisierungstheorie – vor allem durch die theoretischen Revisionen im Rahmen der sich entwickelnden vergleichenden Modernisierungsforschung – wurden dann vor allem die systemfunktionalistischen und evolutionistischen Grundannahmen abgeschwächt. Stattdessen wurden nun stärker die multilinearen, konflikthaften, krisenhaften und reversiblen Verlaufsformen, die konstellativen Mischungen von Tradition und Moderne, sowie im internationalen Kontext die partiellen und defensiven Formen von Modernisierungsprozessen betont (Eisenstadt 1978). Doch im Kern blieb die westliche nationalstaatliche Gesellschaft als normatives und empirisches Entwicklungsmodell vorausgesetzt.

Im Rahmen der vergleichenden Modernisierungsforschung, an der sich namentlich historische Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialgeschichte beteiligten, hatte der Vergleich zwischen den erfolgreichen westlichen Modernisierungsprozessen in Westeuropa und den USA mit den problematischen nachholenden Modernisierungswegen in Deutschland und Rußland eine besondere Bedeutung (Bendix 1978, Gerschenkron 1963, Mann 1993, Moore 1969, Skocpol 1979). Der nachholende Modernisierungsprozeß führte dabei in beiden Fällen nicht nur zu spezifischen ökonomischen, sozialstrukturellen und politisch-kulturellen Modernisierungskonstellationen, sondern verschärfte zugleich die Konflikte zwischen den traditionellen und den modernen Komponenten. Im Vergleich zur westlichen Entwicklung führte etwa die ökonomische Rückständigkeit im Kontext des kapitalistischen Weltmarkts zu einer stärkeren staatlichen Interventionstätigkeit; hatten die traditionellen Klassen der Aristokratie und der Bauernschaft ein größeres Gewicht gegenüber den modernen Klassen der Bourgeoisie und der Arbeiterschaft; und verlief der politische Modernisierungsprozeß entsprechend spät und konflikthaft. Im Vergleich zu den großen Revolutionen in den westlichen Modernisierungswegen, die die Formen moderner Demokratie früh auf den Weg brachten, blieb im deutschen Fall eine solche Modernisierungsrevolution aus und ermöglichte dadurch – unter den Bedingungen einer massiven Modernisierungskrise – die faschistische Diktatur oder führte diese im russischen Fall zu einer kommunistischen Entwicklungsdiktatur, die die sozio-ökonomische Modernisierung mit staatlicher Gewalt nachholte.

In diesem modernisierungsanalytischen Rahmen stellen die nationalsozialistische und sowjetkommunistische Herrschaftsordnungen spezifisch moderne Diktaturen dar. In Deutschland führte das NS-Regime zu einer nachholenden Destruktion der Aristokratie und ihrer sozialen Machtbasis in Staat und Gesellschaft, einer endgültigen Auflösung einer ständischen Sozialstruktur und der Herstellung einer national integrierten Gesellschaft. Insofern bildete es eine Voraussetzung für die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgende Durchsetzung der Demokratie – zunächst in Westdeutschland und nun auch in Ostdeutschland. In Rußland bedeutete der Sowjetkommunismus ebenfalls die Vernichtung der Aristokratie und feudalistischer Strukturen und beseitigte dadurch die Hindernisse für eine rasche Industrialisierung und soziale Modernisierung. In dem Maße, wie diese nachholende Modernisierung erfolgreich war, wurde die staatliche Intervention mit ihren terroristischen Mitteln zunehmend dysfunktional und führte so zu einer stärkeren Liberalisierung des politischen Regimes. Diese modernisierungstheoretische Argumentation kann sich durchaus mit der Totalitarismustheorie verbinden, doch letztlich bleibt die totalitaristische Komponente gegenüber dem primären Aspekt der modernisierenden Diktatur sekundär. Das totalitäre Regime stellt eher einen Begleitumstand in der Errichtung der modernisierenden Diktatur dar, verliert aber seine Funktion im Maße des Fortschritts des Modernisierungsprozesses. Aus der Perspektive westlicher Modernität stellt es letztlich ein Übergangsphänomen in der Entwicklung zu modernen, demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften dar.

Diese modernisierungstheoretische Argumentation stößt jedoch vor allem auf zwei prinzipielle Schwierigkeiten. Zum einen kann sie schwerlich erklären, auf welchen historischen Grundlagen eine moderne Diktatur in diesen beiden Fällen als totalitäre Herrschaftsform entsteht, und zum andern kann sie nicht plausibel machen, weshalb die totalitäre Herrschaft in beiden Fällen letztlich nur durch revolutionäre Mittel zusammenbricht – im Fall des deutschen Nationalsozialismus von außen mit militärischen Mitteln und im sowjetrussischen Fall von innen auf dem Wege einer revolutionären Reform von oben. Diese Einwände stellen auch die zentrale Kritik der Totalitarismustheorie an den modernisierungstheoretischen Erklärungen des Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus dar. Diese hat sowohl in ihrer ursprünglichen Fassung wie auch in ihrer neo-totalitaristischen Erneuerung darauf bestanden, daß beide totalitäre Regime wesentlich durch die Institutionalisierung einer charismatischen Ideologie gekennzeichnet sind. Daraus ergeben sich sowohl die Kernelemente der totalitären Herrschaft in Form einer alleinigen Massenpartei, der ideologischen Mobilisierung, des politischen Terrors und der politischen Kontrolle von Staat, Armee, Medien und Wirtschaft als auch die prinzipielle Instabilität dieser totalitären Herrschaft.

Umgekehrt gilt aber auch die Kritik modernisierungstheoretischer Ansätze an der Totalitarismustheorie: sie kann wiederum nur schwerlich erklären, warum es in bestimmten Phasen von Modernisierungsprozessen zur Etablierung einer solchen totalitären Diktatur kommt, in welcher Form sie sich entwickelt und unter welchen Umständen sie letztendlich zusammenbricht. Diese grundsätzlichen Schwierigkeiten, das Phänomen des Totalitarismus in den Rahmen der Modernisierungstheorie zu integrieren, lassen sich meines Erachtens am überzeugendsten durch den alternativen zivilisationsvergleichenden Ansatz Shmuel Eisenstadts lösen (Eisenstadt 1979, 1987, 1995, 1998). Auch Eisenstadts zivilisationstheoretischer Ansatz ist in dem klassischen Modernisierungsparadigma verortet, doch unterscheidet er sich von ihm durch drei zentrale Prämissen: Erstens geht Eisenstadt davon aus, daß sich Modernisierungsprozesse nicht strukturfunktional-evolutionär, sondern nur als Resultat kollektiven Handelns, insbesondere seitens der Eliten im Zusammenspiel mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in bestimmten historischen Konstellationen durchsetzen; Modernisierungsprozesse sind entsprechend mit sozialem Konflikt und Protest, mit Krisen und eventuellen Zusammenbrüchen verbunden. Zweitens werden in den Modernisierungsprozessen Traditionen keineswegs aufgehoben, sondern diese spielen vor allem in der Form vormoderner Reichsstrukturen und vormoderner religiös-zivilisatorischer Orientierungsrahmen eine konstitutive Rolle für Modernisierungsprozesse; entsprechend münden sie auch nicht in eine universale westliche Modernität, sondern in multiple Modernitäten. Drittens, die Moderne in ihrer Kernstruktur universeller, individueller und kollektiver Autonomisierung enthält eine grundsätzliche Antinomie: sie kann sich entweder pluralistisch oder totalistisch formieren. In diesem Sinne hat die Moderne nicht nur pluralistisch-pragmatische, sondern zugleich auch jakobinisch-totalistische Grundlagen.

Der Eisenstadtsche Begriff des »Totalismus« meint den universellen Anspruch der Moderne auf eine grundsätzliche und allgemeingültige und in diesem Sinne totale Erneuerung der Gesellschaft nach den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Partizipation, der den modernen Revolutionen innewohnt, und sich unter bestimmten historischen Umständen in eine totalitäre Herrschaftspraxis und Gesellschaftsordnung verdichten kann (Eisenstadt 1998). Diese totalistischen Grundzüge gehen historisch auf die christlichen Heterodoxien des späten Mittelalters zurück und kulminieren in den modernen großen Revolutionen, zunächst der englischen Revolution des 17. Jahrhundert und dann der amerikanischen und französischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts. Während in der englischen und amerikanischen Entwicklung zugleich die pluralistischen Gegengewichte der Moderne stark sind, verbinden sich die totalistischen Komponenten der Moderne in der französischen Entwicklung zudem mit

dem Universalitätsanspruch der Aufklärung und gewinnen in dem jakobinischen Fundamentalismus eine besondere Radikalität. Die jakobinisch-totalistischen Grundzüge sind dann auch konstitutiv für die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland und die demokratisch-sozialistische Novemberrevolution wie die nationalsozialistische Gegenrevolution in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auch hier verbindet sich der totalistische Anspruch dieser Revolutionen mit einer (freilich sehr unterschiedlichen) szientifisch begründeten Zivilisationsmission. Die Akzentuierung der totalistischen Grundzüge der Moderne durch Eisenstadt bedeutet keineswegs, daß die Moderne und die an ihr orientierten Modernisierungsprozesse nicht auch und vor allem ein pluralistisches Projekt ist. Die Eisenstadtsche Konzeption meint auch nicht eine bloße Ambivalenz der Moderne im Sinne Zygmunt Baumanns, die in dem ökonomischen-technischen und bürokratisch-organisatorischen Gewaltpotential die prinzipielle Möglichkeit ihres barbarischen Mißbrauchs angelegt sieht (Bauman 1989, 1991, Miller, Soeffner 1996). Vielmehr sind beide: die jakobinisch-totalistischen und die pluralistisch-pragmatischen Dimensionen immanente Potenzen der Moderne, deren Realisierung als Barbarei oder Zivilisation von individuellen und kollektiven Akteuren im Rahmen spezifischer Modernisierungskonstellationen abhängt. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Formierungsmuster kollektiver Identitäten und politischer Kulturen, die einen entscheidenden Einfluß darauf haben, welches Gewicht die pluralen oder totalistischen Komponenten in historisch-spezifischen Modernisierungskonstellationen annehmen.

II. Nationalsozialismus und Kommunismus im Rahmen des deutschen Modernisierungswegs

Die Anwendung der Modernisierungstheorie auf die deutsche Gesellschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gewann weniger in der deutschen Soziologie, als in der sozialgeschichtlichen Analyse des "deutschen Sonderwegs" an Bedeutung. In der Soziologie hatte Ralf Dahrendorf die Sonderwegsthese vorweggenommen, indem er als das Zentrum der "deutschen Frage" nicht die nationale Frage, sondern die Herstellung einer offenen, liberalen Gesellschaft bestimmte (Dahrendorf 1965). In dieser Sicht war der deutsche Modernisierungsweg vor allem durch die Ungleichzeitigkeit zwischen einer dynamischen ökonomischen Modernisierung und der Resistenz feudal-ständischer Strukturen gekennzeichnet. Es war diese strukturelle Diskrepanz, die die Heraufkunft der NS-Diktatur ermöglichte, doch zugleich führte diese zur Vernichtung der traditionellen Sozialstrukturen und stellte insofern eine wichtige Voraussetzung für die Demokratisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Hans-Ulrich Wehler

und Jürgen Kocka entwickelten dann diese Sonderwegsthese zu einem systematischen sozialgeschichtlichen Forschungsprogramm, das den deutschen Sonderweg im Vergleich zu den westlichen demokratisch-kapitalistischen Entwicklungswegen in seinen wichtigsten Strukturelementen der ökonomischen Modernisierung, den sozialen Klassenkonstellationen und den politischen Herrschaftsformen beschrieb (Kocka 1989, Wehler 1987, 1995; vgl. Hoffmann 1996). Die wichtigsten Stufen des deutschen Sonderwegs waren dabei die fehlgeschlagene demokratische Revolution von 1848/49; die stattdessen erfolgende nationalstaatliche Einigung in Form der Revolution von oben 1870/71; die dadurch ermöglichte Kontinuität eines semi-parlamentarisch-spätabsolutistischen autoritären Nationalstaats; die sozial-imperialistische Kompensation der inneren politischen Spannungen und die dadurch folgende imperialistische Kriegspolitik; die Entwicklung eines autoritären organisierten Kapitalismus als Konzession an die verstärkten Klassenspannungen während des Ersten Weltkriegs; die Restabilisierung der autoritären Eliten in Staat, Verwaltung und Armee gegen die durch die Novemberrevolution freigesetzte parlamentarische Demokratie und schließlich ihre entscheidende Rolle in der Etablierung der NS-Diktatur unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise.

Die Sozialgeschichte des deutschen Sonderwegs kam vor allem von zwei sehr unterschiedlichen Seiten unter Beschuß. Geoff Eley und David Blackbourn kritisierten aus einer kulturmarxistisch-alltagshistorischen Perspektive die Refeudalisierungsthese, betonten stattdessen die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung des Kaiserreichs und die Rolle kapitalistischer Strukturen für die Heraufkunft des Faschismus (Blackbourn, Eley 1984). Thomas Nipperdey bestritt aus kulturhistorischer Sicht die Kontinuitätsthese autoritärer Traditionen und betonte stattdessen die relative politische Modernität des Kaiserreichs, den tiefen Einschnitt des Ersten Weltkriegs und die grundsätzliche Diskontinuität zwischen dem Konservatismus der deutschen Eliten und dem extremen Nationalismus des Nationalsozialismus (Nipperdey 1981). Unter dem Eindruck dieser Kritik wurde die Sonderwegsthese vor allem durch eine vergleichende Analyse des Bürgertums und der Zivilgesellschaft erweitert und präzisiert (Kocka 1989). Es steht dabei außer Frage, daß die Sonderwegsthese in ihrer präzisierten Form entscheidende Strukturkomponenten des deutschen Modernisierungswegs formuliert. Doch führt die Orientierung der Sonderwegsthese an dem evolutionistischen Modernisierungsparadigma insbesondere dazu, das Schwergewicht der Erklärung der Entstehung des totalitären NS-Regimes vor allem auf die ökonomischen, sozialstrukturellen und politischen Strukturkomponenten zu legen und demgegenüber die zivilisatorischen und kulturellen Strukturkomponenten zu vernachlässigen. Aus der Perspektive der revisionistischen Modernisierungstheorie Shmuel Eisenstadts werden dabei insbesondere

zwei Dimensionen vernachlässigt: Zum einen werden die imperialen und föderalen Grundlagen und Komponenten der deutschen Nationbildung und die kulturelle Eigenart des deutschen Nationalismus nicht ausreichend berücksichtigt; und zum andern fehlt eine Analyse der Eigenart der politischen Kultur und ihrer totalistischen Elemente und damit der kulturellen Eigenart der sich entwickelnden Demokratie und Zivilgesellschaft in Deutschland.

Anders als es eine modellartige Orientierung an der westeuropäischen Entwicklung nahelegt, handelt es sich bei der deutschen Nationalstaatsbildung nicht bloß um einen zeitlich verspäteten und dadurch stärker konfliktbeladenen Prozeß politischer Modernisierung. Vielmehr gehört die Entwicklung des deutschen Nationalstaats einer anderen europäischen Staatsbildungszone an, in der eine politisch hochfragmentierte Reichsstruktur mit einer umfassenden nationalen Hochkultur zusammentraf (Spohn 1995). Daraus entstand nicht nur der im Unterschied zum westeuropäischen staatsgebundenen Nationalismus spezifisch deutsche Einigungsnationalismus, sondern entwickelten sich auch für den auf seiner Grundlage im Zusammenspiel zwischen Preußen und dem deutschen Bund geschaffenen deutschen Nationalstaat spezifische Strukturprobleme nationaler Integration, die in den westeuropäischen Nationalstaaten kaum eine Rolle spielten (Breuilly 1992). So schloß die »klein-deutsche« Lösung des Zweiten Deutschen Reichs nicht nur bedeutende ethnonationale Minderheiten ein, sondern auch bedeutende deutsche Bevölkerungsgruppen aus; dazu kamen vor allem der Gegensatz zwischen den ethnoterritorialen-föderalen und den zentralistischen Strukturen und der konfessionelle Gegensatz zwischen den protestantischen und katholischen Regionen; und diese imperial-nationalen, föderal-zentralistischen und konfessionellen Gegensätze wurden durch die semi-konstitutionelle autoritäre Staatsform des Kaiserreichs ganz erheblich verschärft. Diese Gegensätze innerhalb der deutschen Nationalstaatsbildung bestimmten auch zentral die Geschehnisse der Weimarer Republik, die nicht nur durch die »nationale Demütigung« eines verlorenen Weltkriegs belastet war, sondern auch Resultat einer demokratisch-sozialistischen Revolution war, die nur von Teilen der Bevölkerung als wirklich legitim anerkannt wurde. Es war diese Verschärfung der nationalen Integrationsprobleme nach dem Ersten Weltkrieg, die im Vergleich zu westeuropäischen Ländern die besonders ausgeprägte Form eines integralen Nationalismus bedingte und den Aufstieg seiner radikalsten Variante des totalitären Nationalsozialismus ermöglichte.

Die totalitäre Ausprägung des integralen Nationalismus und seine weitverbreitete Attraktivität in der Weimarer Republik aktualisierte freilich totalistische Komponenten, die von Anfang an in dem deutschen Modernisierungsprojekt in unterschiedlichen kulturellen und politischen Formen eine

Rolle gespielt hatten (Spohn 1999a). Zu nennen wäre hier zunächst der in der Protestantischen Reformation gründende religiöse Gegensatz zwischen der pietistisch-lutherisch orthodoxen Staatstreue und dem chiliastischen Utopismus der heterodoxen Täuferbewegung. Dieser Gegensatz fand sich dann wieder in der kulturhumanistisch-idealistischen Identifikation mit dem aufgeklärten Absolutismus Preußens und den chiliastisch-universalistischen Strömungen innerhalb der früh-sozialistischen Bewegungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Im Kaiserreich fand dieser Gegensatz seine Fortsetzung in der kulturprotestantischen und kulturhumanistischen Legitimation des autoritären Nationalstaats, die sich insbesondere gegen Sozialdemokratie, Katholizismus und nationale Minderheiten richtete, und des marxistischen Chiliasmus der deutschen Sozialdemokratie, der in einer utopisch-sozialdarwinistischen Radikalisierung des hegemonialen Kulturhumanismus die Heraufkunft des demokratischen Volks- und Zukunftsstaats erwartete. Gegenüber diesem Kulturoptimismus verstärkten sich umgekehrt ein prinzipialisierter Kulturpessimismus und ein sozialdarwinistisch-nationalistischer Rassismus. Unter den nicht erwarteten Entstehungsbedingungen der Weimarer Republik identifizierten sich vor allem Sozialdemokratie, Linksliberalismus und Katholizismus mit der Demokratie. Aber diese erste parlamentarische Demokratie entsprach weder den marxistisch-chiliastischen Erwartungen eines sozialistischen Zukunftsstaats und führte so zu einer einflußreichen kommunistischen Bewegung, noch entsprach sie den kulturprotestantischen und -humanistischen Werten eines starken deutschen Nationalstaats. Der extreme Nationalismus des Nationalsozialismus bündelte vor allem die chiliastischen: sozialistischen wie konservativen, sozialdarwinistischen wie radikalisierten kulturhumanistischen und kulturprotestantischen Strömungen gegen die als national desintegrativ wahrgenommenen Kräfte des Marxismus, Liberalismus, Kapitalismus und der ethnischen Minderheiten (Lespius 1966, Mosse 1981). Als solcher besaß er nicht nur im Kleinbürgertum, sondern auch in den traditionellen Eliten, dem Bildungsbürgertum, der weder sozialdemokratisch noch kommunistisch organisierten Arbeiterschaft und der Bauernschaft vor allem in den protestantischen und weniger in den katholischen Regionen eine hohe Attraktionskraft.

Die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland teilt mit anderen faschistischen Regimen in Süd- und Ostmitteleuropa vor allem seine Grundlage eines integralen Nationalismus (Bracher 1970, Nolte 1973). Sein totalitärer Charakter im Unterschied zu anderen faschistischen Regimes resultiert im Kern aus der Bündelung unterschiedlicher chiliastischer-totalistischer Strömungen innerhalb der deutschen Bevölkerung und seine sich daraus speisende charismatische Legitimation. Der biologische Rassismus und Antisemitismus stellte hierbei eine zentrale Quelle der Legitimation vor al-

lem in der nationalsozialistischen Führung und Bewegung dar, weniger in der Bevölkerung, in der er eine Dimension neben den nationalistischen, imperialen, sozialistischen und vor allem staatspietistischen Quellen bildete. Der Holocaust war eher ein zweifelhaftes Instrument der Legitimitäts Herstellung und wurde deshalb im Kontext des Zweiten Weltkriegs weitgehend außerhalb des deutschen Staatsgebiets durchgeführt. Im Zentrum der charismatischen Legitimität des NS-Regimes stand dagegen der geeinigte, soziale und machtvolle imperiale Nationalstaat. Dazu gehörten vor allem auch die Modernisierungsleistungen des Nationalsozialismus: die Wiederherstellung nationaler Souveränität, die ökonomisch-technische Modernisierung, die interregionale soziale Mobilität, die Auflösung ständischer Sozialstrukturen und die Wiederherstellung eines Sozialstaats nach der Weltwirtschaftskrise (Prinz, Zitelmann 1994). Der NS-Totalitarismus manifestierte sich deshalb vor allem in seiner rassistisch-totalistischen Gewalt nach außen, der Vernichtung und Versklavung anderer Völker, während er nach innen bis in den Zweiten Weltkrieg hinein mit Ausnahme der verfolgten Opfer und Gegner des Regimes auf einer weitverbreiteten Legitimationsgrundlage beruhte. Nach innen war deshalb der NS-Totalitarismus auch stärker polykratisch, weniger bürokratisch und durch einen relativ geringen Terror innerhalb des NS-Regimes selbst, aber auch innerhalb der weiteren deutschen Bevölkerung gekennzeichnet (Mommssen 1991). Diese legitimatorischen Grundlagen verfielen erst in dem Maße, wie die irrational-totalistische Kriegsführung des NS-Regimes die deutsche Nation selbst in die Katastrophe führte. An diesem Punkt kristallisierte sich auch die einzige wirklich regimegefährdende politische Opposition gegen Hitler, die im Kern aus den kulturhumanistischen Ober- und Mittelschichten kam. Ihre Niederlage besiegelte, daß das NS-Regime nur durch die militärische Allianz von außen gestürzt werden konnte. Der totalitäre Charakter des NS-Regimes erwies sich vor allem daran, daß es nicht durch eine evolutionäre Modernisierung, sondern nur durch revolutionäre oder militärische Gewalt zerschlagen werden konnte.

Während der NS-Totalitarismus im Kern auf dem Boden eines integralen Nationalismus unter Mobilisierung der totalistischen Komponenten des deutschen Modernisierungswegs autochthon entstand, wurde das kommunistische DDR-Regime in Ostdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg im wesentlichen von außen durch die von der Sowjetunion gesetzten Rahmenbedingungen ermöglicht (Kaelble, Kocka 1994, Meuschel 1992, Schröder 1998). Allerdings spielte in der Formierung des DDR-Regimes gleichzeitig die totalistischen Komponenten der sozialistisch/kommunistischen Tradition eine zentrale Rolle. Sie waren nicht nur lebendig in der schon in der Weimarer Republik durch die sowjetische Führung beeinflussten und später im Moskauer Exil gefügig gemachten KPD, sondern auch in den kollekti-

vistischen Orientierungen der sozialdemokratischen wie kommunistischen Arbeiterbewegung, die als Reaktion auf die gemeinsame Unterdrückung in der NS-Diktatur eher verstärkt wurden und zu einer anfänglich im Vergleich namentlich zu Polen relativ starken Identifikation mit dem entstehenden antifaschistischen DDR-Regime führten. Die entstehende Form des sowjetkommunistischen Totalitarismus wurde dabei wiederum durch einige politisch-kulturelle Dimensionen des deutschen Modernisierungswegs, aber auch durch die spezifische geopolitische Lage der DDR bestimmt. Einerseits spielten für die hochgradig verstaatlichte Form des DDR-Regimes wiederum die fast ausschließlich protestantisch-kulturellen Grundlage in dem post-preußischen Ostdeutschland eine Rolle, die eine spezifisch pietistische, säkular-religiöse Staatsloyalität reproduzierte und auch den in eine Minderheitenrolle gedrängten Protestantismus zu einer Kirche im Sozialismus werden ließ (Pollack 1994). Andererseits führte die Existenz Westdeutschlands zu einer umfangreichen Emigration gerade der politisch oppositionellen Strömungen konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Provenienz. Zugleich konnte auch die DDR nach der territorialen Stabilisierung mit dem Mauerbau eine, zumindest im Vergleich zu anderen sowjetkommunistischen Ländern, erfolgreiche ökonomische Modernisierung mit relativ gut funktionierender staatlicher Verwaltung und sozialer Sicherung aufweisen. Der dennoch sich verstärkenden Erosion sozialistischer Legitimität begegnete das DDR-Regime zudem durch die Adaptation an die nationalen, protestantischen, kulturhumanistischen und auch preußischen Traditionen sowie an die westliche Konsum- und Kulturstile. Charakteristischerweise waren schließlich die einzigen Formen der Opposition, die sich gegen Ende der DDR entwickelten, ein dissidenter Sozialismus und ein pazifistischer Protestantismus, während sich der latente Nationalismus erst im Zusammenbruch der DDR artikulierte. Der Totalitarismus äußerte sich so – im radikalen Unterschied zum Nationalsozialismus – nicht in einer totalitären Gewalt nach außen, sondern im größeren Ausmaß der inneren totalitären Kontrolle und Homogenität.

III. Sowjetkommunismus und russisch-sowjetischer Modernisierungsweg

Nicht nur der deutsche Fall, auch die zaristisch-sowjetische Entwicklung Rußlands stellt einen prominenten Fall der Anwendung der klassisch evolutionistischen Modernisierungstheorie dar (Black 1960). Aus dieser Perspektive war der russische Modernisierungsweg aufgrund der enormen ökonomischen Rückständigkeit des zaristischen Reichs im Rahmen der dynamischen kapitalistisch-industriellen Entwicklung Westeuropas durch eine erheblich schärfere Diskrepanz zwischen ökonomischer und politischer

Modernisierung als im Fall der deutschen Entwicklung gekennzeichnet. Im Rahmen der geopolitischen Konkurrenz war es primär der zaristische Staat, der die ökonomische Modernisierung des industriell-militärischen Sektors mit einem rigorosen Staatsinterventionismus vorantrieb, dadurch aber zugleich die staatlich-feudale Besteuerung der Bauernschaft erhöhte und so mit der Konservierung der ökonomischen Rückständigkeit der Agrarwirtschaft erkaufte. Dieser Staatsinterventionismus erfolgte im Rahmen einer autokratischen Herrschaft, die auf der staatlichen Einbindung des Adels, der staatlichen Kontrolle der Mittelschichten sowie der staatlichen Unterdrückung der Bauernschaft beruhte. Diese autokratische Herrschaft war äußerst resistent gegenüber politischen Modernisierungsprozessen, verschärfte aber dadurch gerade die politischen Spannungen zwischen Autokratie und den sich verstärkenden Modernisierungsbestrebungen. Die wichtigsten Etappen des russischen Modernisierungswegs im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren die Niederschlagung des Dezembristenaufstands und die Intervention gegen die europäische Revolution von 1848/49; die Modernisierung von Armee, Verwaltung, Industriewirtschaft und Agrargesetzgebung als Reaktion auf die militärische Niederlage im Krimkrieg; die Blockade jeglicher Liberalisierung der Autokratie und die nur halbherzigen konstitutionellen Konzessionen im Gefolge der Revolutionen von 1905; der Zusammenbruch des Zarismus im Ersten Weltkrieg in der Februarrevolution von 1917 und die durch die bolschewistische Oktoberrevolution erfolgende Etablierung einer autokratischen Entwicklungsdiktatur mit einer sich verschärft fortsetzenden Modernisierungs- und Repressionsdynamik. Auch wenn diese modernisierungstheoretische Interpretation des russischen Modernisierungswegs zu keiner schulmäßigen "russischen Sonderwegstheorie" wie im deutschen Fall geführt hat, so stellt sie doch einen einflußreichen Bezugsrahmen für sozialgeschichtliche Darstellungen und historisch-soziologische Erklärungen der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung Rußlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert dar (vgl. Haumann 1997, Hosking 1998, Zernack 1994). Im Rahmen dieser modernisierungstheoretisch orientierten Interpretationen können wohl vor allem die sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Dimensionen des russischen Modernisierungswegs erklärt werden, doch führt auch hier ihre modellartige Orientierung an der westeuropäischen Entwicklung wie im deutschen Fall zu charakteristischen Verzerrungen. Vier Punkte seien hervorgehoben. Zum einen handelt es sich im Falle des zaristischen Staats nicht um einen Nationalstaat im westeuropäischen Sinne, sondern durch die Kolonialerwerbungen im sibirischen Osten, dem islamischen Süden und dem europäischen Westen um eine multiethnische Reichsbildung größten Ausmaßes (Seton-Watson 1977). Zum andern führte die zaristische Autokratie zu einer umfassenden polizeilich-administrativen Kontrolle der Zivilgesell-

schaft, was eine Formierung sozialer Klassen und politischer Parteien im westeuropäischen Sinne unmöglich machte und eine entsprechende Isolation der Intelligencija mit sich brachte (McDaniel 1988, Pipes 1974). Des Weiteren spielte die enge cäsaropapistische Verbindung von autokratischem Staat und christlich-orthodoxer Kirche und die darin institutionell verankerte christlich-zivilisatorische Mission gegenüber den nicht-christlichen Völkern eine zentrale Rolle (Baron 1960). Schließlich provozierte diese umgekehrt eine besonders ausgeprägte totalistische Ablehnung von zaristischer Autokratie und Orthodoxer Kirche in christlich-apokalyptischen wie marxistisch-utopischen Formen (Berdyajev 1992). Aus der Perspektive der Eisenstadtschen Revision des Modernisierungsparadigmas möchte ich vor allem die imperial-strukturellen und die totalistisch-kulturellen Komponenten des zaristisch-russischen Modernisierungswegs und seine Konsequenzen für die sowjetkommunistische Entwicklung hervorheben.

Weniger noch als die deutsche Nationalstaatsbildung läßt sich die zaristisch-sowjetischen Staatsbildung nach dem Modell des westeuropäischen Nationalstaats verstehen. Das zaristische Reich gehört neben dem Osmanischen Reich der kontinentalen eurasischen Staatsbildungszone an, die seit dem oströmischen und byzantinischen Reich bis ins 20. Jahrhundert hinein durch eine Kontinuität von Reichsbildungen gekennzeichnet war (Barkey, Hagen 1997, Rudolph, Goode 1992, Spohn 1998). Das Osmanische Reich zerfiel erst durch den Aufstieg des Nationalismus in den von ihm beherrschten Völkern und wandelte sich dann selbst durch die kemalistische Revolution in einen modernen Nationalstaat um. Das zaristische Reich zerbrach dagegen durch die Erschütterungen im Ersten Weltkrieg nicht, sondern setzte sich über die Oktoberrevolution in der Form der Sowjetunion in neuer Gestalt fort. Ein Grund hierfür war, daß die bolschewistischen Revolutionäre keine national-russisch, sondern eine marxistisch-internationalistisch orientierte Elite darstellte und deshalb, trotz einiger eher taktischer Konzessionen von Lenin, im Kern das zaristische Reich territorial erhalten wollten. Eine andere Ursache bestand in der relativen Schwäche des Ethnonationalismus – mit Ausnahme in der ostmitteleuropäischen Peripherie – in weiten Teilen des zaristischen Reichs und der entstehenden Sowjetunion. Beides sollte sich jedoch im Verlauf der sowjetischen Entwicklung grundlegend ändern (Stölting 1990). Einmal führte die sowjetische Nationalitätenpolitik – noch inspiriert durch den bolschewistischen Internationalismus – zu einer de-facto Anerkennung der verschiedenen Völker als Titularnationen (Brubaker 1996). Zum anderen erneuerte Stalin eine groß-russische und imperial-expansive Politik im Zentrum bei gleichzeitiger Unterdrückung der peripheren Nationalismen. Beides sollte langfristig die ethnonationalen Spannungen in der Sowjetunion entscheidend verschärfen und zwar in dem Maße, wie ihre internationalistisch-sozialistischen Legi-

timationsgrundlagen erodierten (Motyl 1994). Einer der entscheidenden Ursachenkomplexe für den Zerfall der Sowjetunion bestand nicht einfach in der geopolitischen Überdehnung militärischer Herrschaft, sondern in der Revitalisierung separatistischer Nationalismen, vor allem an seiner europäischen Westflanke, aber auch an seiner islamischen Südflanke.

Nun setzte die Sowjetunion freilich nicht nur den zaristischen Modernisierungsweg und das zaristische Imperium auf einer höheren Stufenleiter fort, sondern die revolutionär-bolschewistischen Ursprünge institutionalisierten ein totalistisch-utopisches Modernisierungsprojekt, das westliche Formen der Modernität mit russischen Traditionen und Modernisierungsbedingungen verband und die sowjetische Entwicklung entscheidend beeinflusste (Arnason 1993, McDaniel 1996). Eine kulturelle Grundlage dieses utopischen Totalismus bildete zunächst die autokratisch und christlich-orthodox begründete russische Idee einer gegenüber dem Westen eigenständigen Zivilisationsmission. Der russische Marxismus – aus der Identifikation mit der westlich-jakobinischen Modernität und der radikalen Negation der autokratisch-christlichen Tradition entstanden – erneuerte diese russische Idee in der Form einer mit der bolschewistischen Revolution beginnenden universal-kommunistischen, die Schranken des westlichen, egoistisch-materialistischen Kapitalismus überwindenden industriellen Zivilisationsmission (Walicki 1996). Diese verengte sich wohl mit der Niederlage kommunistischer Revolutionsversuche in Westeuropa auf den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, blieb aber als utopischer Kern für den gesamten sowjetischen Modernisierungsweg konstitutiv. Dieses Zivilisationsideal schien im Kriegskommunismus schon rudimentär erkennbar, mußte wohl durch die Nachkriegsumstände erzwungen mit der Neuen Ökonomische Politik zeitweilig aufgegeben werden, erforderte aber so bald wie möglich einen zweiten Anlauf zu einer raschen Industrialisierung. Es motivierte im wesentlichen die Stalinsche »zweite Revolution« einer utopisch forcierten Industrialisierung gegen die realistischen Optionen der ökonomischen Experten und um den Preis der Zwangskollektivierung der Bauernschaft. Der militärische Sieg im Zweiten Weltkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland verschaffte dieser utopisch-gewaltmäßigen Industrialisierungspolitik nicht nur eine nachträgliche Legimitation, sondern ermöglichte nun auch die Überschreitung der nationalen Begrenzung des kommunistisch-universalen Zivilisationsprojekts. Dazu trug insbesondere die Ausweitung des sowjetischen Imperiums nach Mitteleuropa hinein und die weltweite Ausbreitung kommunistischer und sozialistischer Regimes im Zuge der Dekolonialisierung der Dritten Welt bei. Aber auch die relativ hohen Wachstumsraten der sozialistischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg schien eine baldige Verwirklichung des kommunistischen Zivilisationsprojekts anzuzeigen. Der utopisch-totalistische Legimitationskern

der sowjetkommunistischen Herrschaft war erst bedroht, als die Konflikte innerhalb des sozialistischen Lagers zunahmen, die internationale Attraktivität des Kommunismus abnahm, der ökonomische Niedergang der zentral gelenkten Wirtschaften trotz kontinuierlicher marktwirtschaftlicher Reformversuche sich im Vergleich zu dem rasanten Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Länder beschleunigte; und dadurch die industriell-zivilisatorischen Legimitationsgrundlagen zunehmend in Frage gestellt wurden. Die schließliche revolutionäre Reform von oben durch Gorbatschow versuchte diesen Niedergangsprozeß umzukehren – charakteristischerweise unter Remobilisierung des utopischen Kerns des sowjetkommunistischen Modernisierungsprojekts in Form des dritten Wegs, aber ohne strategische Antworten auf die ökonomischen Strukturprobleme ökonomischer Reform und die explosiven Konsequenzen des separatistischen Nationalismus (Segbers 1989).

Die totalistisch-jakobinische Komponente stellt so auch eine Grundstruktur des sowjetischen Modernisierungswegs dar und bildet die Grundlage für den spezifisch sowjetischen autokratisch-ideokratischen Totalitarismus – allerdings nicht im Sinne eines fixierten Systems, sondern in unterschiedlichen Ausprägungen in den verschiedenen Phasen des sowjetischen Modernisierungsweges. Die bolschewistische Phase war trotz des fehlenden staatlichen Konstitutionalismus und des einsetzenden politischen Terrors noch ein relativ offenes Anfangsstadium ohne totalitäre Kontrolle der Gesellschaft. Erst in der Stalinschen »zweiten Revolution« erfolgte die Reetablierung autokratischer Herrschaftsstrukturen in totalitärer Form (Arnason 1993, Lorenz 1976, Pipes 1994). Ihre wesentlichen Bestandteile waren die staatliche Kollektivierung der Landwirtschaft und der staatliche Aufbau der Industrie, die damit verbundene Entwicklung der staatlichen Bürokratie unter gleichzeitiger terroristischer Ausschaltung jeglicher Form von aktueller oder potentieller Opposition in Wirtschaft, Militär, Staat und Partei einschließlich der gesamten bolschewistischen Elite. Der Terror richtete sich dabei nicht so sehr auf die Ausschaltung einer ohnehin kaum existierenden bürgerlich-kapitalistischen Klasse, sondern auf die Zerstörung einer sich in ersten Anfängen befindenden autonomen Zivilgesellschaft. Die Etablierung der totalitären Autokratie verband sich zugleich mit einer chiliastischen, politischen und sozialen Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung. Ihre charismatischen Grundlagen beruhten dabei im Kern auf einer Mischung zwischen der traditionellen, orthodox-christlich geprägten Leidenskultur des russischen Volkes und der modern-totalistischen Zivilisationsmission der Partei, in deren Rahmen der Terror einen chiliastischen Sinn bekam und dem sich deshalb auch die meisten bolschewistischen Kader innerlich unterwarfen. Das stalinistische Regime stellt also nicht einfach nur eine modernisierende Entwicklungsdiktatur dar – dies war die zaristische Auto-

kratie ja auch gewesen –, sondern eine totalitäre Entwicklungsdiktatur, in der sich traditionelle wie modern-totalistische Strukturen kombinierten. Gegenüber dem stalinistischen Totalitarismus waren die post-stalinistischen Phasen unter Chruschtschew, Kossygin und Breschnew durch ein deutliches Nachlassen der totalitären Gewalt gekennzeichnet (Arnason 1993, Pipes 1994, Zaslavsky 1982). Dies war einerseits das Resultat der Selbstkritik der Partei, der Normalisierung des politischen Regimes, der inneren Erschöpfung der Gesellschaft und vor allem dem Nachlassen des sozialistisch-autokratischen Chiliasmus – also der Veralltäglichung der charismatischen Autokratie. Dieses deutliche Nachlassen der totalitären Gewalt war andererseits die Folge des sozialen Wandels durch Industrialisierung, Urbanisierung, Lebensstandarderhöhung und eine sozialstaatliche Grundabsicherung. Die sich nach der Phase der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« entwickelnde Industriegesellschaft machte nicht nur den Terror dysfunktional, sondern veränderte vor allem auch die Legitimitätsgrundlagen des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems. Sie beruhten jetzt weniger auf den chiliastischen Zukunftsvisionen einer industriellen Zivilisation, als eher auf den Modernisierungsleistungen dieser Zivilisation. Unter diesen Voraussetzungen milderten sich auch die Formen autokratischer Kontrolle von Partei, Staat, Militär, Medien und Wirtschaft ab, doch wurden damit keineswegs die totalitären Kontroll- und Repressionsformen und ihre totalistische Legimitation gänzlich abgeschafft. Bei allen politischen Öffnungen blieb auch in den poststalinistischen Phasen das Zentrum politischer Herrschaft die autokratische Kontrolle von Staat und Gesellschaft. Daran scheiterten letztlich auch alle politischen und ökonomischen Reformprojekte, die mit dem zunehmenden ökonomischen Niedergang der zentral gelenkten Wirtschaft eine immer größere Dringlichkeit bekamen, aber gleichzeitig die sowjetkommunistische Autokratie und ihre Zivilisationsmission unterminierten. Erst Gorbatschows Perestroyka versuchte unter dem wachsenden inneren und äußeren Druck eine prinzipielle Öffnung – doch charakteristischerweise als revolutionäre Reform von oben und unter Remobilisierung der utopischen Quellen des kommunistischen Modernisierungsprojekts und nicht über eine politische Opposition von unten gegen das spät-totalitäre autokratische Regimes. Die post-stalinistischen Phasen der sowjetkommunistischen totalitären Autokratie verlieren also viele Züge des stalinistischen Totalitarismus und rechtfertigen deshalb auch den Begriff des Posttotalitarismus. Aber es handelt sich dabei nicht – wie häufig in der Transformations- und Transitionsliteratur unterstellt – lediglich um ein autoritäres Regime (Linz, Stepan 1996). In den poststalinistischen Phasen blieben sowohl die autokratische Grundstruktur wie auch die totalistischen Komponenten konstitutiv und beides ist entscheidend nicht nur für die Form des Zusammenbruchs der Sowjetunion, sondern auch für die Prozesse der postsowjetischen Transfor-

on, sondern auch für die Prozesse der postsowjetischen Transformation.

IV. Schluß: Ein zusammenfassender Vergleich

Der skizzierte Interpretationsansatz von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus unternahm keinen Systemvergleich im Sinne der vergleichenden Totalitarismus- oder Diktaturforschung. Vielmehr versuchte er, beide totalitären Herrschaftsformen und ihre innere gesellschaftsgeschichtliche Dynamik in den Kontext der jeweiligen historischen Modernisierungswege in Deutschland und Rußland zu stellen. Das dabei verwandte Modernisierungskonzept orientierte sich nicht an dem dominanten evolutionistischen Paradigma, das in Orientierung an dem westlichen Modernisierungsmodell beide totalitären Regimeformen im wesentlichen als modernisierende Entwicklungsdiktaturen unter den Bedingungen spezifischer sozio-ökonomischer und politisch-institutioneller Modernisierungskrisen erklärt. Das hier verwandte Modernisierungskonzept folgte stattdessen der zivilisationstheoretischen Reformulierung durch Shmuel Eisenstadt, der im Rahmen der europäischen Zivilisation neben den sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Dimensionen ebenso die imperialen und religiös-kulturellen Grundlagen und Komponenten von Modernisierungsprozessen und die in sie eingebetteten kollektiven Orientierungsmuster und Identitäten zentral berücksichtigt. Dabei spielt methodologisch eine zentrale Rolle, welches Gewicht die pluralen oder totalistischen Dimensionen der Modernität in den einzelnen Phasen der jeweiligen Modernisierungswege gewinnen.

In dieser theoretischen Perspektive stellen sowohl das nationalsozialistische Regime in Deutschland als auch das sowjetkommunistische Regime in Rußland und seine Oktroyierung auf Ostdeutschland totalitäre Herrschaftsformen dar, deren gemeinsamer Kern in dem institutionalisierten totalistisch-utopischen Anspruch einer neuen modernen Gesellschaftsordnung besteht. Im Unterschied zu systemischen Fassungen der Totalitarismustheorie handelt es sich dabei jedoch nicht um ein identisches Herrschaftssystem mit einer gemeinsamen Entwicklungslogik, sondern vielmehr im Sinne idealtypisch-deskriptiver Formulierungen der Totalitarismustheorie um eine gemeinsame Grundstruktur, die sich in den jeweiligen Modernisierungswegen sehr unterschiedlich ausprägt (Jesse 1996, Kershaw, Lewin 1997). So besteht die totalistische Gemeinsamkeit zwischen der nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Herrschaftsordnung zuallererst in einer institutionalisierten charismatischen Ideologie bzw. politischen Religion, die scientifische mit sozial-egalitären und politisch partizipativen Komponenten miteinander verbindet, die in diesem Sinne spezifisch modern ist und daraus ihre charismatische, säkularreligiöse Legitimation begründet

(Chirot 1994, Talmon 1960; Voegelin 1993). Sie schließt deshalb auch die zentralen Merkmale einer einzigen Massen- oder Bewegungspartei, eine ideologische Mobilisierung und Erziehung, eine terroristische Verfolgung der Regimegegner und die politische Kontrolle von Staat, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft mit ein, und zudem bedingt die totalistische Grundkomponente eine Tendenz zur Unterminierung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung und daraus erwachsende Gegenteilstendenzen (Friedrich, Brzezinski 1996). Im Rahmen dieser allgemeinen totalistischen Gemeinsamkeit unterscheiden sich jedoch die einzelnen Komponenten totalitärer Herrschaft zwischen dem nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Regime ganz erheblich. Dies betrifft sowohl die Ausprägungen und Verlaufsformen der beiden totalitärer Herrschaftsordnungen als auch die ihnen jeweilig zugrundeliegenden gesellschaftsgeschichtlichen Modernisierungsprozesse.

Zuallererst unterscheiden sich in den beiden totalitären Regimen die charismatischen Kernideologien. Die völkische Ideologie des Nationalsozialismus und das dadurch bestimmte rassistische Regime richtete sich gegen alle anderen als geringer eingestuften Völker und Minoritäten und namentlich gegen das Judentum als die in manichäischer Form definierte universelle Bedrohung der deutschen Nation im sozialdarwinistischen Rassenkampf. Die sowjetkommunistische Ideologie dagegen stellte eine imperiale Entwicklungs- und Zivilisationsmission dar, die Individuen, Gruppen und Völker wohl prinzipiell als gleichwertig behandelte, sich jedoch gegen alle jene richtete, die dieser Mission nicht folgen wollten. Infolgedessen unterscheiden sich auch die Form des Terrors und der militärischen Gewalt. Im Fall des NS-Regimes richtete sich der totalistische Terror in Form des Holocaust primär gegen die »biologische Bedrohung« und die totalistische Kriegsführung auf die Errichtung einer rassistisch-imperialen Ordnung in Europa. Im Fall des stalinistischen Regimes richtete sich der totalistische Terror primär gegen jeden inneren »potentiellen Verräter«, während die Kriegsführung eher einer imperialistisch-realpolitischen Strategie folgte. Entsprechend unterscheiden sich auch die Legimitätsgrundlagen der beiden totalitären Regimes. Im Fall des NS-Regimes handelte es sich im Kern um einen chiliastischen integralen Nationalismus, in dessen Rahmen eine relativ plurale Konsensgrundlage charakteristisch war; während es sich im Fall des Sowjetkommunismus um eine chiliastische Ideokratie auf autokratisch-imperialen Grundlagen handelte. In diesem deutlich verschiedenen totalistisch-charismatischen Rahmen unterscheiden sich auch die politischen Formen der diktatorischen Führung und der Bewegungspartei (Kershaw 1996, Mann 1997, Mommsen 1996). Hitler und seine Gefolgschaftspartei bewegten sich im Rahmen eines erheblichen nationalistischen Grundkonsenses, der Führungsstil Hitlers war stärker überparteilich-indirekt, die na-

tionalsozialistische Partei und ihre Organisationen eher polyzentrisch. Stalins Führung als Inkarnation der Partei war autokratisch-personalistisch, die Parteiherrschaft monokratisch und bürokratisch. Diese Unterschiede setzten sich auch im Verhältnis von Bewegungspartei zu Staat und Gesellschaft fort (Kershaw 1996, Mann 1997, Mommsen 1996). Die nationalsozialistische Herrschaft war deutlich polykratisch und korporatistisch: Militär, Justiz, Erziehungswesen, Kirchen und Medien hatten einen deutlichen Bewegungsspielraum inne, die Gleichschaltung der Öffentlichkeit war nur bedingt. Die stalinistische Herrschaft war dagegen autokratisch-bürokratisch ohne institutionellen Gegengewichte; Partei und Staat in großen Teilen identisch; die Wirtschaft verstaatlicht; Militär, Justiz, Erziehungsinstitutionen und Medien bürokratisch kontrolliert. Diese erheblichen Unterschiede fassen sich schließlich darin zusammen, daß das nationalsozialistische Regime aufgrund seines totalistisch-rassistischen Nationalismus erheblich krisenanfälliger und irrationaler war und deshalb keine lange Lebenszeit hatte, während das sowjetkommunistische Regime sich nach seiner stalinistischen Phase in einen post-stalinistischen Totalitarismus transformieren konnte.

All diese ganz erheblichen Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Totalitarismus lassen sich nicht aus den totalitären Grundstrukturen als solchen, sondern nur in ihrem figurations-spezifischen Zusammenspiel mit den unterschiedlichen gesellschaftsgeschichtlichen Bedingungen und ihrer Strukturierung durch die jeweiligen Modernisierungswege in Deutschland und Rußland bzw. der Sowjetunion erklären. Dies gilt sowohl für die historischen Ausgangsbedingungen und die Entwicklungsformen als auch für den Zusammenbruch wie die Folgewirkungen der beiden totalitären Regimes. Hinsichtlich ihrer historisch-strukturellen Voraussetzungen unterschieden sich der deutsche und der russische Modernisierungsweg deutlich in der Form und in dem Entwicklungsgrad des industriellen Kapitalismus, der Staatsformierung, der Konstitutionalisierung und Demokratisierung des politischen Systems und der Zivilgesellschaft. Dies ist auch das Kernargument der vergleichenden Modernisierungsforschung und der Sonderwegthese. Entscheidend waren aber auch – so die hier ausgeführte These – die Unterschiede zwischen dem deutschen integralen Kulturnationalismus und der zaristisch imperialen Zivilisationsmission und ihren jeweiligen totalistischen Komponenten als Grundlage der chiliastischen Orientierung und charismatischen Herrschaft in beiden totalitären Regimen. Diese unterschiedlichen Modernisierungswege setzten sich aber auch in spezifischen Entwicklungsformen in den etablierten totalitären Herrschaftsordnungen fort und hatten einen entscheidenden Einfluß auf den korporatistischen, polykratischen und begrenzt pluralen Charakter des NS-Regimes im Unterschied zur autokratischen, büro-

kratischen und ideokratischen Ausprägung des stalinistischen Regimes. Aufgrund der besonderen Selbstdestruktivität des NS-Regimes konnte sich das etablierte Modernisierungsmuster nicht wirklich stabilisieren, stellte aber in seinen technologischen, demographischen, sozialstrukturellen und korporatistischen Komponenten eine wichtige Zwischenstufe für die Entwicklung der Bundesrepublik wie der DDR dar. Im Rahmen der stabileren sowjetkommunistischen Herrschaftsordnung führte der industrielle Entwicklungs- und Modernisierungsprozeß nicht nur zu einem tiefgreifenden ökonomisch-technischen, sozialstrukturellen und politisch-institutionellen Wandel. Er war begleitet von einem deutlichen Nachlassen des chiliastischen Totalismus und dem Übergang vom stalinistischen Totalitarismus zu seinen post-totalitären Phasen – aber der totalitäre Gesamtrahmen zerbrach erst mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und den postkommunistischen Transformationsprozessen. Dabei wäre es freilich verfehlt, die postkommunistischen Transformationsprozesse – sowohl im Vereinigten Deutschland als auch im postsowjetischen Rußland – wiederum nur unter dem Vexierbild einer nachholenden westlichen Modernisierung zu sehen (Müller 1992, Spohn 1999). Auch hier spielen die jeweiligen historischen Modernisierungswege, die ihn ihnen wirksamen Traditionen und Modernitätsorientierungen, die dadurch geprägten kollektiven Identitäten und nicht zuletzt die jeweiligen kollektiven Gedächtnisse der Totalitarismuserfahrungen eine zentrale Rolle.

Literatur

- Arnason, J. (1993): *The Future That Failed*, London
- Barkey, K., und Hagen, M.v. (Hg.)(1997): *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-building: The Soviet Union and the Russian and Habsburg Empires*, Boulder, CO.
- Bauman, Z. (1989): *Modernity and the Holocaust*, Ithaca, NY
- (1991): *Ambivalenz und Moderne*, Frankfurt/M.
- Bence, G, Lipset, S.M. (1994): Der wohlfundierte Irrtum. Die Sowjetologie und der Kommunismus, *Transit* 9: 90-119
- Bendix, R. (1978): *Könige und Volk*, Frankfurt/M.
- Berdyayev, N. (1992): *The Russian Idea*, Hudson, NY
- Berger, J. (1996), Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich? – und was wird ihr nur unterstellt, in: *Leviathan* 24 (1), 45-62.
- Blackbourn, D., Eley, G. (1984): *The Peculiarities of German History*, Oxford
- Black, C. (ed.)(1960): *The Transformation of Russian Society*, Cambridge/M.
- Bracher, K.D. (1977): *The German Dictatorship. The Origins, Structures and Effects of National Socialism*, New York
- Breuilly, J. (1992): *The State of Germany. The National Idea in the Making, Unmaking and Remaking of a Modern Nation-State*, London
- Brubaker, Rogers (1996): *Nationalism Reframed*, Cambridge/M.
- Burleigh, M.; Wippermann, W. (1991): *The Racial State: Germany 1933-1945*, Cambridge/M.
- Chirot, D. (1994): *Modern Tyrants*, Princeton, NJ
- Courtois, S., u.a. (1997): *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München
- Dahrendorf, R. (1965): *Gesellschaft und Freiheit in Deutschland*, München

- Eisenstadt, S.N. (1978): *Tradition, Wandel, Modernität*, Frankfurt/M.
 - (1987): *The European Civilization in Comparative Perspective*, Oslo
 - (1995): *Power, Trust, Meaning*, Chicago
 - (1998): *Die Antinomien der Moderne*, Frankfurt/M.
 Friedrich, C. und Brzezinski, Z. (1996): Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: *Jesse (1996)*: 225-236
 Gerschenkron, A. (1963): Economic Backwardness in: *Historical Perspective*, Cambridge/M.
 Grancelli, B. (Hg.)(1995): *Social Change and Modernization. Lessons from Eastern Europe*, New York
 Greenfeld, Liah (1993): *Nationalism. Five Roads to Modernity*, Cambridge/M.
 Haumann, H. (1996): *Geschichte Rußlands*, München
 Hoffmann, J. (1996): *Gesellschaftsgeschichte Deutschlands*, Münster
 Jesse, E. (Hg.)(1996): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert*, Baden-Baden
 Kaelble, H. und Kocka, J. (Hg.)(1994): *Sozialgeschichte der DDR*, Göttingen
 Kershaw, I. (1996): Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs, in: *Jesse (1996)*: 213-222
 Kershaw, I. und Lewin, M. (Hg.)(1997): *Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison*, Cambridge/M.
 Kocka, J. (1989): Deutsche Geschichte vor Hitler: Zur Diskussion über den 'deutschen Sonderweg', in ders.: *Geschichte und Aufklärung*, Göttingen
 Lepsius, R.M. (1966): *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen nationalsozialistischer Machtergreifung*, Stuttgart
 Linz, J. und Stepan, A. (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, Latin America, and Post-Communist Europe*, Baltimore, MD
 Lorenz, R. (1976): *Sozialgeschichte der Sowjetunion 1917-1945*, Frankfurt/M.
 Maier, H. (Hg.)(1996): *Totalitarismus und politische Religionen*, Paderborn
 Malia, M. (1995): Totalitarismus und Sowjetologie, in: *Transit 9*: 115-120
 Mann, M. (1993): *Sources of Social Power II*, Cambridge/M. (dt: 1998, hrsg. v. H. Haferkamp und W. Knöbl)
 - (1997): The contradictions of continuous revolution, in: *Kershaw, I. and Lewin, M. (1997)*: 135-157
 McDaniel, T. (1988): *Autocracy, Capitalism and Revolution in Russia*, Berkeley, CA
 - (1996): *The Agony of the Russian Idea*, Princeton, NJ
 Mecklenburg, J. und Wippermann, W. (Hg.)(1998): *Roter Holocaust?*, Berlin
 Meuschel, S. (1992): *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M.
 Miller, M. und Soeffner, H.-G. (1996): *Modernität und Barbarei*, Frankfurt/M.
 Mommsen, H. (1991): *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*, Reinbek
 - (1996): Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich, in: *Jesse (1996)*: 471-482
 Moore, B. (1969): *Die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt/M.
 Mosse, G. (1981): *The Crisis of the German Ideology*, New York
 Motyl, A. (Hg.)(1994): *Thinking Theoretically about Soviet Nationalities*, New York
 Müller, H.-P. und Schmid, M. (Hg.)(1995): *Sozialer Wandel*, Frankfurt/M.
 Müller, K. (Hg.)(1998a): *Postsozialistische Krisen*, Opladen
 - (1998b): *Totalitarismus. Modernisierung und Transformation* (unveröff. Habilitationsschrift), Berlin
 Nipperdey, T. (1981): *Nachdenken über deutsche Geschichte*, München
 Nolte, E. (1963): *Der Faschismus in seiner Epoche*, München
 Parsons, T. (1977): *Evolution of Societies*, Englewood-Cliffs, NJ
 Pipes, R. (1974): *Russia under the Old Regime*, London
 - (1994): *Russia under the Bolshevik Regime*, New York
 Pollack, D. (1994): *Religion in der Organisationsgesellschaft*, Stuttgart
 Prinz, M.; Zitelmann, R. (1994): *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt
 Rokkan, S. (1980): Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: *Zeitschrift für Soziologie* 9, 2.
 Rudolph, R. und Goode, D. (1992): *Nationalism and Empire-Building. The Habsburg Empire*

- and the Soviet Union*, Minneapolis, MN
- Schröder, K. (1998): *Das SED-Regime*
- Segbers, K. (1989): *Der sowjetische Systemwandel*, Frankfurt/M.
- Seton-Watson, H. (1977): *Nations and States*, Boulder, CO
- Skocpol, T. (1979): *States and Social Revolution*, Cambridge/M.
- Spohn, W. und Hanson, S. (Hg.)(1995): *Can Europe Work? Germany and the Reconstruction of Postcommunist Societies*, Seattle, WA
- Spohn, W. (1998): Nationalismus und Religion. Osteuropa im westeuropäischen Vergleich, in: Pollack, D., u.a. (Hg.): *Religiöser Wandel in den postkommunistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas*, Würzburg
- (1999): Social Transformation and Historical Modernization Patterns – Germany, Poland and Russia in Comparison, in: Blom, R. (Hg.): *East Meets West*, Helsinki (im Erscheinen)
- (1999a): *Modernisierung, Religion und kollektive Identitäten. Deutschland zwischen West- und Osteuropa* (im Erscheinen)
- Sterbling, A. (1998): Historische Modernisierungstheorie und die gegenwärtigen Probleme des Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa, in: Müller, K. (1998a)
- Stöltzing, E. (1990): *Nationalitäten und Religionen in der UdSSR*, Berlin
- Talmon, J. (1960): *The Origins of Totalitarianism in Democracy*, New York
- Voegelin, Eric (1993): *Politische Religionen*, München
- Walicki, A. (1995): *Marxism and the Leap to the Kingdom of Freedom*, Stanford, CA
- Wehler, H.-U. (1975): *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen
- (1987, 1995): *Gesellschaftsgeschichte Deutschlands, 1700-1914*, 3. Bde., München
- Zapf, W. (Hg.)(1969): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln
- Zaslavsky, V. (1982): *The Neo-Stalinist State*, New York
- Zernack, K. (1994): *Polen und Rußland: Zwei Wege in der europäischen Geschichte*, Berlin

Rudolf Walther

Das *Schwarzbuch des Kommunismus*¹

Wer im November 1997 den Beginn der Debatte um das *Schwarzbuch des Kommunismus* in der französischen Presse verfolgte, geriet zunächst aus dem Staunen nicht heraus: das Buch war noch nicht erschienen, aber die Diskussion darüber – immerhin mehr als 800-Seiten in der französischen Ausgabe – war voll im Gange. Bei näherem Zusehen konnte man entdecken, daß alle Früh»rezensenten« – buchstäblich alle – die genau gleichen Zitate anführten. Dasselbe Spiel begann danach auch in der deutschen Presse.

Mittlerweile ist klar, wie es dazu kam. Der Verleger Bernard Fixot wollte, was man ihm nicht verübeln kann, Geld machen, aber auch – und da wird es heikler – Politik. Was das Geld betrifft, so hat er 1995 mit François Furets Buch *Le passé d'une illusion* einen Bestseller gelandet. Das Buch spielt für die aktuelle Debatte eine zentrale Rolle, worauf noch zurückzukommen ist. Neben dieser finanziellen gab es die politische Absicht. Fixot, der Verleger, sprach von dem *Schwarzbuch* noch vor seinem Erscheinen als einer »Bibel« und prophezeite, daß die französische KP einen Monat nach dem Erscheinen von der Bildfläche verschwinden werde. Der Streit zwischen dem Hauptherausgeber Stéphane Courtois und drei Mitarbeitern, die sich von seinem Vor- und Nachwort distanzieren und nur durch die Androhung hoher Konventionalstrafen daran gehindert werden konnten, ihre Beiträge zurückzuziehen, heizte die Stimmung im unmittelbaren Vorfeld der Veröffentlichung ebenfalls an. Der Verleger übte Druck auf die abweichenden Autoren aus und ging mit Pressekonferenzen an die Öffentlichkeit. Ab dem 31. Oktober 1997 tobte die mediale Schlacht in allen Organen und auf allen Kanälen, obwohl das Buch erst eine Woche später – am 6. November – in den Buchhandlungen zu kaufen war. Die Historikerin Annette Wieviorka brachte den Gehalt dieser Pseudo-Debatte auf den Punkt: es war ein »Agit-prop-Effekt«.

Um das zu verstehen, muß man sich kurz eine Besonderheit des französischen Buchhandels vergegenwärtigen. In Frankreich gibt es keine Grossis-

1 Der Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags, den ich in der Alfred-Nau-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung gehalten habe.

ten, bei denen die Buchhändler über Nacht einen großen Teil der lieferbaren Bücher bestellen können. Der Buchhändler muß jedes Buch direkt beim Verlag bestellen und hat in der Regel kein Remissionsrecht. Die Verlage haben sich nun angewöhnt, Bücher mit hohem Werbeaufwand und anderer Vorweg-Publicity anzupreisen. Wenn das gelingt, kippen sie die vermutlichen Bestseller zu einem in der Presse bekannt gemachten Datum stapel- und palettenweise in die Buchhandlungen. Die Absicht: das Zeug soll weg wie Socken vom Wühltisch. Wenn das Kalkül aufgeht, ist die Auflage in ganz kurzer Zeit ausverkauft. In diesem Fall sind Nachbestellungen beim Verlag schon nach relativ kurzer Zeit nicht mehr möglich. Wenn nun für ein Buch im Vorfeld so ein Rummel entsteht wie im Falle des *Schwarzbuchs*, decken sich französische Buchhändler und Leser rechtzeitig ein. Einige davon lesen die Sachen sicher auch. Und die es nicht oder noch nicht lesen, zählen nicht, denn der Verleger kann in einem solchen Fall trotzdem wöchentlich an die Presse faxen: »40.000 Stück verkauft«, »50.000 Stück verkauft«, und nach wenigen Wochen sollen es angeblich schon weit über 100.000 Exemplare gewesen sein im Falle des *Schwarzbuchs*. Genau den gleichen Coup landete der Verleger Fixot schon mit dem Buch von Furet vor drei Jahren. So viel zum verlegerischen Umfeld und dazu, wie man Bücher schnell verkauft. Freilich sollte man diese Ausführungen nicht so verstehen, als ob die Intensität der Debatte allein verlegerischem Kalkül zuzuschreiben sei. Das wäre völlig falsch. Das Thema als solches barg brisante Aspekte.

Nach genau diesem Szenario verfuhr auch der Piper Verlag mit der deutschen Übersetzung. Den »normalen« Rezensenten wurde eine Erklärung abverlangt, vor dem 27.5.98 nichts über das Buch zu veröffentlichen. Angedrohte »Vertragsstrafe«: DM 60.000.- Das hinderte den Verlag nicht daran, der *Bild-Zeitung* ein Sonderrecht einzuräumen. Einige Tage vor diesem Termin berichtete das Boulevardblatt über das Buch im hauseigenen Stil. *Der Spiegel* druckte Teile des Beitrags von Joachim Gauck vorab. Ab Mitte Juni organisierte der Verlag Land auf Land ab Diskussionen über das *Schwarzbuch* – so in München, Hamburg, Dresden und Berlin. In Hamburg engagierte man für die Diskussionsleitung zur Sicherheit gleich eine Moderatorin, von der man wußte, daß sie das ebenso klotzige wie wissenschaftlich belanglose Vorwort des Herausgebers Stéphane Courtois schätzt. – Die Presse-Abteilung bei Piper träumt offensichtlich nur noch einen Traum – den vom Goldhagen-Effekt oder von der Kunst, ein wichtiges Thema – dieses Mal die Verbrechen kommunistischer Regimes – mit einem mittelmäßigen Buch optimal zu vermarkten. Im Falle des *Schwarzbuchs* dürfte das Kalkül daneben gegangen sein, trotz brüderlicher Hilfe des *Spiegel*, der das Buch monatelang auf der Bestsellerliste beließ, obwohl sich die Bände in den Buchhandlungen stapelten.

Die zentralen Thesen von Courtois' Vor- und Nachwort

Von *den* zentralen Thesen des *Schwarzbuchs* oder *einem* Buch kann man nicht reden, sondern man muß unterscheiden zwischen mindestens zwei Kategorien von Texten in diesem Buch. Es gibt das Vor- und das Nachwort von Stéphane Courtois – insgesamt etwa 70 Seiten. Die restlichen 760 Seiten behandeln in 8 Kapiteln die Geschichte von kommunistischen Regimes in 15 Ländern. Die Länge dieser Länderkapitel ist so unterschiedlich wie ihre Qualität. Der fundierteste Beitrag stammt von Nicolas Werth und berichtet über die Verhältnisse in der Sowjetunion auf 350 Seiten; die kürzesten und wissenschaftlich wertlosen Artikel betreffen Cuba, Nicaragua und Peru. In der deutschen Ausgabe sind die Beiträge von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert neu hinzugekommen. Neuberts Aufsatz gehört zum Trostlosesten, was in diesem Buch steht. Der Gauck-Mitarbeiter und Theologe behauptet ernsthaft, »der Kommunismus« sei zwischen 1917 und 1991 ein Gebilde »aus einem Guß« gewesen. Man kann über den Kommunismus von Lenin, Stalin, Mao, Pol Pot, Gomulka, Honegger, Dubcek und alle anderen vieles sagen, aber daß das alles »aus einem Guß« gewesen sei, zeugt nicht einmal mehr von Zynismus, sondern nur noch von Einfalt.

Im Zentrum der Debatte standen hierzulande wie in Frankreich nicht die einzelnen Beiträge, sondern fast ausschließlich die Einleitung und das Nachwort von Stéphane Courtois. Außerhalb Frankreichs war meine unter hartem zeitlichem Druck entstandene Rezension in der *ZEIT* vom 21. November 1997 – also 14 Tage nach dem Erscheinen des Buches – der erste Text, der außer auf das Vor- und Nachwort auch auf andere Beiträge des Buches einging. Und in Frankreich wäre nicht über diese Länderbeiträge diskutiert worden, wenn die Autoren den journalistischen Rezensenten nicht mit Lesehilfen beigeprungen wären, indem sie Kurzfassungen ihrer Kapitel herstellten. Diese Lesehilfen sollten den Rezensenten und Kommentatoren die Mühe des Lesens ersparen.

Man kann das Vor- und das Nachwort nur ganz verstehen, wenn man vorweg etwas zum Autor sagt. Courtois war Mitglied der maoistischen Studentengruppe »Vive la Révolution« und verstand sich als »Berufsrevolutionär«. Davon ist er mittlerweile heruntergekommen, und seine Geschichte wäre auch nicht der Rede wert, wenn er nicht bis heute argumentieren würde wie die maoistisch-stalinistischen Chorknaben von ehemals – mit dem kleinen Unterschied, daß sie heute die Vorzeichen ausgewechselt haben. In einem Interview bekannte Courtois freimütig: »Was ich heute als Historiker mache, hängt eng mit meiner militanten Vergangenheit zusammen. Seit der Auflösung unserer Organisation höre ich nicht auf, über unser damaliges Tun nachzudenken.« Nachdenken schadet nicht, aber das Nachdenken dieser Ex-Maoisten entpuppt sich notorisch – und dafür gibt es jede Menge

Beispiele auch in der BRD – als quasireligiöses Sendungsbewußtsein. Und so wie sie sich damals – nach Courtois' eigenen Worten – »dem Glauben untergeordnet haben«, der von Peking, Tirana oder Phnom Penh her über sie kam, so verkünden sie heute das Evangelium des »Antitotalitarismus« oder der »antitotalitären Aufklärung«.

Courtois ist obendrein, was man einen Schaumschläger nennt. Er lebt intellektuell – wie zu Zeiten der »Kulturrevolution« – immer noch von einer Notration, bestehend aus einem Sammelsurium von propagandistischen Vereinfachungen und polemischen Formeln. 1996 blähte er einen eher bescheidenen Aktenfund zur Sensation auf: Courtois machte aus Stalins aktenkundig gewordenem Bluff gegenüber dem französischen KP-Chef Maurice Thorez einen Generalstabsplan, demzufolge »die Rote Armee bis nach Paris« marschiert wäre, wenn »die Landung der Alliierten ein paar Monate später angesetzt worden« wäre. Der Realitätsgehalt von Stalins angeblichem »Plan« besteht im wesentlichen darin, daß Stalin Thorez als Strategie imponieren wollte. Diese windige Geschichte war der *FAZ* zwei Drittel einer Seite wert unter dem Titel »Stalin wollte bis nach Paris marschieren«. Und derselbe *FAZ*-Journalist, der damals Courtois' aufgeblähte Story groß herausbrachte, bescheinigt ihm heute »den Eifer und die Borniertheit des Renegaten«, was ihn freilich nicht daran hindert, Courtois erneut fast eine ganze Seite zu widmen, um das *Schwarzbuch* vorzustellen.

Courtois' Vorwort zieht auf der dritten Seite Bilanz über die Opfer kommunistischer Regimes. Er hält sich dabei – wörtlich – an »persönliche Schätzungen«, die zum Teil den Zahlen widersprechen, die die Experten im gleichen Buch präsentieren. Die persönliche Bilanz nennt »die annähernde Zahl von 100 Millionen Toten«. In den Talk Shows nach den ersten kritischen Zwischenrufen in der Presse gab Courtois dann großzügig Rabatt und sprach abwechselnd von 65, 85, 90 und dann wieder von »vielleicht auch 100 Millionen Opfern«. Allein dieser Umgang mit den Zahlen von Opfern ist symptomatisch für das Argumentationsniveau. Die Mitautoren distanzieren sich von dieser »mißbräuchlichen Bezifferung«, weil sie den wissenschaftlichen Ergebnissen der vorsichtig abwägenden Forscher »explizit widersprechen« (Nicolas Werth und Jean-Louis Margolin). Diese beiden verstehen sich als Historiker – nicht als Staatsanwälte oder Richter und auch nicht als »Historiographen der Lüge« wie Courtois. Dieser spielte sich auf wie ein Staatsanwalt und Richter in einer Person, denn er meinte an dem, was er pauschal »den« Kommunismus nannte, gäbe es schlechterdings gar nichts zu verteidigen.

Dazu nur ein Wort aus dem Mund des 1911 geborenen Kommunisten Maurcie Nadeau, der 1932 von der KPF ausgeschlossen wurde: Nadeau ist Kommunist und Rebell geblieben und leitet als 87-jähriger noch die Zeitschrift *La Quinzaine littéraire*: »Was in gutem Französisch und nach ehrli-

cher Kenntnis der Geschichte 'Stalinismus' heißt, für die Chinesen 'Maoismus' und für die Kambodschaner 'Rote Khmer', nennen die Autoren des 'livre noir' einfach 'Kommunismus'.

Apart ist Courtois' Terminologie. Er trimmt sie moralisch hoch, um die Ungereimtheit und barocke Verschnörkelung von Ausdrücken wie »Klassen-Völkermord«, »Massengewalt« oder »Klassentotalitarismus« als vermeintliche Kennzeichen »des« Kommunismus zu überspielen. Und in polemischer Zuspitzung spricht er allen Formen von Antifaschismus jegliche Bedeutung ab, außer der einen – die Verbrechen »des« Kommunismus zu verschleiern. Die aufgeblasene Terminologie dient nur einem Zweck, den Antifaschismus als bloße Herrschaftsideologie der kommunistischen Partielite (was er nebenher auch war – aber eben: nur nebenher und auch!) zu entlegitimieren und dem Vergleichen und Gleichsetzen von kommunistischer Diktatur im allgemeinen und Nazi-Diktatur Tür und Tor zu öffnen.

Eine Passage in Courtois' Vorwort lehnt sich fast wörtlich an Ernst Nolte an, der mit seinem FAZ-Artikel vom 6.6.1986 den »Historikerstreit« ausgelöst hat: »Die Fakten... zeigen, daß die kommunistischen Régimes Verbrechen an etwa 100 Millionen Personen begangen haben, demgegenüber waren ungefähr 25 Millionen Menschen von Verbrechen des Nazismus betroffen. Die Methoden, die Lenin angewandt und die Stalin und seine Nacheiferer systematisiert haben, erinnern nicht nur an die Methoden der Nazis, sondern gehen diesen oft voran. Der Klassen-Völkermord ähnelt dem Rassen-Völkermord« (Courtois). Ernst Nolte schrieb in der FAZ suggestiv-rhetorisch fragend, also die Antwort gleich mitliefernd: »...vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der 'Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?« Nolte wollte vor gut zehn Jahren aus dem zeitlichen Vorlauf stalinistischer Verbrechen nachträglich wenn nicht eine kausale Verbindung, so doch eine Entlastung für die nationalsozialistischen Verbrechen herauspräparieren. Courtois distanziert sich zwar eindeutig von Noltes These, aber gleichzeitig hantiert er völlig konfus mit einer vagen Vorstellung von »Ähnlichkeit« von kommunistischer und nationalsozialistischer Herrschaft – womit er die Distanzierung zumindest halbwegs wieder zurücknimmt.

Der Streit um Courtois' Thesen könnte den Auftakt zu einem »Historikerstreit« à la française sein oder als Farce enden, wenn sich nicht bald Intellektuelle und Historiker von Rang an der Debatte beteiligen. Nötig ist die Debatte und sinnvoll ebenfalls. Mittlerweile haben sich eine ganze Reihe von Historikern und anderen Intellektuellen zu Wort gemeldet und das Ergebnis dieser Debatte ist für Courtois und die Claqueure der konservativen

Presse niederschmetternd: während der *Figaro* seine Leserbriefspalten mit zustimmenden Briefen füllte und mit redaktionellen Kommentaren nachhalf, hat sich bislang kein einziger ernstzunehmender Historiker oder Intellektueller gemeldet, der Courtois' Machwerk verteidigte. Kein einziger. Nach wie vor kursiert die Halbwahrheit, die Diskussion über Kommunismus und Stalinismus werde – im Gegensatz zu jener über Vichy und den *État français* – in Frankreich tabuisiert. Von »einer Mauer des Schweigens« ist die Rede. Das ist eine grobe Verkürzung der Tatsachen. Die ersten Versuche zur Diskussion über den Stalinismus unternahm Trotzki bereits in den 30er und 40er Jahren: außer Trotzki selbst waren das insbesondere Boris Souvarine, Victor Serge u.a. Nach dem Krieg schrieb der eben erst verstorbene Buchenwaldhäftling David Rousset, dem keine deutsche Zeitung einen Nachruf widmete, zuerst ein Buch über die Konzentrationslager der Nazis und 1951 das berühmte »Livre blanc sur les camps« – also das »Weißbuch über die Lager« Stalins. Danach folgten Kritiken von Sartre, Camus, Merleau-Ponty, Raymond Aron u.a.; schließlich die kritischen Interventionen von Annie Kriegel (1964), Louis Althusser (1977) und Philippe Robérix (1984) – um nur die wichtigsten zu nennen. Dazu kommen kritische Stimmen zum Stalinismus von Historikern, die der KPF nahestanden: Jean Elleinstein, Alexandre Adler und Francis Cohen. Natürlich lehnte die offizielle Linie der KPF jede ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Stalinismus ab und diskreditierte alle Kritiker so gut es eben ging. Aber nach 1956 und definitiv nach 1968 hatte die KPF jeden Kredit unter Intellektuellen verloren. Sie war die Partei mit dem geringsten Intellektuellenanteil. Außerhalb der KPF gab es also in den letzten 50 Jahren eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Stéphane Courtois verwurstet François Furets Essay

Der vorletzte Versuch zu einer solchen Debatte scheiterte Ende der siebziger Jahre kläglich, weil es den Initianten – zum größten Teil ehemalige Maoisten – weniger um eine Auseinandersetzung über Kommunismus (Leninismus, Stalinismus, Maoismus etc.) und über die in deren Namen verübten Verbrechen ging als um ihre mediale Selbstinszenierung und die Begründung ihrer politischen Biographien. Sie machten als »neue Philosophen« und Medienintellektuelle steile Karrieren – Glucksmann, Lévy, Finkielkraut, Kouchner usw.

Den letzten Anlauf zur Diskussion des Kommunismus unternahm 1995 der jüngst verstorbene Historiker François Furet in seinem schon erwähnten Buch. Er wollte die Geschichte des 20. Jahrhunderts als Geschichte des Kampfes der »kommunistischen« mit der »faschistischen Idee« rekonstruieren. Aber dabei lauern allerhand Gefahren wie bei seiner Rede vom

»ideologischen Jahrhundert«, denn »Ideen« handeln nicht und begehen auch keine Verbrechen. Den Faschismus besiegten nicht die »Ideen« von Demokratie und Kommunismus, sondern eine politisch-militärische Allianz und ihre Armeen. Deren schiere Existenz und Handlungsfähigkeit belegt die nicht zu leugnende, aber untergeordnete Bedeutung von Ideen und Ideologien. Und mit Armeen kann man Kriege führen, Menschen befreien oder unterdrücken, Revolutionen verhindern oder begünstigen oder Verbrechen begehen lassen. Furets Buch besitzt, wenn man es strikt als Ideen- und Ideologiegeschichte liest, einen beschränkten Erklärungswert. Zur Erklärung des 20. Jahrhunderts im Ganzen taugt es nicht, weil es rein ideologie- und begriffsgeschichtlich argumentiert.

Furets Buch reiht sich im übrigen ein in die mehr oder weniger belanglose fin-de-siècle-Abrechnungsliteratur von Dan Diners geopolitisch-universalgeschichtlichen Improvisationen und Spekulationen bis hinunter zu Francis Fukuyamas *Ende der Geschichte* und Joachim Fests *Ende der Utopie*. Es handelt sich um Geschichtsphilosophien der Ideologien-Beerdigung. Im Namen des »Endes« aller Geschichtsphilosophie wird noch einmal und mit geschichtsphilosophisch geeichtem Gerät – wie zu den Hochzeiten des Kalten Krieges – das definitive Aus des für das Böse auf der Welt Verantwortlichen beschworen. Aber schon die Frage, was oder womit es denn nun ein Ende haben soll, versetzt Furet in Verlegenheit, denn der Leichnam hat viele Namen, erhält aber auf den 700 Seiten keine klaren Konturen: zunächst ist es »die kommunistische Idee«, dann in bunter Folge der Sozialismus, der Kommunismus, der Leninismus, der Stalinismus, der Marxismus, der Marxismus-Leninismus usw. Die grobschlächtige Kompilation von allerlei Ismen und Ideologien unterstellt, daß das alles ungefähr dasselbe sei und sowieso auf dasselbe hinauslaufe. Passagenweise gibt sich Furet – im Unterschied zu seinem Kompilator Courtois – jedoch differenzierter und unterscheidet zwischen der Marxschen Theorie, ihren mehr oder weniger authentischen Adaptionen und der politischen Praxis sozialer Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften, die nicht darin aufgeht, daß sie sich programmatisch irgendwie auf jene Theorien bezog. Die Tatsache, daß Stalinisten die Marxsche Theorie als legitimatorischen Passepartout benützten, tangiert nicht deren Gehalt.

Furet möchte die Geschichte des Jahrhunderts nicht nur als Kampf zwischen der kommunistischen und der faschistischen Ideologie darstellen, sondern obendrein zeigen, wie eng die beiden Ideologien zusammenhängen und wie stark die historisch ältere die jüngere beeinflusste. Das zwingt ihn zu einer methodischen Reduktion der Komplexität von wirtschaftlichen, sozialen, politischen und militärischen Realitäten und Zusammenhängen. Als »Charakteristikum des 20. Jahrhunderts« erscheint in dieser Optik »die ideologische Leidenschaft«. Der Nationalsozialismus wird zu Hitlers Kopf-

geburt jenseits und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen, gesellschaftlichen Konstellationen und politischen Machtverhältnissen. Diese abenteuerliche Personalisierung spiegelt sich bis in Furets Begriffswahl. So spricht er oft vom »Hitlerismus« und polemisiert gegen die moderne Sozialgeschichte, die solche Anachronismen kritisch zersetzte. Nun wird kein Historiker die Funktion von Personen, von Ideologien und Theorien leugnen, aber jeder Versuch, Geschichte primär als Krieg von Ideologien, Propaganda und Lügen darzustellen, verfehlt zwangsläufig sein aufklärerisches Ziel. Ferner verfällt Furet oft einem fatalen Hang zur Psychologisierung. Georg Lukács' Werk ist wohl nur oberflächlich zu fassen mit Kategorien wie »Persönlichkeitsspaltung« und »Selbsthaß«.

Furet folgt der in Frankreich seit zwanzig Jahren grassierenden Mode ehemaliger Stalinisten und Maoisten, die ihre eigene Geschichte damit begründen, daß sie jetzt alles mit allem gleichsetzen und verwechseln: die Belagerungen von Leningrad mit jener von Sarajewo (wo sich die französischen Medienintellektuellen zu Interviews trafen und Filme drehten!) oder Stalins Antisemitismus mit der Judenvernichtung unter Hitlers Herrschaft. In dieser Hinsicht kann man Furet nur mit seiner eigenen Einsicht konfrontieren: »Das Erstaunlichste ist nicht, daß die Intellektuellen dem Zeitgeist folgen, sondern vielmehr, daß sie ihm kritiklos verfallen«.

Furet war ein weltweit renommierter Fachmann für die Geschichte der Französischen Revolution und deshalb bestens ausgewiesen, die schiefen historischen Vergleiche zu kritisieren, mit denen die Oktoberrevolution legitimiert wurde. Eine Schlüsselfunktion spielte dabei in der Selbstinterpretation der Bolschewiki immer die Jakobinerherrschaft. Solch »interessegesteuerter Umgang mit der Vergangenheit« war gewiß keine Spezialität Lenins. Aber bei Furet hat man manchmal den Eindruck, er wolle den Revolutionären vorwerfen, daß sie nicht legal handelten und eine Fahrkarte kauften, bevor sie in den Zug stiegen, den sie stoppen wollten. Trotz aller Kritik am bolschewistischen Terror und an falschen historischen Anleihen muß man Lenin zugestehen, daß er seine Absichten nicht kaschierte und seine Mittel beim Namen nannte: »Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern«. Das unterscheidet ihn von der verschleiernenden Propaganda Stalins (»Entkulakisierung« für Mord) ebenso wie von den fürchterlichen Euphemismen, mit denen Nationalsozialisten ihre Terrorherrschaft kostümierten.

Bei Furet bekommt die Geschichte ideologische Anstriche, von denen man nur noch ahnte, daß sie vor langer Zeit zum Repertoire der Historiker gehörten: da ist der Erste Weltkrieg noch das Werk »des modernen Europäers«, und außer dem »Haß des Bürgers auf sich selbst« treten bei Furet alte

Bekannte wie »die Menschen des 19. Jahrhunderts« und »der Massenmensch« auf die Bühne. Das erinnert an Ernst Jüngers Floskel über den Zweiten Weltkrieg, der sei »das erste allgemeine Werk der Menschheit«, so als ob sich »die« Menschheit entschlossen hätte, Europa anzuzünden. Die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft prägenden Strukturen und die Handelnden in Politik und Militär bleiben dagegen bei Furet hinter den Kulissen. Mit gespielter Ignoranz erklärt er den Ersten Weltkrieg als »Zufall«, der freilich zwei Jahrhundertmonster – Kommunismus und Faschismus – gezeugt haben soll. Das stimmt nur in einem sehr oberflächlich-chronologischen Sinne. Aber was Geschichte, soziale Zusammensetzung, Zielsetzung, theoretische Grundlagen betrifft, so spielten Krieg und Kriegsausgang für beide unterschiedliche Rollen.

Der Ritt durch das Jahrhundert beginnt mit der Verlegenheitsfloskel vom »Zufall« und endet mit einer Bauchlandung, denn Furet vermag nicht einmal ansatzweise plausibel zu machen, worin »die Magie des sowjetischen Phänomens« bestand, das theoretisch vom Marxschen Universalismus lebte, aber den die politische Praxis schon zu Lebzeiten Lenins dementierte. Furet kann auch nicht zeigen, worauf die millionenfache Begeisterung der Deutschen für den Nationalsozialismus beruhte. Die Gründe für dessen Niederlage bleiben ebenso dunkel wie die Gründe für den Zerfall des »realexistierenden Sozialismus«, wenn beide auf »Ideokratie« plus »Staatsterrorismus« reduziert werden.

Courtois beerbt Furet doppelt. Dieser sollte das Vorwort schreiben, starb aber unerwartet. Deshalb übernahm Courtois die Aufgabe. Und mit dieser Aufgabe – es nämlich Furet gleichzutun – hat er sich intellektuell überhoben. Die Zuspitzung von Furets fragwürdigen Thesen im Vorwort wirft alles durcheinander und »endet in einer Konfusion« (Eric Conan). Diese dreht sich um den legitimen Vergleich und die illegitime Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus. Auch Furet pflegte riskante Vergleiche zu ziehen, distanzierte sich aber ausdrücklich von Noltes These, die Juden hätten Deutschland den Krieg erklärt und sich damit selbst den Status von Feinden angeheftet. Furet sah den Grund für solche Rabulistik in Noltes Hang zur »Übersteigerung«. Nolte wollte »Auschwitz« mit dem »GULag« gleichsetzen – »mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung«. Derlei Thesen lehnt auch Courtois rundweg ab, redet aber ständig von »Ähnlichkeit«.

Sein Diktaturenvergleich läuft auf eine verharmlosende Gleichsetzung von Diktaturen und einen grobschlächtigen Reduktionismus hinaus, der fast alle qualitativen Differenzen mit dem robusten Hammer »Ähnlichkeit« plattdrückt, wenn er mit ein paar Sätzen vom »GULag« über »Auschwitz« nach »Bosnien« eilt. Ein Vergleich von Diktaturen ist möglich, sinnvoll und unumgänglich, sofern dabei die Größenordnungen des Vergleichenen überein-

übereinstimmen und die Unterschiede durch das Vergleichen nicht zu kurz kommen. Nicolas Werth benennt die eine Grenze solchen Vergleichens: »Kann man die zwei Millionen Toten der vier Jahre dauernden Herrschaft der Kommunisten in Kambodscha mit den 3.000 Toten der vierzig Jahre dauernden Herrschaft der Kommunisten in der Tschechoslowakei vergleichen?« Die andere Grenze markiert der qualitative Unterschied des Vergleichenen: Was hat man vom Kommunismus begriffen, wenn man die beiden genannten Regimes mit demselben Begriff faßt oder in einem Atemzug nennt?

Ein einziges Skandalon bildet das Nachwort von Courtois. Er stellt die Frage nach dem »Warum?« für die unter kommunistischen Regimes begangenen Verbrechen. So präzisiert er natürlich nicht, sondern fahndet nach »den Verbrechen *des* Kommunismus«. Aber er schwankt hilflos zwischen Erklärungen für die »kommunistischen Verbrechen« aus der jahrhundertealten »traditionell-russischen Gewalt«, der vermeintlich russischen »Kultur der Gewalt« und der bolschewistischen Vorliebe für Feindbestimmungen, die automatisch von der »Logik der Ausschließung« zur »Vernichtungslogik« abdriften. Er nennt den Marxismus-Leninismus deshalb eine »kriminogene Ideologie«, die mehr mit »verirrtem Darwinismus« als mit Marx zu tun habe. Das ist eine ziemlich konfuse Vorstellung. Werden Nation, Nationalismus, Zionismus oder Christentum pauschal zu »kriminogenen Ideologien«, weil unter deren Flagge auch Kolonialkriege mit ungezählten Opfern geführt wurden? Diese Kriege führten jedoch nicht Ideologien und auch nicht Intellektuelle, sondern Politiker und Militärs, die die staatliche Gewalt inne hatten und dabei in einem Dreieck von wirtschaftlichen Interessen, politisch-strukturellen und historischen Kontexten agierten. Die Intellektuellen spielten dabei gewiß eine Rolle, aber selten eine wichtige. Der zeitgemäße Populismus bemüht in diesem Zusammenhang Stalin-Oden und andere »große Gesänge« zur Erklärung der stalinistischen Diktaturen und beweist damit nur seine Ressentiments gegen Intellektuelle und in vielen Fällen die eigene Verlegenheit, früher zu den dumpfsten Nachbetern gehört zu haben.

Was enthält das *Schwarzbuch* außer dem ideologischen Cocktail von Courtois? Der wichtigste und fast ein Drittel des Buches beanspruchende Beitrag stammt von Nicolas Werth und behandelt die Geschichte der Repression und des Terrors in Rußland bzw. in der späteren Sowjetunion. Lenin baute den Terror schon früh als Mittel der Herrschaft in seine Doktrin ein und Werth zeigt, wie nach der Gründung der Geheimpolizei Tscheka (20.12.1917) der Terror zur »Regierungsmaxime« wurde. Ihr fielen nacheinander Streikende, Sozial-Revolutionäre, Sozialdemokraten, Liberale, Anarchisten und die alten Eliten zum Opfer. Das ist alles nicht neu, wie ein paar ganz unbedarfte Beobachter meinten, aber es ist jetzt besser belegt als bislang dank der teilweise geöffneten Archive.

Im Streit zwischen Kautsky und Trotzki über »Terrorismus und Kommunismus«, charakterisierte Trotzki den Terror 1920 als »Frage der Zweckmäßigkeit« und stellte fest: »Der rote Terror ist staatlicher Terror, Sowjetterrorismus, Staatsdiktatur... des schonungslosesten Staates, der das Leben der Bürger von allen Seiten gebieterisch erfaßt«. Bezeichnenderweise verschwand mit dem Ausbau des staatlichen Machtapparats und der maßlosen Forcierung des Terrors der Begriff »Terror« aus dem offiziellen Vokabular. Stalin sprach anlässlich der Zwangskollektivierung von Klein-, Mittel- und Großbauern beschönigend von »der neuen Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse« und nicht vom Terror gegen Individuen. »Das Absterben des Staates wird nicht durch Schwächung der Staatsmacht erfolgen, sondern durch ihre maximale Verstärkung«. Das Mittel dazu war der Terror, den Stalin 1933 als »revolutionäre Gesetzlichkeit« drapierte und generalstabsmäßig planen und durchführen ließ. Wo es an Planung fehlte, wie zeitweise bei der Deportation der Kulaken, wuchsen allerdings die Zahlen der Opfer, wie Werth zeigen kann.

Er rekonstruiert aus neu erschlossenen Archivbeständen die Terror- und Deportationswellen, mit denen Lenin das Land von Fall zu Fall, Stalin dann systematisch überzog. Werths Ergebnis: Der »Kommunismus an der Macht« regierte immer »antidemokratisch und repressiv«, aber »weder überall noch permanent mörderisch«. Er kommt für die Zeit von 1917 bis zu Stalins Tod (1953) auf eine Gesamtzahl von 15 Millionen Opfern. Im Jahresdurchschnitt faßten die Lager 2 bis 2,7 Millionen Häftlinge (etwa viermal weniger als bislang angenommen), aber die Haftbedingungen, die Verweildauer und die Überlebenschancen waren für die verschiedenen Kategorien von Häftlingen sehr unterschiedlich. Das gilt auch für die Präzision der Daten. In der Ukraine starben Werth zufolge 1932-33 sechs Millionen Menschen an Hunger. Für die Zeit der »großen Säuberung« (1937/38) kann er dagegen genau 681.692 Erschießungen nachweisen – ein Fünftel so viele wie von der Forschung bisher vermutet wurde. Der Historiker will damit nicht etwa die Verbrechen der stalinistischen Diktatur verharmlosen. An deren Grausamkeit läßt er keinen Zweifel, aber Werth besteht auf der Differenz zu deutschen Vernichtungslagern und unterscheidet präziser als alle bisherigen Studien zwischen Opfern des Bürgerkriegs, der Hungersnot (als Folge von Zwangsrequisition und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft), der Arbeitslager, der Spezialgefangenen-Lager, der Umsiedlungen und des Kampfes gegen die »Konterrevolution«. Der »Archipel GULag« war kein System fabrikmäßig organisierter Vernichtung. Seine wirtschaftliche Funktion bei der Modernisierung des Landes ist noch unklar (aber nach der Aktenlage wahrscheinlich), was keine zynische Bemerkung ist, sondern ein Problem zukünftiger Forschung, will sie die Errichtung der Lagersysteme nicht einfach als Atavismus oder Irrationalismus einer Person abtun.

Trotz vieler neuer Erkenntnisse räumt Werth ein, daß noch manches im Dunkeln liegt, nicht nur die tatsächliche Zahl der Opfer, sondern auch die Organisation der staatlichen Repression, deren gesellschaftliche Basis sowie deren Träger.

Jean-Louis Margolin untersucht im *Schwarzbuch* die chinesischen Verhältnisse und stieß dabei – was Quellen und Archivalien betrifft – auf sehr viel größere Schwierigkeiten als Werth. Seit den dreißiger Jahren und verstärkt nach dem »langen Marsch« richtete sich der »rote Terror« in China gegen »Abweichler« und »Verräter« in den eigenen Reihen wie gegen »Klassenfeinde«: reiche Bauern, Händler, hohe Beamte. Was die Brutalität der Auseinandersetzung betrifft, erwiesen sich die Soldaten Maos als Schüler der Kuomintang, deren ausgesuchte Greuelthaten André Malraux in *La condition humaine* (1933) beschrieben hat (z.B. Hinrichtungen in Heizkesseln von Lokomotiven). Nach dem Sieg von Maos Armee über Tschiang Kai-schek und nach der Staatsgründung von 1949 errichtete die chinesische Führung die berüchtigten »Umerziehungslager« für jene, die den »Erziehungskampagnen« trotzten. Aus Mangel an verlässlichen Zahlen ist Margolin weitgehend auf Hochrechnungen und Schätzungen angewiesen. Zwischen 1950 und 1957 wurde etwa eine Million Menschen nach summarischen (oder keinerlei) Verfahren erschossen. Viele starben unter den unbeschreiblichen Haftbedingungen (vor allem ehemalige Beamte und Offiziere, Unternehmer, Intellektuelle). Deren Zahl ermittelt der Autor mit einer Hochrechnung. Unter der Annahme, daß jeder zwanzigste Häftling während und wegen der Haft starb oder umgebracht wurde, gelangt er zur Zahl von 10-20 Millionen Toten. Für die Zeit von 1949 bis zu Maos Tod (1976) rechnet Margolin mit der horrenden Zahl von 44 bis 72 Millionen Opfern, von denen mehr als die Hälfte in der Zeit der Hungersnot starben, also mittelbar an den Folgen der Politik des »Großen Sprungs nach vorn« (1959-62). Margolin nimmt an, daß es sich »wahrscheinlich (um) die größte Hungersnot der Geschichte« handelte, in deren Verlauf nicht nur der Terror gegen vermeintliche Getreidehorter und »Saboteure« wuchs, sondern auch »Kannibalismus« aufkam.

Mit den Hungersnöten als Verbrechenstatbeständen in China und in der Sowjetunion sind heikle Fragen der Zurechnung verbunden: Inwiefern gehörten die Millionen Toten zum politischen und ökonomischen Kalkül? Inwiefern hat man sich geirrt? Inwiefern ist eine Verantwortung von einzelnen Akteuren auszumachen? Während man die Opfer der Säuberungswellen und der sog. »Kulturrevolution« (1966-76: 400.000 bis 1 Million Tote) Mao und der kommunistischen Führung in Partei, Staat und Armee umstandslos als Verbrechen zurechnen kann, ist dies im Falle der Hungersnot nur indirekt möglich – selbst wenn man die erklärende Kraft des Hinweises auf Maos »Starrsinn« so hoch veranschlagt wie Margolin. Ebenso

wenig überzeugt die These, Maos Herrschaft sei eine »Ideokratie« gewesen, da sie auf der »konfuzianischen Tradition« beruhe, wonach »sich die Realität dem Wort beugen« müsse. Die juristisch-moralischen Kategorien von »Verbrechen« und »Schuld« schließlich stoßen an Grenzen jenseits derer ihre Anwendung auf geschichtliche Ereignisse, Entscheidungen und Strukturen mehr verdunkelt als erhellt.

Andrzej Paczkowskis Darstellung der kommunistischen Herrschaft in Polen ist beispielhaft für den Anspruch der meisten Beiträge des Buches, nicht eine verallgemeinernde Synthese zu bieten, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, was man jetzt relativ gesichert weiß. Dies gelingt im Falle Polens, weil sich der Autor bewußt ist, daß »man riskiert, das kommunistische System auf verzernte Weise wahrzunehmen, wenn man die Vergangenheit einzig unter dem Gesichtspunkt der Repression betrachtet«. Die Konsequenz dieser Einsicht läuft auf eine nüchterne Sammlung der Fakten hinaus, zu deren Einordnung in den Kontext es der Diskussion und weiterer Forschung bedarf.

Nach dem polnisch-sowjetischen Friedensvertrag von Riga (1921) lebten auf dem Gebiet der nachmaligen Sowjetunion 1,1 bis 1,3 Millionen Polen. Da sich der eben gegründete Staat als »belagerte Festung« verstand, gerieten – wie so oft – umgehend die Ausländer in Verdacht. 1924 begann eine »Jagd auf Spione«, die im Rahmen der »Polnischen Operation« 1937 in einem förmlichen Befehl zur »totalen Liquidation« aller »Saboteure und Spione« sowie jener polnischen Bauern kulminierte, die sich der Kollektivierung widersetzen. Nach Kriegsbeginn wurden 30.000 Menschen exekutiert und 1940/41 rund 340.000 Menschen in vier Schüben deportiert (8-10% der Deportierten kamen um, zum Teil schon auf dem Transport).

Durch die deutsche Kriegsführung, die den Krieg der Wehrmacht mit der systematischen Ausrottung von Zivilisten kombinierte, verloren 320.000 polnische Soldaten und 5,5 Millionen polnische Zivilisten – größtenteils Juden – ihr Leben. Verglichen damit nehmen sich die Wellen staatlicher Repression im Nachkriegspolen moderat aus, obwohl allein im Bürgerkrieg von 1947 1486 Partisanen und 136 Soldaten starben. Die daran anschließende Systematisierung der Unterdrückung steigerte deren Effizienz und abschreckende Wirkung und verkleinerte damit die Zahl der Opfer. Unter der Devise, »die revolutionäre Wachsamkeit erhöhen«, wurden in Polen in kurzer Zeit starke Sicherheitskräfte (34.000 Mitglieder) und Spitzelnetze (74.000 Zuarbeiter) aufgebaut. Vor allem die »Außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Mißbrauch und Sabotage« sorgte für Furcht und Schrecken: bis 1954 wurden 84.200 Menschen verurteilt und in Arbeitslager eingewiesen. Die Zahlen der politischen Gefangenen im engeren Sinne (40.000) sind darin nicht enthalten. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU und dem Beginn der sog. »Entstalinisierung« kam es nur noch in der Folge der

periodischen Streiks (1968, 1970, 1976, 1980) zu großen Verhaftungs- und Verurteilungswellen. Das repressiv-polizeistaatlich, aber nicht mehr terroristisch agierende Regime manövrierte sich selbst so in die Enge, daß General Jaruselski im Dezember 1981 – angesichts der wachsenden Opposition – nur noch der Griff nach dem Kriegsrecht blieb (Bilanz: 14 Tote, 4000 Verhaftete, 5000 in »Isolationszentren« Internierte). Als Konzession für die 1985 begonnenen Verhandlungen mit der Gewerkschaft »Solidarnosc« wurden am 11.9.1986 die letzten 225 politischen Gefangenen entlassen.

Von gleicher informativer Prägnanz ist die Darstellung der Verhältnisse in den mittel- und südosteuropäischen Staaten durch den gebürtigen Tschechen Karel Bartosek. Mit dem Gesetz Nr. 247 vom 25. Oktober 1948 führte die kommunistische Regierung in Prag »Zwangsarbeitslager« ein (TNP »tabory nucené prace«), in die Menschen für bestimmte oder unbestimmte Zeit unter Berufung auf die pauschale Floskel eingewiesen werden konnten, deren »Lebensart bedürfe einer Erziehungsmaßnahme«. Oppositionelle Kommunisten kamen dagegen in Spezialgefängnisse, in denen bis 1956 »die Folter zum täglichen Brot der Internierten gehörte«. Zwar wurden »Millionen von der Unterdrückung betroffen«, nachdem die kommunistischen Parteien in diesen Ländern die Macht monopolisiert hatten, aber trotz der teilweisen Öffnung der Archive in Prag und anderswo, sind noch keine genaue Angaben über die Zahl der Verhaftungen, Verurteilungen und Todesopfer möglich.

Noch prekärer ist die Informationslage in den Kapiteln über Nord-Vietnam, Kambodscha, Laos, Afghanistan, Äthiopien, Angola, Mozambique und Kuba. Pascal Fontaine kommt bei der Darstellung der kubanischen Repressionspolitik ganz ohne Belege aus und bleibt sehr unbestimmt bei der Analyse von Castros »Lagersystem«. Darin wurden Häftlinge – im autoritären Selbstverständnis der Bürokraten – auf ihre »Wiedereingliederung in die sozialistische Gesellschaft vorbereitet« (u.a. durch ihren Einsatz auf Baustellen). Ohne den repressiven Charakter des Systems beschönigen zu wollen, fragt sich, was den Gebrauch des Begriffs »Konzentrationslager« in diesem Kontext und angesichts des Mangels harter Fakten rechtfertigt.

Fast alle Beiträge zu den kommunistischen Herrschaftssystemen in Asien, Afrika und Lateinamerika lassen im übrigen eine Hypothese zu, die zu überprüfen wäre: selbst wenn die Unsicherheiten und Lücken in der Datenlage geschlossen werden könnten, bliebe die Tatsache bestehen, daß die kommunistische Herrschaft in den verschiedenen Ländern von regionalen Traditionen, gesellschaftlich-politischen Strukturen und wohl auch historisch-spezifischen Konstellationen geprägt wurde. Jean-Louis Margolin deutet eine Bestätigung dieser Hypothese an, ohne sie näher auszuführen: »Es gibt wohl kaum nur in Asien ausschließlich nationale Kommunismen«. Warum es trotz der unterschiedlichen Traditionen und Strukturen in vielen Ländern zu ver-

gleichbaren, nicht unbedingt gleichen Prozessen des Massenmordes, der Deportation und der Einrichtung von Zwangsarbeitslagern gekommen ist, vermögen die Autoren (noch) nicht zu erklären. Aber die seriösen Beiträge sind sich darin einig, daß der Verweis auf »den« Kommunismus der seriösen Forschung nicht weiterhilft, denn solche Verbrechen haben sich in der älteren wie neueren Geschichte unter vielerlei Herrschaftsformen ereignet.

Ansatz und Methode

Die Konfusion in der Auseinandersetzung entstand dadurch, daß Courtois und seine konservativen Verteidiger nicht unterschieden zwischen

- dem Kommunismus als politischer Doktrin,
- der Politik von kommunistischen Parteien in westlichen Demokratien
- und der Politik von Regimes, in denen Kommunisten alle staatlichen, polizeilichen und militärischen Machtmittel in der Hand hatten oder haben.

Staatliche Gewalt kann – ihrer legalen Zügel entbunden – immer terroristisch werden. In der Französischen wie in der Oktoberrevolution erwies sich der Terror als Form unmittelbarer Gewaltanwendung unter dem Schutz und im Interesse des Staates oder einer Partei, die sich als Staatspartei aufführte. Damit wird natürlich nicht unterstellt, die Politik von kommunistischen Parteien bzw. kommunistischen Staaten hätten nichts mit der kommunistischen Doktrin zu tun. Es ginge jedoch gerade darum, den Stellenwert der Doktrin im politischen Handeln zu bestimmen – und da ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man über einen in der Opposition agierenden KP-Chef in einer parlamentarischen Demokratie redet oder einen Diktator in Kambodscha oder einen Parteichef im kommunistischen Polen. Und auch zwischen der Herrschaft der beiden letzteren gibt es mehr Unterschiede als »Ähnlichkeiten«.

Der Vergleich kommunistischer Diktaturen untereinander und mit nationalsozialistischen oder faschistischen Regimes ist möglich, sinnvoll und notwendig. Aber wer vergleichen will, braucht ein Drittes, auf das er sich sinnvoll beziehen kann. Soweit dieses tertium comparationis, d.h. die Kriterien und der Maßstab, an dem unterschiedliche Diktaturen gemessen werden, im Begriff des Totalitären und des Totalitarismus gesucht wird, bleiben die Vergleiche reichlich abstrakt. Das hat einen theoretischen und einen praktischen Grund. Auf theoretischer Ebene ist es trotz vieler Bemühungen in den letzten 50 Jahren niemandem gelungen, eine gehaltvolle Totalitarismustheorie vorzulegen, die den sozialwissenschaftlichen Standards genügt. Das legt den Verdacht nahe, daß der Grundbegriff des Totalitären für die Theoriebildung zu einfach, zu konturlos und zugleich zu allgemein ist. Er ebnet die Unterschiede zu stark ein und mißt einzelnen Gemeinsamkeiten zu viel Bedeutung zu.

Der praktische Grund betrifft die Spezifik vielerlei kommunistischer Herrschaftssysteme zwischen China und der ehemaligen DDR auf der einen und der nationalsozialistischen Diktatur auf der anderen Seite. Entgegen aller Propaganda – die Differenzen unter diesen Regimes überwiegen die Gemeinsamkeiten, und deshalb sind jene Forschungen ergiebiger, die sich zwar auf Vergleiche einlassen, aber hauptsächlich die Herkunft, Funktionsweise und Zielsetzung eines Regimes untersuchen. Es sind nicht politisch motivierte Frageverbote oder Tabuzonen, die Diktaturenvergleiche als weniger wichtig oder subaltern erscheinen lassen, sondern wissenschaftlich deutlich schlechtere Aussichten, mittels Vergleichen zu erkennen, wie Diktaturen wirklich funktionieren. Die wissenschaftlich schlechteren Aussichten lassen sich freilich im propagandistisch dominierten Meinungsmarkt zu vermeintlichen »Klarheiten« und »Neuheiten« frisieren.

Zum Politikum werden Diktaturenvergleiche, wenn der offene oder uneingestandene Zweck des Vergleichs darin besteht, die Verbrechen der einen mit jenen der anderen Seite zu verrechnen und damit beide zu bagatellisieren. Ein frivoles Unternehmen, das von rechts wie von links immer wieder betrieben wurde.

Die Verwirrung darüber, ob von einer politischen Doktrin, von Parteipolitik unter anderen Parteipolitiken oder von staatlicher Politik einer einzigen Partei die Rede ist, führt Courtois zu Aussagen, die man rundweg als zynisch bezeichnen kann. Er glaubt, alle Verbrechen hätten ihren Grund in »Verbrechen gegen den Geist« und »in der Manipulation der Sprache«. Aber selbst die wüstesten sprachlichen Zurüstungen und Verkleidungen (»Liquidierung der Kulaken als Klasse«) tragen zur Erklärung des Mordes weniger bei als eine Analyse der staatlichen Organisation und Durchführung der wirtschaftlich und politisch motivierten Deportations- und Vernichtungswellen im Zuge der stalinistischen Zwangskollektivierung. Courtois verharmlost das tatsächliche Geschehen, wenn er als dessen »Grundidee« eine sprachliche Manipulation bezeichnet.

Es ist sinnvoll und legitim, nach dem Anteil der Ideologien und der Ideologen an der realen Geschichte zu fragen. Das war der Anspruch von François Furets Buch, dessen französischer Untertitel eine klare ideengeschichtliche Einschränkung enthielt: *Essay über die kommunistische Idee im 20. Jahrhundert*. Courtois hat Furets differenzierende Ideen- und Ideologiegeschichte und seine hochgradig mißverständliche Rede von »Ideokratie« zum Unsinn trivialisiert: »Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist das Ergebnis einer Ideologie, die den Menschen und die Menschheit auf etwas Nicht-Universelles, Partikulares reduziert«.

Wahied Wahdathagh

Die Herrschaft des politischen Islam als eine Form des Totalitarismus »Die Islamische Republik Iran«

Die Wahl des neuen iranischen Präsidenten Khatami wurde hierzulande als Anzeichen einer »Öffnung« wahrgenommen, die eine »Liberalisierung« des Regimes und die Herausbildung einer »islamischen Zivilgesellschaft« erwarten lasse. Die Schlüsselfrage, ob sich die strukturellen Grundlagen des vermeintlichen »Gottesstaates« nach dem Tode Khomeinis verändert haben, wurde jedoch nicht diskutiert. Zwar wurde die Herrschaft der schiitischen Geistlichkeit schon verschiedentlich als »totalitär« bezeichnet, der Frage, inwieweit eine solche Charakterisierung berechtigt ist, wurde bisher jedoch nicht nachgegangen. In diesem Beitrag werden zunächst die Entwicklung und die strukturellen Grundlagen der Mullah-Herrschaft im Iran untersucht. Daran anschließend wird gezeigt, daß diese Herrschaftsform, obwohl sie weder als »faschistisch« noch als »kommunistisch« gelten kann, trotzdem eine Reihe von Kriterien erfüllt, die als charakteristisch für eine totalitäre Diktatur gelten. Solange das Prinzip der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit in der iranischen Verfassung festgelegt ist und das iranische Strafgesetz in der khomeinistischen Interpretationen des Islam zur Geltung kommt, ist jede Rede über eine islamische Zivilgesellschaft eine demagogische Farce. Werden zur Unterstützung einer angeblichen Liberalisierung die Wirtschaftsbeziehungen ausgebaut, so läuft dies darauf hinaus, Macht der herrschenden Mullahs aller Fraktionen zu stabilisieren (vgl. auch Heinz 1997).

1. Die Revolution im Iran

Die Revolution von 1978/79 hat gezeigt, daß die traditionelle Gesellschaft sich nicht mit Gewalt in das 20. Jahrhundert transformieren ließ; die von der »sultanistischen« Schahdiktatur (Katouzian 1998: 185) angestrebte Modernisierung war gescheitert. Die städtische Montageindustrie hatte keinen inneren Markt geschaffen. Die Kapitalisierung der Landwirtschaft hatte zur

Bereicherung von wenigen Großgrundbesitzern geführt. Die Landflucht in die Slums der Großstädte war das Merkmal eines nicht erfolgreich durchgesetzten Entwicklungsmodells. Das vom Militär und einem brutalen Geheimdienst, dem SAVAK (Zonis 1983: 601), getragene Modernisierungsprojekt exkludierte die Massen und provozierte die traditionalistisch orientierten Teile der Mittelschichten und ihre Intellektuellen. Die Diktatur des Schah-Regimes hatte es nicht erreicht, die westlichen Importe in die Lebensweise der Bevölkerung zu integrieren (Fukuyama 1992: 323). Westliche Werte wurden besonders von der Geistlichkeit als eine Bedrohung ihrer traditionellen Machtposition gesehen.

Seit 1976 befand sich die iranische Wirtschaft in einer schweren Rezession. Amerikanische Firmen pumpten Petrodollars aus dem Iran und dieser kaufte nutzlose Waffen, industrielle Güter und Konsumgüter für die neuen Mittelschichten ein (Rouleau 1980: 4). Die Intellektuellen des Schiismus griffen in die Mottenkiste der religiösen Tradition und verfochten das Ziel, der alten Sozialordnung der Kalifen wieder Geltung zu verschaffen. Durch die Kollision mit der technologisch überlegenen Gesellschaft des Westens entstand der Versuch der Rückbesinnung auf die »eigene Kultur«.

Der Schah hatte im Jahre 1974 die kalendarische Zeitrechnung in Erinnerung an die iranisch-archetypische Tradition der Dynastien auf das Jahr 2500 (Bernard/Khalilzad 1979: 235) nach vorne gedreht. Fünf Jahre später drehten die Islamisten die Uhr wieder zurück. Der Iran zählte das Jahr 1357 nach mohammedanischer Zeitrechnung. Wenn das mittelalterliche Europa in den »Bereichen der Kultur, Mathematik, Technik oder der Navigation« einen Teil seiner Kultur historisch gesehen vom Islam »geliehen« (Kennedy 1989: 30) hat, muß im Übergang zum 21. Jahrhundert davon ausgegangen werden, daß der politische Islam des Khomeinismus auf Verfallerscheinungen einer Weltreligion hinweist. In der sunnitischen Tradition errichtete Khomeini einen Gottesstaat (Gellner 1987: 287), der die diktatorischen Dimensionen des Schah-Regimes noch weit übertrifft. Ein islamischer Gottesstaat und ein reiner islamischer Mensch sollte den Iran vor der westlichen Dekadenz retten. Auch wenn der neue Präsident Khatami die Barbarei des politischen Islam als eine neue Zivilisation zu verkaufen versucht (Wahdathagh 1998b, 1999b), kann davon ausgegangen werden, daß ein Andalusien, das historisch für die tolerante Tradition des Islam steht, im khomeinistischen Iran kaum vorstellbar ist. Der politische Islam ist ein Phänomen und ein Teil der Moderne: Der Iran errichtet Atomkraftwerke, baut Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1300 km (IRNA 7.2.1998) und das iranische Nuklearprogramm soll bis 2003 in der Lage sein, eigene Atombomben zu bauen (Hashim 1995: 60).

Der Streik der iranischen Ölarbeiter war der Anfang vom Ende der »sultanistischen Diktatur« der Pahlavi-Dynastie. Fabriken und Ländereien wur-

den besetzt. Studenten, Professoren, Schüler und Lehrer diskutierten über Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Banken wurden überfallen, Kasernen gestürmt. Politische Organisationen rüsteten sich auf, um gegen eine der stärksten Armeen des Mittleren Ostens zu kämpfen. Die Massen stellten sich Panzern entgegen. Auch die US-Generalität konnte den Schah nicht mehr an der Macht halten (Huysen 1986). Nachdem die Armee einige hundert Demonstranten niedergeschossen hatte, kapitulierte der gesamte westlich ausgebildete Militärapparat, weil kein Befehl von oben kam.

Im »Frühling der Freiheit« organisierten sich säkulare Frauen in Frauenorganisationen und veranstalteten Seminare und Demonstrationen für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Verschiedene liberal-demokratische Gruppen, wie der »Nationale Verband der Universitätsprofessoren«, der »Anwaltsverband« und der Schriftstellerverband hatten sich erneut formiert und wurden politisch aktiv. Unabhängige Zeitungen und Verlage aller politischer Schattierungen wurden gegründet. Die Paniranistische Partei und die sozialdemokratisch orientierten Organisationen hofften auf die langfristige Mobilisierung ihrer Anhängerschaft.

Kommunistische Organisationen träumten von der Zerschlagung des Weltkapitalismus, vertrauten aber Khomeini. Die marxistisch-leninistische Organisation der Volksfedajin schrieb einen offenen Brief an Khomeini und bat ihn auf die sozialen Belange der Arbeiterklasse zu achten, mäßigend auf die paramilitärischen islamistischen Gruppen einzuwirken, und sie aufzufordern, die kommunistischen Buchläden und Büros nicht mehr anzugreifen (Etellaat 21.1.1979: 2). Ansonsten schickten die kommunistischen Organisationen fleißig Kader in die Fabriken und auf das Land, um die Arbeiter und die Bauern für die sozialistische Weltrevolution zu gewinnen und spalteten sich in immer weitere Splittergruppen. Die bewaffnete Organisation der Volksmudjahedin kämpfte für einen »Sozialismus mit islamischem Antlitz«.

Viele Iraner träumten von einer Revolution, die die alten sozialen Strukturen der orientalischen Despotie auflösen und eine neue sozial gerechtere und demokratischere Gesellschaft schaffen würde. Die demokratische Revolution von 1979 ist jedoch im Keime erstickt und islamisiert worden.

Rund zehn Jahre nach der Revolution stellte Bernard Lewis die zweischneidige These auf, daß die islamische Revolution sich durchaus mit der französischen oder der russischen Revolution vergleichen lasse, weil eine Massenbewegung Verschiebungen im Gefüge der Macht bewirkt und einen Prozeß umfassenden Wandels eingeleitet habe (Lewis 1988: 154). Entwicklungen seien beschleunigt worden, die schon lange im Gange waren. Auch wenn die grausamen Morde aller Revolutionen sich gleichen mögen, unterscheiden sich Revolutionen in ihrem Ergebnis darin, ob eine demokratische Ordnung herbeigeführt wird oder ob der Gang der Geschichte wie in

Rußland im Stalinismus oder wie im Fall des Iran im Khomeinismus mündet. Für Lewis schien es jedoch noch offen, ob der iranische Gottesstaat einen demokratischen Weg einschlagen würde. Tatsächlich war die iranische Revolution die erste, die eine Rückkehr zum 7. Jahrhundert nach Christus als erklärtes Ziel verfolgte. Im Vergleich zu anderen Revolutionen wirkte dies so grotesk, »als würde sich 1848 Papst Pius IX. zur Führung der römischen Revolution entschlossen haben« (Hobsbawm 1994: 565).

2. Die Machtübernahme der Khomeinisten

Der Politiker des säkularen Flügels »Nationalen Front« Schapur Bachtiar wurde am 31.12.1978 eingesetzt, um einen Kompromiß zwischen Khomeini und dem Schah-Regime herbeizuführen. Bachtiar verfocht als Tribun eines modernistischen Flügels der »Nationalen Front« einen Parlamentarismus plus dynastische Herrschaft. Die Lockerung des politischen Klimas kam jedoch viel zu spät. Bachtiar stornierte Waffenkäufe im Wert von 7 Milliarden Dollar, er stoppte den Verkauf von Öl an Israel und Südafrika und erklärte den Austritt des Iran aus CENTO. Verzweifelt nannte er Khomeini sogar den »iranischen Ghandi« (Abrahamian 1998: 485). Schapur Bachtiar mußte das Land am 9.2.1979, acht Tage nach der Ankunft Khomeinis, verlassen. Im August 1991 wurde er von khomeinistischen Todeschwadronen in Paris bestialisch ermordet.

Die Massen agierten zwar einheitlich gegen den Schah und riefen: »Der Schah muß weg«, sie blieben aber gespalten. Die Einheit forderte insbesondere Khomeini: »Hame ba ham – Alle zusammen«. Er forderte auch die Einheit des Wortes, die den Anfang der totalitären Diktatur des Khomeinismus schon anklingen ließ. Wenige Monate später wurde für alle Beteiligten sichtbar, daß Khomeini von den anderen forderte *ihm* zu folgen. Er hatte gemeint: »Alle mit mir«.

Khomeini kam am 1. Februar 1979 mit dem Flugzeug aus dem französischen Exil in Teheran an und wurde von den Massen wie ein von Allah gesandter Retter, ein Prophet empfangen. Für manche gläubige Muslime war der zwölfte Imam vom Himmel herabgekommen. Sie hatten schon sein Gesicht im Vollmond gesehen. Fromm und fanatisch schrien die Massen: »Tod dem Schah«, »Khomeini unser Führer«. Kaum ein fortschrittlicher Intellektueller machte sich Gedanken, ob der schiitische Revolutionär, der die »Durchsetzung des ewigen, göttlichen Rechts« verfolgte, doch nicht den »Sunnismus unter dem Mantel des Schiismus« (Gellner 1987: 288) verkaufte, und welche diktatorischen Dimensionen eine sich mit göttlicher Wahrheit identifizierende Herrschaftsform für Individuum und Gesellschaft mit sich bringen konnte. Dies wird vor dem Hintergrund des Einheitsdenkens Khomeinis verständlich, der den Widerspruch zwischen Sunniten und

Schiiten mit einer panislamischen Politik des *Welayat*¹ zu überwinden versprach (Buchta 1994: 566).

Islamisierung

Während die demokratischen und kommunistischen Organisationen noch von ihren jeweiligen Zielen träumten und sich gegenseitig befehdeten, bereitete der khomeinistische Teil innerhalb der »Kaste« der schiitischen Geistlichkeit bereits die totale Machtübernahme vor. Der Begriff »Kaste« wurde hier gewählt weil die Führungsriege keine spezifische Klasse vertritt. Die scheinbar gesplante Führungsriege operiert in allen politischen Richtungen und verfügt über einen ideologischen Konsens: Die Erhaltung und Stärkung der Macht des *Welayate Fagih* – der Herrschaft der Rechtsgelehrten. Wie schnell die Herrschaft der Khomeinisten das Land erfaßt machen einige Ereignisse deutlich.

Am 16. Juli 1979 gab Khomeini den Befehl für den Einmarsch der Armee in die kurdische Stadt Marivan. Die Kurden kämpften für ihre kulturelle Autonomie innerhalb der iranischen Grenzen.

Am 7. August wurde die bürgerlich-liberale Zeitung »Ayandegan« (Nirumand/Daddjou 1987: 268) verboten. Die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) begrüßte das Verbot von weiteren 22 Zeitungen und Zeitschriften (Shirazi 1992: 73). Die kommunistische Linke übte sich im antiimperialistischen Kampf und fürchtete zionistische Kräfte in den Redaktionsräumen der Zeitung; einen Aufruf der »Nationalen Front«, die vor der Zensur warnte und die Verteidigung der elementaren Bürgerrechte forderte, unterschrieb sie nicht.

Mit Zustimmung Khomeinis besetzte ein studentisches Revolutionskomitee am 4. November 1979 die US-amerikanische Botschaft, nahm etwa 70 Geiseln (Chubin 1982: 19) und forderte die Auslieferung des Schahs. In Massendemonstrationen wurden Tausende permanent mobilisiert und auf eine antiamerikanische Linie gebracht.

Die islamische Kulturrevolution begann schon mit den Säuberungen der Universitäten. Ein eigens installierter Revolutionsrat der Universität entschied über die Entlassungen von Professoren, Studenten und Personal. Schon am 29. Mai 1979 wurde eine Erklärung des Direktoriums veröffentlicht, in der es hieß, daß die Universität ein heiliger Ort sei und von Agenten des Kolonialismus gesäubert werden müßte (*Etelaat* 29. Mai 1979, S.9). Der Höhepunkt der »islamischen Kulturrevolution« war die Schließung der Teheraner Universität im April 1980.

1 Der politische Zwang zur totalen Unterwerfung unter mohammedanischer Herrschaft und die islamischen Kalifen und Sultane wird von Karl A. Wittfogel als »orientalische Despotie« bezeichnet. Rosa Luxemburg (1985) spricht von der »asiatischen Despotie«, wenn sie die »Wilajet« behandelt.

Khomeini bezeichnete die Universitäten als »Zentren der Prostitution« und verbot jegliche politische Aktivität an den Hochschulen (Momeni 1998a: 214). Der in deutschen Medien als »Reformer« bekannt gewordene islamistische Staatstheoretiker Sorousch und der heutige Präsident Mohammad Khatami gehörten zu den Befürwortern dieser kulturevolutionären Säuberungen. Als Khatami 1982 das Amt des Ministers für »Kultur und islamische Führung« (Kooroshy 1998: 10) bekleidete, setzte er die Politik der Islamisierung der Gesellschaft in allen Bereichen mit größter Härte durch. Die Konsequenz der Islamisierung war die totale Eliminierung der Andersdenkenden aus der öffentlichen Sphäre. Im Februar 1983 wurde die moskauorientierte Tudeh-Partei (Chubin 1983: 933) und ihre Jugendorganisation, die »Volksfedajin-Mehrheit«, als letzte oppositionelle Organisation verboten. Die Tudeh-Partei stützte sich auf die Positionen eines sowjetischen Entwicklungsstrategen (Olianowsky 1979), der Khomeini zwar nicht als einen Sozialisten, aber als einen Antiimperialisten, einen Feind des imperialistischen Feindes schätzte. Die khomeinistische Basis sei die revolutionäre Kleinbourgeoisie, propagierte die Tudeh-Partei. Tatsächlich besteht die soziale Basis der Kaste der herrschenden Geistlichkeit aus den rückschrittlichsten traditionellen Schichten der iranischen Gesellschaft, das Lumpenproletariat eingeschlossen. Mitte Mai 1983 wurden führende Parteimitglieder der Tudeh-Partei, wahrscheinlich unter Drogen, im staatlichen Fernsehsender vorgeführt. Sie bereuten einer »fremden Ideologie« (Abrahamian 1993:88) angehangen zu haben.

In den Massenhinrichtungen von 1980-82 und 1988 wurden Tausende verhaftet und in den Gefängnissen gefoltert und hingerichtet (Baradaran 1999; Parsipur 1996; Abrahamian 1997).

Der Krieg gegen den Irak war nach Khomeini ein »Geschenk Gottes«, obwohl er weitere Konflikte in der Region auszulösen drohte, wie Raketenangriffe gegen Israel, oder die Einmischung der damaligen Supermächte in den Grenzkonflikt (Wright 1980/81: 301). Der Friedensvertrag war für den »alten Mann« Khomeini wie »ein Becher Gift«, den er austrinken mußte, wie er selbst zugab (Momeni 1998a: 330). Khomeini wußte das Feindbild Amerika zu instrumentalisieren, um die Liquidierung der politischen Feinde im Inland zu legitimieren (Ebd.: 273). Die Iran/Contra-Affäre (Leaman 1988) zeigte, daß der antiimperialistische Kampf auch der Banisadr-Regierung unter Khomeini seine Grenzen beim Waffenhandel hatte. Tatsächlich hatte Khomeini den alten Staatsapparat, die Armee, den Geheimdienst SAVAK (heute VEVAK) und das Bankwesen geerbt. Das Problem des Zinsverbotes der Banken wurde mit einem leichten Kniff der Erhebung von Gebühren gelöst. In allen staatlichen Einrichtungen bis hin zur Armee wurden Geistliche als Agenten des neuen Systems installiert, die die Islamisierung der alten Administration garantieren sollten.

Drei politische Säulen der Islamischen Republik Iran

Parallel zur provisorischen (ersten) Regierung von Bazargan (Mahrad 1983: 62; Buchta 1995b: 588) konkurrierte der islamische *Revolutionsrat* um die Macht im Staat. Bazargan und die Bewegung der »Nehzate Azadi«, die mit seinem Namen im Zusammenhang gebracht wird, gehörte dem traditionalistischen Flügel der »Nationalen Front« an. Der Biograph von Rafsandjani, Massud Rasavi schreibt zu Recht, daß in der ersten Phase der Revolution neben Khomeini, der islamische Revolutionsrat und die provisorische Regierung als die drei Säulen der Islamischen Republik betrachtet werden können (Rasavi 1997: 221). Die Widersprüche innerhalb dieser drei Säulen des Mullah-Regimes existieren bis heute.

Zu den Aufgaben des islamischen Revolutionsrates gehörten u.a. der Entwurf einer Verfassung, die Bildung einer konstituierenden Versammlung und Säuberungen der Institutionen, der Ministerien, der gesamten staatlichen Bürokratie von »frevlerischen Elementen«. Obwohl aus dem Umfeld von Bazargan zunächst ein Verfassungsentwurf vorgelegt wurde, in dem die Geistlichkeit nicht die alleinige Macht im Staate übernehmen sollte, forderte der heute als Oppositioneller geltende Ayatollah Montazeri am 11.7.1979, daß der Staatspräsident ein schiitischer *Mojtahed* sein sollte. Ein solcher Großayatollah steht an der Spitze der schiitischen Geistlichkeit und wird zum »Vorbild« (*Marjae taglide motlaq*), das von allen Geistlichen und Muslimen nachgeahmt werden muß (Buchta 1995a: 450f). Auch der Haupttrivale Montazeris, der gegenwärtige religiöse Führer des Iran, Hojatoleslam Khamenei forderte im Konsens mit den beiden »Vorbildern« Khomeini und Montazeri den Eingang des Prinzips der *Welayate Fagih*, der Herrschaft der Rechtsgelehrten, in die Verfassung (Shirazi 1992: 35).

Bazargan versuchte die Krise zu meistern und setzte sich für die Vereinheitlichung der provisorischen Regierung mit dem islamischen Revolutionsrat ein. Infolge dessen wurde Rafsandjani Sekretär des Staatsministers. Der Schein-»Pluralismus« der Kaste der Islamisten existierte bereits im Revolutionsrat, wenn man sich die Liste der zunächst geheim gehaltenen Mitglieder genauer betrachtet. Damals gehörten noch u.a. Montazeri, Khamenei, Beheshti, Rafsandjani, Banisadr, Bahonar, Mahdavi-Kani, Habibi, Sahabi dazu (Rasavi 1997: 231). Einige aus diesem Kreis wurden später entmachtet oder ermordet.

Banisadr hatte das Konzept einer göttlichen Wirtschaftsordnung (Banisadr 1979) entworfen, zugeschnitten auf den khomeinistischen Gottesstaat. Dennoch wurde er am 21. Juni 1981 mit Zustimmung der anderen Mitglie-

der und des *Majlis* des islamischen Rates² abgesetzt. Banisadr war zunächst von Khomeini als Wirtschaftsminister in die Regierung Bazargan delegiert worden (Hiro 1987: 125). Nachdem er zum Präsidenten gewählt worden war, wollte er die Macht des islamischen Revolutionsrates einschränken. Khomeini sprach schließlich ein Machtwort: »In diesen Tagen mehren sich die Angriffe gegen die traditionelle Geistlichkeit. Die Beleidigung der Geistlichkeit bedeutet eine Schwächung der Unabhängigkeit, der Freiheit und des Islam.« Jeder, der so handle, gehe den Weg des gestürzten Schah (Rasavi 1997: 235). Diese Warnungen richteten sich gegen die Organisation der Volksmudjahedin und gegen Banisadr.

Der Revolutionsrat, der hauptsächlich aus Geistlichen bestand, konnte, indem er sich von Anbeginn auf paramilitärische islamistische Organisationen wie die Revolutionskomitees und Revolutionsgerichte stützte, Aufgaben der staatlichen Verwaltung wahrnehmen.

Ajatollah Beheshti, Mitglied des islamischen Revolutionsrates, wurde am 29.6.1981 durch ein Bombenattentat auf die Zentrale der Islamisch-Republikanischen Partei, gemeinsam mit 71 anderen Parteimitgliedern getötet. Präsident Rajai, der Nachfolger von Banisadr und Hojatoleslam Mohammad Javad Bahonar, Generalsekretär der IRP starben am 30.8.1980 ebenfalls durch ein Bombenattentat. Die Frage ist bis heute offen, ob tatsächlich die oppositionellen und bewaffneten Volksmudjahedin, die später von Paris und dann von Bagdad aus gegen die Mullahs operierten, die Bomben gelegt hatten, oder ob die Attentate den Mudjahedin angehängt wurden, um auch sie zu eliminieren. Ajatollah Taleghani fungierte als eine Brücke zwischen dem Islamischen Revolutionsrat und zur Nehzate Azadi, die Partei Bazargans, dem Vertreter der rückschrittlich-traditionellen Bazar-Bourgeoisie. Taleghani scheute sich aber auch nicht die Sowjetunion gegenüber den USA zu verteidigen. Er wurde daher von der Tudeh-Partei als fortschrittlich eingestuft. Khomeinisten galten grundsätzlich als Feinde des imperialistischen Feindes, die USA, und wurden daher von den iranischen Kommunisten als objektive Koalitionspartner betrachtet.

Auch Ezzatollah Sahabi der heute als Vertreter der »legalen Opposition« gilt, arbeitete damals im islamischen Revolutionsrat. Dies soll verdeutlichen, daß die Vielfalt der khomeinistischen Kräfte vom ersten Jahr der Revolution existierte, was aber nicht bedeutet, daß er die Vielfalt der gesellschaftlichen Realität des Iran widerspiegelt hätte. Feststeht, daß der Revolutionsrat sogar den islamistischen Flügel der »Nationalen Front«, die längst atomisiert war, mit dem Sturz der provisorischen Regierung von Ba-

2 Diese Institution wird fälschlicherweise von einigen Iran-Experten als Parlament bezeichnet. Dies trifft nicht zu, weil die in den Majlis gewählten Kandidaten nicht vom Volk aufgestellt werden, sondern aufoktrojierte Kandidaten sind, die gewählt werden können.

zargan entmachtet hatte. Bazargan konnte die Besetzung der US-Botschaft nicht gutheißen und trat zwei Tage danach am 6. November 1979 zurück. Khomeini forderte die »Einheit des Direktoriums« und versprach der Bevölkerung materiellen Wohlstand für alle Iraner (Nasri 1983: 629).

Trotz all dieser Widersprüche haben diese Kräfte gemeinsam die Potentiale einer demokratischen Zivilgesellschaft beseitigt, so wie es Khomeini gefordert hatte. Am 12. Juli 1980 erklärte Beheshti die Arbeit des islamischen Revolutionsrates für beendet. Zwei neue Institutionen, der *Wächterrat* und der *Majlis* wurden ins Leben gerufen. Aus diesen internen Säuberungen trat Rafsandjani als Sieger hervor.

Der Sieg der Islamisch-Republikanischen-Partei (IRP)

Die Geistlichkeit sicherte ihre Machtposition Schritt für Schritt ab. Am 30./31. März 1979 dürfte das Volk Nein zum Schahregime und Ja zur Islamischen Republik sagen. Am 3.8.1979 führten die khomeinistischen Wahlen zur »verfassungsgebenden Versammlung«, d.h. zum Sieg der schiitischen Geistlichkeit. Dieser Triumph wurde am 2. Dezember 1979 durch ein weiteres Referendum, das die neue Verfassung, die umfassende Vollmacht für Khomeini und die klerikale Kaste garantierte, abgesichert.

Schon am 4. Februar hatte die khomeinistische Gruppe der »kämpfenden Geistlichkeit« in einer Erklärung bekannt gegeben: »Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern ein soziales und politisches System« (Etelat 4.2.1979: 8). Diese Worte wurden nicht ernst genommen. Allerdings verhinderten Khomeini und seine Anhänger genau in diesem Sinne die Bildung einer »konstituierenden Versammlung«. Diese hätte eine Wahl der von der Bevölkerung aufgestellten und gewählten Kandidaten ermöglicht.

Nach und nach wurden alle vom khomeinistischen System unabhängigen gesellschaftspolitischen Instanzen verfolgt und verboten. Lediglich die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) blieb. Sie fungierte als eine politische Dachorganisation vieler islamischen Gemeinschaften im gesamten Land (Sciolioni 1983: 897).

Der islamistische Historiker Rasawi schreibt, daß sechs Personen des Zentralkomitees vor der Gründung der Partei von Khomeini ernannt wurden, um in den Revolutionsrat einzutreten. Als Bazargan noch mitregierte, habe der Revolutionsrat die Rolle einer verfassungsgebenden Versammlung inne gehabt. Nach seinem Rücktritt verpflichteten sich die von Khomeini ausgewählten Personen zusätzlich zu konkreten Arbeiten in den revolutionären Organen, wie bei den Pasdaran, den Revolutionsgerichten etc. Auch Bani-sadr habe stets »die Bedingungen des Wachstums der Diktatur« kritisiert, was für Rasawi einer Gotteslästerung gleichkomme. Ajatollah Beheshti verkündete in einer Rede, daß das Programm der IRP davon ausgehe, die

gesamte Bevölkerung und die Führung des Landes dem Islam näher zu bringen. Einen Erfolg der IRP sieht Rasawi a) in der starken Basis der Partei in der Bevölkerung und b) im konsequenten Umgang mit den Widersachern der Partei. Als Beispiel wird u.a. die Liquidierung der Volksmudjahedin erwähnt (Rasawi 1997: 202). Auch die Wahl landesweiter islamistischer Räte (»Kommunalwahlen«) wurde schon im Jahre 1980 von der IRP gefordert. Aber die Partei kam zu dem Schluß, daß in der revolutionären Phase wichtigere Probleme existierten als »Kommunalwahlen«. Diese wurden dann zwanzig Jahre später als Mobilisierungsstrategie aller Islamisten des Landes unter Khatami durchgeführt.

Schließlich löste Khomeini die Islamisch-Republikanische Partei am 3.6.1988 mit der Begründung auf, daß eine Partei in Kriegszeiten zu viel koste. Nach Kooroshy (1990: 120) sei die Partei tatsächlich von Fraktionskämpfen geplagt gewesen, so »daß ihre Weiterexistenz zu weiteren politischen Polarisierungen innerhalb der politischen Führung hätte beitragen können«. Kooroshy teilt die Konfliktparteien innerhalb der IRP in zwei Hauptgruppen ein: Eine Gruppe, die für die Verstärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft und eine verstärkte Kontrolle über den Außenhandel eintritt und eine andere Gruppe, die ein unbegrenztes Eigentumsrecht befürwortet und sich auf die ursprünglichen islamischen Lehren beruft (Kooroshy 1984:17). Die IRP hat dank der staatlichen und der parastaatlichen Organe erreicht, alle andersdenkenden Persönlichkeiten, Gruppen, Organisationen, Parteien und Minderheiten aus dem Land zu verjagen, in den Gefängnissen zu eliminieren oder zum Schweigen zu bringen.

3. Wirtschaftsliberalisierung und Stärkung der Mullah-Diktatur

Khomeini starb am 3. Juni 1989, ein Jahr nach dem Ende des achtjährigen Krieges gegen den Irak. Im November 1985 war Ajatollah Montazeri vom Expertenrat als Nachfolger Khomeinis gewählt worden (Schirazi 1997:73). Khomeini disqualifizierte ihn jedoch, weil er politisch unfähig sei. Erwartungsgemäß entstand infolge des Machtvakuumms ein Führungskonflikt. Zwei Ajatollahs, Ali Khamenei und Akbar Haschemi Rafsandjani, bildeten eine neue Doppelspitze im iranischen Gottesstaat. Khamenei übernahm einen Tag nach Khomeinis Tod das Amt des Stellvertreter Gottes im Iran und am 28. Juli wurde Rafsandjani Parlamentspräsident. Diese Doppelspitze widerspiegelt einen alten Konflikt innerhalb der Kaste der herrschenden Geistlichkeit, der am deutlichsten in der IRP zum Ausdruck gekommen war und nun zum Hauptkonflikt der herrschenden Mullah-Riege werden sollte. In der Rolle des Hardliners ist Khamenei stets bedacht, eine wirtschaftliche Öffnung nur solange zu dulden, wie die Alleinherrschaft der Geistlichkeit nicht gefährdet wird. Rafsandjani wie sein Nachfolger Khatami überneh-

men die Rolle der Wirtschafts-»Liberalen«, die das Ziel einer wirtschaftlichen Stärkung des Gottesstaates verfolgen. Und nur gemeinsam können die zwei Ajatollah-Fraktionen, die Hüter des Gottesstaates und die um die Weiterexistenz sich sorgenden »Wirtschaftsliberalen«, die Dynamik der Macht potenzieren und als ein islamistisches Doppelgespann die Diktatur stärken und aus der Isolation herausführen.

Die Politik der »Liberalisierung« der Wirtschaft war nicht gänzlich neu. Erinnert sei an den argentinisch-iranischen Vertrag bei der Umrüstung eines Kernreaktors der Teheraner Universität im Mai 1988, bereits zu Lebzeiten Khomeinis, und an den Besuch des sowjetischen Außenministers Schevardnadze bei Khomeini im Februar 1989. Iran war ein guter Handelspartner in Sachen Waffengeschäfte und wurde mit MIG-29 und SU-24 aufgerüstet (Hunter 1993: 186). Diese Beispiele sollen zeigen, daß die Politik der »Liberalisierung« nur in Form der Intensität neu war, denn Khomeini hatte stets verlaublich lassen, daß im Interesse des Gottesstaates auch mit dem »Teufel« verhandelt werden dürfe.

Nach einem verlustreichen Krieg war das Land international isoliert und geschwächt. Das islamische Regime entschied sich für wirtschaftliche Reformen, um die Weiterexistenz des *Welayat* zu sichern. Khamenei setzte sich für die ideologische Legitimation der Islamischen Republik ein und Rafsandjani damals, wie Khatami heute stehen für die begrenzte Modernisierung der Wirtschaft. Ein kurzer Überblick soll die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung des Gottesstaates vom internationalen Kapital verdeutlichen:

Nach dem Ende der tiefen Rezession von 1980 lebte die Wirtschaft in den Kriegsjahren 1981 bis 1986 wieder auf, dann folgte zwischen 1987-89 eine erneute Rezession (Amuzegar 1992: 417). Nachdem jegliche Opposition in mehreren Hinrichtungswellen 1979/82 und 1988 liquidiert worden war, wurde der ökonomische Niedergang zur größten Gefahr für die Machthaber. Trotz der vielen Versprechungen Khomeinis hatte sich die soziale und wirtschaftliche Lage Ende der achtziger Jahre für die Mehrheit der Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Die iranische Zentralbank mußte im Frühjahr 1991 die Import- und Devisenbestimmungen lockern, um die Verarmung und den wirtschaftlichen Niedergang einzudämmen (Kooroshy 1997: 71). Um die Jahreswende 1991/92 belief sich die Auslandsverschuldung des Iran auf 16 Mrd. US \$, hinzu kamen Lieferantenkredite in Höhe von 4-5 Mrd. US \$ (Hermann, März 1992: 4). Trotz Auslandshilfe der wichtigsten westlichen Staaten konnte die Lohnentwicklung Anfang der 90er Jahre nicht mit der Teuerungsrate Schritt halten. Ende 1992 kletterte die Auslandsverschuldung auf 25 Mrd. US \$ (Hermann, Dezember 1992: 4f). 1993/94 gab es eine Geldentwertung um ca. 50%. Die konjunkturelle Entwicklung der folgenden Jahre litt unter der hohen Inflation in Verbindung mit einem abnehmenden Außenwert des Rial (Espey, März 1994: 6).

Der kurze Frühling von 1994, der mit dem Namen Rafsandjani in Verbindung gebracht wurde, dauerte jedoch nur wenige Monate (Hermann 1994: 541). Mitte der 90er Jahre wurde die wirtschaftliche Liberalisierung des Landes vom Religionsführer Khamenei gestoppt, der auf die Beachtung sozialer Aspekte bei wirtschaftlichen Unternehmen hinwies. Khamenei warnte vor einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die sich bloß an hohen Wachstumsraten orientiert. Er forderte mehr wirtschaftliche Autarkie und größere eigene Anstrengungen in Richtung einer islamischen Planwirtschaft. Auch der Regierung von Rafsandjani war bewußt, daß staatliche Eingriffe unvermeidbar sind. Immerhin betrug die Auslandsverschuldung 1993/94 insgesamt ca. 33 Mrd. US \$ (Espey, März 1995: 12). Drei Freihandelszonen sollten Investitionen internationaler Konzerne ermöglichen. Dort konnte der ausländische Investitionsanteil bis zu 100% erreichen und für 15 Jahre wurde eine Befreiung von Einkommens- und Kapitalertragssteuern gewährt. Bis Ende 1995 sanken zwar die Auslandsschulden um 5 Mrd. US \$ auf 28 Mrd. US \$, aber es gab keine konjunkturelle Belebung.

Präsident Clinton verhängte am 8.5.1995 ein umfassendes Wirtschaftsembargo. Schon im März 1994 hatte Clinton die Kooperation der US-Firmen Conoco mit der National Iranian Oil Company (NIOC) untersagt. US-amerikanische Firmen lieferten noch über Tochtergesellschaften in Europa und Asien in den Iran, US-Gesellschaften zogen ihr Personal aber aus dem Land ab. Da die Ankurbelung der Wirtschaft durch das Embargo im Jahr 1995 erschwert wurde, benötigte der Iran neue Kredite (Espey, Juli 1995: 4). Auch 1996 bestanden nur geringe Aussichten für eine Verbesserung der ökonomischen Lage. Die Privatisierung des staatlichen Industriesektors blieb trotz aller Bemühungen der wirtschaftsliberalen Mullahs aus, zumal ein Großteil der formal privatisierten Betriebe weiterhin den staatlichen Banken, öffentlichen Investitionen und religiösen Stiftungen gehörten. Deutschland und Japan gehörten 1996 zu den größten Gläubigern der zunächst auf 15 Mrd. US \$ reduzierten Auslandsverschuldung. Teilweise wirkten sich die US-Sanktionen bereits aus. So stoppte Japan z.B. die Auszahlung der zweiten Kreditrate für den Bau des Wasserkraftwerkes Karun-4 in Höhe von 430 Mio. US \$ (Espey März 1996: 8). Die deutschen Direktinvestitionen wuchsen im Jahr 1996 auf 52 Mio. DM, was eine Steigerung von 11 Mio. im Vergleich zum Vorjahr bedeutete (Bundesbank Mai 1998: 25). Die iranische Regierung beschleunigte die industrielle Entwicklung und erhöhte die Zahl der Joint Ventures im Jahre 1995/96 auf 14 neue Vorhaben in Höhe von 352 Mio. US \$. Die Verschuldung war im Laufe des Jahres 1996 wieder auf 22 Mrd. US \$ gestiegen. Der Sprecher des Majlis Nateg Nouri und Khamenei kritisierten die hohe Verschuldung des Landes, weil lediglich eine kleine Schicht von »Profiteuren« begünstigt worden sei (Espey 1996: 10). Dank der hohen Exporterlöse (vor allem durch Öl) von

knapp 19 Mrd. US \$ befand sich die Wirtschaft des Gottesstaates im Jahr 1997 allerdings wieder im Aufwind.

Im Jahr 1997 traten die US-Sanktionen in Kraft. Betroffen waren Firmen, die innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten mehr als 40 Mio. US \$ in Irans Öl- und Gassektor investierten. Dennoch liefen die Wirtschaftsbeziehungen der westlichen Industrienationen ungestört weiter. Zu den Gewinnern des Geschäfts mit der Mullah-Diktatur gehörten u.a. die EU-Länder Frankreich, Italien und Großbritannien. Korea meldete einen enormen Anstieg des Iran-Geschäftes. Die deutschen Lieferungen fielen dagegen im Vergleich zu 1995 um 9,5% (Espey 1996: 22). 1997 wurden die auf 10 Mrd. US \$ angestiegenen Devisenreserven langsam abgebaut, damit die sinkenden Öleinnahmen kompensiert und die Importe gesteigert werden konnten. Alle Haupthandelspartner des Iran profitierten von den steigenden Einfuhren des Gottesstaates. Die Auslandsverschuldung war 1997 rückläufig und betrug 18,8 Mrd. US \$. Die Mullahs haben Glück. Die US-Wirtschaftssanktionen verfolgen nicht ernsthaft das Ziel, die Europäer zu stoppen. Die USA wollten lediglich stärker in die Iran-Politik der EU involviert werden. Jenseits der wirtschaftlichen Beziehungen beschlossen die EU-Länder am 29.4.1997 eine Einschränkung der politischen Zusammenarbeit. Die gesamten EU-Lieferungen nach Iran stiegen 1996/97 um 8% auf 4,8 Mrd. US \$. (Espey 1997: 18)

In den Jahren 1997/98 hatte sich die Zusammenarbeit mit dem Westen endlich gelohnt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mullah-Diktatur stieg um ca. 5%. Der neue Präsident Khatami hat zwar noch kein Wirtschaftsprogramm, er will aber keine so starken Liberalisierungsmaßnahmen, die soziale Kosten verursachen würden, obwohl er die Relevanz des privaten Sektors hervorhebt. Khatami will auch die Rahmenbedingungen für Unternehmer verbessern, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Im Jahr 1997 haben die Inlandsinvestitionen um 7,4% zugenommen, die Auslandsinvestitionen wuchsen ebenfalls (Espey 1997: 27). Die Aufwärtsbewegung der iranischen Ökonomie konnte sich im Jahr 1998 aber nur langsam fortsetzen, da die Ölpreise stark gesunken sind, was die Ölexporterlöse 1998 um 4 Mrd. US \$ verringerte. Die Auslandsverschuldung belief sich auf 14,3 Mrd. US \$, die Devisenreserven wurden auf 6 Mrd. US \$ abgebaut. Die Inflationsrate bewegt sich zwischen 17-25%. Auch unter Khatami wurden die staatlichen Betriebe nicht privatisiert. Ähnlich wie Rafsandjani, der in den Jahren 1994/95 und 1995/96 mit einer starken Inflation zu tun hatte, will Khatami gegen »Spekulanten« hart vorgehen (Espey 1998:21). Auch die Arbeitslosigkeit wächst stark, jährlich müßten 800.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, was sich unmöglich realisieren läßt.

Italien und Japan zählten im Jahr 1998 zu den Hauptgewinnern der liberalen Handelsbeziehungen mit dem Mullah-Regime. Italien exportierte in

Höhe von 4,5 Mio. US \$, d.h. 6% mehr als im Vorjahr (Espey, Dezember 1998: 38). Seit März 1999 dürfen ausgewählte ausländische Unternehmen im Land Investitionen mit einem mehr als 50%igen Eigenanteil vornehmen (Wahdathagh 1999d: 19). Aus Deutschland sollen die Mullahs sechs neue Hermes-Kredite, mit einem Volumen von über 200 Mio. DM bekommen (Ludwig/Mascolo 1999: 76).

Auch die Mullah-Diktatur ist trotz all der Forderungen nach Autarkie vom Westen abhängig. Die Abhängigkeit wächst mit dem Zwang zur wirtschaftlichen Entwicklung. Denn die Zeitbomben der nächsten sozialen Aufstände, wie die Hungerrevolten in Islamabad, die 1995 blutig niedergeschlagen wurden, ticken weiter. Die wirtschaftliche Entwicklung führt zu einer verstärkten politischen Kontrolle, denn die westliche Technologie bringt auch die westliche Kultur mit und genau dies versuchen beide Fraktionen des Mullah-Regimes zu verhindern, wie die Satelliten-Diskussion gezeigt hat. Die Iraner sollen keine westlichen Fernsehsender empfangen, BBC und Radio-Israel hören Hunderttausende unter den Kopfkissen.

4. Der iranische »Gottesstaat« als totalitäre Diktatur

Im Anschluß an Hannah Arendt lassen sich vier zentrale Kriterien für eine totalitäre Diktatur angeben, die auch auf die gegenwärtigen politischen und sozialen Konfigurationen der »Islamischen Republik Iran« zutreffen.

Masse und Bewegung

»Totalitäre Bewegungen sind Massenbewegungen« (Arendt 1986: 499). Totalitäre Regierungen werden von der Unterstützung der »Massen« getragen. Die Masse ist eher fasziniert von der fanatischen Ideologie als manipuliert. Das ganze Volk wird politisiert. Die Aufteilung in »uns« und die »anderen« zwingt die Masse zur Loyalität. Indem der Khomeinismus eine kanonische Geltung bekam und die Rückkehr zum Kalifat als das Heilmittel schlechthin betrachtet wird, wird die Welt in Gläubige und Ungläubige geteilt und die Religiosität des einfachen Menschen funktionalisiert.

Nach Arendt ist das praktische Ziel der Bewegung möglichst viele Menschen in der Bewegung zu organisieren, wobei die Bewegung aber mehr ist als eine Parteimitgliedschaft: sie vertritt die Person in ihrer personalen Totalität und befriedigt deren spirituelle Bedürfnisse (Arendt 1986: 540).

Neben kultischen Zeremonien erfolgt die Mobilisierung der islamistischen Bewegung auch über die landesweiten Wahlen. Khatami, der »Erneuerer-Traditionalist« (Wahdathagh 1998d) hatte im Zusammenhang der 20-Jahr Feier der islamischen Revolution die Wahlen zu den islamistischen Räten forciert, weil er davon ausgeht, daß die Herrschaft der Geistlichkeit eine Massenbasis braucht. Die Wahlen zu diesen Räten sind keine Kommunal-

wahlen, denn sie dienen lediglich zur Mobilisierung der islamistischen Masse.

Die Bildung von Räten ist keine Erfindung des neuen iranischen Präsidenten Khatami und erst recht kein Konzept zur Demokratisierung; sie war bereits eines der Ziele der IRP. Auch Khomeini war schon ein Verfechter der islamischen Räte. Die khataminahe Zeitung des ehemaligen Bürgermeisters von Teheran schrieb, daß die Wahlen die absolute Macht im Staat dezentralisieren würden. Khomeini habe die Überwindung der diktatorischen Macht des Schahs mit der Schaffung eines auf den richtigen Weg führenden islamischen Rätessystems gewollt (*Hamschahri*, 6.1.99). Auch Hamschahri gesteht ein, daß die Wahl der Räte nicht in Zeiten der Konsolidierung der Revolution und des Krieges hätte durchgeführt werden können. Diese Form der Dezentralisierung der Macht dient tatsächlich ihrer Konsolidierung auf der Grundlage einer gestärkten islamistischen Bewegung. Die Masse wird zum Träger der absoluten Macht im Staat. Noch im Januar versuchte der etatistische Flügel, der als »rechts«-islamistisch bezeichnet wird, die Rechte der Räte einzuschränken. Dieser Flügel vertraut noch nicht der ideologischen Stärke der Basisbewegung. Im Majlis forderten sie die stärkere Anbindung der islamischen Räte an den Staat.

In 65 Städten, 8 Kleinstädten und 2081 kleinen Landbezirken wurden Ende Februar 1999 insgesamt 2154 islamistische Räte gewählt. Im Zuge der Wahlen wurde Ajatollah Hodjateseslam Kadivar verhaftet, weil er die Disqualifizierung Hunderter islamistischer Kandidaten kritisiert hatte; diese waren nicht völlig auf der »Linie des Imam Khomeini«. Ajatollah Kaschani, vorläufiger Freitagsimam von Teheran verkündete, daß der religiöse Glaube der Bevölkerung nicht ausgelöscht sei (*Hamschahri*, 5.1.99). Die Wahlen wurden als ein Sieg der khomeinistischen Revolution gefeiert. Tatsächlich haben sich aber weniger Menschen beteiligt, als erwartet wurde. Es wurden nur 15.343.237 Stimmen abgegeben, obwohl das Wahlalter auf 15 Jahre herabgesetzt worden ist – bei einer Einwohnerzahl von mehr als 60 Millionen Menschen (IRNA, 1.3.99).

Von Islamisten wird der Aufbau eines islamischen Rätessystems als ein weiterer Schritt in Richtung »islamischer Demokratie« angesehen (*Hamschahri*, 25.1.99). Wenn die Macht zu einem bestimmten Maß »Personen gehören soll, die mehr Wert als andere haben, die mehr motiviert sind, und stärkere Zielorientierung als andere haben« (ebd.), paßt dies in das Konzept von Khatami, der von der Stärkung der islamistischen Kräfte, anstelle von der als unmöglich angesehenen vollkommenen Liquidierung der Gegner spricht. Khatami schrieb:

»Der Weg der Bewahrung und des Schutzes des 'Körpers' und die Gewährung einer Hilfe, die ihn dazu bringt unabhängig und selbständig auf eigenen Beinen zu stehen, ist nicht der Versuch, jede Mikrobe und jeden Virus daran hindern zu wollen, sich dem Körper anzunähern,

sondern wir müssen etwas tun, damit der lebendige Körper und der Organismus gegen die Mikrobe Widerstand leisten. In Bezug auf die Gesellschaft und die menschliche Ordnung ist es nichts anders. Eine lebendige Gesellschaft muß die Gedanken der anderen und der Andersdenkenden kennen; das Kennen allein reicht auch nicht aus, diese Gesellschaft muß mit einer Logik und einem Denken ausgerüstet sein, das stärker und fruchtbarer ist als das der anderen« (Khatami 1997: 153).

Khatami bezeichnete die Wahlen stets als eine »ethische, islamische und menschliche Pflicht« (*Hamschahri*, 25.1.99). Rechte, Linke, Moderate müßten zusammenwachsen und die Kommunalwahlen könnten die nationale Entschlossenheit (*Asm*) der Bevölkerung beweisen, wenn die kontrollierenden Instanzen im Rahmen der Wahlen agieren würden. Die Wahlen würden die Akzeptanz und die Legitimität der Regierung noch mehr stärken. Er fügte aber auch hinzu, daß das Problem der Räte schon im Koran erwähnt worden sei, was bisher leider keine Berücksichtigung gefunden habe. Für Khatami sind die Wahlen ein Hauptziel und die Fortführung der islamischen Revolution im nationalen Rahmen (*Hamschahri*, 29.1.99). Keine Regierung werde auf Dauer Bestand haben können, wenn die Bevölkerung diese nicht mittrage. Die »Madani-Gesellschaft« könne nur existieren, wenn unterschiedliche »Kanäle« existieren könnten. »Madani-Gesellschaft« wird fälschlicherweise als Zivilgesellschaft übersetzt, die Mullahs meinen damit lediglich die Zivilität der islamistischen Untertanen in *Welayate Fagih*, der Herrschaft der Rechtsgelehrten (Wahdathagh 1998d). Die Meinungsvielfalt überschreitet damit nicht die der IRP. Dementsprechend entstammen die legalen politischen Kräfte auch dem Dunstkreis des Islamischen Revolutionsrates und der IRP.

Ideologie und Propaganda

Nach Arendt setzen totalitäre Diktaturen ihre ideologischen »Doktrinen und die aus ihnen folgenden praktischen Lügen mit Gewalt in die Wirklichkeit« um (Arendt 1986: 546). Die Propaganda ist die Voraussetzung zur Gewinnung von Massen, Mob und Elite. Nachdem die Opposition/Gegenpropaganda in kurzer Zeit ausgelöscht worden ist, gilt es nur noch die eigene Ideologie mit Terror zu verwirklichen. Die »Überlegenheit« der eigenen Doktrin begründet, die Unterdrückung der »minderwertigen« Lehren. Während im Bolschewismus der Führer als Vollstrecker angeblich historischer und im Nationalsozialismus als Vollstrecker angeblich biologischer Gesetzmäßigkeiten auftritt, beansprucht der Khomeinismus Vollstrecker göttlicher Ziele zu sein und stets wird von den Führern das Verschwinden der gegnerischen Gruppen prophezeit. Im religiösen Totalitarismus werden die Feinde Gottes zum Opfer, bei dessen Exekution die ideologische »Prophezeiung« sich bewahrheitet: »Ist die Exekution der Opfer dann eingetreten, so wird die 'Prophezeiung' zu einem nachträglichen Alibi: Es ist nur einge-

treten, was vorausgesagt war (Arendt 1986: 557). Im Iran wird die Rolle der Opfer von den Kommunisten, den säkularen Gruppen und der religiösen Gemeinschaft der Bahá'í eingenommen.

»Wir glauben an *Welayat*« schrieb Khomeini (1997: 14). Diese khomeinistische Idee verfolgt den *Eslame nabe Mohammadi*, den reinen mohammedanischen Islam als Herrschaftsideologie. Als Modell gilt das Kalifat von Imam Ali, der von Sunniten und Schiiten gepriesen wird. Für Khomeinisten gibt es »teuflische Mächte« und die »Anhänger Gottes«, wobei der islamische Führer auch mit dem Teufel verhandeln darf, wenn es dem eigenen Vorteil dient. Nach Khomeini ist Brüderlichkeit und Einheit der Muslime »nur in einem Staat der islamischen Welt, in der islamischen Republik Iran, verwirklicht« (Buchta 1997: 65). Diese Einheit wird mit der Identifizierung des politischen Feindes bei kultischen Anlässen wie dem Jerusalem Tag gefeiert (Wahdathagh, Elsässer 1998a). Die khomeinistische Lehre hat eine Möglichkeit für die Annäherung zwischen Sunniten und Schiiten geschaffen, dank Khomeini dürfen »nun auch die schiitischen Geistlichen ihren Staat haben...« (Tibi 1996: 115).

Der Khomeinismus kann heute als eine politische Ideologie des Islamismus aufgefaßt werden. Khomeini führte eine radikale Änderung im Verständnis der sozialen Ordnung in der schiitischen Gesellschaft ein. Er unterstellte, daß der Mensch in einem Gottesstaat ein absolutes Maß an Gerechtigkeit erreichen könne. Die Grundlage dieser gerechten Gesellschaft könne nur auf der Basis der Gesetze des Koran erfolgen (Schmidtke 1987: 391). Wer sich nicht für das göttliche Gesetz einsetzt, ist ein *Kafar*, ein gottloser Frevler. So bleibt den Menschen nur ein Weg des Gehorsams gegenüber der irdischen Herrschaft. Die zentrale Idee der khomeinistischen iranischen Verfassung ist das Prinzip der *Welayate Fagih*, die Herrschaft des islamischen Rechtsgelehrten, von denen behauptet wird, daß sie eine Stufe absoluter Gerechtigkeit erreichen können. Ein solcher Absolutheitsanspruch wird auch vom religiösen Führer beansprucht und Khomeini konnte zu einer solchen führenden charismatischen Kraft werden, an die seine Anhängerschaft glaubte (vgl. Kimmel/Tavakol). Tatsächlich gab Khomeini den Menschen den Glauben, daß wer sich dem Islam seiner Prägung hingibt, ewig siegreich sein werde.

Dank eines gewaltigen Propagandaapparates des Ministeriums für Rechtsleitung (*Wezarate Erschad*), einer gleichgeschalteten Presse und der umfassenden Mobilisierung der Massen sowie der erfolgreichen Arbeit des Repressionsapparates, konsolidiert sich die Mullah-Herrschaft. Besonders in den Gefängnissen wirkt die Indoktrination, die dazu dient, einen neuen Menschen zu schaffen, den gläubigen Muslim (Baradaran 1998). Zu den Propagandazentren gehören neben örtlichen Moscheen und den theologischen Seminaren der *Hoseje Elmiye* in Ghom das Freitagsgebet an der Te-

heraner Universität. Der religiöse Führer ernennt die Freitagsimame persönlich. Auch sind die größten Konzerne in der Hand islamischer Stiftungen.

Die Glaubwürdigkeit der Islamischen Republik Iran nimmt sowohl bei der eigenen Bevölkerung als auch international immer mehr ab, obwohl der Traditionalist Khatami immer wieder versucht, die Bevölkerung propagandistisch zu mobilisieren, wie zuletzt bei der Kommunalwahl. Die Angst des religiösen Führers und des Präsidenten, daß bei zu starker Öffnung die Bevölkerung nochmals auf die Straße gehen könnte, ist berechtigt. Der Herrschaftsapparat würde dann langsam erodieren und ein ähnliches Schicksal wie die ehemals kommunistischen Staaten erleiden (Halliday 1994).

Die iranischen Intellektuellen und Politiker, die auf Khomeini setzten, haben keine Lehren aus der neueren Geschichte Irans gezogen. So ließ der Enthusiasmus im »Frühling der Freiheit« den Intellektuellen und ihren politischen Organisationen keine Zeit, um sich an die historischen Massensterben der schiitischen Geistlichkeit der letzten 150 Jahre zu erinnern. Von den Pogromen gegen die Babi (Amanat 1989: 369f und Cole 1989: 28), von der Ermordung von rund 20.000 ihrer Anhänger unter aktiver Beteiligung des schiitischen Klerus wollte niemand etwas wissen. Bab gilt als der Vorläufer der postislamischen Bahá'í-Religion. Kaum jemand hatte das Buch Khomeinis gelesen, in dem er die Vernichtung der Bahá'í-Gemeinde angekündigt hatte (Khomeini 1997: 117). Niemand wollte an die reaktionäre Rolle der antiwestlich eingestellten schiitischen Geistlichkeit in der Zeit der konstitutionellen Bewegung von 1905-1906 erinnert werden (Momeni 1998b; Adjudani 1997), genausowenig wie an die Konflikte zwischen der Geistlichkeit und der »Nationalen Front« von Mossadegh, der 1953 durch einen von der CIA gesteuerte Putsch gestürzt wurde (Nirumand 1967).

Manche Intellektuellen fühlen sich von totalitären Bewegungen angezogen. Besonders, wenn »die alten Standards und Maßstäbe, ohnehin ihre Gültigkeit verloren haben« (Arendt 1986: 537). Im Rahmen dieses Beitrages kann nicht angemessen auf die Vielfalt der Intellektuellen, die sich mit graduellen Unterschieden von der religiösen Lehre oder dem antiimperialistischen Charakter der islamistischen Bewegung angezogen fühlen, eingegangen werden. Lediglich ein Beispiel sei genannt: Sorousch und Khatami gehören zu den Exponenten der Revolution. Sorousch, ein Staatstheoretiker der Islamischen Republik Iran (Enfag 1996) stellt wie Khatami die Unfehlbarkeit der Worte des Führers in Frage, eine solche Unfehlbarkeit gebe es nur Gott. Nicht in Frage gestellt wird aber der absolute Herrschaftsanspruch der Geistlichkeit. Dennoch wurde Sorousch in der deutschen Presse zuweilen mit Luther verglichen und Khatami gilt noch heute als Reformierender.

Geheimpolizei und paramilitärische Einheiten

Im Mykonos-Urteil wurde die Funktion der iranischen Geheimpolizei, VEVAK folgendermaßen beschrieben:

»Erste Maßnahmen, die die spätere Liquidierungsentscheidung vorbereiteten, leitete Ali Fallahian als Minister des VEVAK ein. Dem VEVAK oblag generell die nachrichtendienstliche Sammlung von Informationen über oppositionelle Gruppen, Parteien und Personen im In- und Ausland. Fallahian beauftragte Mohammad Hadi Hadavi Moghadam mit der Beschaffung von aktuellen Informationen über die DPK-I, insbesondere über ihre führenden Personen, und mit der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen« (Archiv für Forschung und Dokumentation Iran-Berlin, 1998: 22).

Neben der Liquidierung von Oppositionellen im Ausland liegt die Hauptfunktion der Geheimpolizei und paramilitärischer Einheiten in der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung. Dem Polizeiapparat fällt die Aufgabe zu »die Transformation der Tatsächlichkeit in die Fiktion zu überwachen« (Arendt 1986: 647).

Ein Instrument waren die nachrevolutionären Schauprozesse, die nach Abrahamian (1996: 81) mit denen unter Stalin und der »Gehirnwäschekampagne« der chinesischen Kulturrevolution zu vergleichen sind. In ihnen sollten Schuldbekennnisse die Verwandlung der gesamten Bevölkerung in eine einheitliche Bewegung bezeugen (Baradaran 1998). Im Januar 1999 gab es eine offene Diskussion über den iranischen Geheimdienst. Khatami konnte nicht mehr verheimlichen, daß sein VEVAK für die Morde an dem populären Politiker Foruhar beteiligt war. Khatami »säuberte« sein Innenministerium und stellte sich schließlich mit Khamenei hinter den berüchtigten Apparat (Wahdathagh 1999a: 20).

Die Geistlichkeit selbst und die revolutionären Islamisten bildeten eine Armee von Geheimdienstlern. Sie wurden in den gesamten Staatsapparat geschleust, um in allen Bereichen die Islamisierung zu lenken und Abweichungen zu verhindern.

Die *Pasdaran* zählten zu den gefürchtesten islamistischen Militärapparaten. Rußland soll direkt an die insgesamt 900.000 Mann zählenden Einheiten Waffen geliefert haben. Die *Pasdaran* stellen bis heute, trotz der Integration in die Armee, eine Armee in der Armee dar. Die Armee wurde vernachlässigt und zugunsten der neuen ideologischen Polizei degradiert. Die zu Zeiten des Schahs westlich ausgebildete Armee ist allerdings längst gegenüber der klerikalen Regierung loyal (Cann/Danopoulos 1997: 274). Auch die jugendlichen *Bassij*-Einheiten, eine Armee von Freiwilligen, stellt einen starken Machtfaktor dar. Die islamischen Revolutionskomitees wurden inzwischen in die Polizei eingegliedert und erfüllen dort ihre Aufgabe der Islamisierung der Gesellschaft.

Die Geschichte der letzten zwanzig Jahre hat eindeutig gezeigt, daß die Khomeinisten keine Andersdenkenden dulden. »Objektive Gegner« werden

aufgespürt und zu Verbrechern erklärt (Arendt 1986: 485). Der Terror wird systematisch durch Verfolgungs- und Mordwellen gestärkt. Tausende wurden in den letzten zwanzig Jahren in den iranischen Gefängnissen gefoltert, islamisiert, hingerichtet. Die Zwangsverschleierung der Frauen, der Hälfte der iranischen Bevölkerung, muß als eine geschlechtsspezifische Apartheidspolitik betrachtet werden (Moghissi 1998). Noch im Dezember letzten Jahres hat die Ermordung von mehreren legal arbeitenden, nicht oppositionellen Schriftstellern erneut bewiesen, daß die Islamische Republik unabhängige, öffentlich agierende Intellektuelle nicht toleriert (Wahdathagh 1998e). Die Angehörigen der Bahá'í-Religion sind weiterhin von einem Genozid bedroht. 1990 wurde die Existenz eines systematischen Plans zur Verfolgung der Bahá'í von der Menschenrechtskommission der UNO bestätigt, ein Plan, dessen Ziel die »Liquidierung aller kulturellen Wurzeln« im In- und Ausland ist (Iran-Report 1, 1995: 12). Im Iran dürfen die Bahá'í keine höheren Schulen besuchen. In den letzten Jahren hatte die Bahá'í-Gemeinde ein System privater Universitäten aufgebaut, die Fernstudien bei amerikanischen und kanadischen Universitäten organisierten, was unter Khatami zerschlagen wurde (Offener Brief 30.1.1999).

Führerprinzip

An der Spitze des Gottesstaates steht der Stellvertreter Gottes auf Erden, der charismatische religiöse Revolutionsführer. Nach Arendt sind die Massen ohne den Führer ein Haufen und »ohne die Massen ist der Führer ein Nichts« (Arendt 1986:527). Im Iran gibt es keine Souveränität des Volkes, denn die *Umma* ist das Volk Gottes und hat Gott und seinem Vertreter zu gehorchen. Dieser Vertreter ist ein Machtmonopolist. Nach der Verfassung ist er der Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art.110/4), entscheidet über den Einsatz der Streitkräfte (Art.110/5), wählt oder entläßt die Mitglieder des Wächterrates (Art.110/6a), ernennt den obersten Richter (Art.110 6b) und den Direktor des Medienrates des Landes (Art.110/6c); er ist befugt, den Generalstabschef (Art.110/6d), den Oberkommandierenden des Korps der islamischen Revolutionswächter (Art.110/6e) und den Oberkommandierenden der Armee und der Polizei (Art.110/6f) zu berufen und abzusetzen. Er steht über Judikative, Legislative und Exekutive (Art. 110/7), interveniert, wenn der Schlichtungsrat Konflikte nicht lösen kann (Art. 110/8), unterzeichnet die Ernennungsurkunde des Präsidenten nach seiner Wahl oder setzt ihn ab (Art. 110/9 und 10).

Nach der schiitischen Lehre darf eine irdische islamische Herrschaft erst beim Wiedererscheinen des verschwundenen 12. Imam errichtet werden. Die schiitische Geistlichkeit glaubt, daß der verborgene Imam noch nicht gekommen ist und wartet. Khomeini aber wollte nicht warten. Er stellte

fest, daß Gott noch keine Person zur Errichtung der islamischen Herrschaft ausgewählt hat und fragte, sollen wir warten oder ist es nicht so, daß die Herrschaftsform, die in den Ursprüngen des Islam existierte, heute noch aktuell ist. Außerdem sei der Charakter des Gesetzes und der Gerechtigkeit in vielen Geistlichen vorhanden. Sie können zusammen kommen und eine gerechte Regierung bilden. Und wenn eine Person diese »edelsten« Eigenschaften inne habe, sei es die Pflicht aller Gläubigen ihr zu gehorchen (Khomeini 1997: 39f). Es gab aber auch innerreligiöse Legitimationskrisen. Denn der Führer muß eine Instanz der Nachahmung sein; da der Gläubige traditionell aber nur seine eigene »Instanz« nachahmen muß, stellt sich immer wieder die Frage, wen er nachahmen soll. Somit steht die »Zentralisierung der religiösen Macht (...) im Widerspruch zur althergebrachten Struktur des Klerus« (Chehabi 1993: 20). Dies ist auch ein Grund für die vielen Rivalitäten innerhalb der Kaste der Geistlichkeit. Khomeini war für die Islamisten eine integrative Autorität. Diese Funktion kann sein Nachfolger Khamenei nicht füllen. Um die Konflikte innerhalb der Geistlichkeit zu minimieren, sollte nach dem Tode Khomeinis der neue Führer seine Entscheidungen mit dem Schlichtungsrat, *Majmae Taschkhise Maslehat-e Nezam* nach Artikel 110 der Verfassung abstimmen (Meshkini 1989: 33). Das Führerprinzip wird somit im Konsens gestärkt; das Ziel bleibt die islamische Herrschaft trotz der verschiedenen Konzepte – mehr Marktwirtschaft oder mehr Staat. Daher dürfen die Differenzen innerhalb dieses Klüngels nicht als links oder rechts, »nicht als Aufbruch zum Pluralismus verstanden werden« (Wahdathagh 1999c).

Bereits oben wurde beschrieben wie die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) zunächst die gesamte Macht im Land eroberte und im Sinne Arendts alle Staatsämter mit Parteigenossen besetzte (Arendt 1986: 647). Eineinhalb Jahre nach der Auflösung der Mullah-Partei versprach der ehemalige oberste Geheimdienstchef, Hojatoleslam Mohammad Reyschahri, im Oktober 1988, in Zukunft erneut politische Parteien zuzulassen. Ähnlich äußerte sich auch der damalige Innenminister und Mitbegründer der libanesischen Hezbollah, Ajatollah Ali Akbar Mohtaschemi. Auch nach der Wahl Khatamis gibt es wieder eine solche Propaganda. Doch noch immer sind die staatlichen Organe von den Khomeinisten besetzt und der »Pluralismus« innerhalb dieser Organe ist der »Pluralismus« der Meinungen der herrschenden Geistlichkeit und nicht der Pluralismus der Gesellschaft.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1997 brach der alte Konflikt, den Khomeini in der Islamisch-Republikanischen Partei so gefährlich fand, offen auf. Nateq-Nuri, der Rivale von Khatami, wurde von der militanten klerikalen Organisation *Jameje-Rowhaniyate Mobarez* (JRM) unterstützt (Fairbanks 1998). Zu den weiteren Unterstützern zählte *Jamijate Motalefe Eslami*, eine Organisation der Bazari. Khatami, wurde von der Ex-IRP-

Fraktion der *Majmae Rohaniune Mobarez* (MRM), die im Gegensatz zu den reichen Bazaris für mehr soziale Gerechtigkeit auftreten und daher fälschlicherweise als Linksislamisten bezeichnet werden, unterstützt. Die MRM lehnen eine Öffnung vor allem zum Westen ab, und fordern eine strenge Islamisierung der Gesellschaft. Sie vertreten die mächtigsten Stiftungen des Landes und verteidigen die Ausweitung des Staatssektors. Zu den Gründungsmitgliedern dieser Organisation gehört auch der ehemalige Innenminister (1985-89), Ali Akbar Mohtaschempour, und Khoinia, Herausgeber der Zeitung Salam. Khatami wurde aber auch von den radikalen, nicht-klerikalen Organisation der *Sazmane Modjahedine Eslami* (Organisation der Kämpfer der Islamischen Revolution) unterstützt.

Diese verschiedenen Organisationen stellen unterschiedliche Fraktionen der khomeinistischen Ex-IRP dar. Keine der Gruppen tritt für demokratische Freiheitsrechte ein, die eben die Grenze zwischen rechts und links ausmacht. Dies zeigt, wie töricht die Einteilung der Islamisten in links, rechts und moderat ist, eher handelt es sich um Rivalitäten zwischen verschiedenen »Mullahstämmen«.

Der spektakuläre Sieg Khatamis beruht auch auf den Stimmen von 70% der Revolutionsgardisten und der paramilitärischen *Bassidj*-Einheiten (Kooroshy 1998: 12). Tatsächlich beruht die Stärke von Khatami auf 20 Millionen Wählern. Viele von ihnen sehen seine pragmatischen West-Kontakte als einen möglichen Schritt zum Zerbröckeln des Regimes.

Vielfach wurde unterstellt, daß es mit der Wahl Khatamis zu »größerem Pluralismus und Demokratie« kommen werde (so Fairbanks 1997). Doch wird dabei übersehen, daß es sich nicht um den Pluralismus der Gesellschaft und erst recht nicht um die Demokratie-Forderungen der Bevölkerung handelt, sondern um eine Reflexion der Widersprüche innerhalb der herrschenden Minderheit.

Nach Steinbach war ein »entscheidender Schritt in Richtung auf die Islamisierung des politischen Systems (...) die Wahl einer Expertenversammlung« (Steinbach 1994: 256). In der Phase der Revolution hatten die Mitglieder des Expertenrates alle der IRP angehört. Sie legten in der Verfassung das Prinzip der »Herrschaft der Rechtsgelehrten« (*Welayate Fagih*) fest. Damit bekam die Kaste der Geistlichkeit eine zentrale Position in der Machtausübung. Die Geistlichkeit steht über dem Staat und gleichzeitig besetzt sie alle Funktionen des Staates. Zu den Aufgaben des 83köpfigen Expertenrates gehört nach Artikel 108 der Verfassung die Wahl des islamischen Führers (Buchta 1998: 61). Die Entscheidungen dieses Gremiums werden vom 12köpfigen *Wächterrat* überwacht (der alle Bereiche staatlicher Politik akzeptieren muß und gegen jedes Gesetz sein Veto einlegen kann). Bei der Wahl des *Expertenrates* wird der Kreis der Macht besonders deutlich: Der *Expertenrat* wählt den geistigen Führer, dieser bestimmt ei-

nen Teil des *Wächterrates*, der wiederum die Kandidaten für den Expertenrat auswählt (Wahdathagh 1998c :22).

Neben dem Wächterrat gehört der *Majlise Schoraje Eslami*, die Versammlung des islamischen Rates, zur Legislative des Landes. Nach Art. 64 gehören ihm 270 Abgeordnete an, die nach einer Überprüfung des Wächterrates als Abgeordnete für 4 Jahre gewählt werden können. Beschlußfähig ist der *Majlis*, wenn 2/3 der Geistlichen anwesend sind. Rieck schreibt zwar, daß »dieses Parlament nie zu einem reinen Jasager-Verein degeneriert sei« (Rieck 1989: 549), verkennt aber, daß die Diskussionen eng begrenzt sind. Das Wort Parlament ist hier fehl am Platze, da die Abgeordneten keine Volksvertreter sind, sondern außer einer ganz kleinen Alibivertretung der religiösen Minderheiten, nur Vertreter der Kaste der Geistlichkeit umfaßt.

5. Fazit

Die politische Religion des Khomeinismus stellt ein komplexes Glaubenssystem dar, das aber auch mit traditionellen schiitischen Konzeptionen in Widerspruch steht. Dieses Glaubenssystem liefert die ideologische Basis für eine »dritte« Spielart des Totalitarismus. Die wissenschaftlichen und technologischen Instrumente der »Islamischen Republik« machen im Spannungsverhältnis zwischen der Moderne und dem Kalifat als einer despotischen Herrschaftsform einen totalitären Staat erst möglich. Solange die Geistlichkeit als Stellvertreter Gottes auf Erden die staatliche Macht ausübt und die Unvernunft der khomeinistischen Ideologie heilig spricht, wird auch der Iran eine totalitäre Despotie bleiben. Mit Khatami hat sich diese Despotie lediglich ein neues Profil gegeben. Als Fazit kann daher mit Tibi festgestellt werden, daß es sich bei der Islamischen Republik Iran um eine rückwärtsgewandte Utopie vom »wahren«, weil »gerechten Islam«, in der »Substanz aber um eine neo-islamische Auflage moderner Diktatur« handelt. »In diesem Sinne ist die fundamentalistische Vorstellung von *Hakimiyyat Allah*/Gottesstaat sowie die neue Imam-Version eine Spielart des Totalitarismus« (Tibi 1996: 313).

Literatur

- Abdolvand, Behruz; Borumand, Arasch; Pahlavan, Issa (1999): Barchi Molahezate Geopolitik dar rawabete Iran wa Amrika, in: *Irane Farda*, Nr.49
- Abrahamian, Ervand (1996): Bekenntnis unter Folter: Gefängnisse und öffentliche Reaktionen im modernen Iran in: Internationale Liga für Menschenrechte (Hg.): *Islamischer Fundamentalismus und Menschenrechtsverletzungen am Beispiel der Islamischen Republik Iran*, Berlin
- (1993): *History Used and Abused in: Khomeinism, Essays on the Islamic Republic*, Berkeley
- (1998): *Iran bejne do Enghelab as Maschrute ta enghlebe Eslami*, Tehran
- Adjudani, Maschalah (1997): *Maschruteje Irani wa Pisch Saminehaje Nazarijeje »Velayate Fagih«*

- Amanat, Abas (1989): *Resurrection and Renewal, The making of the Babi Movement in Iran, 1844-1850*, London, Cornell University Press
- Amuzegar, Jahangir (1992): The Iranian Economy Before And After The Revolution in: *Middle East Journal*, Volume 46, No.3, Summer
- Archiv für Forschung und Dokumentation Iran-Berlin (Hrsg.) 1998: *Mykonos-Urteil*
- Arendt, Hannah (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München
- Banisadr, Abolhassan (1979): *Egetssade Towhidi*, Tehran
- Baradaran, Monireh (1998): *Erwachen aus dem Alptraum*, Union-Verlag, Zürich
- Bernard, Cheryl/Khalilzad, Zalmay (1979): Secularization, Industrialization and Khomeinis islamic Republic in: *Political Science quarterly*, Number 2, Summer
- Buchta, Wilfried (1998): Ein Haus mit vielen Herren: divergierende Machtzentren in der Islamischen Republik Iran in: *Orient* 39, 1998/1,
- (1994): Die inneriranische Diskussion über die islamische Einheit, in: *Orient* 35, 1994/4
- (1997): *Die iranische Schia und die islamische Einheit 1979-1996*, Hamburg
- (1995a): Die islamische Republik Iran und die religiös-politische Kontroverse um die mar-jaiyat, in: *Orient* 36
- (1995b): Mehdi Bazargan, in: *Orient* 36, 1995/4
- Bundesbank (1998): *Kapitalverflechtungen mit dem Ausland*, Frankfurt Main
- Cann, Rebecca/Danopoulos; Constantine (1997): The Military and Politics in a Theocratic State: Iran as Case Study, in: *Armed Forces & Society*, Vol.24, No.2, Winter
- Chehabi, Houchang E.(1993): Klerus und Staat in der Islamischen Republik Iran, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B33/93, Bonn 13.August
- Chubin, Shahram (1982): *Security in the Persian Gulf*, IISS, Hampshire
- Chubin, Schahram (1983): The Soviet Union and Iran, in: *Foreign Affairs*, New York Spring
- Cole Juan R.I. (1989): *Modernity and the Millennium*, Columbia University Press New York
- Dilger, Konrad (1982): »Die Gewalt des Rechtsgelehrten« im islamischen Recht, in: *Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft* Heidelberg
- Enfag, Wahid (1996): Schattenboxen mit der Geistlichkeit, in: *Junge Welt* 29.2.1996
- Espey, Robert: (März 1994): Iran am Jahreswechsel 1993/94 in: *bfai* (Hg.), Köln
- (März 1995): Iran, Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 1994/95 in: *bfai* (Hg.), Köln
- (Juli 1995): Iran, Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1995 in: *bfai* (Hg.), Köln
- (März 1996): Iran, Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 1995/96 in: *bfai* (Hg.), Köln
- (1996a): Iran, Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1996, in: *bfai* (Hg.), Köln
- (1996b): Iran, Wirtschaftstrends zum Jahreswechsel 1996/97, in: *bfai* (Hg.), Köln
- (1997a): Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1997, in: *bfai* (Hg.), Köln 1997
- (1997b): Iran zum Jahreswechsel 1997/98, in: *bfai* (Hg.): Köln
- (1998): Iran zur Jahresmitte 1998, in: *bfai* (Hg.), Köln
- (Dezember 1998): Iran zum Jahreswechsel 1998/99 in: *bfai* (Hg.), Köln
- Fairbanks, Stephan (1997): A New Era For Iran? In: *Middle East Policy*, Vol V, No.3
- (1998): Theocracy Versus Democracy: Iran Considers Political Parties, in: *The Middle East Journal*, Vol 52, No 1 Winter
- Fukuyama, Frances (1992): *Das Ende der Geschichte*, München
- Gellner, Ernst (1987): Warten auf den Imam, in: Schluchter, Wolfgang (Hrsg.): *Max Webers Sicht des Islams*, Ffm
- Halliday, Fred (1994): An Elusive Normalization: Western Europe And The Iranian Revolution in: *Middle East Journal*, Volume 48, No 2, Spring
- Hamschahri*, Internetfassung der in Teheran erscheinenden persischsprachigen Zeitung
- Hashim, Ahmed (1995): *The Crisis of the Iranian State*, Oxford 1995
- Heinz, Wolfgang (1997): Interview geführt von Wahied Wahdathagh in: *Jungle World* 4.12.1997.
- Hermann, Rainer, T. (März 1992): Iran am Jahreswechsel 1991/92 in *bfai* (Hg.): Köln
- (Dezember 1992) Iran am Jahreswechsel 1992/93 in: *bfai* (Hg.): Köln
- (1994): Von der Wirtschafts- zur Legitimationskrise, in: *Orient* 35, 1994/4
- Hiro, Dilip (1987): *Iran under the Ayatollahs*, New York: Routledge & Kegan Paul
- Hobsbawm, Eric (1994): *Das Zeitalter der Extreme*, Wien
- Hunter, Shireen T.(1993): *Iran from the August 1988 Cease-Fire To The April 1992 Majlis Election*

- Freedman, Robert: *The Middle East after Iraq's Invasion of Kuwait*, Florida
- Huysse, Robert E. (1986): *Putschen Sie, Herr General! – Wie Washington den Iran retten wollte*, Reinbek
- Internationale Liga für Menschenrechte, Iran-Gruppe (Hrsg.) 1995: *Iran-Report 1*, Berlin
- Irna, Internetversion
- Katouzian, Homa (1998): The Pahlavi Regime in Iran in: Linz, Juan J. Chehabi, H.E.: *Sultanistic Regimes*, London
- Kennedy, Paul (1989): *Aufstieg und Fall der grossen Mächte*, Ffm
- Khatami, Seyyed Mohammad (1997): *Bime Modj*, Tehran,
- Khomeini, Ruhollah (1997): *Velayate Fagih, Hokumate Eslami*, Teheran
- Kimmel, Michael S./Tavakol, Rahmat (1986): Against Satan: Charisma and Tradition in Iran, in: Swatos, William H.: *Charisma, History and Social Structure*, Connecticut/London
- Kooroshy, Javad (1997): Die wirtschaftliche Dimension der deutsch-iranischen Sonderbeziehungen in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/97, Berlin
- (1998): Mohammad Khatami in: *Orient* 39, 1998/1,
- (1990): *Wirtschaftsordnung der Islamischen Republik Iran*, Hamburg
- (1984): Islamische Wirtschaftsordnung im Iran, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B42/84, Bonn
- Leaman, George (1988): Die geheime Nebenregierung der USA, in: *Das Argument* 167
- Lewis, Bernard (1988): Die islamische Revolution, in: *Kursbuch* 93, Berlin
- Ludwig, Udo; Mascolo, Georg (19.4.1999): Kleinkrieg in der Nacht, in: *Der Spiegel* 16/1999, Hamburg
- Luxemburg, Rosa (1985): *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin
- Mahrad, Ahmad (1983): *Iran nach dem Sturz des Schahs. Die provisorische Revolutionsregierung Bazargans*, Frankfurt a.M.
- Meshkini, Ali, Chairman: (1989) *The Constitutional Review Council: The Constitution Of The Islamic Republic Of Iran*, Tehran
- Moghissi, Haideh (1998): Geschlechtstrennung als Apartheid, Interview geführt von Wahied Wahdathagh in: *Jungle World*, 25.3.1998
- Momeni, Bagher (1998a): Engelabe Iran samineha wa hadafha, in: *As modj ta Tufan*, Essen
- (1998b): *Din wa Dowlat dar Asre Maschrutiat*, Schweden
- Nasri, Farzeen (1983): Iranian studies and the iranian Revolution, in: *World politics*, New York July
- Nirumand, Bahman/Daddjou, Keywan (1987): *Mit Gott für die Macht*, Berlin
- Nirumand, Bahman (1967): *Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt*, Hamburg
- Offener Brief gegen die Diskriminierung der Bahá'í im Iran, (30.1.1999) in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
- Olianowsky (1979): *Masael Moaser Asia wa Africa*, Teheran
- Parsipur, Schahrnusch (1996): *Chaterate Zendan, (The Memoirs of Prisons)* Schweden
- Rasavi, Masud (1997): *Haschemi wa Engelab, Tariche Siasye Iran as Engelab ta Djang*, Tehran
- Rieck, Andreas (1989): Das Parlament in der Islamischen Republik Iran, in: *Orient* 30, 1989/4
- Rouleau, Eric (1980): Khomeinis Iran, in: *Foreign Affairs*, Fall
- Schirazi, Asgahr (1991): Die neuere Entwicklung der Verfassung in der Islamischen Republik Iran, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 24.Jg. 2.Quartal 91, Hamburg
- (1997): *The Constitution of Iran, Politics and the State in the Islamic Republic*, London
- Schmidke, Sabine (1987): Modern Modifications in the Shii Doctrine of the Mahdi, in: *Orient* 28
- Sciolioni, Elaine (1983): Iran's Durable Revolution, in: *Foreign Affairs*, Spring
- Shirazi, Asghar (1992): *Die Widersprüche in der Verfassung der Islamischen Republik vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzung im nachrevolutionären Iran*, Berlin
- Sprung, Christopher (13.8.1998): *Geheimprozesse und Hinrichtungen; Wie die Bahá'í im Iran verfolgt werden*, Pressemitteilung des Nationalen Geistigen Rates der Bahá'í in Deutschland, Ffm
- Steinbach, Udo (25.5.1990): Der Islam im »Thermidor«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B22/90

- (1994): Iran, in: Steinbach, U. (Hg.), *Der Islam in der Gegenwart*, München
- Tellenbach, Silvia (Hg.) (1996): *Strafgesetze der Islamischen Republik Iran*, Berlin
- Tibi, Bassam (1996): *Der wahre Imam. Der Islam vom Mohammad bis zur Gegenwart*, München
- Wahdathagh, Wahied; Elsässer, Jürgen (29.1.1998a): Fundis aller Länder vereinigt Euch! In: *Jungle World*, 29.1.1999
- Wahdathagh, Wahied (1998b): Religiös legitimierte Tyrannei, in: *die tageszeitung* 2.2.1998
- (1998c): Mullahs wählen Experten wählen Mullahs, in: *Jungle World*, 28.10.1998
- (1998d): Mullahkratie und Wahnsinn, in: *Vorgänge* 144
- (1998e): Meine Täter, deine Täter: in: *Jungle World*, 23.12.1998
- (1999a): »Irregleitete Geheimdienstler«, in: *Jungle World*, 13.1.1999
- (1999b): Der Frühling der Freiheit ist ins Land gegangen, in: *Frankfurter Rundschau* 10.3.1999
- (1999c): Hochtechnisierter Gottesstaat, in: *Ossietzky* 13.3.1999
- (1999d): Irans Präsident Khatami auf Werbetour in Italien, Basar unter Strom, in: *Jungle World*, 17.3.1999
- Wittfogel, Karl A.(1977): *Die orientalische Despotie*
- Wright, Claudia (1980/81): Implications of the Iraq-Iran War, in: *Foreign Affairs*, Winter
- Zonis, Marvin (1983): Iran: A Theory of Revolution From Accounts of the Revolution, in: *World Politics*, July

Dieter Plehwe, Bernhard Walpen: Production of powerful ideas. The Mont Pèlerin Society and the Rise of Neoliberalism. Employing Gramsci's concept of hegemony the rise of neoliberalism to the dominant force in the present hegemonic constellation is scrutinized. The origin and development of the Mont Pèlerin Society of right wing liberals around Hayek is traced and the network of think tanks stretching from the British Institute of Economic Affairs to the Heritage Foundation in the U.S. is examined with regard to the working relations of neoliberal discourse coalitions and epistemological communities. The article thus underlines the role ideas play in the struggle to win and to stabilize hegemony in society and stresses the material and organizational basis of the production of powerful ideas. A short discussion of the challenges a new left would have to confront draws lessons from the neoliberal success story.

Fritz Fiehler: Factual Obligation and Personal Patronage. Criticism of the welfare state formulated in political and economic essays of Milton and Rose Friedman, *Capitalism and Freedom* (1963), *Free to Choose* (1980), and *Tyranny of Status Quo* (1983) are important examples of the neoliberal campaign against the welfare state. The study presents them as an ideologically motivated reaction to social change: »Productive classes« become the minority in late capitalism. In addition, the study shows them as an ideological attempt, to interpret spheres between the state and the market in economic terms.

Gert-Joachim Glaessner: »Totalitarismus« – Reflexionen zu einer wissenschaftlichen und politischen Debatte. »Totalitarismus« wurde in den letzten Jahren zu einem Catchword, das eher für ein diffuses Bild als für einen theoretisch und politisch anspruchsvollen Ansatz steht. Der Artikel verfolgt die ideengeschichtlichen Grundlagen der Totalitarismustheorie, sowie ihre Entwicklung, die von der Rolle, die sie politisch spielte, nicht zu trennen ist. Leistungen und Grenzen der Totalitarismustheorie werden schließlich mit Bezug auf die Brauchbarkeit für eine empirische Analyse der DDR skizziert.

Willfried Spohn: Modernization and Totalism. On the backdrop of the recent, however conflictual revival of theories of modernization and totalitarianism, this paper analyzes German National-Socialism as well as GDR- and Soviet-Russian Communism as two, but rather different types of totalitarian political orders. By using Shmuel Eisenstadt's concept of totalism as an inherent potentiality of modernity and modernization processes, I attempt at explaining the differences between both types of totalitarian regimes as specific configurations of modernization trajectories and their totalistic components in Germany and in Soviet Russia. This explanatory approach transcends the common opposition between theories of modernization and theories of totalitarianism by combining the two in a specific comparative historical-sociological approach.

Rudolf Walther: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Der Beitrag stellt zum einen das Vor- und Nachwort des Herausgebers Stéphane Courtois, das bisher im Mittelpunkt der Debatte stand, in den Kontext französischer Diskussionen: es erweist sich als trivialisierte Fassung einiger bereits von François Furet aufgestellter Thesen. Zum anderen wird auch der Gesamtansatz des Buches, der (abweichend von einzelnen Beiträgen) von *einem* weltweiten Kommunismus ausgeht, kritisch diskutiert.

Wahied Wahdathagh: The rule of political Islam as a form of totalitarianism: The Islamic Republic of Iran. The Revolution of 1979 in Iran ended in a new form of dictatorship. The discussion on an Islamic Civil Society in Iran irritates, because the model of Jameje-Madani is the archaic caliphate and not a modern pluralistic and democratic State.

Nevertheless from a technological point of view Iran is a part of the modern world. This fact causes the third form of a totalitarian form of dictatorship. The economical support, in the name of liberalization, stabilizes the totalitarian reign of the caste of the clergymen.

Zu den AutorInnen

Alex Demirovic ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt/Main.

Gert-Joachim Glaeßner lehrt Politikwissenschaft an der Humboldt Universität Berlin.

Fritz Fiehler ist Sozialwissenschaftler und lebt in Bornweg 6, 25 875 Schobüll..

Michael Heinrich ist Politikwissenschaftler und Mitglied der PROKLA-Redaktion.

Dieter Plehwe ist Politologe und arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Willfried Spohn lehrt Soziologie und Politikwissenschaft an der University of Pennsylvania in Philadelphia, USA.

Wahied Wahdathagh ist Soziologie und Politologe und lebt in Philippstr. 7, 14059 Berlin.

Bernhard Walpen ist Sozialwissenschaftler und lebt in Luzern, Schweiz.

Rudolf Walther ist Historiker und lebt in Frankfurt/Main.